

# A1 PRÄAMBEL

Antragsteller\*in: LaVo

## Antragstext

1 Liebe Wählerinnen und Wähler,  
2 die großen Herausforderungen unserer Zeit sind der Umgang mit der Corona  
3 Pandemie und der Umgang mit den galoppierenden Krisen um Klima und  
4 Artenvielfalt. In den letzten Monaten wurde mehr denn je offensichtlich, dass es  
5 entschlosseneres Handeln braucht, um diesen Krisen zu begegnen. Dafür braucht es  
6 eine Partei, die die Zeichen der Zeit erkennt und Politiker\*innen die die Themen  
7 und die Bürger\*innen in den Mittelpunkt stellen und nicht private Interessen  
8 verfolgen oder ideologischen Ballast mitschleppen. Dies gilt für die  
9 Bundespolitik, dies gilt auch für die Politik in Thüringen .

10 Wir BÜNDNISGRÜNEN kämpfen für eine Welt, in der die natürlichen Lebensgrundlagen  
11 geachtet und bewahrt werden, für ein Welt in der Bildung, Gerechtigkeit und  
12 Beteiligung gestärkt werden, wir kämpfen dafür in Europa, in Deutschland und in  
13 Thüringen.

14 Wir wollen in einem Land leben, in dem umweltfreundliche Landwirtschaft und  
15 Natur Hand in Hand gehen und Tiere artgerecht gehalten werden. In einem Land, in  
16 dem die Menschen überall umweltfreundlich und bezahlbar mobil sein können. In  
17 einem Land, in dem Menschen mutige Ideen realisieren, nachhaltig wirtschaften  
18 und schwarze Zahlen schreiben können. In einem Land mit guter und vielfältiger  
19 Bildung für alle Kinder. In einem Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt  
20 sind und gleiche Chancen und Möglichkeiten haben. In einem Land, in dem Menschen  
21 – unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Alter, Religion und  
22 Geschlechtsidentität – gut und gleichberechtigt leben können“. In einem Land, in  
23 dem es passenden und bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt gibt und in dem gut  
24 ausgestattete Kinderkrippen und -gärten und gute Pflege für alle  
25 selbstverständlich sind. In einem Land, das 30 Jahre nach der friedlichen  
26 Revolution unsere Demokratie jeden Tag entschlossen und entschieden verteidigt.  
27 Dafür kämpfen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der kommenden Landtagswahl.

28 Wir BÜNDNISGRÜNE haben in der Landesregierung viel für Thüringen erreicht.  
29 Klimaschutz ist endlich Gesetz. Durch gezielte Förderung der erneuerbaren  
30 Energien, der Elektromobilität und der Kommunen modernisieren wir das Land und  
31 machen es fit für die Zukunft. Wir haben das „Grüne Band“ mit rund 763  
32 Kilometern an der ehemaligen innerdeutschen Grenze unter Schutz gestellt und  
33 somit ein einzigartiges Naturmonument geschaffen, das Geschichte lebendig und  
34 erfahrbar macht. Auf fünf Prozent der Waldflächen in Thüringen wird künftig die  
35 Säge ruhen, damit neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstehen. Und mit dem  
36 neuen Wassergesetz werden unsere Flüsse, Bäche und Seen sauberer sowie der  
37 Hochwasserschutz gestärkt. Wir kämpfen entschlossen gegen extreme Rechte und  
38 Rechtspopulismus und für zivilgesellschaftliches Engagement. Wir haben mehr  
39 Bürger\*innenbeteiligung ermöglicht und zum Maßstab unserer Entscheidungen  
40 gemacht. Wir haben dafür gesorgt, dass Jugendliche ab 16 Jahren nun auf  
41 kommunaler Ebene wählen dürfen. Und wir haben die Qualität in den Kitas  
42 verbessert, unter anderem durch mehr Personal für unsere Kinder.

43 Mit unserer Spitzenkandidatin Anja Siegesmund die mit dem Team unser Programm  
44 vertritt und realisiert, wollen wir gemeinsam mit Ihnen Thüringen weiter nach  
45 vorne bringen und weiter Verantwortung übernehmen. Lassen Sie uns zusammen für  
46 ein Thüringen eintreten, in dem der ökologische - ökonomische Umbau, in dem  
47 Bildung, Digitalisierung, Zukunft und die Versöhnung von Stadt und Land  
48 großgeschrieben werden.

49 Damit unsere Kinder und Enkel ein gutes Leben haben können in einem Land, das  
50 ihnen Lebensqualität, Perspektive und Zugehörigkeit gibt. Dafür bitten wir Sie  
51 bei der Landtagswahl am 26. September 2021 um Ihre Stimmen für BÜNDNIS 90/DIE  
52 GRÜNEN.

## A2 GLIEDERUNG

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

- 1 GLIEDERUNG
- 2 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima
- 3 Schützen, was uns am Leben erhält: Umwelt- und Klimaschutz
- 4 Naturschutz
- 5 Lebensräume erhalten
- 6 Sauberes Wasser
- 7 Schutz der Böden
- 8 Luft und Lärm
- 9 Abfallvermeidung
- 10 Klimaschutz
- 11 Bits und Bäume
- 12 Gesundes Essen aus Thüringen: Tierhaltung und ökologische Landwirtschaft
- 13 Massentierhaltung beenden
- 14 Nachhaltige Landwirtschaft
- 15 Zum Wohl von Mensch und Tier: Verbraucherschutz und Tierschutz
- 16 Verbraucherschutz
- 17 Tierschutz
- 18 Die ökologische Transformation fortsetzen: Wirtschaft und Energie
- 19 Wirtschaftsförderung
- 20 Innovation
- 21 Nachhaltige Wirtschaft
- 22 Tourismus
- 23 Forstwirtschaft
- 24 Energie
- 25 Sauber und bequem ans Ziel: Mobilität und Verkehr
- 26 Grüne Mobilität
- 27 Elektromobilität
- 28 Güter- und Flugverkehr
- 29 Gutes Leben: In Stadt und Land

- 30 Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
- 31 Wohnungspolitik und Bauen in der Stadt
- 32 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt
- 33 Der beste Start: Kinder, Jugend und Familie
- 34 Familien
- 35 Kinder & Jugend
- 36 Gute Bildung, gute Chancen, ein Leben lang: Kindergärten, Schulen und
- 37 Ausbildung
- 38 Vorfahrt für Qualität: Kita & frühkindliche Bildung
- 39 Schule
- 40 Ausbildung
- 41 Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung
- 42 Das Labor der Zukunft: Studium und Hochschule
- 43 Beste Rahmenbedingungen für Studierende
- 44 Lehre und Forschung
- 45 Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit
- 46 Fachkräftesicherung und Attraktivität von Arbeit
- 47 Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 48 Teilhabe und betrieblicher Gesundheitsschutz
- 49 Immer da, wenn's drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege
- 50 Sozialer Zusammenhalt
- 51 Gesundheitspolitik
- 52 Selbstbestimmt bis ins hohe Alter
- 53 Was unser Leben reicher macht: Kultur, Medien und Sport
- 54 Kulturpolitik
- 55 Für unabhängige Medien und den Erhalt der Meinungsvielfalt
- 56 Für ein sport- und bewegungsfreundliches Thüringen
- 57 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt
- 58 Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle: Frauen- und Queer-Politik
- 59 Frauenpolitik
- 60 Akzeptanz und Vielfalt
- 61 Ein Land, das allen gerecht wird: Demokratie
- 62 Beteiligung

- 63 Finanzen
- 64 Aufarbeitung
- 65 In Freiheit und Sicherheit leben: Innen und Justiz
- 66 Polizei
- 67 Rechtsextremismus
- 68 Feuerwehr
- 69 Justiz
- 70 Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben
- 71 Asyl- und Integrationspolitik
- 72 Gesellschaft und Verwaltung sensibilisieren
- 73 Vorwärts in die Zukunft: Digitalisierung
- 74 Breitbandausbau
- 75 Verwaltungshandeln und Datenschutz
- 76 Früh übt sich... Medienbildung und Innovation
- 77 Wir und unsere Nachbarn: Europa
- 78 Mitsprache
- 79 Förderpolitik
- 80 Partnerschaften und Fairer Handel

## A3 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima - RPÄAMBEL

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Unser Thüringen ist einzigartig schön. Wer den Blick von der Leuchtenburg bei  
2 Kahla über das Saaletal schweifen lässt, entlang des Rennsteigs zum Großen  
3 Beerberg wandert oder auf einer Radtour an der Weißen Elster unterwegs ist, kann  
4 sich unserem Naturreichtum kaum entziehen. Ein Drittel der Gesamtfläche des  
5 Landes nehmen allein die Nationalen Naturlandschaften ein, also der Nationalpark  
6 Hainich, die beiden Biosphärenreservate Rhön und Thüringer Wald und die fünf  
7 Naturparke. Hier tragen wir eine besondere Verantwortung für die Bewahrung der  
8 Biodiversität, für Vielfalt und geschützte Naturräume. Gerade unser Nationalpark  
9 zeigt unter dem Motto „Natur Natur sein lassen“, wie wertvoll ungestörte  
10 Habitats und wie reizvoll unberührte Natur sein können. Er ist europäischer  
11 Publikumsmagnet. Dazu kommen Hunderte Habitats und Vogelschutzgebiete, verwoben  
12 im europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000. Hier werden wild lebende Tiere  
13 geschützt und der Lebensraum seltener Pflanzen bewahrt, darunter viele, die vom  
14 Aussterben bedroht sind. Schwarzstorch oder Bocksriemenzunge, Wildkatze oder  
15 Rotbuche, Feuerschmied oder Besenheide finden Heimat und Rückzugsraum. In der  
16 Hohen Schrecke leben inzwischen sogar wieder Urwaldreliktarten wie der  
17 Knochenglanzkäfer. Natur, Kultur und Geschichte sind in Thüringen von jeher eng  
18 verwoben. Hier gibt es den ältesten Fernwanderweg Deutschlands, hier hat Goethe  
19 beim Anblick der hereinbrechenden Nacht gedichtet, hier haben Alfred und  
20 Christian Brehm an „Brehms Tierleben“ gearbeitet und die europäische Vogelkunde  
21 mitbegründet.

22 Es ist beachtlich, wie viel wir Thüringer\*innen in den letzten 30 Jahren hier  
23 erreicht haben. Die oppositionelle Umweltbewegung der DDR hatte in den 1980-er  
24 Jahren eine schier endlose Liste an Umweltsünden für den heutigen Thüringer Raum  
25 zusammengetragen: Dicke Luft voller Schwefeldioxid und Smog gehörte zum Alltag,  
26 durch den resultierenden sauren Regen waren über 50 Prozent des Baumbestandes in  
27 den Wäldern beschädigt. In einigen Flüssen floss Chemiebrühe, die Werra war  
28 aufgrund des Kalibergbaus so salzig wie das Meer und ihr Ökosystem völlig  
29 zerstört. Die Intensivierung der Landwirtschaft hatte die Böden stark belastet.  
30 Überreste von Uranbergbau und Teerproduktion im Osten des Landes vergifteten  
31 Umwelt und Menschen.

32 Durch aktiven Schutz der Umwelt, durch Umbau des Waldes und Beseitigung  
33 ökologischer Altlasten hat sich die Tier- und Pflanzenwelt in Teilen erholt und  
34 kehren heimische Arten, wie die Wildkatze oder der Luchs, zurück in unsere  
35 Wälder. Noch ist das Artensterben längst nicht gebannt, gibt es schon neue  
36 Bedrohungen, denen unsere Natur trotzen muss.

37 Das vergangene Jahr war nicht nur das zweitwärmste seit Beginn der  
38 Wetteraufzeichnungen in Deutschland, sondern auch das dritte Dürrejahr in Folge.  
39 In den Thüringer Waldböden herrscht in den tieferen Bodenschichten extreme  
40 Trockenheit. Nur noch 15 Prozent des Baumbestandes gelten als gesund.  
41 Extremwetterereignisse wie diese sind keine fernen Bedrohungen mehr. Sie finden  
42 statt. Hier, bei uns. Diesen Klimanotstand erkennen wir an. Für uns ist klar,  
43 dass alle zukünftigen Gesetzesvorhaben und Haushaltsausgaben unter  
44 Klimavorbehalt stehen müssen. Für uns heißt das konkret, dass Gesetzesentwürfe

45 und Haushaltsmittel auf daraus resultierende zusätzliche Treibhausgasemissionen  
46 hin zu überprüfen sind. Dabei dürfen zusätzliche Emissionen nur mit Einsparungen  
47 an anderer Stelle und unter gleichzeitiger Beachtung der Einsparvorgaben des  
48 Thüringer Klimagesetzes möglich sein. So wollen wir jeglichen zusätzlich  
49 drohenden, unnötigen Ausstoß von Treibhausgasen frühzeitig erkennen, um diesen  
50 abwenden und entsprechend handeln zu können.

51 Und wir wollen handeln. Das Klimaabkommen von Paris 2015 war ein großer Schritt.  
52 Die Länder dieser Erde haben erkannt, dass ein „Weiter so“ keine Lösung ist. Wir  
53 haben das Wissen, die Technologien und die Kreativität, um die Klimakatastrophe  
54 abzuwenden und die Folgen der Erderhitzung zu begrenzen. Deswegen unterstützen  
55 wir die Forderungen von Klimaschutzbewegungen wie „Fridays for Future“. Wir sind  
56 die Generation, die die ersten Auswirkungen der globalen Erwärmung bereits  
57 spürt, aber im Sinne dieser Jugendlichen, unserer Kinder und Enkelkinder müssen  
58 wir Energie zu sparen, auf erneuerbare Energien für die Strom- und  
59 Wärmezeugung und emissions- und schadstofffreie Mobilität setzen und die  
60 Agrarwende einleiten. Wir können heute durch Vorsorge die Auswirkungen der  
61 Klimaveränderungen abmildern, zum Beispiel durch Klimaanpassungsmaßnahmen wie  
62 den Umbau der Nutzwälder zu natürlichen, widerstandsfähigeren Mischwäldern,  
63 durch Verbesserungen beim Hochwasserschutz oder Hitzeschutz in den Städten.  
64 Nichts aber ist wirksamer als aktiver und verbindlicher Klimaschutz, jetzt und  
65 hier, mit überprüfbaren Maßnahmen in allen Handlungsfeldern, die Emissionen  
66 verursachen.

67 Unsere Politik an den Erfordernissen der ökologischen Modernisierung  
68 auszurichten, ist radikal, weil die Herausforderungen radikal sind. Aber sie ist  
69 realistisch. Und vor allem ist sie vernünftig. Deshalb fordern wir, dass  
70 Klimaneutralität und Nachhaltigkeit in Thüringen Verfassungsrang erhalten. Eine  
71 Politik, die Ökologie und das Soziale zusammendenkt und vor wirtschaftliche  
72 Interessen stellt und technische wie soziale Innovationen zum Wohl der Umwelt  
73 unter Anerkennung der ökologischen Systemgrenzen entschlossen fördert,  
74 bereichert Wirtschaft und Gesellschaft. Eine solche ökologische Politik ist  
75 sozial. Es sind oft die Menschen mit geringem Einkommen, die an den lautesten  
76 Straßen leben und dort die dreckigste Luft atmen. Wir kämpfen dafür, dass auch  
77 unsere Kinder und Enkel eine vielfältige Umwelt und Natur vorfinden. Aber es ist  
78 eben auch klar, dass diese ökologische Politik nur gemeinsam mit den Menschen  
79 vor Ort realisiert werden kann. Dabei gehen das Nutzen und das Schützen für uns  
80 Hand in Hand. Wir BÜNDNISGRÜNE nehmen Sorgen ernst, diskutieren, argumentieren  
81 und finden gemeinsame Lösungen. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die ökologische  
82 Modernisierung Thüringens gestalten.

A4 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Schützen, was uns am Leben erhält: Umwelt- und Klimaschutz)

Antragsteller\*in: LaVo

## Antragstext

### 1 Naturschutz

2 In den bundesweit einmaligen Natura-2000-Stationen wird Naturschutz in Thüringen  
3 erlebbar und erfahrbar. Über fast ein Fünftel der Landesfläche Thüringens  
4 erstreckt sich das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 zur Sicherung der  
5 Lebensräume seltener Tiere und Pflanzen. Um die 212 Flora-Fauna-Habitat-Gebiete  
6 und 35 punkthaften FFH-Objekte sowie 44 Vogelschutzgebiete besser zu schützen,  
7 wurden bis Ende 2018 insgesamt zwölf Natura-2000-Stationen eingerichtet.  
8 Gemeinsam getragen von gemeinnützigen Vereinen und Verbänden, ist es ihre  
9 Aufgabe, die Lebensräume und Arten des europäischen Schutzgebietsnetzes in  
10 Thüringen zu sichern. Diese Vereine und Verbände sind die Kümmerer vor Ort, die  
11 am besten wissen, wie man Naturschutz gemeinsam mit den Menschen in der Region  
12 umsetzt. Die Stationen werden durch das Umweltministerium mit mehr als drei  
13 Million Euro jährlich finanziert. Hinzu kommt das Kompetenzzentrum, das die  
14 Arbeit der Natura-2000-Stationen begleitet und die Träger bei der Umsetzung von  
15 Naturschutzprojekten oder durch Qualifizierungsangebote unterstützt. Mit der  
16 Novelle des Thüringer Naturschutzgesetzes sichern wir die Natura-2000-Stationen  
17 dauerhaft. Wir werden die Stationen und die dahinter stehende Trägerstruktur  
18 auch in den kommenden Jahren finanziell unterstützen und die Teams ausbauen. Das  
19 schließt das Kompetenzzentrum mit ein.

20 Befristete Arbeitsverhältnisse wollen wir durch langfristige berufliche  
21 Perspektiven ersetzen und so auch im Naturschutz gesicherte Arbeitsplätze  
22 ermöglichen. So kann die Fluktuation verringert und nachhaltiges  
23 Wissensmanagement ermöglicht werden. Eine gestärkte Personalausstattung in Form  
24 von mind. 4 Vollzeitäquivalenten pro Station ist aus unserer Sicht notwendig, um  
25 eine intensivere Betreuung der Gebiete zu ermöglichen. Den Stationen müssen  
26 Außenstationen finanziert werden, um die Fläche besser erfassen zu können und  
27 lokal vernetzt zu sein. Außerdem machen wir uns für ein Maßnahmen-Budget stark,  
28 das jede Natura2000-Station jährlich erhält und das den hohen bürokratischen  
29 Aufwand auf ein angemessenes Maß reduziert.

30 Die Stationen sind nichts ohne die Schutzgebiete mit ihrer einzigartigen Tier-  
31 und Pflanzenwelt. Ihr Erhalt erfordert Managementpläne, die bisher von externen  
32 Dienstleistern erarbeitet und weiterentwickelt werden. Wir werden prüfen, ob  
33 sich diese Aufgabe zukünftig an die Träger der Natura-2000-Stationen übertragen  
34 lässt. Um die Schutzgebiete selbst dauerhaft naturschutzrechtlich zu sichern,  
35 setzen wir uns für eine sukzessive Ausweisung als Naturschutzgebiete ein. Viele  
36 der wertvollen Naturschutzflächen in unserem Land sind durch jahrelange  
37 traditionelle Landwirtschaft entstanden, zum Beispiel durch das Beweiden mit  
38 Schafen. Um sie zu erhalten, müssen diese Formen der Kulturlandschaftspflege  
39 fortgesetzt werden. Wir setzen uns daher auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein,  
40 dass dies durch die Agrarförderung deutlich besser unterstützt wird.

41 Und noch eine europäische Besonderheit konnten wir realisieren. Der Thüringer  
42 Teil des Grünen Bandes wurde am 9. November 2018, also 29 Jahre nach der  
43 friedlichen Revolution, zum Nationalen Naturmonument erklärt. Über eine Länge

44 von 763 Kilometern erstreckt sich dieser Grüngürtel auf dem „Schutzstreifen“  
45 entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Über Jahrzehnte kaum einem  
46 menschlichen Einfluss ausgesetzt, entwickelte sich hier ein einzigartiger  
47 Rückzugsraum für vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen. Das Grüne Band in  
48 Deutschland reicht von Travemünde bis zum ehemaligen Dreiländereck bei Hof und  
49 durchzieht geologisch sehr abwechslungsreiche Landschaftsräume, hier finden sich  
50 bedeutsame Kalkhalbtrockenrasen, nährstoffarmes Flachland, Mähwiesen,  
51 Zwergstrauchheiden, kulturhistorisch bedeutsame Mittelwälder, Feucht- und  
52 Nassgrünland mit strukturreichen Fließgewässern sowie naturnahe Teiche und  
53 Moore. Die Ausweisung als Nationales Naturmonument bietet die Chance, Geschichte  
54 und Natur in ihrer Verbundenheit zu bewahren. Deshalb wollen wir ein  
55 bundesweites „Grünes-Band-Zentrum“ als touristische Attraktion nach Thüringen  
56 holen. Hier soll die Besonderheit dieses Verbundes aus Naturschutz und  
57 Erinnerungskultur sichtbar und erlebbar gemacht werden. Von hier aus wollen wir  
58 mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt andere Länder ermutigen,  
59 den ehemaligen Todesstreifen nach dem Vorbild Thüringens zur Lebenslinie zu  
60 entwickeln.

61 Ganz im Norden Thüringens befindet sich ein weiterer Naturschatz, das größte  
62 Gipskarstgebiet Mitteleuropas mit seinen Orchideen-Buchenwäldern und Gipsfelsen.  
63 Wir wollen dieses Juwel schützen und ein Biosphärenreservat Südharz ausweisen.  
64 Mit einem moderierten Diskussionsprozess mit den Bürger\*innen in den Landkreisen  
65 Nordhausen und Kyffhäuserkreis haben wir in dieser Legislatur dafür den  
66 Startschuss gegeben. Das Konzept für eine dritte Biosphärenregion in Thüringen  
67 liegt nun vor. Wir werden diesen Prozess mit dem Ziel fortsetzen, eine  
68 Anerkennung als UNESCO-Biosphärenreservat zu erhalten, um die weltweit  
69 einmaligen Karst-Lebensäume zu schützen. Das geht nur mit breiter Unterstützung  
70 vor Ort. Deshalb werden wir mit der Gipsindustrie einen Dialog zum Ausstieg aus  
71 dem Naturgipsabbau starten, den begonnenen Moderationsprozess mit Kommunen und  
72 Bürger\*innen fortsetzen und Finanzmittel für die touristische  
73 Regionalentwicklung bereitstellen.

74 Nur wer die Natur kennt und schätzt, kann sie schützen. Wir wollen Umweltbildung  
75 stark machen. Dazu gehört mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den  
76 Schulen und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit mit einer klaren,  
77 ressortübergreifenden Landesstrategie und einem Förderprogramm im  
78 Umweltministerium ebenso wie mit Ansprechpartner\*innen vor Ort. Deshalb wollen  
79 wir in jeder der acht Nationalen Naturlandschaften Umweltbildungsstellen ins  
80 Leben rufen, die dauerhaft finanziert unsere Naturschätze erlebbar machen.

81 Wir werben dafür, weitere Naturschutzgroßprojekte ins Leben zu rufen, um unser  
82 Naturerbe zu schützen, zu bewahren und zu entwickeln. Das sind Vorhaben, die  
83 weit über unsere Umgebung hinaus Einfluss auf das Ökosystem haben. In der Rhön  
84 zum Beispiel herrschte über Jahrhunderte die Haltung von Hüteschafen vor,  
85 Schäfer\*innen zogen mit ihrer Herde von Weidefläche zu Weidefläche. Dies  
86 begünstigt eine einzigartige Vegetation auf den Weiden, die Hutungen genannt  
87 werden. Der Erhalt dieser einzigartigen Kulturlandschaft ist das Ziel des  
88 Projekts „Thüringer Rhönhutungen“, das vom Umweltministerium unterstützt wurde.  
89 Wir wollen neue Naturschutzgroßprojekte initiieren, mitfinanzieren und bereits  
90 erfolgreich durchgeführte Projekte in ihrer Folgearbeit unterstützen. Bei  
91 Bundesprojekten wollen wir die Träger bei der Finanzierung des Eigenanteils  
92 unterstützen. Bestehende Großschutzprojekte, angefangen beim Biosphärenreservat

93 Thüringer Wald, wollen wir weiter stärken und ihren Erhalt auskömmlich  
94 finanzieren.

95 Wir BÜNDNISGRÜNE halten Wort: Die Landesregierung hat fünf Prozent des Waldes in  
96 Thüringen dauerhaft der forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen, dazu gehören  
97 großflächige Gebiete mit 1.000 Hektar im Possen. Leider gibt es weltweit nur  
98 noch wenig intakte Waldwildnis. Wo die Säge ruht, die Bäume sehr alt werden und  
99 nach dem Absterben langsam verrotten, entstehen neue Lebensräume für Tiere und  
100 Pflanzen. Die Thüringer\*innen können sich auf mehr Waldwildnis im Land freuen,  
101 denn hier wird Wald in seiner urwüchsigen Schönheit erlebbar. Die Schutz-,  
102 Erholungs- und Nutzfunktionen des Waldes sind für uns gleichrangig. Die  
103 „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ des Bundes sieht vor, zwei  
104 Prozent der gesamten Landesfläche zu Wildnisgebieten zu entwickeln. Das ist die  
105 nächste Chance für unsere Natur und gleichsam Naturkapital für unsere Kinder.  
106 Ein Programm zur langfristigen und ökologischen Waldentwicklung werden wir  
107 zusätzlich entwickeln. Wir wollen das Waldgesetz ökologischer machen und dem  
108 Naturschutz mehr Raum geben. Kommunen wollen wir dabei unterstützen, ihre Wälder  
109 naturnah zu bewirtschaften. Wir verkaufen unseren kostbaren Wald nicht, sondern  
110 sorgen dafür, dass die Waldflächen im Besitz des Landesforstes in öffentlichem  
111 Eigentum verbleiben.

112 Lebensräume erhalten

113 Stellen Sie sich vor, Ihr Haus wäre an allen Seiten von Autobahnen und  
114 Wasserstraßen umgeben. Der Besuch beim Nachbarn stünde vor unüberwindlichen  
115 Hindernissen. So ähnlich geht es den Pflanzen und Tieren. Ihre Lebensräume  
116 werden zerschnitten, Inseln entstehen, Austausch kann nicht mehr stattfinden.  
117 Nicht nur Straßen und Siedlungen bilden Barrieren, auch großflächig genutzte  
118 Agrarflächen mit geringer Artenvielfalt gehören dazu. Die Vereinzelung der  
119 Biotop gehört zu den größten Bedrohungen für die biologische Vielfalt. Deshalb  
120 ist im Bundesnaturschutzgesetz der Biotopverbund als „grüne  
121 Infrastruktur“ verankert. Wir BÜNDNISGRÜNE werden für Thüringen einen  
122 Biotopverbundplan erstellen, der eine Mindestgröße und -dichte von zur  
123 Vernetzung von Biotopen erforderlichen Verbindungselementen festlegt. Der  
124 Biotopplan soll rechtsverbindlicher Bestandteil in allen Raumplanungsebenen und  
125 seine finanzielle Umsetzung im Landeshaushalt verankert werden.

126 Große Tiere haben es in unserer Kulturlandschaft oft schwer und gehören dennoch  
127 dazu. Manche von ihnen sind nach Dekaden der Vertreibung und Ausrottung erst  
128 jüngst wieder in heimische Regionen zurückgekehrt. Manchmal kommt es zu  
129 Konflikten mit Menschen. Hier können wir von Ländern lernen, in denen diese  
130 Tiere noch ganz selbstverständlich zur Fauna dazugehören. Der Wolf hat eine  
131 Daseinsberechtigung auch in Thüringen. Wir haben in der Landesregierung einen  
132 Wolfsmanagementplan aufgelegt und verschiedene Fördermaßnahmen für den Schutz  
133 von Schafen und Entschädigungsregelungen für Schäfer\*innen entwickelt, die wir  
134 weiterentwickeln wollen. Auch beim Biber brauchen wir Managementpläne, da Biber  
135 ihre eigenen Lebensräume gestalten, Bäume fällen und Gewässer stauen. Für  
136 großräumig wandernde Tiere wie Luchse oder Wildkatzen stellen unsere Straßen  
137 starke Begrenzungen ihrer Lebensräume dar. Mit Grünbrücken und ähnlichen  
138 Hilfsmaßnahmen wollen wir dem entgegenwirken und uns außerdem für die gezielte  
139 Überwachung und Förderung gefährdeter Arten einsetzen. Grünland in Waldnähe  
140 sollte gerade im Hinblick auf die gewollte Naturverjüngung im Wald weniger  
141 intensiv genutzt werden, damit Rot- und Rehwild außerhalb des Waldes genügend

142 Äsungsflächen findet und damit der Verbiss von Jungpflanzen im Wald verringert  
143 wird. Zur Landschaftspflege wollen wir Projekte fördern, damit Stalltiere auf  
144 die Weide kommen.

145 Auch in unseren Städten grünt und blüht, summt und brummt es. Tiere und Pflanzen  
146 haben als unsere Nachbarn ihre ganz speziellen Biotope in der Stadt gefunden.  
147 Wir machen uns dafür stark, dass diese geschützt und gestärkt werden. Jeder Baum  
148 in der Stadt ist ein freundlicher Nachbar, der Schatten spendet, Feinstaub aus  
149 der Luft filtert und Lebensraum für Vögel und Insekten bietet. Der Erhalt und,  
150 wo nötig, Ersatz der Stadtbäume gehören für uns genauso zur Lebensqualität in  
151 der Stadt wie die Renaturierung von Bächen und Flüssen in Siedlungsgebieten und  
152 die Begrünung von Fassaden. Wir werden Kommunen dabei unterstützen, vom  
153 Förderschwerpunkt Stadtnatur im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt  
154 zu profitieren. Damit stärken wir die Entwicklung kommunaler Biodiversitäts- und  
155 Freiraumstrategien, die naturnahe Gestaltung und Unterhaltung von Grünflächen  
156 sowie deren Vernetzung untereinander und mit dem Umland. Im Zentrum des  
157 Programms stehen die Erhaltung von Lebensräumen für stadtypische und gefährdete  
158 Tier- und Pflanzenarten, insektenfreundliche Stadtbegrünung, Wildblumenwiesen,  
159 die Renaturierung von Brachflächen, die Aktivierung neuer Flächenpotenziale  
160 durch Gewässerrenaturierung sowie die Schaffung grüner Straßenräume und  
161 „lebendiger“ Gebäude. Wir setzen uns weiter für die Einrichtung von  
162 Naturerfahrungsräumen, grünen Klassenzimmern sowie naturnahen Schulhöfen und  
163 Außengeländen von Kindergärten ein. Landesweit werden wir das stark nachgefragte  
164 und etablierte Förderprogramm „Entwicklung Natur und Landschaft“ (ENL) deshalb  
165 um den Förderbestand der Umweltbildung erweitern und jährlich weiter finanziell  
166 um eine Million Euro aufstocken.

167 Wir BÜNDNISGRÜNE werden auch weiterhin die unteren Naturschutzbehörden, den  
168 ehrenamtlichen Naturschutz und die Naturschutzbelange insgesamt stärken. In  
169 Regierungsverantwortung haben wir eine deutliche Erhöhung der landeseigenen  
170 Naturschutzmittel durchgesetzt, bis 2020 wurden 25 Millionen Euro bereitgestellt  
171 und spezielle Programme zur Förderung der Landschaftspflege aufgesetzt. Um den  
172 Umwelt- und Naturschutz weiter zu stärken, wollen wir bis 2025 100 Stellen in  
173 der Umweltverwaltung schaffen. Ohne solide Finanzierung und einen Stellenaufwuchs  
174 in der Umweltverwaltung ist wirkungsvoller Naturschutz nicht möglich. Wir  
175 befürworten die Kofinanzierung von EU-Programmen wie den Ausbau des Naturschutz-  
176 und Landschaftspflegeprogramms (NALAP) zur Förderung von Maßnahmen des  
177 Naturschutzes und der Landschaftspflege. Landeseigene Förderprogramme sollen  
178 stärker auf naturschutz- und artenschutzfreundliche Durchführung fokussiert  
179 werden.

#### 180 Sauberes Wasser

181 Auf über 15.000 Kilometer Länge ziehen sich Flüsse wie Adern durch unser Land.  
182 Zusammen mit Seen, Auen, Sumpfbereichen und Mooren bilden sie den Lebensraum für  
183 eine atemberaubende Vielfalt von Tieren und Pflanzen. Wasser ist die Grundlage  
184 allen Lebens und unser wichtigstes Lebensmittel. Ziel einer nachhaltigen  
185 Wasserwirtschaft ist deshalb der Schutz des Grundwassers und der  
186 Oberflächengewässer. Wir brauchen daher ein Trink- und Brauchwassermanagement,  
187 das auf längere Trockenphasen wie auch Starkregenereignisse ausgerichtet ist.  
188 Deshalb standen saubere und artenreiche Gewässer im Zentrum der Novelle des  
189 Thüringer Wassergesetzes, die wir in diesem Jahr auf den Weg gebracht haben. Mit  
190 zwei im Jahr 2016 gestarteten Landesprogrammen in Höhe von 500 Millionen Euro

191 haben wir in Thüringen neue Schwerpunkte beim Hochwasser- und Gewässerschutz  
192 gesetzt. Mit einer Vielzahl von Projekten sollen Gewässer wieder besser als  
193 Lebensraum für heimische Pflanzen und Tiere dienen, Flüsse mehr Raum erhalten  
194 oder durch grüne Randstreifen die Nährstoffeinträge in Gewässer durch die  
195 Landwirtschaft reduziert werden. Und vor allem werden diese Projekte unter  
196 Einbeziehung der Bürger\*innen vor Ort realisiert. Der Hochwasserschutz wird  
197 weiter gestärkt, zusätzlich zu den bestehenden Schutzgebieten werden entlang  
198 weiterer 800 Kilometer Gewässer neue Überschwemmungsgebiete ausgewiesen. Beide  
199 Programme werden wir fortschreiben. Die ökologische Komponente des  
200 Hochwasserschutzes wird dabei weiter gestärkt. Statt Flüsse weiter mit Beton  
201 einzuhegen, wollen wir ihnen mehr Raum geben und Dynamik ermöglichen. Wir werden  
202 die Renaturierung von Fluss- und Bachläufen in den Blick nehmen, um dynamische  
203 Lebensräume, wie sie viele Arten benötigen, wieder zu herzustellen. Mit einem  
204 Auenschutzprogramm sollen die Umwandlung von Acker in Grünland für  
205 Retentionsflächen befördert und Grundstückseigentümer entschädigt werden.  
206 Aktiver Hochwasserschutz in Städten wird auch erreicht durch  
207 Flächenentsiegelung, Regenwasserrückhaltung/-speicherung und Dachbegrünungen.  
208 Das entlastet darüber hinaus die Regenwasser- und Abwasserkanäle.

209 Die letzten Hitzesommer und Trockenjahre haben uns deutlich vor Augen geführt,  
210 wie wichtig es ist, auf genügend Wasserreserven zurückgreifen zu können. Wir  
211 werden deshalb ein Wasserverfügbarkeitskonzept (oder Wasserversorgungskonzept)  
212 erarbeiten, um noch besser als bisher auf Perioden mit langer Trockenheit  
213 reagieren zu können. Der Erhalt und die Sanierung von sogenannten herrenlosen  
214 Speichern soll dabei eine wichtige Rolle spielen. Hierzu werden wir ein  
215 Landesprogramm ins Leben rufen. Einem drohenden Wassermangel muss durch eine  
216 konsequente Klimaschutzpolitik vorgebeugt werden.

217 Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware. Eine Privatisierung der  
218 Wasserwirtschaft ist mit uns BÜNDNISGRÜNEN nicht zu machen. Stattdessen wollen  
219 wir Wasser für alle in guter Qualität und Menge. Dafür werden wir das Thüringer  
220 Wassergesetz konsequent umsetzen. Denn gute Qualität und die benötigte Menge  
221 sind nicht immer gegeben. Nitrateinträge, insbesondere aus der Landwirtschaft,  
222 belasten unsere Gewässer und der Pegel des Grundwassers erholt sich in manchen  
223 Regionen aufgrund von Dürre und hoher Entnahme nicht in ausreichendem Maße. Wir  
224 wollen die Düngeverordnung ändern und mittels Förderprogrammen die Nutzung von  
225 Nitrat und Phosphat in der Landwirtschaft reduzieren. Eine leistungsfähige  
226 Abwasserentsorgung ist Voraussetzung für eine gesunde Infrastruktur. Darüber  
227 hinaus ist sie erforderlich, um in den Gewässern ein hohes Güteniveau zu  
228 erhalten oder wieder herzustellen. Generelle Zielsetzung der Abwasserentsorgung  
229 ist es, Böden und Gewässer vor schädlichen Verunreinigungen zu schützen sowie  
230 deren Nutzung und die dortigen Lebensgemeinschaften möglichst nicht zu  
231 beeinträchtigen. Um die Einleitung illegaler Abwässer zu unterbinden, werden wir  
232 Gewässerschauen einführen. Die unter grüner Initiative neu gegründeten  
233 Gewässerunterhaltungsverbände wollen wir konsequent auf die europäische  
234 Wasserrahmenrichtlinie verpflichten. Den Erhalt eines ökologisch guten Zustands  
235 und die Revitalisierung der Auen werden wir finanziell unterstützen. Auch bei  
236 der Abwasserreinigung gibt es noch etwas zu tun, der Anschlussgrad an  
237 Kläranlagen muss weiter steigen. Den mit dem Gemeinde- und Städtebund  
238 ausgehandelten Abwasserpakt wollen wir fortführen. Die Struktur der  
239 Zweckverbände muss verschlankt werden. Daher wollen wir einen Wasserverbandstag

240 nach niedersächsischem Vorbild einführen und in einen Dialog mit den Kommunen  
241 über eine Reform der Abwasserzweckverbände eintreten.

242 Eine der größten Umweltbelastungen unserer Flüsse ist das Salz aus dem  
243 Kalibergbau in Werra und Weser. Aber wir haben in den vergangenen Jahren einige  
244 Fortschritte gemacht. Unter dem Vorsitz Thüringens haben sich die Anrainerländer  
245 der Werra und Weser im März 2016 auf konkrete Ziele und Maßnahmen zur  
246 Reduzierung der Salzbelastung verständigt. Bis zum Jahr 2027 soll der von der  
247 europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderte ökologische Gewässerzustand in  
248 der Weser erreicht werden. In der durch den Kalibergbau hoch belasteten Werra  
249 soll die Salzkonzentration halbiert werden. Zum Schutz des Grundwassers wird die  
250 bislang praktizierte Versenkung von Reststoffen unter Tage beendet. Dieser durch  
251 das grüne Umweltministerium vorangetriebene „Masterplan Salzreduzierung“ muss in  
252 den kommenden Jahren konsequent in die Tat umgesetzt werden. Wir fordern einen  
253 Stopp der Aufhaltung des Abraums und die Rückverbringung von Salzabwässern unter  
254 Tage.

255 Auch der Altlastenfall um die ehemalige Teerfabrik in Rositz/Schelditz und das  
256 belastete Grundwasser ist gelöst. Thüringen und der Bund werden das  
257 schadstoffbelastete Gebiet um die Talstraße gemeinsam sanieren und investieren  
258 insgesamt 13 Millionen Euro. Die Einigung sieht den Ankauf nicht mehr nutzbarer  
259 Gebäude bzw. der Grundstücke im Ortsteil Schelditz durch die  
260 Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) Thüringen vor. Das ermöglicht den  
261 Betroffenen, deren Häuser nicht mehr nutzbar sind, einen Neustart ohne  
262 Schadstoff- und Geruchsbelastung an einem anderen Ort. Wir werden die  
263 konsequente Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen begleiten.

#### 264 Schutz der Böden

265 In und auf unseren Böden krecht, fleucht, krabbelt und wimmelt es. Sie sind  
266 voller Leben, bevölkert von kleinen und Kleinstlebewesen, die den  
267 Nährstoffreichtum der Böden erhalten. Oder besser: So sollte es sein. Denn immer  
268 mehr Flächen werden zubetoniert. Zudem belastet die Landwirtschaft die Böden  
269 durch Überdüngung und Pestizideinsatz, verdichtet sie und trocknet sie aus. Wir  
270 wollen deshalb den Einsatz von Pestiziden in der Land- und Forstwirtschaft, aber  
271 auch im Privatgebrauch soweit es geht minimieren, denn sie sind Gift,  
272 insbesondere für Insekten und Bienen. Deshalb stehen wir BÜNDNISGRÜNE für eine  
273 ökologische, nachhaltige Landwirtschaft, die Käfer, Würmer, Larven und  
274 Mikroorganismen schützt.

275 Wir wollen dem fortlaufendem Flächenverbrauch konsequent entgegenwirken. Aber  
276 bei der Beseitigung alter Brachen sind umfangreiche Erkundungen und Probenahmen  
277 erforderlich, um Altlasten oder Kontaminationen zu erkunden. Baustoffe und  
278 belastete Böden müssen entsorgt werden. Die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete  
279 ist für Kommunen deshalb oft einfacher, günstiger und schneller als die Nutzung  
280 vorhandener Siedlungsflächen. Eine Folge dieser Siedlungspolitik ist auch die  
281 Verarmung von Ortskernen. Ein lebendiger Kern ist für Lebensqualität und  
282 Attraktivität eines Ortes ein wesentlicher Gradmesser. Lebendige und besiedelte  
283 Zentren sorgen für kurze Wege und tragen der demografischen Alterung der  
284 Gesellschaft vorausschauend Rechnung. Wir streben deshalb das Null-Hektar-Ziel  
285 in Thüringen an, um unsere wertvollen Böden vor weiterer Versiegelung zu  
286 bewahren. Neue Flächen sollen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sie  
287 anderswo freigegeben werden, zum Beispiel durch die Beseitigung alter

288 Industriebrachen. Dadurch wird die weitere Zerstörung unserer Landschaft  
289 eingedämmt und unsere Ortskerne erhalten neues Leben.

290 Wir werden die Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen und die  
291 vorhandenen Förderprogramme in Stadt und Land um eine bessere Unterstützung bei  
292 der Entsiegelung von Flächen ergänzen. Eine Genehmigung zur baulichen Nutzung  
293 von Freiflächen soll perspektivisch nur noch dann erteilt werden, wenn  
294 nachweislich keine andere Möglichkeit in Betracht kommt.

295 Dem unerkannten Erwerb von Boden durch den Aufkauf landwirtschaftlicher Betriebe  
296 (share deals), auch bekannt als Landgrabbing, werden wir entschlossen  
297 entgegentreten. Es gilt, die Agrarstruktur Thüringens vor dem um sich greifenden  
298 Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investor\*innen zu schützen.

299 Luft und Lärm

300 Frische Luft draußen im Wald ist Entspannung pur. Z Verkehrsbedingte Schadstoffe  
301 wie Stickoxide und Feinstaub vergiften unsere Atemluft und gefährden in  
302 erheblichem Maße die Gesundheit der Menschen. Kinder, ältere Menschen und  
303 Personen mit Vorerkrankungen der Atemwege sind besonders betroffen. Während die  
304 Atemluft in den 1990er-Jahren zunächst deutlich besser geworden ist, nimmt die  
305 Qualität in den letzten Jahren wieder ab. Ursache sind vor allem Autoabgase,  
306 insbesondere durch Dieselfahrzeuge, die infolge millionenfacher Manipulationen  
307 der Autoindustrie mehr Schadstoffe ausstoßen als gesetzlich zugelassen. Die  
308 Geschädigten sind wir alle. Nachrüstung der betroffenen Fahrzeuge auf Kosten der  
309 Industrie ist unsere grüne Forderung in der Bundespolitik. Aber auch hier im  
310 Land werden wir konsequent für bessere Luft sorgen. Im Mittelpunkt steht eine  
311 Verkehrspolitik für morgen und für Jung und Alt: eine vernetzte Mobilität, deren  
312 ökologischer Fußabdruck im gesamten Lebenszyklus möglichst „null“ ist, bessere  
313 Förderung von Schiene, öffentlichem Nahverkehr, Radfahren und Zufußgehen. Mit  
314 Kindern und Senior\*innen haben wir die Schwächsten im Verkehr immer im Blick.  
315 Mit der Umsetzung flächendeckender, wirkungsvoller Luftreinhaltepläne tragen wir  
316 dazu bei, dass die gesetzlichen Grenzwerte in ganz Thüringen eingehalten werden.  
317 Für Baumaschinen in Siedlungsgebieten sollen Feinstaubfilter zur Pflicht werden.

318 Eine andere Verkehrspolitik ist auch ein wirkungsvoller Schutz gegen Lärm.  
319 Innerorts können Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nacht sowie  
320 Fahreinschränkungen für Lkw helfen. In belasteten Gebieten darf Lärmschutz nicht  
321 erst beim Neubau von Straßen greifen, sondern muss auch im Bestand eine größere  
322 Rolle spielen.

323 Abfallvermeidung

324 Abfälle sind Rohstoffe. Deshalb wollen wir kommunale und unternehmerische  
325 Strategien zur Kreislaufwirtschaft und Rohstoffrückgewinnung unterstützen, zum  
326 Beispiel wenn Kommunen bei öffentlichen Veranstaltungen und im Alltag auf  
327 Mehrweggeschirr und die Einführung von Pfandsystemen setzen. Weil die  
328 öffentliche Hand eine Vorbildwirkung hat, werden wir das Beschaffungswesen aller  
329 Landeseinrichtungen darauf ausrichten, nachhaltige Produkte einzusetzen,  
330 angefangen bei der Dämmung öffentlicher Bauten bis hin zur Beschaffung von  
331 Büromaterial.

332 Deutschlands Plastikverbrauch steht in Europa an der Spitze, die Meere sind  
333 weltweit durch Kunststoffe belastet. Selbst in unseren heimischen Gewässern ist  
334 Mikroplastik nachweisbar. Wir finden es in Kosmetika, es entsteht durch Abrieb

335 beim Waschen von Kunstfaserkleidung oder im Straßenverkehr und gelangt über das  
336 Wasser in die Nahrungskette. Wir BÜNDNISGRÜNE werden uns daher auf Bundesebene  
337 weiter für ein Verbot von Mikroplastik und schwer abbaubaren Polymeren in  
338 Kosmetika einsetzen. Wir unterstützen eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik.  
339 Zudem wollen wir auch in Thüringen die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik  
340 in den Blick nehmen und streben eine konsequente Kreislaufführung an. Wir wollen  
341 das Monitoring zur Belastung durch Mikroplastik verbessern und die Erforschung  
342 ihrer Ursachen und Wege zu ihrer Verminderung fördern. Um das globale Problem  
343 auch vor Ort greifbar zu machen, wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, für  
344 das Thema zu sensibilisieren. Um die Entwicklung hin zur „Zero-Waste“-  
345 Gesellschaft zu beschleunigen, wollen wir außerdem, dass die Gründung von  
346 Unternehmen, die neue Wege in der Abfallvermeidung gehen, wie zum Beispiel  
347 Unverpacktinitiativen, durch Förderprogramme gezielt unterstützt wird.

348 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen aktiv dagegen antreten, dass zu viele Lebensmittel im  
349 Abfall landen, und die Wertschätzung von Lebensmitteln auch als Teil des  
350 Ressourcen- und Klimaschutzes voranbringen. Dazu werden wir gemeinsam mit der  
351 Lebensmittelproduktion, dem Handel, der Verbraucher\*innenberatung und den  
352 zivilgesellschaftlichen Initiativen einen Thüringer Maßnahmenplan entwickeln.  
353 Initiativen des Foodsharings und die Tafeln werden wir gezielt fördern und uns  
354 dafür einsetzen, dass das Retten von Lebensmitteln zur Selbstverständlichkeit  
355 für den Lebensmitteleinzelhandel, die Gastronomie, Kantinen und die  
356 Verbraucher\*innen wird. Explizit setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein  
357 „Containern“ zu entkriminalisieren. Ähnlich wie in Frankreich fordern wir  
358 zusätzlich, dass Lebensmittelgeschäfte ab einer Größe von 400m<sup>2</sup> dazu  
359 verpflichtet sind, eine Partnerschaft mit einer Hilfsorganisation einzugehen,  
360 die die unverkauften Lebensmittel abnimmt. Die Nutzung von Leitungswasser wollen  
361 wir bewerben und fördern. Kantinen und Gastronomie wollen wir zur Bereitstellung  
362 von Leitungswasser ermutigen und dabei unterstützen. Dies soll sowohl die  
363 Wertschätzung der Qualität unseres Leitungswassers bei den Bürger\*innen erhöhen,  
364 als auch Glas- und Plastikmüll und unnötige Transportwege vermeiden.

#### 365 Klimaschutz

366 Spätestens die extreme Trockenheit in den vergangenen drei Jahren hat uns die  
367 Folgen der Klimakrise deutlich vor Augen geführt. Das neue Jahrtausend ist zwar  
368 erst wenige Jahre alt, aber acht [prüfen!] der zehn wärmsten Jahre seit Beginn  
369 der Temperaturaufzeichnungen wurden im letzten Jahrzehnt gemessen. Die globale  
370 Erhitzung kann auf absehbare Zeit nicht rückgängig gemacht werden, aber wir  
371 können sie verlangsamen und ihre Auswirkungen begrenzen. Es liegt also in  
372 unser aller Hand, das Klima aktiv und verbindlich zu schützen. Wir tragen  
373 Verantwortung – für uns, für unseren Planeten, für unsere Kinder, Enkel\*innen  
374 und Urenkel\*innen. Diese Verantwortung treibt uns BÜNDNISGRÜNE an. Nach Jahren  
375 des politischen Stillstands haben wir mit unserem Eintritt in die Thüringer  
376 Landesregierung einen Kurswechsel eingeleitet. Im Dezember 2018 wurde das  
377 Thüringer Klimagesetz mit konkreten Klimazielen und Anpassungsstrategien  
378 beschlossen. Bis 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen wie CO<sub>2</sub>, Methan und  
379 anderen, um 60 bis 70 Prozent und bis 2050 um bis zu 95 Prozent verringert  
380 werden. [[bisherige Formulierung nicht korrekt]] Erstmals gibt es damit  
381 Leitplanken für den aktiven Klimaschutz im Freistaat. Mit diesem Gesetz ist  
382 Thüringen bundesweit führend und nimmt eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ein.  
383 Die darin verankerten Zielsetzungen sind jedoch kein ausreichender Beitrag zu  
384 globalen Klimaschutzanstrengungen und der Erfüllung des Pariser Vertrags.

385 [[Umstritten! ggf. anders formulieren, um Anspruch an Einhaltung der Klimaziele  
386 gerecht zu werden]]Um dieser Rolle gerecht zu werden und um neue  
387 wissenschaftliche Erkenntnisse, unter anderem aus dem IPCC-Report,  
388 einzubeziehen, müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren. Deshalb brauchen  
389 wir eine Klimagesetznovelle mit dem Ziel von Treibhausgasneutralität und der  
390 bilanziell vollständigen Deckung von Thüringens Energiebedarf mit erneuerbaren  
391 Energien bis 2035. Dazu ist eine Nachschärfung des Reduktionsziels für 2030  
392 notwendig. Über Sektorenkopplung soll in allen klimarelevanten Bereichen  
393 sichergestellt werden, dass dieses Ziel erreicht wird

394 Klimaschutzpolitik wirkt dann nachhaltig, wenn allen Beteiligten deren  
395 Notwendigkeit bewusst ist und alle mitgenommen werden. Deshalb sind das  
396 Klimagesetz und die dazugehörige Anpassungsstrategie in Workshops und  
397 Diskussionen mit der Öffentlichkeit entwickelt worden. Diese Form der engen  
398 Bürger\*innenbeteiligung wollen wir BÜNDNISGRÜNEN bei der Umsetzung von  
399 Klimaschutzmaßnahmen weiterführen. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und der  
400 dafür nötige Ausbau von Stromtrassen soll deshalb stärker mit den betroffenen  
401 Kommunen abgestimmt werden. Darüber hinaus sollen Konzepte entwickelt werden,  
402 mit denen die Kommunen direkt von den oben genannten und anderen Projekten  
403 profitieren, zum Beispiel durch finanzielle Beteiligung der Anlieger\*innen.

404 Mit dem Klimagesetz ist Thüringen einen wichtigen Schritt in Richtung  
405 Zukunftssicherung gegangen. Förderprogramme helfen Wirtschaft, Kommunen sowie  
406 Bürger\*innen. Klimaschutz lohnt sich auch betriebswirtschaftlich. Innovative  
407 Techniken der Energiegewinnung, der effiziente Energieeinsatz, die Entwicklung  
408 und Anwendung ressourcenarmer Produktionsverfahren, sowie echte Einsparungen  
409 (Suffizienz) in der Thüringer Industrie und Wirtschaft können ein klimabewusstes  
410 Thüringen in eine wirtschaftliche Vorreiterrolle bringen. Aber es bleibt noch  
411 viel zu tun, um auf die Folgen der Klimaveränderung vorbereitet zu sein:  
412 Essenziell sind für uns eine Forstwirtschaft mit einer naturnahen  
413 klimaresilienten Waldnutzung, die die biologische Vielfalt und die Speicherung  
414 klimaschädlicher Gase erhöht, wirksamer Hochwasserschutz und mehr Hitzeschutz  
415 beim Städte- und Wohnungsbau zum Beispiel durch verschattende Gebäudegestaltung  
416 oder eine Fassaden- und Dachbegrünung. Darüber hinaus wollen wir in  
417 klimaschutzrelevanten Bereichen – wie Mobilität und Landwirtschaft – einen  
418 grundlegenden Strukturwandel herbeiführen. Wir wollen ökologische Landwirtschaft  
419 mit nachhaltiger Landnutzung und einer deutlich reduzierten Tierhaltung, die die  
420 Artenvielfalt bewahrt und die Böden schützt und Verkehr, der Mobilität auch ohne  
421 klima- und gesundheitsschädliche Emissionen ermöglicht. Wir wollen, dass alle  
422 politischen Entscheidungen auch daran bemessen werden, ob sie gut für das Klima  
423 sind. Deshalb sollen Klimaneutralität und das Nachhaltigkeitsprinzip als  
424 Staatsziele in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden. [[Achtung: Dopplung,  
425 vorne deshalb gestrichen; aktuellen Stand im Landtag beachten]]

426 Natürlich muss sich Politik an ihren eigenen Zielen messen lassen. Deshalb soll  
427 auch die Thüringer Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral arbeiten. In  
428 einem ersten Schritt wurden eine Ausgangsbilanz zu den CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen der  
429 Landesverwaltung und ihrer Liegenschaften erstellt und ein Minderungskonzept für  
430 den Strom- und Wärmebedarf von Gebäuden, für Beschaffung und Mobilität  
431 entwickelt. Der verbleibende Energieverbrauch soll klimaneutral ersetzt werden:  
432 So werden alle landeseigenen Gebäude vollständig mit Strom und Wärme aus  
433 erneuerbaren Quellen versorgt. Im Falle wirtschaftlich oder technisch nicht

434 vermeidbarer Restemissionen werden Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt. [[Streichung  
435 umstritten; keine konkrete Forderung und fraglich, ob wissenschaftlich haltbar]]

436 Weil Klimaschutz nur gemeinsam geht, mit Landkreisen, Städten und Gemeinden,  
437 werden wir die Förderung für kommunale Klimaschutzprojekte mit Klima Invest  
438 ausbauen. Städte und Gemeinden erhalten mit einer Festbetragsförderung eine  
439 umfassende Erstberatung als Einstieg. Darauf aufbauend können konkrete  
440 Instrumente wie Klimaschutzkonzepte entstehen. Sie sind die Basis, um weitere  
441 Fördermittel für deren praktische Umsetzung zu beantragen. Schwerpunkte bei den  
442 Investitionen sind die energetische Modernisierung von öffentlichen und privaten  
443 Gebäuden, beispielsweise die Förderung von Lüftungsanlagen mit  
444 Wärmerückgewinnung sowie Wärmespeichertechnik, und das Umstellen der Fuhrparks  
445 auf klimaneutrale Elektromobilität.

446 Klimaschutz muss konkret werden. Dabei spielen Ehrenamtliche, Verbände und  
447 Vereine eine entscheidene Rolle. Diese wollen wir daher finanziell stärker  
448 unterstützen, Ehrenamt im Natur- und Klimaschutz sichtbarer machen und würdigen.  
449 Vor Ort sollen Einwohner\*innen immer die eine für alle gut nutzbare Möglichkeit  
450 haben, ihre Ideen mitzuteilen und aktiv an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.  
451 Die Einrichtung von Bürger\*innenräten ist ein Ansatz, Austausch und Beteiligung  
452 in jedem Dorf, jeder Stadt und jeder Region Realität werden zu lassen. Die  
453 Einrichtung dieser und ähnlicher Formate wollen wir voranbringen.

454 Bits und Bäume

455 Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebensweise grundlegend. Sie  
456 sollte immer einhergehen mit einem Wandel zur ökologischen Nachhaltigkeit:  
457 Digitale und ökologische Transformation zusammenzudenken ist eine zentrale  
458 Herausforderung unserer Zeit!

459 Intelligente Lösungen können uns dabei helfen, nachhaltig zu handeln und  
460 Ressourcen effizient zu nutzen und zu schonen. Das beginnt bei Green IT-Lösungen  
461 und geht über Plattformen für Sharing-Economy-Projekte und smarte  
462 Energiespeicherung bis hin zu intelligenten Mess- und Steuerungssystemen.

463 Wir BÜNDNISGRÜNE werden daher bestehende Förderinstrumente überprüfen und  
464 nachjustieren, um Unternehmen im Dialog für ein nachhaltiges und  
465 ressourcensparendes Wirtschaften noch besser zu unterstützen. Bei der Bildung  
466 für nachhaltige Entwicklung (BNE) wollen wir den Bereich Digitalisierung  
467 stärken. In der Landesverwaltung sollen ein Referat Umweltschutz und  
468 Digitalisierung eingerichtet und eine grüne Digitalisierungsstrategie erarbeitet  
469 werden. Hierzu werden wir einen Runden Tisch mit Expert\*innen aus Verwaltung,  
470 Gesellschaft und Wirtschaft einberufen. Um die Ziele des Thüringer Klimagesetzes  
471 zu erreichen, soll das Thüringer Landesrechenzentrum bis spätestens 2030  
472 klimaneutral arbeiten.

473 Wir werden uns zudem auch mit dem ökologischen Fußabdruck der Digitalisierung  
474 auseinandersetzen, etwa der letztendlichen Bilanz für den Energie- und  
475 Ressourcenverbrauch durch erhöhten Daten-, Technik- und Gerätekonsum sowie die  
476 Vernichtung von Effizienzgewinnen durch sogenannte Rebound-Effekte.

477 Um diese politischen Ziele umzusetzen, müssen wir massiv in Wissenschaft und  
478 Forschung investieren und technologische Möglichkeiten ausschöpfen. Es gilt  
479 gleichzeitig, die langfristigen Kosten von Produkten und Dienstleistungen mit  
480 einzupreisen.

481 Vor allem Smart-City-Initiativen Thüringer Kommunen müssen deshalb verpflichtet  
482 werden, sowohl solche ökologischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, als auch  
483 selbstständig digitale Umweltdaten zu erfassen und transparent, in Echtzeit und  
484 wo immer möglich als Open Data zugänglich zu machen.

485 Digitalisierung kann dazu beitragen, das Wissen über klimatische Entwicklungen  
486 und den Artenschutz zu vergrößern. Deshalb wollen wir innovative Projekte wie  
487 „Flora Incognita“ der Technischen Universität Ilmenau und des Max-Planck-  
488 Instituts für Biogeochemie bei der Weiterentwicklung unterstützen. Mit den  
489 Möglichkeiten des digitalen Zeitalters verändern sich auch die Methoden des  
490 Lernens. Das Projekt vernetzt Millionen von Bildern mit künstlicher Intelligenz.  
491 Die interaktive Pflanzenbestimmung per Smartphone holt Artenkenntnis in den  
492 Alltag zurück und stärkt damit das Interesse für Artenvielfalt und Naturschutz.

## A5 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Gesundes Essen aus Thüringen: Tierhaltung und ökologische Landwirtschaft)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Was ist gut für die Umwelt und schmeckt besser: Der Apfel aus Neuseeland oder  
2 der Apfel aus dem Garten oder der Region? Wem geht es besser: Legehennen, die  
3 mit 50.000 weiteren auf engstem Raum leben und denen deswegen die Schnäbel  
4 gekürzt werden, oder Hühner, die artgerecht und mit Auslauf leben? Wir haben die  
5 Wahl! Immer mehr Menschen wollen wissen, was auf ihrem Teller liegt und unter  
6 welchen Bedingungen es produziert wurde. Und viele Landwirt\*innen haben sich  
7 bereits entschieden: Für eine naturnahe Landwirtschaft, im Einklang mit der  
8 Umwelt, ohne Pestizide und Tierquälerei, ohne Ausbeutung von Arbeiter\*innen  
9 sowie ohne Gentechnik. Die industrielle Landwirtschaft hat sich festgefahren,  
10 ihre Folgen – vom unmenschlichen Preisdruck bis zu den Klimaschäden – treten  
11 immer deutlicher zutage: Der breite Einsatz von Agrargiften tötet Bienen und  
12 andere Insekten und vernichtet die Artenvielfalt. Böden werden durch intensive  
13 Nutzung geschädigt und erodieren. Ein Übermaß an Düngemitteln verschmutzt das  
14 Grundwasser. Unter der Massentierhaltung leiden nicht nur die Tiere, sie bedroht  
15 durch Antibiotikaeinsatz, die Entwicklung multiresistenter Keime und intensive  
16 Gülleausbringung auch unsere Gesundheit. Sie zerstört unsere Umwelt und damit  
17 ihre eigene Produktionsgrundlage, schadet den Verbraucher\*innen, bedroht die  
18 Existenz der Bäuer\*innen und führt neben der Treibhausgas-Belastung zur  
19 Zerstörung der Böden und Verunreinigung der Gewässer. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen  
20 eine Landwirtschaft, von der die Bäuer\*innen leben können und deren Betriebe  
21 eine sichere Zukunft haben. Wir wollen eine Landwirtschaft, in der die  
22 Bedürfnisse der Tiere geachtet werden, mit sauberem Wasser und lebendigen Böden,  
23 in der Ökolandwirtschaft statt Gentechnik gelebt wird. Wir wollen gesunde  
24 schmackhafte Lebensmittel, deren Qualität die Bürger\*innen vertrauen können. Wir  
25 kämpfen für eine Agrarwende, für eine Landwirtschaft mit der Natur, nicht gegen  
26 sie. Der bäuerlich-ökologische Landbau ist unser Leitbild. Diesen werden wir  
27 umfassend und stärker fördern. Die konventionelle Landwirtschaft werden wir  
28 weiter dabei unterstützen, deutlich umweltverträglicher zu produzieren und  
29 Nutztiere nach den Maßgaben des Tierschutzrechtes zu halten. Für eine  
30 erfolgreiche Verbindung von Landwirtschaft und Naturschutz ist es aber auch  
31 zentral, dass Förderbedingungen flexibler werden, um sich verändernde  
32 Bedingungen in der Natur angemessen zu berücksichtigen. Festgeschriebene Zeiten  
33 z.B. für die Mahd sind in der Klimakrise, in denen Vegetationsperioden sich  
34 immer weiter verschieben, nicht zeitgemäß. Die Androhung für Landwirt\*innen bei  
35 geringen Abweichungen am Ende eines Förderzeitraums die komplette Rückzahlung  
36 der Fördermittel fürchten zu müssen, verhindert kluges Handeln. BÜNDNIS 90/DIE  
37 GRÜNEN setzt sich daher dafür ein, dass Förderbedingungen individueller und  
38 flexibler auf die Bedingungen vor Ort ausgerichtet sind. Denn Natur ist  
39 vielfältig und jedes Jahr anders, sie folgt nicht bürokratischen Regeln. Unser  
40 langfristiges Ziel ist eine nachhaltige Landwirtschaft für Thüringen, die im  
41 Einklang mit Umweltschutz und Tierschutz und den wirtschaftlichen Interessen der  
42 Erzeuger\*innen existiert. Zu guter Letzt heben wir hervor, wie wichtig es ist,  
43 dass der Strukturwandel weg von Produkten aus industrieller Massentierhaltung  
44 durch Anpassungsmaßnahmen begleitet wird. Hierbei ist ein Ansatzpunkt die  
45 Subventionierung von lokal produzierten pflanzlichen Produkten.

46 Industrielle Massentierhaltung beenden

47 Die industrielle Massentierhaltung ist einer der größten Klimakiller weltweit.  
48 Etwa 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen werden in der Landwirtschaft  
49 verursacht, zum Großteil in der Massentierhaltung. Deswegen setzen wir uns für  
50 ein Ende der industriellen Massentierhaltung und für eine Reduktion der  
51 ressourcenintensiven Fleischproduktion ein. Bereits jetzt engagieren sich  
52 Zuchtbetriebe in Thüringen für das Wohlergehen ihrer Tiere. Aber es gibt noch zu  
53 viele Tierfabriken, in denen beispielsweise viele tausend Schweine auf engem  
54 Raum leben – mit gerade einmal 0,75 m<sup>2</sup> Platz pro Tier. Legehennen steht  
55 mancherorts nur ein Lebensraum von einer DIN-A4-Seite zur Verfügung. In solchen  
56 Anlagen werden immer wieder Verstöße gegen den Tierschutz angezeigt, wird das  
57 Tierschutzrecht leider immer wieder eklatant missachtet. Das ist ein  
58 strukturelles Problem. Dagegen wehren sich auch immer mehr Erzeuger\*innen.  
59 Gemeinsam mit ihnen werden wir einen Pakt für artgerechte durch regionale  
60 Futtermittel abgesicherte Tierhaltung vereinbaren und verbindliche Grenzen für  
61 die Tierhaltung an einem Standort festlegen. Der Pakt soll dabei sowohl ein mehr  
62 an Tierschutz als auch eine Existenzsicherung für die Erzeuger\*innen bieten.  
63 Durch ausführliche Beratung wollen wir ihnen helfen, ihre Betriebe umzubauen und  
64 für die Zukunft zu sichern. Die Haltungsform muss sich den Tieren anpassen,  
65 nicht umgekehrt. Das bedeutet: mehr Platz im Stall und im Auslauf, Weidehaltung  
66 auch von Milchvieh, artgerechtere Lebensbedingungen mit  
67 Beschäftigungsmöglichkeiten, keine Amputationen und Qualzuchten, tiergerechte  
68 Fütterung ohne versteckte Antibiotikagaben. Der Einsatz von Reserveantibiotika  
69 muss schon im Interesse unserer eigenen Gesundheit beendet werden. Wir befördern  
70 dazu einen engen Austausch mit den Veterinärämtern, um Informationen über  
71 Regelverstöße bei der Tierhaltung transparenter zu machen. Wir streben an, eine  
72 unabhängige Beschwerdestelle für Verstöße gegen den Tierschutz einzuführen.

73 Wir werden die Tierschutzkontrollen durch eine Stärkung der Behörden auf der  
74 Landes- und kommunalen Ebene ausbauen und in der Fläche unterstützen und dafür  
75 sorgen, dass angezeigte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz gezielter und  
76 schneller geahndet werden. Dazu müssen die Veterinärämter bessere finanzielle  
77 und personelle Ausstattung bekommen.

78 Der aktuelle Entwurf einer „Thüringer Tierwohlstrategie“ ist nur ein erster  
79 Schritt hin zu weniger Leid in unseren Ställen. Deshalb werden wir mit allen  
80 Beteiligten den Diskussionsprozess weiterführen, der Probleme ehrlich benennt  
81 und Lösungsansätze aufzeigt. Für Betriebe, die im Sinne einer artgerechten  
82 Haltung umbauen, ermöglichen wir Förderung durch ein Stallumbauprogramm. Auch  
83 die Einführung von weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Haltungs- und  
84 Lebensbedingungen der Tiere, wie zum Beispiel der Verzicht auf Kastenstände und  
85 der Verzicht auf das Kürzen der Ringelschwänze bei Schweinen, werden wir  
86 fördern. In Zukunft wollen wir, dass das Land Thüringen nur noch Unternehmen  
87 fördert, die die im Pakt für artgerechte Tierhaltung vereinbarten Kriterien für  
88 den Tierschutz und artgerechte Haltung einhalten. Wir stärken zudem die  
89 Mitbestimmungsrechte der Bürger\*innen und Kommunen bei der geplanten Errichtung  
90 oder Erweiterung von Tierhaltungsanlagen.

91 Wir wollen die grünlandgebundene Mutterkuh-, Schaf- und Ziegenhaltung weiter  
92 fördern und erhalten. Die in Thüringen neu etablierte Schaf- und Ziegenprämie  
93 ist dazu ein erster wichtiger Schritt. Die Einführung einer Förderung für den

94 Weidegang von Milchkühen und Stroh-Einstreu für Mastschweine sind erforderliche  
95 weitere Schritte hin zu einer artgerechteren Tierhaltung.

96 Verbraucher\*innen sollen die Wahl haben. Damit sie an der Ladentheke auf den  
97 ersten Blick erkennen, unter welchen Umständen Schweine, Hühner oder Kühe  
98 gehalten wurden, sprechen wir uns für eine einheitliche und verpflichtende  
99 Kennzeichnung tierischer Produkte aus.

100 Wir GRÜNE unterstützen alternative, hofnahe Schlachtungen, insbesondere auch von  
101 Weidetieren. Die Förderung mobiler Schlachteinheiten und ein enges Netz  
102 dezentraler Schlachtstätten sind hierfür der Schlüssel und auch kleine,  
103 regionale Schlachtstätten müssen finanziell unterstützt werden. Zudem soll das  
104 Land zeitlich befristet die Kosten der Ökokontrolle für Schlachthöfe übernehmen,  
105 um zusätzliche Bio-Schlachtkapazitäten zu schaffen. Lebendtiertransporte sollen  
106 eine Höchstgrenze von vier Stunden oder 150 Kilometer nicht überschreiten.  
107 Prekäre Beschäftigung in Schlachthöfen muss der Vergangenheit angehören.

108 Nachhaltige Landwirtschaft

109 Naturverträgliche Landwirtschaft ist unser Leitbild. Daher wollen wir den Öko-  
110 Landbau besonders fördern. Sein Flächenanteil soll bis 2024 auf 10 Prozent und  
111 bis 2030 auf 20 Prozent der Anbaufläche in Thüringen steigen. Wir machen uns  
112 dafür stark, dass auch Kommunen ihre landwirtschaftlichen Flächen an ökologisch  
113 wirtschaftende Betriebe verpachten. Eine Anhebung der Flächenprämien für  
114 Ökumstellbetriebe kann hier einen Anreiz bieten. Wir wollen damit auch die  
115 steigende Nachfrage nach Bioprodukten aus der Region bedienen. Konkret wollen  
116 wir die Existenzgründung von Biobetrieben stärker fördern, Junglandwirt\*innen  
117 stärker unterstützen und die Flächenverfügbarkeit insbesondere für kleine  
118 Betriebe deutlich verbessern.

119 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Umschichtung von  
120 Geldern aus der EU-Agrarförderung von der rein flächenbezogenen ersten Säule in  
121 die maßnahmenbezogene zweite Säule maximal ausgeschöpft wird und gegebenenfalls  
122 durch umweltbezogene Maßnahmen und Konditionen in der ersten Säule verstärkt  
123 wird. Ökologisch wirtschaftende Betriebe sollen bei öffentlichen Ausschreibungen  
124 bevorzugt berücksichtigt werden. Die ÖkoInvest-Förderung wollen wir ausbauen.  
125 Ökomodellregionen und Biokommunen, Initiativen zur rein pflanzlichen und zur  
126 solidarischen Landwirtschaft haben unsere Unterstützung. Über die Qualität  
127 Thüringer Bioprodukte soll man in Deutschland reden, wir wollen deshalb die  
128 Vermarktung und die Verarbeitung von Thüringer Biospezialitäten stärker fördern.  
129 Besonders wollen wir die Produktion lokaler, pflanzlicher und klimaneutraler  
130 Lebensmittel fördern, um die Thüringer Landwirtschaft breit für die Zukunft  
131 aufzustellen.

132 Bäuerlich-ökologische Landwirtschaft schützt die Artenvielfalt und das Klima. Es  
133 ist unser Ziel, dass die Thüringer Landwirtschaft bis spätestens 2040  
134 klimaneutral wirtschaftet. Durch gezielten Humusaufbau kann sie sogar einen  
135 Beitrag leisten, Kohlenstoff aus der Luft zu binden und Klimagase zu reduzieren.  
136 Gleichzeitig wird dadurch die Bodenqualität und damit die Biodiversität  
137 verbessert. Wir werden deshalb prüfen, ob für die Förderung EU-Mittel oder  
138 Mittel aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten genutzt werden  
139 können. Thüringen hat bereits damit begonnen, die Klimaanpassung durch Förderung  
140 von Bewässerungssystemen zu ermöglichen. Das wollen wir fortsetzen und ausbauen.  
141 Wir streben in Thüringen geschlossene Nährstoff- und Betriebskreisläufe an. Dies

142 bedeutet, dass das Futter für die Tiere auf den betriebseigenen Flächen erzeugt  
143 wird und die tierischen Ausscheidungen wieder auf den betriebseigenen Flächen  
144 als organischer Dünger ausgebracht werden. Hierfür ist eine gute Relation  
145 zwischen Flächenausstattung der Betriebe und Anzahl der gehaltenen Tiere  
146 notwendig.

147 Die Ausbildung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft an den  
148 Ausbildungseinrichtungen werden wir fördern. Ebenso werden wir Betriebe mit  
149 einer gezielten Beratung unterstützen, die den Wechsel von konventioneller zur  
150 ökologischen Landwirtschaft vollziehen wollen. Bei der Nachwuchsförderung wollen  
151 wir erreichen, dass Landwirt\*innen in ihrer Ausbildung ein umfassendes Bild der  
152 ökologischen Landwirtschaft kennenlernen.

153 Wir wollen, dass es auf den Feldern wieder summt und brummt vor lauter Bienen  
154 und andern Insekten. Neonicotinoide und Totalherbizide mit dem Wirkstoff  
155 Glyphosat müssen deshalb so schnell wie möglich von unseren Böden verschwinden.  
156 Unter anderem wollen wir eine Thüringer Totalherbizid-Reduzierungs-Strategie  
157 erarbeiten. Bäuer\*innen und Betriebe erhalten eine Unterstützung bei der  
158 Erstellung von Pestizidreduktionsplänen.

159 Wir lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Thüringen ist bereits Mitglied  
160 im Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas, dies wollen wir stärker  
161 nutzen, um eine naturnahe Landwirtschaft voranzubringen. Moderne Techniken wie  
162 „Smart Farming“ können uns beim Erreichen dieser Ziele helfen und sollen deshalb  
163 gefördert werden, wenn sie ökologisch nachhaltig und unter Beachtung der  
164 Datensouveränität konzipiert werden.

165 Wir wollen in Thüringen die Hofnachfolge bestehender landwirtschaftlicher und  
166 gärtnerischer Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe sichern und die Gründung neuer  
167 bäuerlicher Betriebe ermöglichen. Hofnachfolger\*innen und Existenzgründer\*innen  
168 sollen umfassend beraten werden, bevorzugt Zugang zu Land erhalten und eine  
169 gezielte finanzielle Förderung erfahren. Zu diesem Zweck wollen wir die  
170 Genehmigungspflicht für den Kauf landwirtschaftlicher Grundstücke anheben und  
171 die Thüringer Landgesellschaft in die Lage versetzen, Flächen auf zehn Jahre zu  
172 bevorraten. Die Vergabe öffentlicher Flächen (Landesflächen und „weiße Flächen“  
173 durch die Thüringer Landgesellschaft) soll vorrangig an Betriebe mit hohem  
174 Arbeitseinsatz und hoher Wertschöpfung pro Hektar, mit hohen Standards für  
175 Tierhaltung beziehungsweise an Junglandwirt\*innen und Biobetriebe erfolgen.

176 Auch die Streuobstwiesen mit ihrem Bestand an alten Obstsorten leisten einen  
177 wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt. Wir werden eine Strategie entwickeln, um  
178 deren Verdrängung entgegenzuwirken, und ein Programm für die Nutzung und Pflege  
179 entwickeln. Gleiches gilt für Saumstrukturen an Wegrändern. Die unerlässliche  
180 Pflege von Streuobstwiesen, die weitestgehend von Ehrenamtlichen getragen wird,  
181 sollten wir als Gesellschaft stärker würdigen. Als Grüne setzen wir uns deshalb  
182 dafür ein, dass Maßnahmen wie die Kartierung von Arten auch in Thüringen durch  
183 kleine Aufwandsentschädigungen nach dem Vorbild anderer Bundesländer bezahlt  
184 werden. Mit einem Förderprogramm wollen wir die Kommunen darin unterstützen,  
185 ehemals vorhandene Wege wieder zur Biotopvernetzung und Landschaftsgestaltung zu  
186 nutzen. Wir wollen die Neuanpflanzung und Pflege von Weidebäumen als  
187 Schattenspender für Weidetiere, Habitate für Insekten und Vögel sowie zur  
188 Landschaftsgestaltung fördern und ein Programm zur Förderung der Planung,  
189 Pflanzung, Pflege und Eigentümerentschädigung bei der Neupflanzung von Hecken

190 auf den Weg bringen. Angesichts des dramatischen Verlustes an Insekten werden  
191 wir in den ersten 100 Tagen in einer kommenden Legislatur ein Insektenschutz-  
192 Sofortprogramm erarbeiten. Handeln ist dringender denn je. Deshalb wollen wir  
193 die relevanten Akteur\*innen an einen Tisch holen und eine Strategie auf den Weg  
194 bringen, Insektenlebensräume in Offenland, Wäldern, Brachen, Gewässern und  
195 Siedlungen qualitativ zu verbessern. Es geht unter anderem um den gezielten  
196 Einsatz von Fördermitteln auch in der Stadt.

197 Mildere Winter und weite Agrarlandschaften begünstigten in 2020 den rasanten  
198 Anstieg der Mäusepopulation. Diese Situation betrifft - gleich ob konventionell  
199 oder öko - alle Betriebe. Wir wollen gemeinsam mit den Landwirt\*innen flexible  
200 und umweltverträgliche Lösungen für solche Situationen finden. Dafür brauchen  
201 wir zukünftig einen engen Dialog zwischen Landwirt\*innen und  
202 Naturschutzorganisationen, als runden Tisch mit den örtlichen Natura2000  
203 Stationen. Für uns als Grüne steht fest, dass der vom Aussterben bedrohte  
204 Feldhamster nicht Giftködern zum Opfer fallen darf. Deshalb halten wir an der so  
205 genannten Gutachter-Lösung fest. Zukünftig führt kein Weg mehr an nachhaltigen  
206 Wirtschaftsweisen vorbei, um solche Situationen im Vorfeld schon abzumildern.  
207 Wir müssen Beutegreifern wieder mehr Lebensräume schaffen und ihnen den Weg ins  
208 Feld verkürzen. Daher fordern wir ein Hecken-Programm, das die Heckenpflege in  
209 Thüringen aktiv finanziell unterstützt. Wir brauchen eine Bereitschaft für diese  
210 wichtigen Elemente in unserer Kulturlandschaft. Weiterhin soll die  
211 Schädlingsbekämpfung durch Fruchtfolgen und kleinere Flächenstrukturen avisiert  
212 werden.

**A6** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Zum Wohl von Mensch und Tier: Verbraucher\*innenschutz und Tierschutz)

Antragsteller\*in: LaVo

## Antragstext

### 1 Verbraucher\*innenschutz

2 Wir Verbraucher\*innen wollen wissen, was in unserem Essen steckt. Wir wollen  
3 beim Abschluss einer Versicherung nicht durch undurchsichtige Bedingungen  
4 abgezockt werden. Wir wollen kein Smartphone kaufen, bei dem der Akku eine Woche  
5 nach Ablauf der Garantie schlapp macht, und wir wollen Küchengeräte, die lange  
6 halten, reparierbar sind und Energie sparen. Deshalb haben wir BÜNDNISGRÜNE in  
7 der letzten Wahlperiode die Beratungsangebote für Verbraucher\*innen in Thüringen  
8 flächendeckend stetig ausgebaut.

9 Ebenso wurde das Angebot der Insolvenzberatung für Verbraucher\*innen gesichert  
10 und personell aufgestockt. Jetzt kann in allen Regionen Thüringens, je nach  
11 Verschuldungsgrad, eine zeitnahe und umfassende Beratung in  
12 Überschuldungssituationen stattfinden. Zukünftig soll die Kooperation von  
13 Insolvenz- und Schuldnerberatung noch verstärkt werden.

14 Der gesundheitliche Verbraucher\*innenschutz wurde gestärkt und die  
15 Beratungsangebote zur gesunden Ernährung wurden aufgestockt. Mit unserem  
16 Subventionierungsprogramm für gesundes Schulessen haben wir einen Weg  
17 eingeschlagen, den wir zukünftig noch weiter ausbauen wollen. Wir wollen  
18 verbindliche Qualitätsstandards für gesundes Kita- und Schulessen und andere  
19 Gemeinschaftsverpflegung vereinbaren und dazu ein Kompetenzzentrum einrichten.  
20 Es gibt einen großen Beratungsbedarf bei einzelnen Einrichtungen der  
21 Gemeinschaftsverpflegung, wie Kindergärten, Schulen oder Senioreneinrichtungen,  
22 und auch bei den Kommunen und freien Trägern. Das Kompetenzzentrum kann beraten  
23 und dabei unterstützen, gesunde, saisonale und regionale Essensangebote zu  
24 entwickeln. Dazu werden wir außerdem die wissenschaftliche Ernährungsforschung  
25 und die Direktvermarktung, insbesondere von Bioprodukten, gezielt fördern.  
26 Außerdem werden wir darauf hinwirken, dass die Bedingungen für Einrichtungen  
27 erleichtert werden, Mahlzeiten selbst herzustellen und dabei auch Kinder,  
28 Jugendliche und Senior\*innen mit einzubeziehen.

29 Wir wollen die Verbände der Verbraucher\*innenberatung in Thüringen weiter  
30 fördern und finanziell besser ausstatten, um den gestiegenen Anforderungen in  
31 diesem Bereich Rechnung zu tragen. Dabei wollen wir die zielgruppenorientierte  
32 Verbraucher\*innenschutzberatung zum Beispiel bei Senior\*innen, Jugendlichen und  
33 Familien stärken. Den digitalen Verbraucher\*innenschutz werden wir ausbauen und  
34 uns für die zügige Etablierung grundlegender Sicherheitsstandards und die  
35 Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher stark machen.

36 Viele für die Verbraucher\*innen wichtige Themen werden auf Bundesebene  
37 beschlossen. Dort werden wir uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die  
38 Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, sowohl Nährwerte als auch die Herkunft  
39 betreffend, und gesetzliche Regelungen zur Vermeidung von  
40 Lebensmittelverschwendung umgesetzt werden. Zudem sprechen wir uns gegen  
41 Lebensmittelwerbung aus, die an Kinder unter zwölf Jahren gerichtet ist, wenn

42 die Produkte nicht den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation für ausgewogene  
43 Ernährung entsprechen.

44 Verbraucher\*innenbildung und Verbraucher\*innenschutz gehören zusammen. Schon  
45 Kinder und Jugendliche sollen mündige Verbraucher\*innen sein. Sie treffen  
46 täglich zahlreiche Entscheidungen, die im Laufe ihres Lebens mehr werden, und  
47 brauchen umfangreiches Wissen über Lebensmittel, über Anbau- und  
48 Verarbeitungsprozesse, über Produkte und Verträge. Verbraucher\*innenbildung  
49 werden wir im Thüringer Bildungsplan umfassend und für alle Schulformen mit  
50 einem umfangreichen Materialpool verankern.

51 Es ergibt keinen Sinn, wenn ein technisches Gerät zu einem teuren Stück  
52 Elektroschrott wird, weil der Hersteller nach zwei Jahren keine nötigen  
53 Softwareaktualisierungen mehr anbietet oder Verschleißteile nicht austauschbar  
54 sind. Wir wollen deshalb das Prinzip "Reparieren statt Wegwerfen" stark machen,  
55 zum Beispiel durch die Förderung von „Repair-Cafes“ und Fahrradwerkstätten, und  
56 fordern ein Recht auf Reparatur. Grundsätzlich sollen Nutzer\*innen die  
57 Möglichkeit haben, die Programme auf ihren Geräten einschließlich der Firmware  
58 und Betriebssysteme frei wählen zu können, inklusive Update-Pflicht für die  
59 Hersteller\*innen.

## 60 Tierschutz

61 Artikel 32 der Thüringischen Landesverfassung verpflichtet den Freistaat, Tiere  
62 vor nicht artgerechter Haltung und vermeidbarem Leid zu schützen. Die Umsetzung  
63 dessen scheitert in Thüringen auch an einem Vollzugsdefizit. Tiere haben keine  
64 Anwält\*innen. Wir wollen deshalb das Verbandsklagerecht für anerkannte  
65 Tierschutzverbände einführen. Die Verbandsklage stellt sicher, dass  
66 Planfeststellungen und Genehmigungen auf den Prüfstand unabhängiger Gerichte  
67 gestellt werden können, wenn die Verletzung tierschutzrechtlicher Vorschriften  
68 zu befürchten ist. Die Verbandsklage bewirkt außerdem, dass Entscheidungen der  
69 Veterinärbehörden über ein Einschreiten nicht nur aus der Sicht der  
70 Tierhalter\*innen und -nutzer\*innen, sondern auch aus der Sicht der Belange des  
71 Tierschutzes gerichtlich überprüfbar werden. In der Landesdirektion und den  
72 thüringischen Veterinärbehörden benötigen wir mehr Personalstellen. Gleichzeitig  
73 bedarf es aus den Behörden gegenüber der Bevölkerung einer größeren Transparenz.  
74 Wir wollen das Amt einer\*eines Landestierschutzbeauftragten, die\*der beim  
75 Landtag angesiedelt ist, mit einer eigenen Stabsstelle Tierschutz schaffen.  
76 Weiterhin fordern wir einen regelmäßigen Tierschutzbericht, welcher zweimal in  
77 der Legislatur zu erstatten ist.

78 Immer wieder werden Tiere ausgesetzt oder in Tierheimen abgegeben. Tierheime  
79 sind zunehmend in ihrer Existenz gefährdet. Wir unterstützen die Arbeit von  
80 Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen und setzen uns für ihre  
81 auskömmliche Finanzierung ein. Neben Kosten für Futtermittel, Tierbehandlungen  
82 und bauliche Sanierungen wollen wir Personalkosten fördern. Mehr als 3.000  
83 Menschen engagieren sich im Landestierschutzverband Thüringen e.V. für den  
84 Tierschutz. In 17 Tierheimen und drei Tierauffangstationen arbeiten sie für das  
85 Wohl der ihnen anvertrauten Tiere. Thüringer Tierheime brauchen eine  
86 verlässliche institutionelle Förderung des Landes und der Kommunen. Wir  
87 BÜNDNISGRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass die Einrichtungen mit einer  
88 Million Euro gefördert werden. Das möchten wir fortführen. Die ehrenamtlich  
89 Tätigen sollen eine stärkere Anerkennung ihrer Arbeit für die Tiere erhalten.

- 90 Für die kostendeckende Kastration freilebender Katzen sind im Rahmen der  
91 Katzenkastrationsverordnung ebenfalls Gelder eingestellt.
- 92 Zum Tierschutz gehört auch, dass es deutschlandweit verbindliche Regeln für den  
93 Sachkundenachweis von Tiertrainer\*innen geben muss.
- 94 Der Tierärztliche Notdienst in Thüringen ist bundesweit einzigerarbeit und muss  
95 mit Landesmitteln weiter finanziert und ausgebaut werden. . Studierende der  
96 Tiermedizin sollten schon frühzeitig auf die guten beruflichen Chancen in  
97 Thüringen aufmerksam gemacht werden. Die Landestierärztekammer werden wir in  
98 ihren Anstrengungen unterstützen, Tierärzt\*innen auch im ländlichen Raum  
99 anzusiedeln.
- 100 In mehreren Thüringer Städten und Kreisen beschlossen in den letzten Jahren die  
101 gewählten Vertreter\*innen auf Wunsch der Bürger\*innen, kommunale Flächen nicht  
102 an Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Wildtiere im Zirkus sind ein  
103 Sicherheitsrisiko – insbesondere für Kinder. Oft werden Wildtiere in Zirkussen  
104 schlecht gehalten und verletzt. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass die  
105 städtischen Gemeinden ihr Selbstbestimmungsrecht über kommunale Flächen  
106 wahrnehmen können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Thüringen auf  
107 Bundesebene ein Wildtierverbot für Zirkusse unterstützt.

## A7 Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Die sozial-ökologische Transformation fortsetzen: Wirtschaft und Energie)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Thüringen ist das Land der Dichter\*innen, aber mehr noch der Denker\*innen. Man  
2 sieht es an den vielen international tätigen Hochtechnologiefirmen,  
3 Forschungsinstituten und mittelständischen Unternehmen und Start-Ups, die in  
4 Wachstumsbranchen entstanden sind. Hier zeigt sich, dass die enge Zusammenarbeit  
5 und Kooperationen zwischen Hochschulen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen  
6 erfolgreich und zukunftsweisend sind.

7 Auf den beachtlichen Aufstieg in den letzten 30 Jahren können wir  
8 Thüringer\*innen zu Recht stolz sein. Begonnen hat der wirtschaftliche und  
9 soziale Transformationsprozess in den 1990er-Jahren häufig mit einem  
10 Paukenschlag: Betriebsschließungen, oft über Nacht, verbunden mit hoher  
11 Arbeitslosigkeit und dem Verlust von fast zwei Dritteln aller  
12 Industriearbeitsplätze. Trotz der Unwägbarkeiten und der erheblichen sozialen  
13 Unsicherheit fassten viele Menschen in Thüringen Mut, wagten den Schritt in die  
14 Selbständigkeit oder gründeten kleine Unternehmen. Manche scheiterten, andere  
15 schrieben Geschichte. Heute bilden kleine und mittlere Unternehmen und die  
16 vielen Menschen, die dort arbeiten, das Herz der Thüringer Wirtschaft. Auch die  
17 blanken Zahlen können sich sehen lassen, denn die Wirtschaft wächst und die  
18 Arbeitslosigkeit sinkt. Industrie, Handwerk, Dienstleistung und Tourismus haben  
19 einen starken Stand in Thüringen. Dennoch bleibt viel zu tun. Die  
20 Lohnunterschiede zu westdeutschen Ländern sind immer noch erheblich und die  
21 Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Form des Wirtschaftens geht nur stockend  
22 voran. Es gilt jetzt, die entscheidenden Weichen für die Zukunft zu stellen:  
23 Demografischer Wandel und Fachkräftebedarf, Globalisierung und Digitalisierung,  
24 stärkere Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung, Investitionen in Forschung  
25 und Entwicklung, Klima- und Umweltschutz – das sind die Themen, die die  
26 Thüringer Wirtschaft bewegen und die mutige Lösungen erfordern. Dazu gehört für  
27 uns auch, die Wirtschaft konsequent nachhaltig so zu entwickeln, dass die  
28 ökologischen Notwendigkeiten möglichst sozialverträglich umgesetzt werden  
29 können. Die Umweltwirtschaft, in der bereits heute 60.000 Menschen im Freistaat  
30 arbeiten, werden wir weiter fördern. Wir wollen die Menschen in diesen  
31 Transformationsprozess hin zu einem Wirtschaftsleben ohne permanenten  
32 Wachstumszwang mitnehmen und regen einen intensiven Dialog mit den Akteuren dazu  
33 an.

### 34 Wirtschaftsförderung

35 In Thüringen sind viele erfolgreiche Technologieführer\*innen zu Hause. Meist  
36 sind das mittelständische Unternehmen – das zeigt, was der Thüringer Mittelstand  
37 kann! Das geht nur mit klugen Köpfen. Sie denken zukunftsorientiert, übernehmen  
38 Verantwortung für die Familien ihrer Mitarbeiter\*innen und haben auch die  
39 nachfolgenden Generationen im Blick. Durch neue Produkte und Verfahren können  
40 sie Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien und Stoffkreisläufe in den  
41 Fabrikhallen, Werkstätten und Fertigungsstraßen sowie den Endprodukten in ihren  
42 Betrieben nachhaltig verankern. Ein solches nachhaltiges Wirtschaften ist Kern  
43 unserer Wirtschaftspolitik. Damit Thüringer Kleinstunternehmen und kleine und

44 mittlere Unternehmen (KMU) auf diesem Weg ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter  
45 ausbauen können, wollen wir in der Wirtschaftsförderung neben der  
46 Digitalisierung verstärkt grüne Akzente setzen und sie auf diesem Weg der  
47 ökologischen Modernisierung mit einer zielgerichteten Wirtschaftsförderung  
48 unterstützen. Investitionen und Maßnahmen, die für die Erreichung der  
49 Klimaschutzziele notwendig sind, sollen deshalb ein deutlich größeres Gewicht  
50 auch in der Wirtschaftsförderung finden. Investitionen in die Zukunft für  
51 Klimaschutz und Ressourcenschonung sollen in besonderem Maße berücksichtigt  
52 werden. Neben der Tarifvergütung haben wir im Vergabegesetz außerdem  
53 verbindliche Umwelt- und Sozialstandards verankert.

54 Unsere Umwelt darf nicht länger Faustpfand für Wirtschaftswachstum sein. Wir  
55 BÜNDNISGRÜNE streben eine Wirtschaftspolitik an, die den Grenzen der natürlichen  
56 Ressourcen und Ökosystemen Rechnung trägt. Regionale Wirtschaftskreisläufe  
57 schaffen und erhalten Arbeitsplätze in Thüringen und schützen unsere natürlichen  
58 Ressourcen, sind also gut für Land und Menschen. Alles, was vor Ort nach  
59 sozialen und ökologischen Standards erzeugt und verkauft werden kann, schafft  
60 Wohlstand in der Region.

#### 61 Innovation

62 Industrienaher Forschung und Entwicklung sind immens wichtig für die Gründung und  
63 Ansiedlung neuer Unternehmen sowie für die Leistungsfähigkeit und Effizienz der  
64 Thüringer Wirtschaft. Wir werden auch angesichts der sich ändernden EU-  
65 Rahmenbedingungen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme überprüfen und im  
66 Sinne von Investition und Innovation für den Thüringer Mittelstand ausrichten.  
67 Wir wollen insbesondere nachhaltige und klimafreundliche Investitionen  
68 unterstützen. Ökologische Indikatoren bei der Wirtschaftsförderung sollen  
69 stärker berücksichtigt werden. Förderrichtlinien werden wir optimieren und  
70 unsinnige doppelte Förderstrukturen von Bund und Land beseitigen. Insbesondere  
71 kleinen Unternehmen und Handwerksbetrieben wollen wir im Dialog mit weniger  
72 Bürokratie und besser abgestimmter Förderung unter die Arme greifen.

73 Wir werden die „Regionale Forschungs- und Innovationsstrategie für intelligente  
74 Spezialisierung“ (RIS3) fortführen und weiterentwickeln. Deren Innovationsfelder  
75 sind zukunftsweisend, seien es „Nachhaltige und intelligente Mobilität und  
76 Logistik“, „Gesundes Leben und Gesundheitswirtschaft“ oder „Nachhaltige Energie  
77 und Ressourcenverwendung“. Wir wollen die Potenziale der Zusammenarbeit zwischen  
78 Unternehmen und Hochschulen, etwa beim Technologietransfer, noch stärker  
79 ausschöpfen. Ein stärkerer Fokus auf Technologietransfer nutzt vielen Branchen,  
80 von der Automobilindustrie über Maschinenbau, Medizintechnik, Mikroelektronik  
81 bis hin zur Medien- und Kreativwirtschaft. Dafür werden wir das bestehende  
82 Instrumentarium der Forschungs- und Entwicklungsförderung in der  
83 Verbundforschung aufwerten und zu einem Zukunftsprogramm „Forschung-for-future“  
84 weiterentwickeln.

85 Innovation braucht kreative, neue Ideen und Menschen mit Visionen, die sie  
86 umsetzen wollen. Innovation braucht vor allem Raum für Erprobung und Förderung,  
87 damit auch mal was schief gehen kann. Thüringen hat eine aktive Start-Up-Szene  
88 und eine lebendige Gründungskultur. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist  
89 da aber noch deutlich Raum für Entwicklung. Mit dem Thüringer Zentrum für  
90 Existenzgründung und Unternehmertum (ThEX) und der Stiftung für Innovation und  
91 Forschung (STIFT) verfügt das Land über zwei starke Partner für Erstberatung und

92 Förderung. Wir wollen diese Beratungs- und Förderstrukturen weiter stärken und  
93 deren Präsenz an Universitäts- und Hochschulstandorten ausbauen. Zudem werden  
94 wir die Angebote um Nachfolgeberatung erweitern, damit auch bestehende  
95 Unternehmen bei der Nachfolge sicher in die Zukunft blicken können. Wir wollen  
96 Thüringen zu einem Zentrum für Start-Ups machen und Ideen zum Schutz der Umwelt,  
97 zur Steigerung der Energieeffizienz, der nachhaltigen, emissionsfreien Mobilität  
98 und ressourcenschonender Produktionsverfahren besonders fördern.

#### 99 Nachhaltige Wirtschaft

100 Es ist im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft, regionale Wirtschaftskreisläufe  
101 und Wertschöpfungsketten weiter zu stärken. Der größte Teil der Wertschöpfung in  
102 Thüringen findet in kleinen und mittelständischen Unternehmen und  
103 Handwerksbetrieben statt, hier findet sich die Mehrheit der  
104 Industriearbeitsplätze. Etwa drei Viertel der erzeugten Güter werden für den  
105 regionalen oder den deutschen Markt produziert. Handwerk und kleine Unternehmen  
106 sorgen für wirtschaftliche Stabilität im Land. Und nicht nur das: Sie leisten  
107 einen großen Beitrag, dass wir ressourcenschonender leben und arbeiten. Sie  
108 setzen dabei die Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder  
109 installieren intelligente Netze. Sie sind die Ausrüster der Energiewende und  
110 Digitalisierung. Wir wollen Handwerk und mittelständische Unternehmen bei der  
111 Nachwuchs- und Fachkräftesicherung unterstützen.

112 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen  
113 Marktwirtschaft. Wir setzen verstärkt auf bekannte und neue Formen des  
114 Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien, solidarische  
115 Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu  
116 Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft und möchten diese verstärkt fördern.  
117 Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium für  
118 politisches Handeln zu machen. Mit dem Klimagesetz haben wir wichtige Impulse  
119 auch für die Modernisierung unserer Wirtschaft gesetzt und mit verschiedenen  
120 Förderprogrammen für den nötigen Anschlag bei klimafreundlichen Investitionen  
121 gesorgt.

122 Ein sparsamer und effizienter Einsatz von Energie wird für Thüringens  
123 Unternehmen mehr und mehr zum Wettbewerbsvorteil und sichert Arbeitsplätze. Das  
124 Interesse der Thüringer Wirtschaft an dem 2015 gestarteten Förderprogramm „GREEN  
125 Invest“ ist deshalb groß. Bis Ende September 2018 konnten insgesamt 701 Anträge  
126 mit rund 22,8 Millionen Euro gefördert werden. Dadurch können  
127 Energieeinsparberatungen sowie Investitionen in effiziente Produktionsprozesse  
128 oder in den Einsatz klimafreundlicher Energien mit einem Gesamtumfang von rund  
129 33,2 Millionen Euro umgesetzt werden. Das senkt nicht nur den Ausstoß  
130 klimaschädlicher Treibhausgase, sondern verschafft Thüringens Wirtschaft durch  
131 geringere Betriebskosten nachhaltige Wettbewerbsvorteile. Daher wollen wir auch  
132 in der Industrie Möglichkeiten erarbeiten, Produktionsprozesse CO<sub>2</sub>-neutral zu  
133 machen. Das kann ein eigener Windpark in der Nähe eines Gewerbegebietes sein,  
134 der auch Wasserstoff-Elektrolyse ermöglicht und Transportwege verkürzt. Dies  
135 Wasserstoffstrategie des Landes gibt dazu die Leitlinien vor. Als Bündnisgrüne  
136 unterstützen wir die Forschung zu den Möglichkeiten der Wasserstofftechnologie  
137 sowie den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft dort, wo sie zur Einsparung von  
138 Treibhausgasen beitragen kann. Fest steht, dass unter Beachtung von  
139 Klimaschutzaspekten nur grüner Wasserstoff zum Einsatz kommen darf. Es muss  
140 jeweils kritisch abgewogen werden, wo Wasserstoff zur Dekarbonisierung

141 unabdingbar ist und wo aufgrund des geringen Wirkungsgrades von Wasserstoff  
142 andere Technologien sinnvoller und wirtschaftlicher sind. In  
143 Energiewendeszenarien muss der voraussichtlich steigende Energiebedarf durch  
144 Wasserstoff einkalkuliert werden, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien  
145 dahingehend realistisch anzupassen.

146 Ressourceneffizienz ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Wir  
147 BÜNDNISGRÜNE werden auch weiterhin gute Bedingungen für unsere Unternehmen  
148 schaffen, die Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden und für  
149 qualitatives Wachstum sorgen: im Export, bei der Wertschöpfung und den  
150 Arbeitsplätzen. Die Optimierung von Herstellungsprozessen von der  
151 Rohstoffgewinnung bis zum Recycling unter Nutzung digitaler  
152 Steuerungsmöglichkeiten ist dafür ein wichtiger Baustein. Wir wollen die  
153 Recyclingquote für wichtige Rohstoffe schrittweise erhöhen. Dazu gehört auch,  
154 die Unternehmen zu verpflichten, Produkte langlebig zu konstruieren. Wir fordern  
155 daher ein Recht auf Reparatur. Klimaschutz, Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit,  
156 der Erhalt unser natürlichen Lebensgrundlagen – sie sind Teil unseres  
157 Wohlstands, finden sich aber im Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht wieder. Unser  
158 Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und neben dem BIP auch Kriterien  
159 wie den ökologischen Fußabdruck, Artenvielfalt, soziale Verteilung, Bildungs-  
160 und Gesundheitsindex oder Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht  
161 zu erfassen, der zusammen mit dem BIP in der Öffentlichkeit diskutiert wird und  
162 die Basis für unsere Wirtschaftspolitik in Thüringen bilden soll. Die Thüringer  
163 Wirtschaft ist eng in nationale und internationale Kreisläufe eingebunden. In  
164 diesen achten viele Unternehmen zunehmend auf Nachhaltigkeit in ihrer  
165 Lieferkette und erwarten von ihren Zulieferern eine entsprechende  
166 Berichterstattung. Auch Investoren erwarten zunehmend Auskunft über die  
167 Umweltleistung von Unternehmen. Wir wollen die Thüringer Unternehmen durch  
168 Informationsangebote dabei unterstützen, ihre Umweltberichterstattung auszubauen  
169 und auch zur internen Steuerung zu verwenden. Das fördert nicht nur eine  
170 nachhaltige Wirtschaftsweise der Thüringer Unternehmen, sondern verschafft ihnen  
171 auch Wettbewerbsvorteile. Auch die Thüringer Sparkassen wollen wir dazu  
172 anhalten, Umweltrisiken bei ihren Investitionen und Kreditvergaben zu  
173 berücksichtigen. Nur so kann langfristig ihre finanzielle Stabilität  
174 gewährleistet werden.

#### 175 Tourismus

176 Berausende Natur, Berge, mittelalterliche Städte und Dörfer, leckere  
177 Spezialitäten und zahlreiche kulturelle und geschichtliche Highlights – das sind  
178 die Gründe, die normalerweise jedes Jahr Millionen Menschen nach Thüringen  
179 ziehen, für einen Kurztrip oder einen längeren Urlaub, für Erholung, Sport und  
180 Bildung. Die Corona-Pandemie hat auch und vor allem die Tourismusbranche hart  
181 getroffen. (Hier noch ein Satz zu Hilfen) Denn auch in Zukunft möchten wir  
182 Besucher\*innen aus aller Welt wieder bei uns begrüßen und sagen: Herzlich  
183 willkommen, schön dass ihr da seid!

184 Wir wollen, dass die Vielfalt unserer Natur auch für viele Menschen erlebbar  
185 ist. Die Menschen verbringen ihren Urlaub bei uns in Thüringen, wandern auf dem  
186 Rennsteig, paddeln auf der Saale, besuchen die Wartburg, das Bauhausmuseum oder  
187 die Saalfelder Feengrotten. Wir wollen diesen Tourismus gezielt so stärken, dass  
188 der Natur kein Schaden zugefügt wird. Unsere Aufgabe ist es, diesen Tourismus  
189 umweltfreundlich, ressourcenschonend und sozial zu gestalten.

190 Wir wollen bei Tourismuskonzepten die Naturschutzexpertise stärker einbeziehen  
191 und nachhaltige, innovative und ökologische Ansätze besonders unterstützen.  
192 Zudem sollen Familien mit Kindern nicht zu kurz kommen, auch hier liegt unser  
193 besonders Augenmerk.

194 Die vorhandenen Strukturen des Tourismusmarketings für Land und Regionen wollen  
195 wir zukünftig bündeln und für unsere Gäste übersichtlicher gestalten. Wir setzen  
196 auf die verstärkte Kooperation aller touristischen Ziele in Thüringen und wollen  
197 die Strahlkraft der heutigen Leuchtturmprojekte noch besser für eine gemeinsame  
198 Tourismusstrategie nutzen. Hierzu zählt auch eine weitere Stärkung und  
199 Vernetzung der Open-Data-Content-Architektur für den Tourismus.

200 Um die Thüringer Natur für Wandernde aus ganz Deutschland noch erfahrbarer und  
201 attraktiver zu machen, wollen wir das bewusste Naturerlebnis durch  
202 selbstverantwortliches Übernachten im Freien fördern. Hierfür werden wir die  
203 Voraussetzungen zur Einrichtung von Naturlagerplätzen und  
204 Freiübernachtungsmöglichkeiten (vergleichbar den sächsischen Boofen) schaffen.  
205 Durch diese legalen Plätze für Übernachtungen im Freien, wollen wir den Menschen  
206 die Möglichkeit geben, die Faszination der Thüringer Landschaft mit ihrer  
207 vielfältigen Flora und Fauna zu erleben.

208 Immer häufiger wollen unsere Gäste stressfrei ohne Auto anreisen. Darum werden  
209 wir die Mobilitätsangebote vor Ort moderner und vernetzter gestalten. Dazu  
210 gehören eine Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs in der Fläche und bei der  
211 Taktung, einfache und attraktive Tarife, gute Gepäck- und Fahrradbeförderung  
212 sowie mehr Car-Sharing und Taxi-Dienste.

213 Der Fahrrad- und Wandertourismus ist in Thüringen besonders gefragt. Diese  
214 wirtschaftlichen Chancen gilt es verstärkt zu nutzen. Kultur und Natur können  
215 mit dem Rad und E-Bike besonders gut erfahren werden und bieten gleichzeitig die  
216 Chance für einen Wandel zu mehr naturnahem, „sanftem“ Tourismus. Wir wollen die  
217 touristischen Radwege ausbauen und intelligent mit unserem Radverkehrsnetz  
218 verknüpfen. Die Kommunen und touristischen Einrichtungen werden wir bei der  
219 Bereitstellung einer Ladesäuleninfrastruktur für E-Bikes unterstützen.

220 Online-Auftritte und Digital-Aktionen für den Thüringer Tourismus wollen wir  
221 auch weiterhin unterstützen.

## 222 Forstwirtschaft

223 Die Wälder in Thüringen stehen durch die Folgen der globalen Erwärmung zunehmend  
224 unter Druck. Hitze, Trockenheit und Schädlingsbefall schwächen den Wald  
225 großflächig und erschweren dessen Bewirtschaftung. Dabei ist der Wald unser  
226 größter CO<sub>2</sub>- Speicher und enorm wichtig für die Erhaltung der Artenvielfalt. Die  
227 dauerhafte Herausnahme von 5 Prozent der Waldflächen aus der forstlichen Nutzung  
228 war dafür ein erster wichtiger Schritt, den wir in dieser Legislatur erreicht  
229 haben. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine neue Diskussion darüber anregen, wie eine  
230 „gute fachliche Praxis“ der Waldbewirtschaftung in Zeiten von Klimakrise und  
231 Rückgang der Biodiversität aussehen muss. Der öffentliche Wald der Kommunen und  
232 des Staates muss im Sinne einer umfassenden Daseinsvorsorge behandelt werden.  
233 Die Bürger\*innen, denen dieser Wald gehört, sind dabei mehr als bisher  
234 miteinzubeziehen. Thüringen braucht eine neue Waldstrategie. Zusammen mit  
235 Förster\*innen und Wissenschaftler\*innen, den Kommunen und dem Thüringenforst  
236 sowie Bürger\*innen wollen wir an einem Modell für einen Thüringer Natur- und

237 Klimawald arbeiten. In diesen Prozess sollen die Privatwaldbesitzer\*innen, die  
238 Thüringer Baumschulen aber auch die Holzverarbeitende Industrie, die forstlichen  
239 Lohnunternehmen und das Handwerk miteingebunden werden. Verstärkter Waldumbau  
240 hin zu klimaresilienten Mischwäldern, der Einsatz bodenschonender Techniken  
241 unterstützt von Pferden in sensiblen Bereichen und weniger Schneisen, mehr  
242 Naturverjüngung und hoher Aufbau eines Holzvorrats im Wald sind die Grundideen  
243 und stärken den Wald als Klimapuffer und Erholungsraum. Die Zertifizierung des  
244 Staatswaldes nach dem FSC-Standard ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.  
245 Kommunen, Kirchen und Privatwaldbesitzer\*innen wollen wir bei der Umstellung auf  
246 naturnahe Waldbewirtschaftung und beim Erlangen des FSC-Siegels unterstützen.  
247 Diese Maßnahmen ermöglichen langfristig auch eine Wertsteigerung und leisten  
248 einen dringend notwendigen Beitrag zum Schutz des Waldes. In den Naturschutz-  
249 und Natura-2000-Gebieten hat sich die Bewirtschaftung konsequent den jeweiligen  
250 Schutzziele unterzuordnen. Dazu gehört auch eine strikte Beachtung der Brut-  
251 und Setzzeiten von geschützten Arten. Wir GRÜNE wollen alles dafür tun um  
252 unseren wertvollen Waldbestand zu schützen. Denn wenn wir jetzt nicht handeln,  
253 wird es für uns und die nachfolgenden Generationen um ein Vielfaches teurer. Zur  
254 Förderung der natürlichen Waldentwicklung sind überhöhte Wildbestände durch  
255 moderne Jagdmethoden zu regulieren.

## 256 Energie

257 Energie hält unser Land in Bewegung. Aber Kohle, Gas, Öl und Atom haben alsbald  
258 ausgedient. Zu groß sind die Risiken, zu schwerwiegend die Folgen für Umwelt und  
259 Klima, zu hoch die Folgekosten. Die Energie von morgen ist grün. Wir  
260 BÜNDNISGRÜNE wollen bis 2035 den Energiebedarf unseres Freistaats durch einen  
261 Mix aus bilanziell 100 Prozent erneuerbarer Energie selbst decken zu können. Und  
262 wir sind auf einem gutem Weg dorthin: Der Anteil der Erneuerbaren an der  
263 Stromerzeugung betrug 2016 in Thüringen knapp 57 Prozent, in Deutschland nur  
264 rund 30 Prozent. Insgesamt deckten erneuerbare Energien 2016 allerdings erst  
265 circa 22 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Die Windenergie ist noch immer die  
266 wichtigste Säule der Energiewende in Thüringen. Im Jahr 2017 betrug die  
267 kumulierte Gesamtleistung aller Windenergieanlagen in Thüringen rund 1,5  
268 Gigawatt, das sind 45 Prozent der Stromerzeugungskapazität in Thüringen. Auch  
269 bei der Erzeugung von Energie aus Biomasse liegt Thüringen mit einem Anteil von  
270 rund 18 Prozent (2017) an der gesamten Bruttostromerzeugung in der  
271 Spitzengruppe. In der Fernwärme liegt der Anteil aus Biogas und Biomasse  
272 hierzulande bei 21,5 Prozent, das ist fast doppelt so viel wie im  
273 Bundesdurchschnitt.

274 Die Windenergie muss auch in Thüringen einen höheren Beitrag zum Klimaschutz und  
275 der Energiewende leisten. Ziel ist es, Thüringens Kommunen stärker als bisher an  
276 der Wertschöpfung der Windenergie zu beteiligen und die Akzeptanz der  
277 Energiewende durch transparente Planungsverfahren und direkte Beteiligung der  
278 Bürger\*innen zu stärken. Die Servicestelle Windenergie der Thüringer Energie-  
279 und GreenTech-Agentur (ThEGA) steht den Kommunen dabei zur Seite. Mit dem Siegel  
280 „Faire Windenergie Thüringen“ und den dazugehörigen Leitlinien für einen  
281 transparenten und bürger\*innenfreundlichen Ausbau der Windenergie wurden  
282 deutschlandweit einmalige Kriterien geschaffen. Seit März 2016 haben bereits 50  
283 Projektierungsunternehmen von Windenergieanlagen das Siegel erhalten. Diese  
284 verpflichten sich, die Leitlinien der Servicestelle Windenergie der ThEGA  
285 einzuhalten. Um den stockenden Ausbau schnell wieder zu beschleunigen, sind aber  
286 insgesamt beschleunigte und effizientere Planungsverfahren nötig. Deshalb werden

287 wir uns für eine Reform des Landesplanungsrechts einsetzen. [Außerdem müssen im  
288 Sinne der Standorteffizienz auch Flächen in Forstgebieten, besonders den bereits  
289 geschädigten, für den Ausbau berücksichtigt werden. Durch die vorgeschriebene  
290 Wiederaufforstung an anderer Stelle kann somit gleichzeitig zum klimaresilienten  
291 Waldumbau beigetragen werden.

292 Um den stockenden Ausbau schnell wieder zu beschleunigen, sind aber insgesamt  
293 beschleunigte und effizientere Planungsverfahren nötig. Außerdem müssen im Sinne  
294 der Standorteffizienz auch Flächen in Forstgebieten, besonders den bereits  
295 geschädigten, für den Ausbau berücksichtigt werden. Durch die vorgeschriebene  
296 Wiederaufforstung an anderer Stelle kann somit gleichzeitig zum klimaresilienten  
297 Waldumbau beigetragen werden.]

298 Wir haben in den letzten Jahren gezeigt: 100 Prozent Erneuerbar ist machbar. Bis  
299 2037 ist es aber noch ein langer Weg. Wir werden dafür den  
300 Landesentwicklungsplan fortschreiben, um die Ziele des Klimagesetzes zügig zu  
301 erreichen. Das Potenzial der Windkraft wollen wir auf geeigneten Flächen nutzen.  
302 Wir wollen deshalb das nicht ausreichende Ausbauziel von einem Prozent der  
303 Landesfläche durch ein Ziel der installierten Gesamtleistung in ausreichender  
304 Höhe ersetzen, das dem steigenden Strombedarf durch die Sektorenkopplung  
305 Rechnung trägt.

306 Mit der Servicestelle Windenergie verfügt der Freistaat über eine unabhängige  
307 Einrichtung, die auch Bürger\*innen, Stadt- und Gemeinderäte, forst- und  
308 landwirtschaftliche Betriebe und Landeigentümer\*innen bei Windparkplanungen  
309 berät. Die Qualität dieser Einrichtung wollen wir erhalten und weiteren  
310 Bedürfnissen der Gesellschaft anpassen.

311 Durch die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) seitens der  
312 Bundesregierung haben sich die Rahmenbedingungen für die Solarenergie deutlich  
313 geändert, ihr Ausbau ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Dabei bietet die  
314 Nutzung der Sonnenenergie neben der Windenergie die größten Ausbaupotenziale.  
315 Mit dem im November 2016 gestarteten Förderprogramm „Solar Invest“ erhalten  
316 Thüringens Bürger\*innen stärker als bisher die Möglichkeit, direkt von der  
317 Energiewende zu profitieren. Dafür haben wir rund 3,4 Millionen Euro  
318 bereitgestellt und damit den Ausbau wieder deutlich angekurbelt.

319 Überwiegend auf Dächern liefern fast 29.000 Anlagen in Thüringen  
320 umweltfreundlichen Sonnenstrom – verbraucher\*innennah und kostengünstig. Wir  
321 wollen den jährlichen Solarstromausbau von 50 Megawatt auf 100 Megawatt im  
322 Freistaat verdoppeln und dafür Photovoltaikanlagen auf möglichst allen  
323 Landesimmobilien errichten. Das Förderprogramm „Solar Invest“ für die  
324 Bürger\*innen wollen wir erweitern. Außerdem sollen auch ungenutzte Freiflächen  
325 für den Solarenergieausbau als Alternative für bestimmte Regionen zum  
326 Windenergieausbau stärker in Betracht gezogen werden. Ein weiterer Fokus liegt  
327 auf Mieter\*innenstromprojekten um auch Menschen ohne Wohneigentum den Zugang zur  
328 eigenen Stromerzeugung zu eröffnen. Beim Neubau und bei der Sanierung der  
329 Dachhülle in Bestandsgebäuden wollen wir eine Solarpflicht nach dem Modell  
330 Hamburgs einführen. Um Eigentümer\*innen zu unterstützen, die die Installation  
331 nicht in Eigenregie umsetzen möchten, soll es die Option geben, die Nachrüstung  
332 durch einen so genannten Contractor durchführen zu lassen. Hierfür sollen von  
333 den jeweiligen Stadtwerken Contracting-Initiativen unternommen werden, bei denen  
334 von den Stadtwerken private Dachflächen gepachtet und darauf PV- oder

335 Solarthermieanlagen installiert und betrieben werden. Solarstromanlagen werden  
336 zukünftig auch verbraucher\*innennah die Energie für Elektromobilität erzeugen  
337 und die Batterien in den Autos als Speicher nutzen. Zudem ist die Einbindung der  
338 Solarwärme direkt in das bestehende Fernwärmenetz bereits heute voll umsetzbar.  
339 Wir wollen über die Pilotphase hinaus solche Projekte flächendeckend in allen  
340 Thüringer Städten mit einem Nah- bzw. Fernwärmenetz entwickeln und umsetzen.  
341 Biogastechnologie ist für viele Reststoffe und Abfälle, aber auch für  
342 nachwachsende Rohstoffe eine hervorragende Nutzungsoption. Um insbesondere die  
343 güllebasierten Anlagen im Bestand der 272 Biogasanlagen in Thüringen langfristig  
344 zu sichern, werden wir Pilotprojekte zur flexiblen, stromgeführten  
345 Systemintegration und bei der Sektorenkopplung mit anderen erneuerbaren Energien  
346 ins Leben rufen. Dabei kann auch das Ermöglichen von Agrophotovoltaik, bei der  
347 unter speziell zu diesem Zweck entwickelten Solarmodulen Landwirtschaft  
348 betrieben werden kann, ein Baustein sein. Gerade für die Neuausrichtung im  
349 Biogasbereich wollen wir ein zusätzliches Beratungs- und Förderangebot des  
350 Freistaates zur Optimierung, der Umrüstung auf einen flexiblen Betrieb und der  
351 Integration in Gas- und Wärmenetze etablieren. Wir setzen uns weiter für den  
352 Ausbau von oberflächennaher Geothermie zur Wärmeerzeugung und als saisonaler  
353 Speicher ein. Bevorzugt setzen wir dabei auch auf die Versorgung öffentlicher  
354 Gebäude.

355 Auf Wind folgt auch mal Flaute. Speicherung und Flexibilität sind also wichtige  
356 Voraussetzungen für den Erfolg der Energiewende. Wir werden deshalb die  
357 Erprobung der verschiedenen Ansätze für Energiespeicherung in Thüringen sowie  
358 die wirtschaftliche Umsetzung hier in Thüringen weiter fördern und  
359 sicherstellen, dass die Bereitstellung von Speichern vergütet wird. Mit dem  
360 flächendeckenden Ausbau intelligenter Stromnetze wollen wir den  
361 Übertragungsbedarf mittels Hochspannungsfernleitungen senken und die  
362 Netzstabilität stärken.

363 Die Hälfte des deutschen Energiebedarfs und damit auch ein erheblicher Teil der  
364 CO<sub>2</sub>-Emissionen fallen auf den Wärmebereich zurück. Wollen wir unsere  
365 Einsparziele erreichen, müssen hier deutliche Fortschritte erzielt werden. Wir  
366 wollen die Sanierungsrate in Thüringen auf mindestens 4%/Jahr steigern. Zur  
367 Überprüfung, wo Thüringen bei der Wärmewende steht, wollen wir, dass im Rahmen  
368 des Monitorings für das Thüringer Klimagesetz miterhoben wird, wie hoch die  
369 Sanierungsrate ist, wie tiefgreifend saniert wird und wie hoch der Anteil der  
370 Wärme aus erneuerbaren Quellen ist. Im Lichte des Monitorings sollen die  
371 Maßnahmen zur Steigerung der Gebäudeeffizienz und zur Einbindung von  
372 erneuerbaren Energien evaluiert und ggf. nachgebessert werden.

373 Wir wollen die Energieberatung für Wohngebäude in Thüringen ausbauen, indem wir  
374 zusätzlich zum Bund Beratungshonorare für die Erstellung von  
375 gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplänen fördern, sodass bis zu 90% der  
376 förderfähigen Beratungshonorare bezuschusst werden können.

377 Wir werden zudem eine Förderinitiative für kommunale Wärmekonzepte auf den Weg  
378 bringen. Dazu wollen wir Landesmittel zur Erstellung von Wärmekonzepten und zur  
379 Speicherung von Wärmeüberschüssen bereitstellen. Wir wollen im Rahmen der im  
380 Klimagesetz vorgesehenen Landeswärmestrategie einen Sanierungsfahrplan für die  
381 Liegenschaften des Landes erstellen. Mit Priorität sollen die Bestandsgebäude  
382 mit der schlechtesten energetischen Performance saniert werden.

383 Im Rahmen der Europäischen Bauhaus Initiative der Europäischen Union wollen wir  
384 ein Zentrum für nachhaltiges energie- und ressourcenschonendes Bauen und  
385 Sanieren in Thüringen etablieren.

386 Dieses Zentrum soll unter anderem die serielle Wohngebäudesanierung in Thüringen  
387 in einem Pilotprojekt fördern. Hierbei sollen industriell vorgefertigte  
388 Fassaden- und Dachelemente zum Einsatz kommen, die mit einem besonders niedrigen  
389 Anteil an grauer Energie auskommen bzw. die über den gesamten Lebenszyklus  
390 besonders ressourceneffizient sind. Die Elemente sollen anschließend open source  
391 dem Handwerk zur Verfügung stehen.

392 Durch die serielle Wohngebäudesanierung sollen Wohnungen warmmietenneutral  
393 renoviert werden. Bei konstanten Warmmieten sollen die eingesparten  
394 Energiekosten zur Finanzierung der Baumaßnahmen genutzt werden. Das  
395 Kompetenzzentrum soll ferner ein Qualitätssiegel für nachhaltiges Bauen und  
396 Sanieren ausarbeiten und als umfassende Beratungsstelle für Bauherren und  
397 Architekten dienen.

398 Die gewachsene Struktur der Wärmeversorgung in Thüringen basiert auf der Kraft-  
399 Wärme-Koppelung in Nah- und Fernwärmenetzen. In diese Strukturen werden wir  
400 verstärkt Biomasseanlagen, industrielle Abwärme und Solarthermie einbinden und  
401 den Neubau von regenerativen Wärmenetzen fördern. Wir setzen uns dafür ein,  
402 Biomasseanlagen als potenziell erneuerbare Wärmequellen sicherzustellen, während  
403 Biogasanlagen verstärkt an das Erdgasnetz als Bio-Methanlagen angebunden werden  
404 sollen. Für diesen Wechsel wollen wir Landesmittel einsetzen. Das hilft uns,  
405 schrittweise von Importen fossiler Energien unabhängig zu werden und die lokale  
406 Wertschöpfung zu steigern. Die auf uns zukommende Sanierungswelle werden wir  
407 nutzen, um die Gebäude in Thüringen für das postfossile Zeitalter fit zu machen.  
408 Dazu werden wir auf der einen Seite die Reduktion des Wärmeverbrauchs fördern  
409 und auf der anderen Seite die Installation von klimaneutralen Heizsystemen. Eine  
410 Hauptrolle spielen hierbei aufgrund ihrer hohen Effizienz Wärmepumpen auf Basis  
411 von regenerativ erzeugtem Strom. Bei einem Heizungsaustausch oder bei der  
412 Renovierung der Gebäudehülle in bestehenden Wohngebäuden soll eine  
413 Mindestnutzungspflicht für Wärme aus erneuerbaren Energiequellen gelten.  
414 Kurzfristig sollen mindestens 25 % des Wärmebedarfs des sanierten Wohngebäudes  
415 durch erneuerbare Wärmeerzeuger gedeckt werden. Bis 2040 soll die anteilige  
416 Nutzungspflicht in Fünf-Jahresschritten auf 100 % erneuerbare Energien erhöht  
417 werden. Alternativ zur Erfüllung der Nutzungspflicht sollen auch Maßnahmen zur  
418 signifikanten Steigerung der Gebäudeeffizienz anerkannt werden. Teilweise soll  
419 die Anforderung auch dadurch erfüllt werden können, dass Gebäudeeigentümer\*innen  
420 sich bezüglich eines gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplans beraten lassen. Im  
421 Neubau soll die Installation von Heizungsanlagen, die mit Öl aus fossilen  
422 Quellen beheizt werden, untersagt werden. In Bestandsgebäuden wollen wir den  
423 Austausch von alten Ölheizungen durch klimafreundliche Heizungsanlagen  
424 unterstützen.

425 Die Energiewende gelingt dann am besten, wenn möglichst viele daran teilhaben.  
426 Deshalb wollen wir ein Bürger\*innenenergieprogramm mit Unterstützung der  
427 Thüringer Energie- und GreenTec Agentur (ThEGA) auf den Weg bringen. Auch die  
428 Selbstorganisation der Bürger\*innenenergiegenossenschaften werden wir stärken.  
429 Damit soll besonders die Beteiligung der Thüringer\*innen an den erneuerbaren  
430 Energien unterstützt werden. Auch die Städte und Dörfer im ganzen Land brauchen  
431 wir als Partner der Energiewende. Wir helfen ihnen bei der Erstellung von

432 Klimastrategien sowie Wärmeanalysen und -konzepten als Start in den Klimaschutz  
433 vor Ort. Die Voraussetzungen dafür werden durch ein funktionierendes kommunales  
434 Energiemanagement gelegt. Denn ohne das kontinuierliche Erfassen und Auswerten  
435 von Verbrauchsdaten und das Überwachen der Gebäudetechnik können keine  
436 technischen und organisatorischen Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet werden.  
437 Genau an dieser Schnittstelle zu einem wirkungsvollen Klimaschutz wollen wir  
438 schnellstmöglich alle Thüringer Gemeinden auf einen einheitlichen Stand bringen.  
439 Dazu wollen wir die lokale Ebene stärken. Mit einem Wettbewerb für Energiewende-  
440 Modellregionen schaffen wir Vorbilder, die dann auf das ganze Land ausstrahlen  
441 können. Zusammen mit regionalen Klimaagenturen erreichen wir die schnelle  
442 Umsetzung und eine hohe Akzeptanz vor Ort.

**A8** Wir bewahren unsere Umwelt und schützen das Klima (Sauber und bequem ans Ziel: Mobilität und Verkehr)

Antragsteller\*in: LaVo

## Antragstext

1 Mobilität ist Teil unseres Alltags. Viele von uns sind den ganzen Tag unterwegs,  
2 mobil zu sein ist notwendig. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen, dass die Menschen in  
3 Thüringen eine echte Wahl haben, wie sie mobil sind. Zu Fuß, mit dem Rad, mit  
4 Bus und Bahn oder wo sinnvoll mit dem Auto. Und immer öfter auch in Kombination  
5 verschiedener Verkehrsmittel.

6 Mobilität hat eine Schlüsselfunktion für soziale Teilhabe und ist ein wichtiger  
7 Teil der Daseinsvorsorge. Mobilität in ihrer jetzigen Form birgt jedoch  
8 gleichzeitig Gesundheitsrisiken, Stress und – vor allem in dicht besiedelten  
9 Gebieten – eine Einschränkung der Lebensqualität. Außerdem ist sie der  
10 drittgrößte Verursacher von Emissionen in Deutschland. Das liegt vor allem  
11 daran, dass Mobilität heute immer noch einseitig auf das Auto ausgelegt ist. Das  
12 bedeutet klimaschädliche Emissionen, Belastungen für die Atemwege durch  
13 Stickoxide und Feinstaub, Lärm sowie erhebliche Kosten für die Nutzer\*innen und  
14 die öffentlichen Haushalte. Das wollen wir ändern und dem Umweltverbund, also  
15 ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, konsequent den Vorrang einräumen - bei  
16 verkehrspolitischen Entscheidungen wie auch im öffentlichen Raum. Die Thüringer  
17 Projekte im Bundesverkehrswegeplan werden wir auf den Prüfstand stellen und  
18 konsequent nach Sinnhaftigkeit und Umweltschutzaspekten priorisieren.

19 Wir wollen deshalb Mobilität neu definieren: Mit grüner Verkehrspolitik wachsen  
20 die Möglichkeiten, öfter auf das Auto verzichten zu können, nicht selbst fahren  
21 zu müssen. Wir wollen, dass auch auf dem Land Bus und Bahn eine zuverlässige  
22 Alternative sind. Wir wollen, dass Anschlüsse zwischen Bussen und Bahnen passen.  
23 Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen sollen sicher unterwegs sein. Und wer  
24 dennoch auf das Auto angewiesen ist, soll nicht im Stau stehen müssen und auch  
25 morgen noch sicher das Ziel erreichen. Die Vision Zero, also Nullverkehrstote,  
26 ist unser Ziel, an dem sich alle Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit  
27 ausrichten müssen. Grüne Mobilität bedeutet Lebensqualität, ohne Lärm, Dreck und  
28 Stau, kostengerecht, familienfreundlich, sicher und für jeden erschwinglich.  
29 Eine Familie muss im ÖPNV ganztägig günstiger unterwegs sein können, als mit  
30 einem PKW.

### 31 Öffentlicher Personennahverkehr

32 Hierfür wollen wir BÜNDNISGRÜNE im Laufe der nächsten Legislaturperiode ein  
33 Mobilitätsgesetz erarbeiten, das umweltfreundlicher Mobilität Vorrang einräumt,  
34 Verkehrssicherheit aller Mobilitätsformen fördert, eine Mobilitätsgarantie für  
35 den ländlichen Raum beinhaltet und die notwendigen Fahrpläne, Tarife und  
36 Echtzeitdaten flächendeckend als Open Data bereitstellt. Alternativ zu  
37 klassischen, starren Fahrplänen sollten On-Demand-Lösungen für den ÖPNV  
38 weiterentwickelt werden, um bedarfsgerechte und kosteneffiziente Mobilität für  
39 sowohl Kommunen als auch Nutzer\*innen attraktiv werden zu lassen. Hierdurch kann  
40 auch der Energie- bzw. Ressourcen-Verbrauch des ÖPNV gesenkt werden.

41 Erschwinglich heißt für uns: höchstens 60 Euro pro Monat. Mit der Einführung  
42 eines landesweiten Thüringen-Tickets für alle Nahverkehrsstrecken in

43 Thüringen. Damit sich alle den öffentlichen Nahverkehr leisten können, werden wir  
44 nach dem Vorbild Brandenburgs außerdem die Einführung eines landesweiten  
45 Sozialtickets prüfen. Nahe Bahnhöfe in benachbarten Bundesländern (wie z.B.  
46 Naumburg und Sangerhausen) sollen einbezogen werden. Die für das Thüringen-  
47 Ticket notwendigen Mittel werden wir im Landeshaushalt bereitstellen. Neben  
48 Auszubildenden sollen auch Schüler\*innen, Auszubildende und Menschen in  
49 Freiwilligendiensten günstiger unterwegs sein. Sie sollen ein Ticket 30 Euro pro  
50 Monat nutzen können. Modellprojekten für einen umlagefinanzierten  
51 fahrscheinfreien Nahverkehr in Thüringer Kommunen stehen wir offen gegenüber und  
52 bieten Unterstützung von Landesseite an. Wir setzen uns für einen landesweiten  
53 Verkehrsverbund ein, der die Einführung des Thüringen-Tickets erleichtert, sowie  
54 für einen massiven Ausbau der Kapazitäten im Nahverkehr. Dafür bedarf es einer  
55 gemeinsamen Anstrengung von Europa, Bund, Land und den Kommunen, um die dafür  
56 benötigten Investitionen in neue Straßenbahnen und Elektrobusse sowie die  
57 Infrastruktur zu finanzieren.

58 Um an Kultur teilhaben zu können, muss es in Thüringen für alle möglich sein, am  
59 Wochenende auch abends und nachts zu Veranstaltungen und wieder nach Hause zu  
60 kommen. Deshalb wollen wir auch den bedarfsorientierten Ausbau von  
61 Nachtbusangeboten und ein flächendeckendes Taxiangebot unterstützen.

62 Das günstigste Ticket nützt wenig, wenn der Bus kaum fährt. Wir wollen deshalb,  
63 dass jeder Ort in Thüringen mindestens alle zwei Stunden mit dem öffentlichen  
64 Verkehr erreichbar ist. Aus dem Zug ausgestiegen und der Bus ist gerade weg –  
65 das soll der Vergangenheit angehören. Busse und Bahnen, Nah- und Fernverkehr  
66 sollen immer aufeinander abgestimmt sein. Das Grundprinzip ist dabei immer  
67 gleich: Der Bus oder der Zug fährt im Idealfall jede Stunde zur gleichen Zeit  
68 ab. Zubringer- und Anschlussfahrten sind darauf abgestimmt, sodass binnen zehn  
69 Minuten die Reise fortgesetzt werden kann. Mit diesem ThüringenTakt lassen sich  
70 auch kleine Orte im Land wieder schneller erreichen. Kernelement und Herzammer  
71 des neuen ÖPNV in Thüringen soll eine Regio-S-Bahn werden, mit Linien zwischen  
72 Eisenach, Erfurt, Großheringen, Jena und Saalfeld sowie zwischen  
73 Ilmenau/Saalfeld, Erfurt, Jena, Gera und Altenburg, deren Einführung wir  
74 zielgerichtet auf den Weg bringen wollen. Mit der Einbindung des künftigen IC-  
75 Kreuzes Jena, neuen Haltepunkten und integriert verknüpften Buslinien innerhalb  
76 des Einzugsgebietes schaffen wir ein Musterprojekt für zukunftsfähige Mobilität.  
77 Gleichzeitig wollen wir uns um eine Weiterführung des Mitteldeutschen S-Bahn-  
78 Netzes von Halle/Leipzig über Naumburg bis Großheringen sowie von Leipzig nach  
79 Gera bemühen und damit einen hoch attraktiven länderübergreifenden  
80 Nahverkehrsraum erfahrbar werden lassen. In den letzten 25 Jahren wurden allein  
81 in Thüringen 467 km Bahnstrecken stillgelegt. Sie werden derzeit nicht für den  
82 Schienenpersonenverkehr genutzt, aber die Trassen bestehen nach wie vor. Viele  
83 Projekte zur Reaktivierung wurden in den letzten Jahren in Deutschland bereits  
84 erfolgreich gestartet. Wir werden prüfen, wo in Thüringen solche Reaktivierungen  
85 sinnvoll sind, etwa für die Strecken Suhl–Schleusingen, Bf. Rennsteig–Themar,  
86 Eisfeld–Coburg, Bad Frankenhausen–Bretleben, Probstzella–Ernstthal und  
87 Wangen–Artern. Das ist uns bereits für die Strecke Ilmenau–Rennsteig gelungen.  
88 Dadurch könnte Verkehr von Straßen auf Schienen umgeleitet werden, ohne neue  
89 Trassen zu schaffen. Zu einem qualitativ hochwertigen und modernen ÖPNV gehört  
90 für uns selbstverständlich auch, dass er immer barrierefrei ist, dass in jedem  
91 Bus und jeder Bahn kostenlos WLAN und ausreichend Stellplatz für Gepäck,  
92 Fahrräder und Kinderwagen verfügbar ist.

93 Wir setzen uns für die schnellstmögliche Elektrifizierung der Mitte-  
94 Deutschland-Verbindung – möglichst noch vor 2028 – ein.

95 Wir wollen ein regionales Nahverkehrskonzept von Jena aus bis nach Sömmerda  
96 entwickeln, dazu die Pfefferminzbahn integrieren und weitere Strecken wie zum  
97 Beispiel Gotha–Leinefelde modernisieren und elektrifizieren. Auf den zahlreichen  
98 Bahnstrecken ohne Oberleitung sollen zunehmend umweltfreundliche und leise  
99 batterieelektrische Zugantriebe zum Einsatz kommen. Dies wollen wir durch  
100 entsprechende Verkehrsverträge und Förderprogramme erreichen.

101 Mit dem Landesbusnetz haben wir bereits ein Schnellbusnetz aufgebaut, das die  
102 mittleren Städte sowie die Gewerbe- und Industriegebiete regelmäßig miteinander  
103 verbindet und die Attraktivität des Nahverkehrs für Pendler\*innen erhöht. Dieses  
104 wollen wir durch gezielte Förderung und Kooperation als Teil der  
105 Mobilitätsgarantie ausbauen und noch enger mit der Bahn verknüpfen. Zudem wollen  
106 wir für Pendler\*innen die Bildung von Fahrgemeinschaften durch  
107 Pendlerparkplätze, Bonusprogramme in Fahrgemeinschaften und die Entwicklung  
108 einer Open-Source-App auf Basis von offenen Daten und Schnittstellen (APIs) für  
109 Pendlerfahrgemeinschaften vereinfachen. Tickets für die Nutzung von P+R-  
110 Parkplätzen sollen gleichzeitig auch zur Nahverkehrsnutzung in der Stadt  
111 berechtigen.

112 Zu Fuß und mit dem Rad

113 Die meisten Wege werden zu Fuß erledigt, Fußgänger\*innen haben deshalb Vorrang.  
114 Wir fördern Kommunen bei der Umsetzung von Fußwegkonzepten einschließlich  
115 verkehrsberuhigter Zonen, die insbesondere Kinder, ältere und  
116 bewegungseingeschränkte Menschen in den Blick nehmen. So entstehen kindersichere  
117 Schul- und Freizeitwege. Erwägen Kommunen, Teile ihrer Innenstädte für den  
118 Autoverkehr zu schließen, werden wir sie bei der Planung und Umsetzung beraten.

119 Fuß- und Radverkehr Nutzer\*innen-Freundlichkeit und Barrierefreiheit sollten bei  
120 der Entwicklung dieser Systeme im Vordergrund stehen, um Akzeptanz und  
121 Verbreitung zu fördern.

122 Immer mehr Menschen steigen um aufs Rad. Radverkehr ist ein Schlüsselaspekt in  
123 Richtung klimaschonende und ressourcensparende Mobilität. Das Fahrrad ist für  
124 kürzere Strecken nicht nur das umweltfreundlichste, sondern auch das  
125 praktischste Verkehrsmittel. Der Umstieg vom PKW auf Pedelec, Fahrrad oder E-  
126 Bike kann in den Ballungszentren und ihren Randzonen erheblich zur Entlastung  
127 des Verkehrs und zur Verringerung der Abgas- und Feinstaubbelastung beitragen.  
128 40 Prozent der Thüringer Arbeitnehmer\*innen pendeln täglich zum Arbeitsort. Noch  
129 immer wird Verkehr vorrangig für Autos geplant. Es braucht rechtliche  
130 Neuregelungen und planerische Interventionen, die den Radverkehr nicht mehr  
131 benachteiligen, sondern aktiv fördern. Wir wollen den Radverkehr durch kommunale  
132 Radverkehrspläne, Radverkehrsbeauftragte und die Ausfinanzierung von  
133 Radverkehrsprogrammen stärken. Jeder zehnte Euro im landesweiten Straßenbau soll  
134 fürs Rad zur Verfügung stehen. Das heißt auch mehr Geld für Radwege zwischen den  
135 Orten, für Abstellplätze oder Sicherheitskonzepte für den Radverkehr. Vorhandene  
136 Förderprogramme wie „Klima Invest“ sollen auch für die Fahrradinfrastruktur zur  
137 Verfügung stehen. Damit Fahrradfahrer\*innen innerorts auch auf bestehenden  
138 Straßen gefahrlos unterwegs sein können, setzen wir uns auf Bundesebene dafür  
139 ein, dass Kommunen die Regelgeschwindigkeit in ihren Ortschaften auf 30 km/h  
140 festlegen können. Wir wollen mit Radschnellwegen in urbanen Gebieten und

141 Pendelregionen die tägliche Nutzung des Fahrrads stärken, wenn diese eine  
142 deutliche verkehrsentlastende Wirkung entfalten. So können wir Staus vermeiden  
143 sowie die Lärmbelästigung und die Schadstoffemissionen durch den Umstieg vom  
144 Auto senken. Und auch in Bahn und Bus soll es zukünftiger besser möglich sein,  
145 das Rad mitzunehmen. Erleichtert werden soll auch der kombinierte Verkehr mit  
146 Bahn und Rad durch mehr überdachte und sichere Fahrradabstellanlagen an  
147 Bahnhöfen. Zudem soll bei der Novellierung der Thüringer Bauordnung der  
148 verpflichtende Stellplatznachweis zugunsten des Umweltverbundes modernisiert  
149 werden. Kleine Elektrofahrzeuge wie E-Roller oder E-Bikes eignen sich besonders  
150 für die letzten Meter zwischen Nahverkehrsanbindung und der eigenen Haustür.  
151 Daher wollen wir sie fördern und Unternehmen, Vereine und Bürger\*innen weiter  
152 bei der Anschaffung von Lastenrädern finanziell unterstützen.

### 153 Elektromobilität

154 Elektromobilität kann einen entscheidenden Beitrag für einen klimafreundlichen  
155 Verkehr leisten, wenn die Rohstoffgewinnung, Nutzung und Verwertung möglichst  
156 nachhaltig erfolgt. Mit grüner Regierungsbeteiligung haben wir in diesem Bereich  
157 den Einstieg in eine klimaschonende Verkehrswende begonnen. Grüne  
158 Elektromobilität im Autoverkehr bedeutet dabei: Die Anzahl der Autos auf  
159 Thüringens Straßen muss reduziert, der weiterhin notwendige Fahrzeugbestand in  
160 einer aus Ressourcensicht sinnvollen Geschwindigkeit auf Elektroantrieb  
161 umgestellt werden. Dafür benötigen wir eine weiter verdichtete  
162 Ladesäuleninfrastruktur auf Basis Erneuerbarer Energien. Das Elektroauto muss  
163 intelligent mit anderen Verkehrsträgern verknüpft werden. Thüringen kann und  
164 soll zu einem Hotspot für klimafreundliche, möglichst im gesamten Herstellungs-,  
165 Nutzungs- und Verwertungsprozess emissionsfreie und vernetzte Mobilität, auch im  
166 ländlichen Raum, werden. Ziel ist ein vollständig treibhausgasneutraler Verkehr  
167 bis 2040. Die seit 2015 seitens des Umweltministeriums praktizierte Förderung  
168 von E-Mobilität erweist sich als ein guter Ansatz. Mit dem Förderprogramm „E-  
169 Mobil Invest“ werden bereits kommunale Unternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften,  
170 Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände und gemeinnützige Vereine im Bereich  
171 der Elektromobilität unterstützt. Unser Ziel ist es, möglichst viel kommunalen  
172 Verkehr emissionsarm zu realisieren und mehr Alltags- und Praxisnähe  
173 nachzuweisen. Mit einer Fokussierung auf Batterien geringer Größe, deren  
174 Umweltbilanz bei der Herstellung besser ist, und der Förderkulisse auf  
175 Elektrokleinfahrzeuge (E-Bikes, Pedelecs etc.) soll der Umstieg auf  
176 Elektromobilität im Nahbereich erleichtert werden. Gerade auf kürzeren Distanzen  
177 und in Städten helfen diese als kostengünstigere und klimafreundliche Variante,  
178 das Verkehrsaufkommen auf Straßen zu entlasten.

179 Der Umstieg auf emissionsfreie Elektromobilität gelingt nur mit einer gut  
180 ausgebauten öffentlichen Ladeinfrastruktur, einem einheitlichen, sicheren,  
181 verbrauchsbasierten Abrechnungssystem und der Bereitstellung von offenen Daten  
182 der Standorte, technischen Merkmale und Echtzeitnutzung der Ladestationen.  
183 Überall laden, für jeden zugänglich – das ist das Ziel. Mittlerweile existieren  
184 in Thüringen über 800 öffentliche Ladepunkte, die Besitzer\*innen von  
185 Elektrofahrzeugen schon heute eine Grundversorgung an Ladesäulen ermöglicht. Mit  
186 der Erweiterung der bestehenden Förderprogramme zur Ladesäuleninfrastruktur wird  
187 zügig ein engmaschiges Ladesäulennetz sowie E-Mobilitätsstationen im  
188 öffentlichen Raum entstehen. Öffentlich geförderte oder installierte  
189 Ladeinfrastruktur wird aus echtem Ökostrom, bevorzugt durch regionale  
190 Energieversorger oder Bürger\*innenstrom, gespeist werden. Das Land muss mit

191 gutem Beispiel vorangehen und an öffentlichen Gebäuden barrierefreie  
192 Ladeinfrastruktur für Pedelecs und E-Autos bereitstellen, die sowohl von  
193 Mitarbeiter\*innen als auch öffentlich genutzt werden kann. Wir wollen in  
194 Thüringen neue Ideen rund um eine klimaschonende, emissionsfreie Mobilität  
195 fördern.

196 Grüne Elektromobilität zielt jedoch auch und gerade auf den öffentlichen  
197 Nahverkehr. Wichtig ist der Umstieg des öffentlichen und schienengebundenen  
198 Nahverkehrs, weg von den fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien. Wir  
199 unterstützen weiterhin aktiv Verkehrsunternehmen bei der Umrüstung ihrer Flotten  
200 in Richtung emissionsarmer Fahrzeuge. Mehrere erfolgreiche Tests von  
201 Elektrobussen haben in Thüringen stattgefunden, nun kann die systematische  
202 Umrüstung der Flotte beginnen. Ziel ist der umfassende Einsatz von  
203 Elektrofahrzeugen im regulären Linienverkehr bis spätestens 2030. Es gilt, die  
204 Förderung über die EFRE-Periode (Europäische Fonds für regionale Entwicklung)  
205 hinaus fortzuführen und mit Landesmitteln zu unterstützen. Im Bahnverkehr ist  
206 unser Ziel die Elektrifizierung aller Hauptstrecken in Thüringen. Auf weniger  
207 befahrenen Nebenstrecken müssen Alternativen gefunden werden. Neben  
208 Pilotprojekten und Machbarkeitsstudien zum Einsatz von Fahrzeugen mit  
209 alternativen Antriebsformen gilt es auch, die Erforschung von besseren  
210 Batteriespeichern genauso wie die Entwicklung von Brennstoffzellen  
211 voranzutreiben. Bereits begonnene Modellprojekte, wie zum Beispiel der Einsatz  
212 von mit regional erzeugtem grünen Wasserstoff betriebenen Zügen im Schwarztal,  
213 werden wir fortführen und entsprechend finanziell unterstützen.

#### 214 Güter- und Flugverkehr

215 Ein erheblicher Teil des Verkehrs in Städten entsteht durch den Lieferverkehr.  
216 Nicht allein durch die großen LKW, die Einkaufszentren und Tankstellen  
217 beliefern, sondern ganz besonders durch die vielen kleinen Transporter, die  
218 unsere Päckchen oder Lebensmittelbestellungen ausfahren. Wir wollen diese  
219 Nahbereichs-Logistik klimafreundlicher machen, indem wir die Auslieferung mit E-  
220 Lastenrädern weiter fördern und dazu Kommunen bei der Errichtung der dazu  
221 nötigen kleinen Verteilstationen unterstützen. Im Lieferverkehr über die  
222 Stadtgrenzen hinaus streben wir eine größtmögliche Verlagerung des Güterverkehrs  
223 von der Straße auf die Schiene an und wollen dazu einen runden Tisch  
224 Schienengüterverkehr ins Leben rufen. Die Mittelstreckenlogistik bis 200km, die  
225 50% des gesamten Güterverkehrs ausmacht, wollen wir durch Förderung zügig auf  
226 batterieelektrische Antriebe umrüsten.

227 Spätestens seit der Fertigstellung der ICE-Trasse sind die Flughäfen  
228 Frankfurt/Main, Leipzig-Halle, München und Berlin so nah an Thüringen  
229 herangerückt, dass es keinen Grund mehr gibt, einen eigenen Thüringer Flughafen  
230 mit Landesmitteln zu subventionieren. Wir werden ein Konzept erarbeiten, wie die  
231 Transformation des Flughafens Erfurt-Weimar sozial verträglich gestaltet werden  
232 kann, um das Klima zu schützen und den Mitarbeiter\*innen berufliche Alternativen  
233 zu bieten. Die durch die Flughafenschließung eingesparten Steuermittel - derzeit  
234 mehrere Millionen Euro jährlich - wollen wir stattdessen in das Thüringen-Ticket  
235 und den Ausbau eines attraktiven Nahverkehrs investieren.

236 Verkehr hat nicht nur die bekannten negativen Umweltauswirkungen wie z.B. auf  
237 die Luftqualität oder den Flächenfraß, sondern ist auch die Hauptquelle für  
238 Lärm. Straßenverkehrslärm betrifft einen Großteil der Thüringer\*innen und kann

239 bei einer langfristigen Aussetzung starke gesundheitliche Schäden verursachen.  
240 Im Vergleich zu anderen Bundesländern kann Thüringen bei der Lärmbekämpfung  
241 allerdings noch mehr machen. Wir wollen deshalb ein Lärmschutzgesetz erarbeiten,  
242 das verbindliche Lärmreduktionsraten für Straßen-, Flug- und Eisenbahnverkehr  
243 vorgibt.

Antragsteller\*innen:

## Antragstext

1 Egal, wen man fragt, was Thüringen liebenswert macht: Man wird kaum die gleiche  
2 Antwort zweimal bekommen. Thüringen lebt von seiner Vielfalt und seinen  
3 Gegensätzen: Berg und Wald genauso wie Feld und Aue, Flüsse und Weinberge,  
4 lebhaft Städte und liebenswerte Dörfer – all das sind keine Widersprüche,  
5 sondern machen die Mannigfaltigkeit unseres Landes und seiner vielfältigen  
6 Regionen aus. Diese zu erhalten, ist unser Ziel für Thüringen. Menschen sollen  
7 da gut leben können, wo sie leben wollen. Sie sollen überall gleiche Chancen  
8 haben, eine gute Arbeit für sich oder die richtige Schule für ihre Kinder zu  
9 finden, die benötigte medizinische Versorgung zu erhalten, eine  
10 Theatervorführung zu besuchen oder sich in intakter Natur zu erholen. Bezahlbare  
11 Wohnungen, gute Verkehrsverbindungen, kurze Wege in die Natur: All diese Aspekte  
12 entscheiden gemeinsam über die Lebensqualität heute und die Chancen einer Region  
13 in der Zukunft.

14 Das Leben in unseren Dörfern und in unseren Städten könnte solch ein "buen  
15 vivir" - ein gutes Leben im Einklang mit den Kapazitäten unserer Erde - sein,  
16 und doch ist es das für viele aktuell nicht mehr. Denn auch in Thüringen  
17 verlassen jüngere Menschen die ländlichen Regionen und ziehen in die Städte. Der  
18 demografische Wandel trifft manche Landstriche hart. In den Städten hingegen  
19 werden die Wohnungen knapp und steigen die Mieten. Was läuft falsch?

20 Der Abbau kleinteiliger, wirtschaftlicher Strukturen vor Ort, eine  
21 kontinuierliche Intensivierung der Landwirtschaft, sowie der demografische  
22 Wandel haben in den ländlichen Regionen Thüringens in den letzten Jahrzehnten  
23 viele Probleme mit sich gebracht:

24 Die natürliche Bodenfruchtbarkeit und die Fähigkeit der Böden, sauberes  
25 Trinkwasser zu generieren wie auch die natürliche Artenvielfalt nehmen durch die  
26 flächendeckend hohe Mechanisierung und den intensiven Einsatz von Pestiziden und  
27 chemischen Düngern in der Landwirtschaft kontinuierlich ab. Damit sind wichtige  
28 Lebensgrundlagen gefährdet.

29 Zugleich gibt es immer weniger Arbeitsplätze vor Ort. Die Dorfbewohner\*innen  
30 müssen immer längere Wege zurücklegen, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu  
31 können. Die Umsetzung eines nachhaltigen Lebensstils ist dadurch oft erschwert.  
32 Die fehlenden Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten und die Ausdünnung sozialer  
33 Infrastrukturen vor Ort führen zu einem Übergewicht des Individualverkehrs und  
34 zu einer zunehmenden Abwanderung in die Städte und in die Stadtperipherie.  
35 Hierdurch ergeben sich zunehmend Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung  
36 lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Bewahrung der  
37 Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

38 Durch die Abwanderung gibt es immer mehr leer stehende Immobilien, deren  
39 Unterhaltungsaufwand oder deren notwendiger Abbruch Kommunen und private  
40 Eigentümer\*innen schwer belastet oder überfordert. Davon sind insbesondere auch  
41 die kleinen und mittelgroßen Städte Thüringens betroffen.

42 Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung erschweren aber auch zunehmend die  
43 Aufrechterhaltung wichtiger Elemente der Daseinsvorsorge - etwa von Kindergärten,  
44 Schulen, Arztpraxen u.a. - und damit letztlich auch eines lebendigen sozialen und  
45 kulturellen Lebens. Es fehlen die Orte und die Anlässe zur Begegnung und zum  
46 Austausch.

47 Diesen Fehlentwicklungen entgegen zu wirken und damit weiten Bevölkerungskreisen  
48 wieder ein gutes Leben auf dem Land und in den vielen Kleinstädten Thüringens zu  
49 ermöglichen ist unser Ziel. Damit einher geht eine Neu-Bewertung der Beziehung  
50 von Stadt und Land und damit ein frischer Blick auf die zunehmende Bedeutung von  
51 regionalem Zusammenwirken. Den ländlichen Raum zu regenerieren wird letztlich  
52 auch den Zuwanderungsdruck von den größeren Städten Mittelthüringens nehmen und  
53 damit auch deren lebenswerte Entwicklung befördern.

54 Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

55 Es lebe das Dorf! Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Menschen in den Dörfern darin  
56 unterstützen, ihre Kulturlandschaft zu erhalten und wieder zu regenerieren,  
57 regionale Wirtschaftskreisläufe und Beschäftigung vor Ort zu schaffen,  
58 nachbarschaftliche und dorfübergreifende Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und  
59 ein reiches kulturelles Leben mit Angeboten für alle Generationen zu bewahren  
60 und weiterzuentwickeln. Diese Strategie hat viele Bausteine:

61 Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen Bemühungen, Artenvielfalt zurück in den ländlichen  
62 Raum zu holen: etwa durch den Anbau regional typischer Gemüse- und  
63 Getreidesorten, durch die Wiederbelebung unserer Streuobstwiesen mit heimischen  
64 Obstsorten, durch das Anlegen von Agroforstsystemen, wegbegleitenden Hecken oder  
65 durch eine extensive Pflege gemeindlicher Grünflächen und privater Gärten,  
66 welche bspw. Vögeln und Insekten wieder eine Überlebenschance geben.

67 Wir unterstützen Bemühungen, die durch Klimawandel, Übernutzung und eine  
68 umweltschädigende Land- und Forstwirtschaft aus dem Gleichgewicht geratenen  
69 Wasserkreisläufe zu regenerieren: durch angepasste Landbewirtschaftung, die  
70 Vermeidung wassergefährdender Stoffe, durch Wassersparmaßnahmen und durch eine  
71 dezentrale, umweltfreundliche Aufbereitung der Abwässer. Wir setzen uns ein für  
72 den Erhalt und die Regeneration der Fruchtbarkeit unserer Böden und für eine  
73 dezentrale Kompostierung und energetische Nutzung der organischen Stoffe.

74 Wir wollen dazu beitragen, Initiativen für ein regionales Wirtschaften zu  
75 stärken: etwa Projekte der Solidarischen Landwirtschaft,  
76 Bürgerenergiegenossenschaften, Waldgenossenschaften, Dorfläden, regionales  
77 Handwerk und die Einführung innovativer, umweltgerechter Technologien - etwa von  
78 Agrophotovoltaikanlagen, hölzernen Windrädern, kalten Nahwärmenetzen oder  
79 nachwachsenden und umweltverträglichen Rohstoffen im Bauwesen (Holz, Stroh, Lehm  
80 Hanf u.a.). Wir helfen beim Aufbau einer gemeinwohlorientierten  
81 Kreislaufwirtschaft, bei der Entwicklung regionaler Währungen. Wir wollen, dass  
82 die Wertschöpfung unserer Wirtschaft wieder den Menschen in der Region zugute  
83 kommt und wir setzen uns ein für eine Vorbildwirkung der öffentlichen Hand in  
84 ihren Praktiken von umweltfreundlicher Anschaffung und Auftragsvergabe.

85 Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum und  
86 wollen diese mit der flächendeckenden Einführung von Rufbussen, einem weiteren  
87 Ausbau des Schienenverkehrs und guter Radwegeverbindungen befördern. Menschen,  
88 die mit Carsharing-Modellen, Mitfahrbänken und Mitfahr-Apps zum Teilen von PKW

89 übergehen, werden wir darin unterstützen und den Ausbau der Elektromobilität  
90 weiter voranbringen.

91 Schnelles Internet ist nicht nur ein Standortfaktor für Unternehmen, sondern  
92 auch Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Zudem bietet die  
93 Digitalisierung neue Chancen für das Leben auf dem Land – sei es durch Arbeit im  
94 Homeoffice, Telemedizin oder beim Carsharing. Gute Versorgung gehört dazu, nicht  
95 für jeden Einkauf will und muss man in die Stadt fahren. Der Aufbau solidarisch  
96 unterstützter Landwirtschaftsbetriebe, kleinteiliger Dorfläden und die bessere  
97 Unterstützung von Direktvermarkter\*innen können die Versorgung mit Brot, Gemüse,  
98 Obst, Fleisch, Milch und Käse übernehmen. Örtliche Gaststätten könnten durch die  
99 Integration von Catering-Angeboten für Senior\*innen und für die lokalen  
100 Kindergärten und Schulen eine bessere Auslastung und Überlebenschance erhalten.  
101 Dann kommt das Essen von der Gärtnerei über das Catering direkt zu den Menschen  
102 vor Ort.

103 Kurze Wege für kleine Füße muss auch gelten, wenn es um die Kindergärten und die  
104 Schulen im ländlichen Raum geht. Ganztägige Kinderbetreuung und  
105 jahrgangsübergreifendes Lernen gehören auch in den dünner besiedelten Gebieten  
106 dazu. Kindergärten und Schulen in Freier Trägerschaft zeigen bereits, dass sich  
107 dies auch in kleinteiligen Maßstäben mit guter sozialer Einbettung und  
108 wirtschaftlicher Tragfähigkeit umsetzen lässt. Wenn Arztpraxen schließen, werden  
109 die Wege zum Arzt länger, ist gesundheitliche Versorgung nicht mehr  
110 selbstverständlich. Deshalb setzen wir uns für Anreize für Hausärzt\*innen auf  
111 dem Land ein, zum Beispiel durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten.

112 Nicht zuletzt benötigt Gemeinwohl Unterstützung durch bürgerschaftliches  
113 Engagement. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine Kultur des Mitmachens. Jede und  
114 jeder ist wichtig und wird gebraucht, sei es bei der Erstellung einer  
115 Ortschronik, der Alltags-Unterstützung von Senior\*innen, in Sport- und  
116 Kulturvereinen oder bei der Organisation von Maibaumsetzen und Kirmes.

117 Engagement für das Gemeinwohl bedarf eines zentralen Treffpunkts, an dem  
118 alltägliche Besorgungen gemacht werden können, Menschen sich begegnen und  
119 gegenseitig unterstützen. Das stärkt die dörfliche Gemeinschaft und damit das  
120 Leben im ländlichen Raum. Daher setzen wir uns für die Förderung und Etablierung  
121 multifunktional nutzbarer Orte der Daseinsvorsorge in kleinen Ortschaften ein.  
122 Kern des „Dorfgemeinschaftshauses“ als einem lebendigen Dorfmittelpunkt können  
123 Schulhort, Praxisräume für Hausärzt\*innen beziehungsweise Gemeindegemeinschaften  
124 oder ein kleiner Laden sein. Mit einer Anbindung ans Breitbandinternet schaffen  
125 wir die Voraussetzung für Telemedizin und E-Learning inklusive kostenlosem WLAN.  
126 Darüber hinaus bietet dieses Dorfgemeinschaftshaus die Möglichkeit einer  
127 Poststation und eines Geldautomaten oder eine Bücherbox für die regionale  
128 Bücherei. Vereine finden hier Räume für Versammlungen und Feste und auch die  
129 selbstorganisierte freie Jugendkulturszene hat hier ihren Platz. In  
130 Zusammenarbeit mit den regionalen Aktionsgruppen (RAG) wollen wir Pilotprojekte  
131 dazu mit Fördermitteln unterstützen. Dabei legen wir den Fokus auf die  
132 Unterstützung von Initiativen, die sich vor Ort aktiv einbringen, auf kreative  
133 Nutzungskonzepte sowie die Umnutzung von Bestandsgebäuden. Auch die bis zum Jahr  
134 2023 laufende IBA bietet eine Reihe von Anknüpfungspunkten für einen  
135 lebenswerten ländlichen Raum, von denen wir lernen wollen, beispielsweise durch  
136 das Projekt „UmbauLeergut“.

137 Klar ist aber auch, dass nicht an jedem Ort jede öffentliche Infrastruktur  
138 vorgehalten werden kann. Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den Städten und  
139 dem Umland ist deswegen unerlässlich. Egal ob Busfahrpläne, Schulnetzplanung  
140 oder Wirtschaftsförderung - es gibt viele Möglichkeiten der Kooperation zum  
141 Wohle der Menschen vor Ort und in der Region. Wir wollen diese freiwilligen  
142 Formen der Zusammenarbeit und bürger\*innenschaftlichen Mitgestaltung befördern  
143 und mitinitiiieren - etwas in der Form von Nachhaltigkeitsbeiräten in Gemeinden  
144 oder von regionalen Bürger\*innenräten in unseren Landkreisen.

#### 145 Wohnungspolitik und Bauen in der Stadt

146 Und in der Stadt? Jeder Mensch soll nach der eigenen Vorstellung glücklich und  
147 selbstbestimmt leben können. Unsere Städte sollen vielfältig sein, Orte der  
148 Begegnung und des Austauschs zwischen den unterschiedlichsten Menschen. Orte der  
149 Kommunikation, mit einem reichhaltigen kulturellen Angebot. Sie sollen sicher  
150 sein und die Menschen sollen sich sicher fühlen. Aber für viele Städter\*innen -  
151 insbesondere für Familien - ist die Suche nach einer bezahlbaren, geeigneten  
152 Wohnung längst zur Herausforderung geworden. Wir wollen, dass die Mieten und das  
153 Eigentum an selbst bewohntem Wohnraum auch in wachsenden Städten bezahlbar  
154 bleiben. Andere Städte wiederum kämpfen mit der Abwanderung von Einwohner\*innen  
155 und benötigen nach wie vor Unterstützung beim Umbau ganzer Quartiere. Das  
156 Förderprogramm „Soziale Stadt“ muss auch durch die Landesebene weiter finanziert  
157 werden, um beispielsweise öffentliche Räume oder Stadtteilbüros finanzieren zu  
158 können. Ortskerne und Zentren sollen lebenswert bleiben, Geschäfte sollen nicht  
159 weiter vor die Tore der Städte auf die grüne Wiese verlagert werden. Für diese  
160 Herausforderung braucht es leistungsfähige Kommunen, die über ausreichend und  
161 gut qualifizierte Mitarbeiter\*innen verfügen.

162 In Erfurt, Jena und einigen anderen Städten ist die Suche nach einer bezahlbaren  
163 Wohnung für viele zu einer zeitraubenden Herausforderung geworden. Nicht nur  
164 steigende Mieten schüren bei manchen die Sorge, sich die eigene Wohnung in  
165 Zukunft vielleicht nicht mehr leisten zu können. Wohnen ist zu einer sozialen  
166 Frage geworden. Bezahlbares Wohnen ist ein elementarer Bestandteil sozialer  
167 Sicherheit. Der Geldbeutel allein darf nicht darüber entscheiden, wo und wie wir  
168 wohnen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl  
169 orientiert. In Städten mit stark umkämpften Wohnungsmarkt wollen wir sozial  
170 gebundenen und bezahlbaren Wohnraum fördern. Das dafür existierende  
171 Förderprogramm wollen wir fortsetzen, um Planungssicherheit zu gewährleisten. 75  
172 Prozent des Wohnungsneubaus in Thüringen kommt von kommunalen und  
173 genossenschaftlichen Unternehmen. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten,  
174 dabei sind Kommunen, Wohnungsgesellschaften und Mieterbund, aber auch  
175 Baugemeinschaften oder Bürger\*innenenergiegenossenschaften unsere Partner. Statt  
176 Flächen ausschließlich nach Höchstgebot zu vergeben, sollen durch Konzeptvergabe  
177 vorrangig ökologische, soziale oder kulturelle Projekte berücksichtigt werden.  
178 Die Landesebene hat hierbei eine Vorbildfunktion, wenn es um den Verkauf von  
179 Landesliegenschaften geht. Diese sollen vorrangig im Erbbaurecht vergeben  
180 werden. Baulandmodelle und ähnliche bodenpolitische Instrumente wollen wir  
181 fördern, um zum Beispiel einen Sozialwohnungsanteil von mindestens 20 Prozent  
182 bei Neubauten festzuschreiben und für diese Wohnungen Bindungsfristen und  
183 Mietpreisbindung zu verlängern. Spekulationen mit Bauland werden wir begegnen,  
184 indem wir Kommunen beim Erwerb von Bauland unterstützen, insbesondere bei der  
185 Nutzung des Vorkaufsrechts, und die Erarbeitung von langfristigen  
186 Entwicklungsstrategien fördern. Zum Mieter\*innenschutz unterstützen wir die

187 Kommunen bei der Erstellung von qualifizierten Mietpreisspiegeln und mit  
188 schnelleren und schärferen Eingriffsmöglichkeiten bei Zweckentfremdungen. Wir  
189 wollen die Einführung eines Mietpreisdeckels prüfen, um Sicherheit für  
190 Mieter\*innen in großen Städten zu schaffen. Drohende Obdachlosigkeit soll schon  
191 vor dem Verlust der Wohnung abgewendet werden. Wir setzen uns für die Stärkung  
192 der kommunalen Fachstellen für Wohnungssicherung ein, die bereits präventiv und  
193 beratend mit sozialpädagogischer Hilfe tätig werden. Wir wollen ökologisches  
194 Bauen forcieren, sozialen Wohnraum schaffen und dabei für die Einhaltung hoher  
195 städtebaulicher Qualität sorgen. Innenentwicklung vor Außenentwicklung, kurze  
196 Wege, die ein Leben ohne eigenes Auto begünstigen, barrierefreie Wohnungen, eine  
197 nachhaltige Quartiersentwicklung mit Kindergarten und Anwohnertreff, die  
198 Anbindung an soziale und kulturelle Infrastruktur, zukunftsweisende  
199 Energiestandards mit ökologischen Baumaterialien und urbane Gärten gehören für  
200 uns dazu.

201 In den Wohngebieten werden wir Modellprojekte für autofreies Wohnen fördern.  
202 Eine kinderfreundliche Wohnumfeldgestaltung kann Voraussetzung für Förderungen  
203 werden. Wir werden Thüringens Innenstädte neu denken, die Aufenthalts- und  
204 Lebensqualität deutlich stärken und den Menschen wieder mehr Begegnungsraum  
205 geben. Dafür werden wir die Kernbereiche der Innenstädte autofrei machen und die  
206 Durchfahrtsmöglichkeiten einschränken.

## A10 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt - PRÄAMBEL

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Der Mensch steht im Mittelpunkt. Aber was bedeutet das eigentlich? Eine der  
2 wichtigsten Aufgaben von Politik ist es, für Bedingungen zu sorgen, die allen  
3 Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Obwohl auch Thüringen  
4 in den drei Jahrzehnten seit der friedlichen Revolution ein wohlhabendes Land  
5 geworden ist, sind nicht alle Menschen an dieser Entwicklung gleichermaßen fair  
6 beteiligt. Viele Menschen haben eine gute Arbeit, werden gut bezahlt und  
7 profitieren vom wirtschaftlichen Aufschwung, von Globalisierung und  
8 Digitalisierung. Noch immer suchen viele eine gute Arbeit oder sorgen sich um  
9 ihre berufliche Zukunft. Noch immer gibt es Menschen, die in Armut, Not und  
10 Obdachlosigkeit leben. Wir wollen mit unserer Politik einen sozialen Ausgleich  
11 schaffen. Wir wollen Familien entlasten und die Unterstützung von Kindern  
12 deutlich verbessern. Wir wollen nicht hinnehmen, dass Kinder in Armut aufwachsen  
13 und schon in jungen Jahren erfahren müssen, was Entbehrung und Ungerechtigkeit  
14 bedeuten.

15 Auch in Thüringen gelingt es noch nicht umfassend, soziale Benachteiligungen  
16 durch Bildung auszugleichen. Vielfach entscheidet der soziale, kulturelle oder  
17 materielle Hintergrund der Familie über den zukünftigen Erfolg im Leben. Unser  
18 Bildungssystem kann sich im Vergleich der Bundesländer durchaus sehen lassen.  
19 Dennoch verlassen immer noch zu viele Kinder und Jugendliche die Schule ohne  
20 einen Schulabschluss. Soziale Herkunft darf nicht schwerer wiegen als das Talent  
21 und die Leistung unserer Kinder. Gute Bildung endet aber nicht nach der  
22 Ausbildung. Wir wollen, dass in jeder Lebensphase die Weichen auch noch einmal  
23 neu gestellt werden können. Durch eine zusätzliche Ausbildung, durch berufliche  
24 Weiterbildung oder ein Aufbaustudium, damit es mit dem besseren Job klappt oder  
25 der Schritt in die Selbständigkeit kein zu großes Wagnis ist. Und deshalb ist  
26 ein gutes, vielfältiges Bildungssystem für jede Lebensphase eine zentrale Frage  
27 der Gerechtigkeit. Wir haben hier viel erreicht in den letzten Jahren. Aber wir  
28 wissen: Es geht immer noch besser.

29 „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ heißt für uns, dass Politik Daseinsvorsorge  
30 ernst meint und ernst nimmt. Niemand im Land soll sich darüber sorgen müssen, ob  
31 Job und Familie vereinbar sind, weil es keinen passenden Kindergartenplatz für  
32 die Kleinsten gibt. Niemand soll Angst vor Krankheit haben müssen, weil das  
33 nächste Krankenhaus weit entfernt ist. Und niemand soll auf Kino und Theater,  
34 auf Bibliotheksbesuch oder politische Diskussionsveranstaltung, kurzum auf  
35 gesellschaftliche Teilhabe verzichten müssen, weil der Bus nur zweimal am Tag  
36 fährt oder die Mittel für den Monat nicht ausreichen. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen  
37 deshalb mit unserer Politik für das Ziel eines gerechten Landes, mit Kitaplätzen  
38 für jedes Kind, mit guten Schulen und Hochschulen, mit vielfältiger Kultur und  
39 einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung für jedes Alter. Denn wir sind  
40 überzeugt: Gute Chancen für alle verringern die Ungleichheit hier in Thüringen  
41 und halten unsere Gesellschaft zusammen.

# A11 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Der beste Start: Kinder, Jugend und Familie)

Antragsteller\*in: LaVo

## Antragstext

### 1 Familien

2 Für viele Menschen ist Familie ein Anker, oft das Wichtigste überhaupt. Sie  
3 bietet Sicherheit, sie braucht Schutz. Der Alltag von Familien ist oft stressig  
4 und manchmal von Sorgen geprägt. Wenn die Kinder am Nachmittag zur Musikschule,  
5 zur Hausaufgabenhilfe und in die Schwimmhalle gebracht werden müssen. Wenn das  
6 kranke Kind nicht in den Kindergarten kann und eine Betreuung gefunden werden  
7 muss. Oder wenn nach einem Schlaganfall der Großvater plötzlich pflegebedürftig  
8 wird. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mit unserer Politik Familien den Rücken stärken.

9 Familien sind heute so vielfältig wie die Lebensentwürfe der Menschen. Mit  
10 Kindern oder ohne, verheiratet oder ohne Trauschein, Regenbogenfamilien oder  
11 Mehrgenerationenfamilien, Pflegefamilien oder Patchworkfamilien,  
12 alleinerziehend, binational oder mehrsprachig. Diese Familien sind alle gleich  
13 wertvoll. Sie verdienen den gleichen Respekt. Wir wollen Familien dabei  
14 unterstützen, für ihre Liebsten zu Hause da zu sein, wann immer das nötig ist.

15 Wir wollen, dass Familienfreundlichkeit Handlungsziel von Politik und Verwaltung  
16 wird, sei es mit besseren Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit  
17 familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen, mit einem bedarfsgerechten Angebot an  
18 Kita-Plätzen oder durch flankierende Qualifizierungs- und  
19 Weiterbildungsmaßnahmen für einen besseren Wiedereinstieg in den Beruf für junge  
20 Mütter und Väter nach der Elternzeit. Das mit uns in der Landesregierung  
21 verabschiedete „Landesprogramm Familie“ schafft hier eine solide Grundlage. Jede  
22 Stadt und jede Gemeinde in Thüringen kann damit bessere und passendere Angebote  
23 für Familien schaffen. Die familienfreundliche Ausgestaltung von Gebühren,  
24 Abgaben und Steuern gehört dazu, dafür wollen wir auch im Bundesrat werben.

25 Familien brauchen Zeit füreinander, Familienzeit. Mit dem „Thüringer  
26 Familienpass“ wollen wir allen Familien vielfältige und kostengünstige Angebote  
27 unterbreiten, gemeinsam die Freizeit zu gestalten. Der Familienpass soll  
28 Familien finanziell entlasten, Ermäßigungen, Gutscheine und Anregungen für eine  
29 abwechslungsreiche gemeinsame Freizeitgestaltung anbieten und über  
30 familienbezogene Unterstützungsangebote der Sozialverbände und  
31 familienfreundliche Veranstaltungen informieren.

32 Mit dem Familienförderungsgesetz sind wir Schritte zu einer moderneren  
33 Familienpolitik gegangen. Wir wollen das Gesetz auf seine zielgenaue Wirksamkeit  
34 hin überprüfen und um die Bereiche Familienberatung,  
35 Schwangerschaftskonfliktberatung, Partnerschafts- und Lebensberatung ergänzen.  
36 Diese Beratungsangebote sollen im ganzen Land unkompliziert verfügbar sein. In  
37 Modellkommunen wollen wir aufsuchende Quartiersarbeit für Familien  
38 gewährleisten. Insgesamt wollen wir Familienförderung verstetigen, weiter  
39 ausbauen und die Förderung des Ehrenamtes als Staatsziel formulieren.

40 Um ein gutes Zusammenleben der Generationen zu fördern, wollen wir die  
41 Mehrgenerationenhäuser im Land stärken und weiter ausbauen.

42 Kinder & Jugend

43 Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft. Wir erleben, wie sie, für viele  
44 überraschend, weltweit die Stimme erheben, sich informieren und bereit sind,  
45 Verantwortung zu übernehmen. Sie interessieren sich für die aktuelle  
46 Weltpolitik, sie protestieren zum Beispiel mit der Bewegung „Fridays for Future“  
47 wöchentlich gegen Umweltverschmutzung und für einen starken Klimaschutz. In  
48 Thüringen ist ein Vertreter der Bewegung „Fridays for Future“ in den Thüringer  
49 Klimarat berufen worden. Kinder und Jugendliche werden am längsten mit den  
50 Auswirkungen unserer heutigen Politik leben und haben daher berechnete  
51 politische Interessen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mit unserer Politik ihr Recht auf  
52 eine gute Zukunft stärken und ihnen vielfältige Perspektiven und Chancen bieten.  
53 Deshalb haben wir gemeinsam die finanziellen Mittel für die Jugendförderung auf  
54 15 Millionen Euro deutlich gesteigert und die kommunale Jugendförderung  
55 gestärkt. Wir wollen die Steigerung dieser Mittel zukünftig festschreiben und  
56 jährlich an die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst anpassen, damit die  
57 Vielfalt der Angebote der Jugendarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes, der  
58 Jugendverbandsarbeit und der Jugendbildung vor Ort erhalten bleibt.

59 Für uns gilt der Grundsatz: Wo über junge Menschen gesprochen wird, sollen sie  
60 miteinbezogen werden. Durch die Absenkung des Wahlalters konnten in diesem Jahr  
61 erstmals Jugendliche ab 16 Jahren bei den Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben.  
62 Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Ausübung des Wahlrechts künftig  
63 generell ab 14 Jahren möglich ist.

64 Diesen Weg einer eigenständigen Jugendpolitik, bei der Kinder und Jugendliche im  
65 Mittelpunkt stehen, werden wir weitergehen. Wir setzen uns weiter dafür ein,  
66 dass die Kinderrechte möglichst bald in der Landesverfassung verankert werden.  
67 Die Landespolitik nehmen wir damit auch in Zukunft in die Verantwortung, die  
68 Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und die Entscheidungen  
69 daran auszurichten. In einigen Kommunen gibt es bereits eine vielfältige gelebte  
70 Kultur der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch eigene  
71 Kinder- und Jugendparlamente und -räte. Diese wollen wir stärken und die  
72 politische Teilhabe in der Kommunalordnung verankern. Die Gemeinden und Städte  
73 sollen zukünftig bei Planungen und Vorhaben, die Kinder und Jugendliche  
74 berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.

75 Die Schwächsten brauchen unseren stärksten Schutz. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen, dass  
76 es nicht erst zum Ernstfall kommt. Deshalb stärken wir die Rahmenbedingungen für  
77 den Kinder- und Jugendschutz mit Prävention und Beratung für alle Kinder und  
78 deren Familien im ganzen Land. Durchgängige Präventionsketten sollen möglichst  
79 früh beginnen, bis zum Schuleintritt führen und im Jugendalter bedarfsgerechte  
80 Beratungsangebote gewährleisten. Wir fördern den Aufbau und die professionelle  
81 Begleitung kommunaler Präventionskonzepte und den Ausbau von Netzwerken und  
82 richten unabhängige Ombudsstellen für Beschwerde und Schlichtung ein.

83 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Arbeit der erzieherischen Jugendhilfe stärken.  
84 Während des Lockdowns haben die Mitarbeiter\*innen in den Heimen und aufsuchenden  
85 Hilfen auch unter großen Gefahren weiter ihren Dienst geleistet – leider ohne  
86 die entsprechende Aufmerksamkeit und Wertschätzung. Es ist unser Anspruch und  
87 unsere gesellschaftliche Aufgabe, Kindern und Jugendlichen den bestmöglichen  
88 Rahmen zu bieten, in ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu wachsen. Um die  
89 örtlichen Jugendämter zu entlasten, setzen wir uns für landesweit einheitliche

90 Standards der ambulanten und stationären Jugendhilfe sowie eine zentrale,  
91 landesweite Verhandlungsführung ein. Der Betreuungsschlüssel sowie die Vergütung  
92 sollen das Arbeitsfeld auch in der Zukunft für Fachkräfte attraktiv machen.  
93 Deshalb setzen wir uns für eine Reform des 20 Jahre alten Rahmenvertrags der  
94 Jugendhilfe ein. Mit einer auskömmlichen und bedarfsgerechten Finanzierung  
95 ermöglichen wir den Trägern, neue, passgenaue und innovative Hilfskonzepte zu  
96 entwickeln und durchzuführen. Gleichzeitig sollen die Kinder und Jugendlichen  
97 mit besseren Betreuungsschlüsseln die individuelle Hilfe erhalten, die sie  
98 benötigen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Bezahlung. Sozialpädagog\*innen  
99 sollen entsprechend ihres Hochschulabschlusses entlohnt werden.

**A12NEU** Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gute Bildung, gute Chancen, ein Leben lang: Kindergärten, Schulen und Ausbildung)

Antragsteller\*innen:

## Antragstext

1 Bildung ist das Tor zur Welt. Mit ihr errichten wir das Fundament für ein  
2 erfülltes Leben, entfalten unsere Talente, verwirklichen unsere Wünsche und  
3 Träume. Wir müssen dieses Tor nur weit aufstoßen. Dann werden Kinder zu  
4 humanistisch gebildeten Weltbürger\*innen und lernen heute die Grundlagen für die  
5 Berufe von morgen. Der Thüringer Bildungsplan gibt für alle Altersgruppen einen  
6 sehr guten Qualitätsrahmen vor. Das Mädchen aus der kleinen Stadt im Eichsfeld,  
7 das wegen einer Krankheit auf den Rollstuhl angewiesen ist, lernt  
8 selbstverständlich mit seinen Freunden, die vielleicht aus Kamenica oder Al-  
9 Hasaka zu uns gekommen sind, wird möglicherweise sogar einmal mit ihnen zusammen  
10 ein erfolgreiches Unternehmen gründen. Der Junge mit der Leseschwäche bleibt  
11 nicht mehr sitzen, sondern wird durch individuelle Förderung zu einem bekannten  
12 Dramaturgen. Die Kassiererin im Supermarkt nutzt die Möglichkeiten von  
13 Bildungsfreistellung und berufsbegleitendem Studium und wird Einkaufsleiterin.  
14 So sieht wirkliche Chancengerechtigkeit aus: Es zählt nicht, wo man herkommt  
15 oder mit welchem Namen, mit welchem Geschlecht man geboren wurde. Es zählt  
16 einfach nur, was man kann und wo man hin will.

17 Thüringen verfügt über ein leistungsfähiges und starkes Bildungssystem. Für  
18 Kinder im Kita- und Grundschulalter steht ein breites Ganztagsangebot bereit.  
19 Durch gute Betreuungsbedingungen erhalten sie frühzeitig individuelle Förderung.  
20 Fast alle Jugendlichen finden in Thüringen einen Ausbildungsplatz. Dafür haben  
21 wir BÜNDNISGRÜNE in der Landesregierung in den letzten Jahren einiges auf den  
22 Weg gebracht: mehr Personal in den Kitas für die Kleinsten und den Einstieg in  
23 die Beitragsfreiheit für die finanzielle Entlastung der Eltern. Wir haben in den  
24 vergangenen fünf Jahren so viele Lehrer\*innen eingestellt, wie das in keiner  
25 Legislaturperiode zuvor der Fall war. Und wir haben die Bezahlung der  
26 Lehrer\*innen in den staatlichen Schulen insgesamt verbessert. Mit einer  
27 verbesserten Finanzierung freier Schulen bleibt die vielfältige  
28 Bildungslandschaft in Thüringen langfristig erhalten. Alle Arbeitnehmer\*innen  
29 erhalten durch Bildungsfreistellung einen besseren Zugang zu  
30 Weiterbildungsangeboten. Diese wollen wir besser bekannt machen. Die Förderung  
31 der Erwachsenenbildung konnten wir in den letzten Jahren um mehr als 30 Prozent  
32 steigern.

33 Auch wenn wir in der Regierungsverantwortung viel erreichen konnten, stehen  
34 große bildungspolitische Herausforderungen vor uns. Es kommt auf uns an, die  
35 Qualität der Bildungsarbeit in den Schulen zu verbessern. Es kommt auf uns an,  
36 die schulische Selbständigkeit voranzubringen und Schulen gemeinsam mit den  
37 Kommunen zukunftsfähig aufzustellen. Es kommt auf uns an, Thüringen attraktiv  
38 für Lehrer\*innen zu machen. Es kommt auf uns an, die digitale Schule  
39 Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Schule von gestern kann nicht auf die  
40 Herausforderungen von morgen vorbereiten. Schule ist für uns ein Ort, in dem  
41 Demokratie Tag für Tag gelernt und gelebt wird. Angesichts der  
42 gesellschaftlichen Spaltung in unserem Land wollen wir die friedliche und  
43 demokratische Auseinandersetzung mit politischen Themen fördern und  
44 menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildung deutlich stärken.

45 Schulen sollen kindgerecht und inklusiv sein. Schulen in freier Trägerschaft  
46 brauchen auch zukünftig unsere Unterstützung, damit sie dauerhaft gute  
47 Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung haben. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine  
48 emanzipatorische und chancengerechte Bildungspolitik, in der längeres  
49 gemeinsames Lernen, Ganztagschulen und Bildung für nachhaltige Entwicklung  
50 ihren festen Platz haben. Längeres gemeinsames Lernen nützt allen  
51 Heranwachsenden und begünstigt ein wohnortnahes Schulangebot besonders in  
52 strukturschwachen ländlichen Gegenden.

53 Vorfahrt für Qualität: Kita und frühkindliche Bildung

54 Frühe Förderung ist besonders wirksam. Damit jedes Kind ohne lange Wartezeit  
55 eine Kita besuchen kann, wird der Kita-Ausbau zusammen mit dem Bund, den  
56 Kommunen und den freien Trägern weiter vorangetrieben und die Qualität weiter  
57 verbessert. Für uns haben die Qualität und die Schaffung zusätzlicher Kita-  
58 Plätze Vorrang. Um jedes Kind individuell nach seinem Bedarf fördern zu können,  
59 brauchen Erzieher\*innen Zeit. Wir wollen deshalb die Mindeststandards weiter  
60 verbessern. Wir streiten dafür, dass maximal vier Kinder unter drei Jahren und  
61 maximal zehn Kinder über drei Jahren von einer pädagogischen Fachkraft betreut  
62 werden. Damit die unterschiedlichen Fähigkeiten unserer Kinder schon früh zum  
63 Tragen kommen, stärken wir Kindergärten in sozialen Brennpunkten durch  
64 multiprofessionelle Teams mit künstlerischen, handwerklichen, therapeutischen  
65 und sprachlichen Qualifikationen. Das schließt die Sprachförderung insbesondere  
66 für Kinder ein, bei denen Deutsch nicht die Muttersprache ist. Wir stärken die  
67 Fachberatung, durch ein Institut für Qualitätsentwicklung und  
68 Qualitätssicherung. Um den Generationenwechsel in den Kindergärten zu bewältigen  
69 und den Erzieher\*innenberuf attraktiv zu machen, wollen wir vielfältige und  
70 kürzere Wege in den Erzieher\*innenberuf schaffen. Die praxisintegrierte  
71 Ausbildung von Erzieher\*innen soll und flächendeckend möglich sein, genauso wie  
72 die akademische Ausbildung und die berufsbegleitende Weiterbildung zur  
73 Erzieher\*in. Die gute Arbeit, die das Personal in den Kitas leistet, soll auch  
74 gut bezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezahlung unter Beachtung  
75 der Tarifautonomie weiter verbessert wird.

76 Manchmal erfordern der Beruf oder die eigene Lebenssituation zusätzliche  
77 Flexibilität bei der Kinderbetreuung. Dann ist die Kindertagespflege durch  
78 Tagesmütter und Tagesväter die familiennahe, individuelle Antwort. Wir wollen  
79 ihre Rahmenbedingungen und Bezahlung verbessern und Verbünde für bis zu zehn  
80 Kinder ermöglichen.

81 Bildung sollte grundsätzlich beitragsfrei sein. Hier haben wir in Thüringen  
82 bereits viel geschafft. Ebenso haben wir die Qualität der frühkindlichen Bildung  
83 deutlich verbessert, da dies für uns Vorrang hat. Diesen Weg wollen wir  
84 konsequent weitergehen.

85 Die Elternbeiträge wollen wir als nächsten Schritt zur Beitragsfreiheit und für  
86 mehr Bildungsgerechtigkeit in ihrer Höhe begrenzen, damit Familien nicht  
87 überbelastet werden. Kinder sind uns schließlich überall im Freistaat gleich  
88 viel wert.

89 Wir werden zudem die Perspektive der Eltern stärken, indem wir die  
90 Landeselternvertretung besser ausstatten. Eltern-Kind-Zentren können gerade  
91 Kindergärten im ländlichen Raum mit Beratungsangeboten vernetzen. Wir wollen sie

92 gesetzlich verankern und flächendeckend ausbauen. Die Kindergartenfinanzierung  
93 soll insgesamt einfacher und transparenter werden.

#### 94 Schule

95 Gute Schule nimmt die individuellen Bedürfnisse der Kinder ernst. Sie ermuntert,  
96 spornt an, schafft Möglichkeiten. Gute Schule ist eine Daueraufgabe. Unser Ziel  
97 ist es, die Qualität der Bildungsarbeit in leistungsfähigen, demokratischen und  
98 chancengerechten Schulen durch Schulentwicklung weiter zu steigern. Diesen  
99 Anspruch wollen wir durch einen schulischen Qualitätsrahmen formulieren, der  
100 Schulen in ihrer Entwicklung mehr Orientierung gibt und durch sich darauf  
101 beziehende externe Evaluierungen und regelmäßige Kompetenzerhebungen  
102 stärken. Schulen brauchen eigene Handlungsspielräume auch um für die  
103 Weiterentwicklung nötige Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Um Schulen den  
104 notwendigen Gestaltungsspielraum für gelingende Schul- und  
105 Unterrichtsentwicklung zu gewähren, wollen wir die Schulaufsicht in ihrer  
106 Beratungs- und Koordinationsfunktion stärken. Hierfür bedarf es einer  
107 angemessenen Ausstattung mit pädagogischem und schulpsychologischem Personal.

108 Wir fordern eine Qualitätsoffensive, ein durchgängiges Konzept von  
109 Qualitätsentwicklung und -sicherung mit mehr schulischer Selbständigkeit und der  
110 Entscheidung vor Ort, eigene unbürokratische Budgets, Entscheidung bei der  
111 Personalauswahl und bei der Fortbildung. An jeder Schule muss ein  
112 Qualitätsmanagement entstehen, mit Maßnahmen der Qualitätssicherung auf der  
113 Basis interner und externer Daten. Die Schule muss Verantwortung für ihre  
114 Qualität und die Zukunft ihrer Kinder und Jugendlichen übernehmen.

115 Im Zuge dessen werden wir Bürokratie abbauen, damit mehr Zeit für individuelle  
116 Förderung und erfolgreiches Lernen und Lehren bleibt. Außerdem bedarf es einer  
117 Stärkung der kommunalen Schulträger und deren Kompetenzen. Wir wollen, dass die  
118 Thüringer Kommunen gemeinsam mit dem Freistaat eine Verantwortungsgemeinschaft  
119 bei der Thüringer Bildungspolitik entwickeln und das auch im Schulgesetz  
120 verankern. Bereiche dieser gemeinsamen Bildungsverantwortung sind unter anderem  
121 die Ganztagschulentwicklung, berufliche Orientierung, schulische Inklusion,  
122 Migration, politische und künstlerische Bildung, die sozialräumliche Einbindung  
123 schulischer Bildung zum Beispiel Lernen durch Engagement im eigenen Quartier,  
124 Öffnung der Schulhöfe am Nachmittag, an den Wochenenden und Ferien und Schulbau.

125 Für die Zukunft lernt man am besten in Schulen, die selbst Orte der Zukunft  
126 sind, an denen demokratische Mitbestimmung selbstverständlich dazu gehört. Wir  
127 werden die Beteiligung der Schüler\*innen und die Übernahme von Verantwortung  
128 durch den Ausbau von Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechten von Schüler\*innen  
129 an den Schulen weiter stärken. Der Klassenrat soll dabei in den Schulen zur  
130 Normalität gehören und eine Weiterentwicklung zu einer gerechten und  
131 fürsorglichen Gemeinschaft stärken. Wir unterstützen die Lehrer\*innen dabei,  
132 Schüler\*innen im Geiste des Grundgesetzes zu erziehen. Die Achtung der  
133 Menschenwürde, die Verantwortung für das Gemeinwesen, Solidarität, Toleranz und  
134 Gleichberechtigung sollen alle Bereiche schulischer Bildung wesentlich prägen.  
135 Hass und Gewalt haben an unseren Schulen nichts verloren. Wir werden die  
136 bestehenden Programme zu gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien und die  
137 Schulsozialarbeit ausbauen sowie die Schulpsychologie im Sinne von  
138 Schulentwicklungspsychologie stärken.

139 Eine offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft ist eine  
140 Errungenschaft, die immer wieder erlernt, erstritten und verteidigt werden muss.  
141 Dieser Aufgabe stellen wir uns als BÜNDNISGRÜNE. Angesichts des zunehmenden  
142 Rassismus, Rechtspopulismus und antidemokratischer Tendenzen wollen wir die  
143 fachübergreifende menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildungsarbeit  
144 in den Schulen und in den Kollegien stärken. Doch dies reicht nicht aus. Der  
145 merklich abnehmende gesellschaftliche Zusammenhalt sowie die Zunahme von  
146 Rechtspopulismus und -extremismus erfordern eine weitergehende politische  
147 Bildung, insbesondere durch die Vermittlung von gesellschaftspolitischem  
148 Grundlagenwissen. Denn nur wenn die gelebte Demokratie in der Schule auf der  
149 Basis von soliden Grundkenntnissen erfolgt, ist Demokratiebildung erfolgreich.  
150 Aufgrund des aktuell sehr geringen Anteils des Fachs Sozialkunde an der  
151 Studentafel, des späten Einsetzens dieses Fachunterrichts und des sehr häufigen  
152 Unterrichtens durch fachfremde Lehrer\*innen sollte die politische Bildung an den  
153 Thüringer Schulen verbessert werden. Wir setzen uns daher für die nachhaltige  
154 Vermittlung von Kenntnissen über die Grundprinzipien einer freiheitlich-  
155 demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung durch entsprechend ausgebildete  
156 Lehrer\*innen ein und wollen den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern einen  
157 hohen Stellenwert einräumen.

158 Zudem setzen wir uns für mehr fächerübergreifenden Unterricht, eine zeitgemäße  
159 Studentafel und eine Überprüfung von Lehr- und Lernmaterialien auf  
160 diskriminierende und rassistische Inhalte ein. Um das Diskriminierungsverbot und  
161 Gleichstellungsgebot mit Leben zu erfüllen, werden wir uns dafür stark machen,  
162 die Unterstützungsstrukturen in der schulischen Antidiskriminierungsarbeit  
163 auszubauen. Eine Evaluierung der Studentafel soll unter der Lupe der  
164 Verstärkung auf lebensrelevante Inhalte, Lebensorientierung und  
165 Lebenskompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Gang gesetzt werden auch um  
166 fächerverbindende Ansätze zu stärken.

167 Demokratie lebt von Beteiligung! Wir BÜNDNISGRÜNE setzen darauf, die  
168 Mitwirkungsgremien in den Schulen zu stärken, die Mitbestimmung der  
169 Schüler\*innen zu erhöhen und demokratisches Handeln zu fördern. Durch  
170 Beteiligung, Mitwirkung und Verantwortungsübernahme wollen wir die Lernprozesse  
171 der Schüler\*innen voranbringen.

172 Wir BÜNDNISGRÜNE finden, dass grundsätzlich an jeder Thüringer Schule  
173 Schulsozialarbeit gewährleistet werden soll. Dies kann nur schrittweise umgesetzt  
174 werden. Bis 2026 soll an jeder Schule bedarfsgerecht Schulsozialarbeit nach  
175 einem transparenten Sozialindex angeboten werden können. Ebenso wichtig ist uns  
176 eine sehr gute Kooperation zwischen Schule und einer gestärkten Schulpsychologie  
177 und Schulsozialarbeit. Wir wollen gute fachliche Austauschmöglichkeiten und eine  
178 Vernetzung von Schulen mit dem Gemeinwesen.

179 Wir wollen Schüler\*innen schon frühzeitig ermuntern, sich mit den Zukunftsfragen  
180 der Menschheit auseinanderzusetzen, und werden Themen wie den Schutz der  
181 natürlichen Umwelt und der Biodiversität, die Bewahrung des Klimas,  
182 Friedensbildung, sozialen Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in  
183 den Lehrplänen verankern. Wir wollen eine verbindliche schulische und  
184 außerschulische Landesstrategie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE)  
185 entwickeln und umsetzen, das Lernen außerhalb des Schulgebäudes sowie das  
186 handwerkliche und praxisorientierte Lernen durch zusätzliche Wahlpflichtangebote

187 weiter ausbauen und ein Förderprogramm für BNE-Kooperationen mit  
188 außerschulischen Bildungsorten auflegen.

189 Unsere Gesellschaft ist in den letzten 30 Jahren religiös-weltanschaulich  
190 pluraler geworden. Religions- und weltanschauungsbezogene sowie ethisch-  
191 philosophische Bildung haben ein großes integrationspolitisches Potential. Wir  
192 befürworten deshalb Unterrichtsformate, in denen Schüler und Schülerinnen nicht  
193 nach Konfessionen getrennt, sondern auch gemeinsam unterrichtet werden."

194 Jede\*r elfte Schüler\*in verlässt die allgemeinbildende Schule ohne einen  
195 Schulabschluss. Damit kann sich niemand zufriedengeben. Jeder junge Mensch hat  
196 den für sich bestmöglichen Schulabschluss und eine angenehme und lernfreundliche  
197 Schulumgebung verdient. Besonders für Schüler\*innen, die der Schule oft  
198 unerlaubt fernbleiben, sollen verstärkt Angebote beispielsweise durch  
199 Praxisklassen, der Schulsozialarbeit und der Jugendhilfe entwickelt werden. Enge  
200 Kooperation muss Normalität werden, die für die nötige Vernetzungsarbeit – auch  
201 mit weiteren Professionen – benötigte Arbeitszeit muss eingeplant werden.

202 Alle Schüler\*innen mit Sprachförderbedarf sollen schulische Förderung erhalten.  
203 Das ist bislang leider nicht so. Daher werden wir die Kapazitäten für Deutsch als  
204 Zweitsprache weiter deutlich ausbauen, aber vor allem verstetigen, um die  
205 Sprachförderung zielgerichtet und für die Lehrkräfte motivierend  
206 weiterentwickeln zu können. Mitgebrachte Sprachkompetenzen der Schüler\*innen mit  
207 Migrationshintergrund müssen als zweite Fremdsprache anerkannt und als  
208 Qualifizierungsbaustein für universitäre Bildung angerechnet werden können. Die  
209 punktuell an den Berufsschulen eingerichteten Vorklassen wollen wir  
210 bedarfsorientiert verstetigen, weiter mit personellen Ressourcen untersetzen,  
211 auch im sozialpädagogischen Bereich.

212 Der Zugang zu Bildung soll für alle jungen Menschen ohne besondere  
213 Voraussetzungen möglich sein. Wir befürworten die Einführung eines Sozialindex  
214 für alle Bildungseinrichtungen. Insbesondere sollen Schulen mit besonderen  
215 Herausforderungen durch eine sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung besser  
216 unterstützt werden. Das unfreiwillige Wiederholen einer Jahrgangsstufe, besser  
217 bekannt als Sitzenbleiben, ist, wie die Schulforschung seit Jahrzehnten zeigt,  
218 pädagogisch unwirksam. Es zeigen sich vielmehr ungünstige Wirkungen auf die  
219 Lernentwicklung. Wir wollen es daher abschaffen. Sitzenbleiben ist längst nicht  
220 mehr zeitgemäß. Es ist eine große emotionale Belastung für die Schülerinnen und  
221 Schüler, nützt nichts und verschwendet viel Lebenszeit und Geld. Jedes  
222 zusätzliche Schuljahr kostet 4.500 bis 6.000 Euro. Das Abschaffen des  
223 Sitzensbleibens muss daher erklärtes Ziel einer jeden Schule sein. Die Schule  
224 trägt die Verantwortung für die Vermeidung des Sitzenbleibens einer jeden  
225 Schülerin und eines jeden Schülers. Dafür müssen flankierende pädagogische  
226 Maßnahmen etabliert werden. Schülerinnen und Schüler müssen ein Recht auf  
227 zusätzliche, verpflichtende, kostenfreie und wöchentliche Lernförderung  
228 eingeräumt bekommen, die zwischen den jeweiligen Pädagog\*innen, Schülerinnen und  
229 Schülern und Erziehungsberechtigten abgestimmt werden sollen. Um Schülerinnen  
230 und Schüler ernsthaft mit messbarem Erfolg fördern zu können, sind zusätzliche  
231 Ressourcen zu erwägen. Sitzenbleiben kann nur in besonders begründeten  
232 Ausnahmefällen stattfinden. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten und der  
233 Lernentwicklungserwartung kann einer freiwilligen Wiederholung einer  
234 Jahrgangsstufe zugestimmt werden.

235 Für uns gilt: Der gemeinsame Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung  
236 muss von Anfang an möglich sein. Daher werden wir den Rechtsanspruch auf  
237 individuelle Förderung und das Recht auf gemeinsames Lernen weiter umsetzen und  
238 die Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht weiter verbessern. Für uns  
239 BÜNDNISGRÜNE ist entscheidend, dass das Elternwahlrecht gilt. Eltern können und  
240 sollen entscheiden, ob ihr Kind bei festgestelltem Förderbedarf eine wohnortnahe  
241 allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule besuchen soll. Wir wollen an  
242 allen Schulen mehr sonderpädagogische Förderung ermöglichen. Daher sollen die  
243 Ausbildung der Lehrer\*innen an Inklusion ausgerichtet, gleichberechtigte  
244 multiprofessionelle Teams an Schulen eingerichtet und der Entwicklungsplan  
245 Inklusion umgesetzt werden. Keinesfalls darf Inklusion an der Kassenlage des  
246 Landes und dem damit verbundenen Personalmangel scheitern. Mit aufgeschlossenen  
247 Pädagog\*innen und der Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt  
248 können Schulen zu Orten des Empowerments und der Vielfalt werden.

249 Um unserer vielfältigen Schüler\*innenschaft gerecht zu werden, wollen wir die  
250 Rolle der „Vertrauenslehrer\*innen“ weiterentwickeln – und zwar zu  
251 „Schulbeauftragten für Antidiskriminierung, Vielfalt und Empowerment“ (SAVE-  
252 Beauftragte). Diese Beauftragten sollen dann bei Diskriminierungserfahrungen  
253 unterstützen und ihr Wissen an andere Pädagog\*innen in der Schule weitergeben.  
254 Damit wird der individuellen Situation in jeder Schule Rechnung getragen und  
255 kompetente Beratung für LSBTIQ\*-Jugendliche in ganz Thüringen verankert. Denn  
256 Schulen dürfen keine Orte der Diskriminierung, der mangelnden Sensibilität für  
257 Vielfalt oder der Reproduktion sexistischer Geschlechterbilder sein. Um diesen  
258 wichtigen Aufgaben gerecht zu werden, braucht es genügend zeitliche Kapazitäten  
259 bei den Pädagog\*innen selbst und kompetente Begleitung durch die Thüringer  
260 Antidiskriminierungsstelle.

261 Angesichts des hohen Unterrichtsausfalls machen wir uns dafür stark, dass  
262 jedefrei werdende Stelle wieder besetzt wird. Da Krankheitsausfälle,  
263 Fortbildungen und Stellenvakanzen nicht ausbleiben, streben wir eine  
264 verbindliche 110-prozentige Personalausstattung an. Thüringen muss dazu  
265 attraktiv für Lehrer\*innen sein. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen in den  
266 Schulen und eine attraktive Eingangsbesoldung. Außerdem stellen wir in Thüringen  
267 zügig auf die schulstufenbezogene Lehrer\*innenbildung um, um zukünftig einen  
268 flexibleren Lehrer\*inneneinsatz zu erzielen. Auch für alle anderen an Schule  
269 Tätigen wollen wir die Arbeitsbedingungen verbessern und werden dafür ein  
270 Investitionsprogramm auflegen.

271 Über Stipendien sollen Anreize geschaffen werden, ein Lehramtsstudium in einem  
272 Mangelfach aufzunehmen. Referendar\*innen wollen wir Vorverträge auch ohne  
273 bereits vorliegendes Abschlusszeugnis ermöglichen. Wir wollen angehende  
274 Lehrer\*innen für den Einsatz in den ländlichen Räumen gewinnen.  
275 Einstellungsverfahren werden beschleunigt und vakante Stellen schneller  
276 ausgeschrieben. Die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung der Lehrer\*innen  
277 werden wir kontinuierlich ausbauen und Programme für Seiteneinsteiger\*innen in  
278 den Lehrberuf weiter professionalisieren.

279 Sowohl in der Großstadt als auch auf dem Land soll gelten: kurze Wege für kleine  
280 Füße. Die wohnortnahe Schule ist für uns selbstverständlich. Allerdings stehen  
281 steigende Schülerzahlen in den Städten sinkenden Schülerzahlen in den ländlichen  
282 Regionen gegenüber. Wir sind uns sicher: Gemeinsam sind auch kleine Schulen

283 stark! Wir setzen uns für angemessene Vorgaben bei den Schulgrößen ein und  
284 wollen die Kooperation von Schulstandorten deutlich stärker fördern.

285 Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen entsprechen der urgrünen Forderung  
286 „länger gemeinsam lernen“ und bereichern die Thüringer Schullandschaft. Wir  
287 wollen beide Angebote ausbauen. In Gemeinschaftsschulen lernen Kinder bis zur  
288 achten Klasse gemeinsam. Dieses Angebot soll flächendeckend zur Verfügung  
289 stehen. Auch Förderschulen sollen sich zu inklusiven Gemeinschaftsschulen  
290 weiterentwickeln können. Mit einem Ganztagsschulprogramm des Landes werden wir  
291 bis zum Jahr 2026 gemeinsam mit den Kommunen für die Primar- und Sekundarstufe  
292 insgesamt 100 neue teilgebundene und vollgebundene Ganztagschulen mit modernen  
293 Raumkonzepten, vielfältigen Kompetenzen und neuen Arbeitszeitmodellen schaffen.  
294 Mit mehr Zeit für die individuelle Förderung, mit ihren pädagogischen Konzepten  
295 und den umfangreichen zusätzlichen Angeboten von Vereinen und außerschulischen  
296 Partnern helfen sie Kindern, sozialer, selbstbewusster und angeregt zu lernen.  
297 Gute Arbeitsbedingungen und die Kostenfreiheit in der Bildung sind uns wichtig,  
298 besonders im Ganztage. Erzieher\*innen in unseren Schulorten sollen die  
299 Möglichkeit erhalten in Vollzeit berufstätig zu sein.

300 Schulen in freier Trägerschaft sind aus der Vielfalt des Bildungsangebots nicht  
301 wegzudenken. Wir BÜNDNISGRÜNE haben in den letzten Jahren ihre Rahmenbedingungen  
302 und ihre Finanzierung deutlich verbessert. Wir werden auch zukünftig dafür  
303 streiten, dass alle Schulen egal ob in staatlicher oder freier Trägerschaft gute  
304 Entwicklungschancen haben. Staatliche Programme für Schülerstipendien müssen  
305 gleichermaßen auch von Freien Schulen genutzt werden können. Die Entwicklung der  
306 Finanzhilfen soll weiterhin transparent, verlässlich und auskömmlich  
307 ausgestaltet sein. Die Entwicklung der Schülerkosten soll an die Entwicklung im  
308 staatlichen Bereich angepasst werden. Fort- und Weiterbildungen des Landes  
309 sollen für Lehrer\*innen an Freien Schulen gleichberechtigt geöffnet und bezahlt  
310 werden.

311 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen schulisches Lernen zeitgemäß und zukunftstauglich  
312 gestalten. Uns geht es darum, die Chancen der Digitalisierung im Sinne guter  
313 Bildung zu nutzen. Gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen benötigt dazu  
314 digitale Infrastruktur und Lernplattformen, ganz besonders aber eine  
315 grundsätzliche Neuorientierung pädagogischer Inhalte und Methoden am Leben und  
316 Arbeiten in der digitalen Welt. Überall da, wo es pädagogisch sinnvoll ist, soll  
317 der fächerübergreifende Einsatz digitaler Medien und digitaler Werkzeuge  
318 unterstützt werden. Die Corona-Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, dass  
319 digitale Medien immer mehr zum selbstverständlichen Werkzeug für alle Lernenden  
320 werden. Digitale Medien unterstützen nicht nur das fachliche Lernen. Sie fördern  
321 auch den Erwerb von Medien-, Methoden- und Sozialkompetenzen und informatischer  
322 Bildung. Unsere Kinder und Jugendlichen wollen wir in der Schule für ein  
323 selbstbestimmtes, kreatives, sicheres und erfolgreiches Leben in der digitalen  
324 Welt fit machen und zur kritischen Auseinandersetzung mit den damit verbundenen  
325 gesellschaftlichen Veränderungen sensibilisieren. Wir BÜNDNISGRÜNE packen die  
326 infrastrukturellen und personellen Rahmenbedingungen für digitale Bildung an.  
327 Dazu werden wir gemeinsam mit den Kommunen die Investitionen in die digitale  
328 Infrastruktur, in digitale Medien und Werkzeuge konsequent umsetzen. Wir setzen  
329 uns für eine Erweiterung des Digitalpaktes auf Bundesebene ein.

330 Zu einer lernförderlichen Infrastruktur gehört es unabdingbar, dass Kinder auf  
331 ein persönliches Gerät zugreifen können. Dies realisieren wir durch den BYOD-

332 Ansatz (Bring Your Own Device), der regelt, dass und wie auch private mobile  
333 Endgeräte wie Laptops, Tablets oder Smartphones datenschutzrechtskonform in die  
334 Netzwerke von Schulen integriert werden können. Die kommunalen Medienzentren  
335 werden wir dabei zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich  
336 umbauen. Alle Schüler\*innen über die kein eigenes digitales Endgerät verfügen,  
337 sollen die Möglichkeit der Ausleihe über die Schule erhalten. Den Kommunen als  
338 Schulträger stellen wir dafür die finanziellen Mittel zur Verfügung. Die  
339 Lehrer\*innenbildung wird in allen Phasen auf die digitalen Herausforderungen  
340 ausgerichtet, dazu gehört vor allem auch die Förderung regionaler und lokaler  
341 Vernetzung. Fortbildung wird zunehmend auf peer-Ebene organisiert, das heißt  
342 „Beratung von Betroffenen für Betroffene“. Wir führen endlich eine einheitliche  
343 Schulverwaltungssoftware ein. Datenschutz ist für uns grundlegend. Daher werden  
344 wir die Aus- und Fortbildung von Lehrer\*innen dazu deutlich verstärken. Diese  
345 sollte möglichst quelloffen, datenschutzfreundlich und erweiterbar sein, um  
346 flexibel auf geänderte Anforderungen reagieren zu können.

347 Wir wollen, dass sich unsere Schüler\*innen gesund ernähren. Dazu gehört eine  
348 vielfältige, qualitativ hochwertige und regionale Mittagsversorgung möglichst  
349 aus Bio-Lebensmitteln in einer anregenden Umgebung. Um die Essens- und  
350 Getränkeversorgung an den Thüringer Schulen zu verbessern, werden wir gemeinsam  
351 mit den Schulträgern und Caterern eine umfassende Strategie mit einem  
352 dauerhaften Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgungsstandards etablieren.  
353 Zudem werden wir den Schulgartenunterricht als Teil der Umwelt- und  
354 Ernährungsbildung, die auch über Landwirtschaft, Tierhaltung und  
355 Tierethik informiert, gezielt fördern.

356 Qualitätsoffensive auf allen Ebenen: Mehr Qualität von der Lehrer\*innenaus- und  
357 -fortbildung über die Schulleiter\*innengewinnung bis zur intelligenten Steuerung  
358 und Unterstützung

359 Um die dargelegten anspruchsvollen inhaltlichen Ziele zu erreichen, genügt es  
360 nicht, die Selbstverantwortung auf der Ebene der Schulen zu stärken und Qualität  
361 einzufordern. Schulen brauchen intelligente Leitplanken und ein Mehr an  
362 Personalqualität. Die Lehrer\*innenausbildung muss zum Beispiel die Lehrer\*innen  
363 in die Lage versetzen, die digitale Herausforderungen und Anforderungen der  
364 Inklusion zu entsprechen. Schulleitungen müssen so qualifiziert und ausgewählt  
365 sein, dass sie die Schule zukunftsfähig zu einer demokratischen Leistungsschule  
366 gestalten können, mit Schüler\*innen, Eltern und Kollegium als Partnern.  
367 Personalentwicklung, -auswahl und -gewinnung gerade im Führungsbereich ist eine  
368 wichtige Steuerungsaufgabe von Schulämtern und Ministerium, die die Schulen zu  
369 ihrer Stärkung brauchen. Genauso ist die punktgenaue Unterstützung durch  
370 Beratung, Training und innerschulischer Fortbildung und dazu geeigneter  
371 Trainer\*innen und Expert\*innen erforderlich. Hier ist es wichtig die  
372 Verantwortung des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung  
373 und Medien konsequent einzufordern und wirksamer werden zu lassen. Ebenso müssen  
374 die Schulämter in die Lage versetzt werden, solche Leistungen selbst zu  
375 erbringen. Wir fordern daher den Aufbau eines Qualitätsbereichs im Schulamt, der  
376 die regionalen Qualitätsansprüche einzulösen vermag, zusätzlich zu landesweiten  
377 Vorhaben und Angeboten.

378 Ausbildung

379 Ob Hochschulabschluss oder Berufsausbildung, wir wollen, dass beides einen guten  
380 Start ins Berufsleben garantiert. Jede\*r Jugendliche soll direkt nach der Schule  
381 eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können. Wir werden im Dialog mit den  
382 Handwerkskammern und Berufsschulen einen Thüringenplan entwickeln, der die duale  
383 Ausbildung stärkt und die gesellschaftliche Anerkennung von Ausbildungsberufen  
384 weiter fördert. Dazu gehört auch, dass Thüringer Auszubildende einen Lohn  
385 erhalten, von dem es sich leben lässt. Azubis, aber auch  
386 Freiwilligendienstleistende, sollen die gleichen Vergünstigungen wie Studierende  
387 erhalten, zum Beispiel ein Azubi-Ticket für höchstens 30€ im Monat. Damit der  
388 Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und das Studium gut gelingt,  
389 werden wir eine frühzeitige, praxisnahe und regional vernetzte  
390 Berufsorientierung und Schullaufbahnberatung fördern. Die Ausbildung in kleinen  
391 und mittleren Unternehmen werden wir besonders fördern und dabei Branchen mit  
392 hoher Personalnachfrage, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich,  
393 besonders in den Blick nehmen. Forderungen nach Verpflichtungserklärungen und  
394 Ablösezahlungen nach Abbruch oder Abschluss einer Ausbildung gegenüber  
395 auszubildenden Betrieben zulasten von Auszubildenden oder anderen Betrieben  
396 lehnen wir ab. Betriebe müssen ihren Azubis nach der Ausbildung gute  
397 Arbeitsbedingungen anbieten, anstatt diese zur Weiterarbeit zu verpflichten.

398 Auch Berufsschulen sollten möglichst wohnortnah sein. Den Standorten werden wir  
399 mit einem attraktiven Schulnetzplan mehr Sicherheit ermöglichen. Die  
400 Berufsschulnetzplanung soll auf transparenten und nachvollziehbaren Kriterien  
401 beruhen. Insbesondere Berufsschulstandorte im ländlichen Raum wollen wir  
402 erhalten. Und weil die Wege manchmal doch weiter sind, wollen wir das Azubi-  
403 Ticket attraktiver machen und in ganz Thüringen anbieten.

404 Zur besseren Vereinbarkeit von beruflicher Ausbildung und anderen  
405 Verpflichtungen und Herausforderungen werden wir die Angebote der  
406 Teilzeitausbildung ausbauen und ein begleitendes Coaching in der Ausbildung  
407 anbieten.

408 Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung

409 Mit Berufsausbildung oder Hochschulabschluss endet das Lernen meist nicht, es  
410 begleitet uns durch das ganze Leben – Meisterausbildung, Zusatzqualifikation,  
411 eine neue Sprache oder gar noch mal ein Studium nach erfolgreicher beruflicher  
412 Karriere. Fort- und Weiterbildung ist die vierte Säule in der Bildung. Mit  
413 Bildungsfreistellungsgesetz und besserer finanzieller Ausstattung von  
414 Volkshochschulen und freien Trägern der Erwachsenenbildung haben wir in der  
415 Regierungsbeteiligung diese Säule gestärkt. Diesen Kurs hin zu einer  
416 vielfältigen, wohnortnahen Bildungslandschaft für Erwachsene mit breiten,  
417 kostengünstigen Angeboten werden wir beibehalten.

418 Den Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung werden wir bekannter machen, den  
419 Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern und die Anerkennung von Maßnahmen  
420 vereinfachen. Für Auszubildende wollen wir den Bildungsanspruch auf fünf Tage  
421 erhöhen. Für Menschen mit geringem Einkommen wollen wir einen Härtefallfonds zur  
422 finanziellen Unterstützung bei den Kursgebühren einführen. Ein ganz besonderes  
423 Anliegen ist uns dabei die Förderung der politischen Erwachsenenbildung. Wir  
424 setzen auf vielfältigere Bildungsangebote und Formate in den Bereichen  
425 nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und menschenrechtsorientierte, politische  
426 und kulturelle Bildung.

427 Digitalisierung bietet auch in der Erwachsenenbildung große Chancen,  
428 konfrontiert die Träger aber auch mit neuen Anforderungen. Wir werden die  
429 Entwicklung digitaler Medien begleiten und die Träger bei Infrastruktur und  
430 Qualifizierung unterstützen.

431 In Thüringen leben etwa 200.000 Menschen, die nicht ausreichend lesen und  
432 schreiben können. Sie verbergen dies, obwohl sie oftmals berufstätig sind, und  
433 bezahlen dafür mit einer hohen persönlichen Belastung. Um ihnen zu helfen,  
434 wollen wir die Alphabetisierungsprogramme der Volkshochschulen aufstocken und  
435 Betriebe und Unternehmen für deren Unterstützung gewinnen.

## A13 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Das Labor der Zukunft: Studium und Hochschulen)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Thüringen hat eine innovative und vielfältige Wissenschafts- und  
2 Hochschullandschaft, ist reich an Geschichte und gut aufgestellt für die  
3 Zukunft. Unter grüner Regierungsbeteiligung wurde die Erhöhung der jährlichen  
4 Mittelsteigerungen von einem auf vier Prozent vervielfacht. Damit wurde ein  
5 Kurswechsel zu einer langfristigen Sicherung einer stabilen Grundfinanzierung  
6 der Hochschulen vollzogen und die materiellen Möglichkeitsräume für Forschende  
7 sowie Studierende erweitert. Im neuen Hochschulgesetz wurden die demokratischen  
8 Strukturen der Hochschulen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Autonomie  
9 der Hochschulen gestärkt. Hochschulen können dadurch autonom ihr eigenes Profil  
10 schärfen sowie den Ansprüchen von guter Lehre und guter Forschung besser gerecht  
11 werden. Auch das Studierendenwerk kann dank gesteigerter finanzieller Ausstattung  
12 seine Aufgaben von Wohnheimen über Mensen bis zu Beratungsangeboten besser  
13 erfüllen. Durch die Einführung der Assistent\*innenräte haben wir einen wichtigen  
14 Schritt gemacht, um gute Arbeitsbedingungen für Hilfskräfte zu erreichen. Diesen  
15 Weg werden wir weitergehen.

16 Grüne Wissenschafts- und Hochschulpolitik heißt, dass Wissenschaft und Forschung  
17 in Balance von Freiheit und Verantwortung gestaltet werden. Wir wollen  
18 Thüringens Attraktivität für Studierende sowie das Innovationspotenzial der  
19 Hochschulen weiter ausbauen. Dafür braucht es insbesondere eine ausreichende  
20 Grundfinanzierung der Hochschulen, sichere sowie faire Arbeitsbedingungen,  
21 qualitativ hochwertige Studienbedingungen und eine Kultur der Offenheit und  
22 Demokratie in allen Institutionen der Forschung und Lehre in Thüringen. Dies  
23 sind für uns die Grundlagen einer inspirierenden und innovativen Lehr- und  
24 Lernumgebung und dafür, dass exzellente Wissenschaftlicher\*innen nach Thüringen  
25 kommen (und bleiben), um die Qualität und das Innovationspotenzial von Forschung  
26 und Lehre an Thüringens Hochschulen dauerhaft sicherzustellen. Um dies voran zu  
27 bringen und Thüringen als Wissenschaftsstandort zukunftsfest zu machen, werden  
28 wir uns in der kommenden Legislaturperiode in der Wissenschafts- und  
29 Hochschulpolitik vor allem für folgende Themen einsetzen:

30 Verbesserte Studienbedingungen, Bildungsgerechtigkeit und exzellente Lehre:

31 Wer die Zukunft erforscht, braucht dafür moderne Rahmenbedingungen. Als  
32 wichtiges Bindeglied zwischen klassischem universitärem Studium und Ausbildung  
33 sowie zwischen Theorie und Praxis hat sich die Duale Hochschule Gera-Eisenach  
34 etabliert. Mit der Aufnahme in die Hochschullandschaft 2016 haben wir nicht nur  
35 die Vielfalt der Thüringer Hochschullandschaft vergrößert, sondern auch eine  
36 wichtige Brücke zwischen Betrieben und Hochschulen geschlagen. Die  
37 Einschreibungszahlen und die Nachfrage der Unternehmen zeigen, dass das Duale  
38 Studium ein Modell der Zukunft ist. Es sichert Arbeitsplätze im Land und macht  
39 es für junge Menschen attraktiv, nach Thüringen zu kommen und hier zu bleiben.  
40 Wir setzen uns für einen Ausbau der Kapazitäten der Dualen Hochschule ein, um  
41 der hohen Nachfrage gerecht werden zu können. Gleichzeitig bietet sich die  
42 Chance, dass kleine und mittlere Betriebe außerhalb der großen Städte ihre  
43 eigenen Fachkräfte ausbilden. Um die Studienplatz- und Studienortwahl

44 attraktiver zu machen, wollen wir die Mindestausbildungsvergütung erhöhen, damit  
45 Bildung nicht am Geld scheitert.

46 Immer mehr junge Leute entscheiden sich in den unterschiedlichsten  
47 Lebenssituationen für ein Studium. Egal welche Motivation, egal welcher  
48 Hintergrund: Für gute Bildung die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, ist  
49 unser Ziel. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob es um berufliche oder  
50 akademische Bildung geht. Die Übergänge zwischen beiden sind fließender  
51 geworden. Für uns sind diese Bildungswege gleichermaßen wertvoll und wichtig.  
52 Schon jetzt steht der Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte auch ohne  
53 Abitur oder Fachhochschulreife unter bestimmten Bedingungen offen. Wir wollen  
54 weitere Hürden, aber auch formelle Anforderungen wie die Note , weiter  
55 reduzieren sowie die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen und damit  
56 individuelle Studien- und Karrierewege eröffnen. Hierbei wollen wir es  
57 ermöglichen mit der Fachhochschulreife universitäre Studiengänge zu belegen.  
58 Dazu werden wir auch die beratenden und begleitenden Angebote, wie  
59 Orientierungsstudiengänge und Einführungskurse, ausbauen. Die Betreuung von  
60 Studierenden und Promovierenden soll mit der Weiterentwicklung der  
61 Strukturentwicklungspläne verbessert werden. Zum Abbau von Hürden gehört auch,  
62 dass allen Absolvent\*innen mit Bachelor-Abschluss der Zugang zum Masterstudium  
63 offen stehen soll und Studierende an Fachhochschulen leichter promoviert werden  
64 können. Hierfür werden wir die Fachhochschulen mit ausreichenden Mitteln  
65 ausstatten. Um die Qualität von Studiengängen sicherzustellen, soll der Fokus  
66 der Akkreditierung auf der Studienqualität und Chancengerechtigkeit liegen und  
67 die Akkreditierung auf eine Systemakkreditierung umgestellt werden, bei der die  
68 Qualitätssicherungssysteme der Hochschulen begutachtet werden.

69 Der Studienzugang, unter alleiniger Berücksichtigung der Note, ist nicht mehr  
70 zeitgemäß. Dadurch werden Hochschulzugangsberechtigte benachteiligt, welche  
71 beispielsweise aus nicht-Akademiker\*innenfamilien kommen, über den zweiten  
72 Bildungsweg kommen oder zu Schulzeiten nicht ideale Förderbedingungen hatten.  
73 Deshalb verzichten viele bereits auf eine Bewerbung, um die begehrten Plätze.  
74 Statt über Quotenregelungen muss die Barriere für die Zulassung im generellen  
75 Verfahren vereinfacht und gemäß der Eignung der Bewerber\*innen ausgestaltet  
76 werden. Dafür sollen die Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Hochschulen über  
77 ein Innovationsbudget ein Anreiz zur Umstellung auf Zulassungsverfahren mit  
78 Eignungstest geboten werden. Ab der Rahmenvereinbarung VI sollen die Eignungstest  
79 als fester Teil des Leistungsbudgets werden. Zudem unterstützt die  
80 Landesregierung die Hochschulen dabei, die Umstellung rechtssicherer  
81 Eignungstest zu gestalten.

82 Gute Rahmenbedingungen des Studierens:

83 Viele Studierende arbeiten parallel zum Studium, haben Kinder oder andere  
84 familiäre Verpflichtungen. Für sie wollen wir die Bewältigung des Studienalltags  
85 erleichtern, zum Beispiel durch Vorrang bei der Einschreibung in  
86 Lehrveranstaltungen. Teilzeitstudien und berufsbegleitende Studiengänge sollen  
87 stärker gefördert werden. Die finanzielle Absicherung ist für viele Studierende  
88 ein großes Problem. Bildung darf nicht am Geld scheitern. Wir setzen uns deshalb  
89 im Bund dafür ein, dass mehr Studierende, zum Beispiel auch in  
90 Teilzeitstudiengängen, Bafög erhalten und davon auch leben können. Wir bestehen  
91 darauf, dass es weiterhin keine Studiengebühren gibt und dass auch die  
92 Langzeitstudiengebühren abgeschafft werden. Entfallende Mittel sollen den

93 Hochschulen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden. Studieren insgesamt,  
94 aber auch studienbezogene Auslandsaufenthalte oder Praktika dürfen nicht vom  
95 Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb fordern wir eine Unterstützung  
96 studienbezogene Auslandsaufenthalte finanziell schwächerer Studierender durch  
97 Landesmittel. Steigende Mieten belasten Studierende zusätzlich. Wir werden die  
98 Schaffung von weiterem Wohnraum fördern, sowie die Sanierung des Bestandes  
99 vorantreiben. Dabei gilt, das Studierendenwerk als staatliche Einrichtung soll  
100 ein Vorbildfunktion einnehmen und strikt nach Kriterien des ökologischen Bauen  
101 agieren. Zudem ist es Aufgabe des Studierendenwerks Wohnprojekte und Konzepte,  
102 wie "Wohnen für Hilfe", zu unterstützen. Das Studierendenwerk werden wir weiter  
103 angemessen finanziell ausstatten und wollen insbesondere die Förderung sozialer  
104 Angebote, zum Beispiel Kinderbetreuung oder psychosoziale Beratung, ausbauen.  
105 Zur Stärkung studentischer Hilfe und Selbsthilfe wollen wir den Anteil der  
106 Studierenden im Verwaltungsrat erweitern. Das Studierendenwerk hat in den  
107 letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin zu regionalen, fair gehandelten  
108 Bio-Produkten eingeschlagen, den wir unterstützen werden. Gleichzeitig soll das  
109 tägliche ein veganes Angebot in den Mensen aller Hochschulen vom  
110 Studierendenwerk erweitert werden.

111 Eine Verlässliche Finanzierung der Hochschulen für eine innovative und  
112 zukunftssichernde Forschung:

113 Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche  
114 Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Mit der  
115 Verbesserung der Grundfinanzierung sind wir einen ersten Schritt gegangen. Der  
116 Verstärkung des Hochschulpakts im zukunftsvertrag Studium und Lehre muss -  
117 bspw. über mehr Dauerstellen zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des  
118 Studiums führen. Wir wollen keine Fokussierung der Wissenschaft auf Elite-  
119 Forschung oder Elite-Hochschulen, deshalb treten wir dafür ein, dass die  
120 Exzellenzinitiative sowie das Deutschlandstipendium abgeschafft und diese Gelder  
121 für den Globalhaushalt der Hochschulen bereitgestellt werden. Wir werden die  
122 Grundfinanzierung und die Investitionsmöglichkeiten der Hochschulen, unter  
123 anderem in die Infrastruktur, in Instandhaltung und Renovierung, ausbauen. Die  
124 Autonomie der Universitäten und Hochschulen gerade im davor genannten Bereich  
125 muss gefördert werden. Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des  
126 Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Die  
127 Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe  
128 privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich  
129 gemacht werden. Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren müssen einem  
130 Kontrollmechanismus unterliegen, um Wissenschaftsadäquanz zu gewährleisten und  
131 wissenschaftsfeindliche Einflussnahme auf Lehr- und Forschungstätigkeit zu  
132 unterbinden. Die Hochschulen müssen sich gemeinsam mit den Fördermittelgebern  
133 auf volle Transparenz verpflichten, insbesondere im Hinblick auf Förderzwecke,  
134 Mitspracherechte der Geldgeber\*innen innerhalb der Hochschulen, Zugänglichkeit  
135 der Forschungsergebnisse, Herkunft der Gelder und möglicher NSVergangenheit. Die  
136 Landesregierung muss im Rahmen der Rechtsaufsicht Verträge mit  
137 Fördermittelgebern auf problematische Vertragsbestandteile, wie der Unterwerfung  
138 außereuropäischen Rechts, prüfen und auf öffentliche Zugänglichkeit der  
139 Forschungsergebnisse hinwirken. Wettbewerbsorientierte Finanzierungsmodelle  
140 müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Das konkurrenzorientierte Einwerben  
141 von Drittmitteln darf nicht dazu führen, dass das Schreiben von  
142 Forschungsanträgen die Forschung und Lehre selbst zeitlich erheblich

143 einschränken. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen  
144 entgegenwirken. Dazu zählen die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion  
145 des Drittmittelzwangs. Bei der Verhandlung zu Zielvereinbarungen müssen diese  
146 insbesondere die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale  
147 wie ökologische Nachhaltigkeit, anstelle von Regelstudienzeit und  
148 Erstsemesterzahlen einbeziehen.

149 Demokratische Hochschulstrukturen:

150 Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um gewagte Forschungsideen zu  
151 erproben oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garant dieser Freiheit sind  
152 Autonomie, Selbstverwaltung und demokratische Verfasstheit der Hochschulen. Sie  
153 erlauben die demokratische sowie Hierarchiearme Mitgestaltung durch alle  
154 Hochschulangehörigen und schützen die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung  
155 von außen. Zur Stärkung von Autonomie Demokratie werden wir die paritätische  
156 Mitbestimmung auf alle nach ThürHG anerkannten Statusgruppen an den Hochschulen  
157 ausweiten, sowie die Abschaffung der Hochschulräte forcieren. Dies kann  
158 beispielsweise über Studienkommissionen geschehen, in die Lehrende und Lernende  
159 paritätisch eingebunden sind. Wir wollen an den Hochschulen die Möglichkeit  
160 studentischer Vizepräsidentschaft ausbauen und ein allgemeinpolitisches Mandat  
161 für die verfassten Studierendenschaften ermöglichen. Auch für Promovierende  
162 sollen die Vertretungsmöglichkeiten und Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut  
163 und etabliert werden. An allen Thüringer Hochschulen haben politische  
164 Hochschulgruppen zulässig zu sein. Chancengleichheit und  
165 Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen und  
166 Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit gegeben  
167 sein und auch Mentoringprogramme können hierbei helfen. Wir treten für eine  
168 Steigerung des Frauen-, Inter- Nicht-binär und Transanteils in  
169 Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor\*innenstellen,  
170 insbesondere in MINT-Fächern, ein. Zudem gilt es nichtAkademiker\*innenkinder  
171 besser zu fördern, sei es bei Aufnahme des Studiums, der Reduktion der  
172 Studienabrecher\*innen oder bei der Durchlässigkeit auf dem Karriereweg in der  
173 Wissenschaft. Dazu müssen Land, Studierendenwerk und Hochschulen eng  
174 zusammenarbeiten. Über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen soll den  
175 Hochschulen hierzu ein finanzieller Anreiz geboten werden. Außerdem braucht es  
176 einen Aktionsplan des Landes zu Unterstützung der Hochschulen. Unser Ziel ist  
177 eine vielfältige, diskriminierungsfreie und couragierte Wissenschaft auf der  
178 Grundlage rechtsstaatlicher Werte und in kollegialer, respektvoller wie auch  
179 kritischer Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden.

180 In diesem Zusammenhang wollen wir das Bildungszentrum der Polizei in Meiningen  
181 eigenständig rechtfähig machen und in wesentlichen Teilen an das  
182 Wissenschaftsministerium angliedern. Wir setzen uns für verlässliche Regeln zur  
183 Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen Geflüchteter ein. Wir wollen  
184 ein Studium für Geflüchtete ermöglichen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen  
185 können (z.B. weil es im Herkunftsland eingezogen wurde), aber die nötigen  
186 Kompetenzen aufweisen. Außerdem wollen wir internationalen Austausch und  
187 internationale Kooperationen fördern. Verfolgte Wissenschaftler\*innen müssen  
188 geschützt werden und Hochschulen ein Ort der Aufklärung bleiben.

189 Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern:

190 Exzellente Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven  
191 Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es an Perspektiven für den  
192 akademischen Nachwuchs. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen und  
193 der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Angesichts von Befristungen,  
194 Kurzzeitverträgen mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halben und  
195 Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung entscheiden  
196 sich viele junge Menschen stattdessen für eine Tätigkeit in der Wirtschaft.  
197 Lösungen für dieses Problem müssen auch bei der Organisation wissenschaftlicher  
198 Arbeit gesucht werden. Deshalb unterstützen wir Hochschulen, die kollegiale  
199 Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien und gemeinsamer demokratischer  
200 Verantwortung einführen wollen, bei der Schaffung der rechtlichen  
201 Rahmenbedingungen in diesem Prozess. Unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen  
202 für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir reduzieren. Unsichtbare und  
203 selbstausbeuterische Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen  
204 muss verhindert werden. Unterhalb der Professur soll es mehr Dauerstellen geben.  
205 Die Laufzeit von Qualifikationsstellen soll sich an der angestrebten  
206 Qualifikation orientieren. Wir setzen uns in Land und Bund dafür ein,  
207 unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft zu öffnen, die Habilitation  
208 zu reformieren und die Juniorprofessur mit Tenure-Track zu stärken. Die  
209 Gehaltsstufen von Professuren sollen an das bundesweite Gehaltsniveau angepasst  
210 werden, damit Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv bleibt.  
211 Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte müssen ihren tatsächlichen  
212 Leistungen entsprechend bezahlt werden. Insgesamt setzen wir uns für verbesserte  
213 Arbeitsbedingungen von Hilfskräften – unter anderem durch längere  
214 Vertragslaufzeiten und einen höheren Stundenlohn – ein, um wissenschaftlichen  
215 Nachwuchs zu fördern und nebenberufliche Beschäftigung an Universitäten für mehr  
216 Personen attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen, dass sich Hochschulen Kodizes  
217 für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in  
218 der Wissenschaft“ – geben, die regelmäßig überprüft werden.

219 Vielfalt und Verantwortung in der Forschung und Digitalisierung:

220 Gute Rahmenbedingungen des Studierens:

221 Viele Studierende arbeiten parallel zum Studium, haben Kinder oder andere  
222 familiäre Verpflichtungen. Für sie wollen wir die Bewältigung des Studienalltags  
223 erleichtern, zum Beispiel durch Vorrang bei der Einschreibung in  
224 Lehrveranstaltungen. Teilzeitstudien und berufsbegleitende Studiengänge sollen  
225 stärker gefördert werden. Die finanzielle Absicherung ist für viele Studierende  
226 ein großes Problem. Bildung darf nicht am Geld scheitern. Wir setzen uns deshalb  
227 im Bund dafür ein, dass mehr Studierende, zum Beispiel auch in  
228 Teilzeitstudiengängen, Bafög erhalten und davon auch leben können. Wir bestehen  
229 darauf, dass es weiterhin keine Studiengebühren gibt und dass auch die  
230 Langzeitstudiengebühren abgeschafft werden. Entfallende Mittel sollen den  
231 Hochschulen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden.

232 Studieren insgesamt, aber auch studienbezogene Auslandsaufenthalte oder Praktika  
233 dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb fordern wir eine  
234 Unterstützung studienbezogene Auslandsaufenthalte finanziell schwächerer  
235 Studierender durch Landesmittel.

236 Steigende Mieten belasten Studierende zusätzlich. Wir werden die Schaffung von  
237 weiterem Wohnraum fördern, sowie die Sanierung des Bestandes vorantreiben. Dabei

238 gilt, das Studierendenwerk als staatliche Einrichtung soll ein Vorbildfunktion  
239 einnehmen und strikt nach Kriterien des ökologischen Bauen agieren. Zudem ist es  
240 Aufgabe des Studierendenwerks Wohnprojekte und Konzepte, wie "Wohnen für Hilfe",  
241 zu unterstützen.

242 Das Studierendenwerk werden wir weiter angemessen finanziell ausstatten und  
243 wollen insbesondere die Förderung sozialer Angebote, zum Beispiel  
244 Kinderbetreuung oder psychosoziale Beratung, ausbauen. Zur Stärkung  
245 studentischer Hilfe und Selbsthilfe wollen wir den Anteil der Studierenden im  
246 Verwaltungsrat erweitern.

247 Das Studierendenwerk hat in den letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin  
248 zu regionalen, fair gehandelten Bio-Produkten eingeschlagen, den wir  
249 unterstützen werden. Gleichzeitig soll das tägliche vegane Angebot in den Mensen  
250 aller Hochschulen vom Studierendenwerk erweitert werden.

251 Eine Verlässliche Finanzierung der Hochschulen für eine innovative und  
252 zukunftssichernde Forschung:

253 Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche  
254 Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Mit der  
255 Verbesserung der Grundfinanzierung sind wir einen ersten Schritt gegangen. Der  
256 Verstärkung des Hochschulpakts im zukunftsvertrag Studium und Lehre muss -  
257 bspw. über mehr Dauerstellen zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des  
258 Studiums führen. Wir wollen keine Fokussierung der Wissenschaft auf Elite-  
259 Forschung oder Elite-Hochschulen, deshalb treten wir dafür ein, dass die  
260 Exzellenzinitiative sowie das Deutschlandstipendium abgeschafft und diese Gelder  
261 für den Globalhaushalt der Hochschulen bereitgestellt werden. Wir werden die  
262 Grundfinanzierung und die Investitionsmöglichkeiten der Hochschulen, unter  
263 anderem in die Infrastruktur, in Instandhaltung und Renovierung, ausbauen. Die  
264 Autonomie der Universitäten und Hochschulen gerade im davor genannten Bereich  
265 muss gefördert werden. Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des  
266 Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Die  
267 Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe  
268 privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich  
269 gemacht werden. Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren müssen einem  
270 Kontrollmechanismus unterliegen, um Wissenschaftsadäquanz zu gewährleisten und  
271 wissenschaftsfeindliche Einflussnahme auf Lehr- und Forschungstätigkeit zu  
272 unterbinden. Die Hochschulen müssen sich gemeinsam mit den Fördermittelgebern  
273 auf volle Transparenz verpflichten, insbesondere im Hinblick auf Förderzwecke,  
274 Mitspracherechte der Geldgeber\*innen innerhalb der Hochschulen, Zugänglichkeit  
275 der Forschungsergebnisse, Herkunft der Gelder und möglicher NS-Vergangenheit.  
276 Die Landesregierung muss im Rahmen der Rechtsaufsicht Verträge mit  
277 Fördermittelgebern auf problematische Vertragsbestandteile, wie der Unterwerfung  
278 außereuropäischen Rechts, prüfen und auf öffentliche Zugänglichkeit der  
279 Forschungsergebnisse hinwirken.

280 Wettbewerbsorientierte Finanzierungsmodelle müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft  
281 werden. Das konkurrenzorientierte Einwerben von Drittmitteln darf nicht dazu  
282 führen, dass das Schreiben von Forschungsanträgen die Forschung und Lehre selbst  
283 zeitlich erheblich einschränken.

284 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen entgegenwirken.  
285 Dazu zählen die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion des

286 Drittmittelzwangs. Bei der Verhandlung zu Zielvereinbarungen müssen diese  
287 insbesondere die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale  
288 wie ökologische Nachhaltigkeit, anstelle von Regelstudienzeit und  
289 Erstsemesterzahlen einbeziehen.

290 Demokratische Hochschulstrukturen und Diversität:

291 Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um Forschungsideen zu erproben  
292 oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garant dieser Freiheit sind Autonomie,  
293 Selbstverwaltung und demokratische sowie hierarchiearme Verfasstheit der  
294 Hochschulen. Sie erlauben die

295 demokratische Mitgestaltung durch alle Hochschulangehörigen und schützen die  
296 Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen. Zur Stärkung von Autonomie  
297 und Demokratie werden wir die paritätische Mitbestimmung auf alle nach ThürHG  
298 anerkannten Statusgruppen an den Hochschulen ausweiten, sowie die Abschaffung  
299 der Hochschulräte forcieren. Dies kann beispielsweise über Studienkommissionen  
300 geschehen, in die Lehrende und Lernende paritätisch eingebunden sind. Wir wollen  
301 an den Hochschulen die Möglichkeit studentischer Vizepräsidentenschaft ausbauen  
302 und ein allgemeinpoltisches Mandat für die verfassten Studierendenschaften  
303 ermöglichen. Auch für Promovierende sollen die Vertretungsmöglichkeiten und  
304 Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut und etabliert werden. An allen Thüringer  
305 Hochschulen haben politische Hochschulgruppen zulässig zu sein.

306 Chancengleichheit und Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen  
307 und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit  
308 gegeben sein und auch Mentoringprogramme können hierbei helfen. Wir treten für  
309 eine Steigerung des Frauen-, Inter- Nicht-binär und Transanteils in  
310 Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor\*innenstellen,  
311 insbesondere in MINT-Fächern, ein. Zudem gilt es nicht-Akademiker\*innenkinder  
312 besser zu fördern, sei es bei Aufnahme des Studiums, der Reduktion der  
313 Studienabrecher\*innen oder bei der Durchlässigkeit auf dem Karriereweg in der  
314 Wissenschaft. Dazu müssen Land, Studierendenwerk und Hochschulen eng  
315 zusammenarbeiten. Über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen soll den  
316 Hochschulen hierzu ein finanzieller Anreiz geboten werden.

317 Außerdem braucht es einen Aktionsplan des Landes zu Unterstützung der  
318 Hochschulen. Unser Ziel ist eine vielfältige, diskriminierungsfreie und  
319 couragierte Wissenschaft in kollegialer, respektvoller wie auch kritischer  
320 Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden. In diesem Zusammenhang  
321 wollen wir das Bildungszentrum der Polizei in Meiningen eigenständig rechtsfähig  
322 machen und in wesentlichen Teilen an das Wissenschaftsministerium angliedern.

323 Wir setzen uns für verlässliche Regeln zur Anerkennung von Studienleistungen und  
324 Abschlüssen Geflüchteter ein. Wir wollen ein Studium für Geflüchtete  
325 ermöglichen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen können (z.B. weil es im  
326 Herkunftsland eingezogen wurde), aber die nötigen Kompetenzen aufweisen.  
327 Außerdem wollen wir internationalen Austausch und internationale Kooperationen  
328 fördern. Verfolgte Wissenschaftler\*innen müssen geschützt werden und Hochschulen  
329 ein Ort der Aufklärung bleiben.

330 Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern:

331 Exzellente Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven  
332 Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es an Perspektiven für den

333 akademischen Nachwuchts. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen und  
334 der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Angesichts von Befristungen,  
335 Kurzzeitverträgen mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halben und  
336 Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung entscheiden  
337 sich viele junge Menschen stattdessen für eine Tätigkeit in der Wirtschaft.

338 Lösungen für dieses Problem müssen auch bei der Organisation wissenschaftlicher  
339 Arbeit gesucht werden. Deshalb unterstützen wir Hochschulen, die kollegiale  
340 Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien und gemeinsamer demokratischer  
341 Verantwortung einführen wollen, bei der Schaffung der rechtlichen  
342 Rahmenbedingungen in diesem Prozess. Unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen  
343 für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir reduzieren. Unsichtbare und  
344 selbstausbeuterische Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen  
345 muss verhindert werden. Unterhalb der Professur soll es mehr Dauerstellen geben.  
346 Die Laufzeit von Qualifikationsstellen soll sich an der angestrebten  
347 Qualifikation orientieren. Wir setzen uns in Land und Bund dafür ein,  
348 unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft zu öffnen, die Habilitation  
349 zu reformieren und die

350 Juniorprofessur mit Tenure-Track zu stärken. Die Gehaltsstufen von Professuren  
351 sollen an das bundesweite Gehaltsniveau angepasst werden, damit Thüringen im  
352 Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv bleibt.

353 Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte müssen ihren tatsächlichen  
354 Leistungen entsprechend bezahlt werden. Insgesamt setzen wir uns für verbesserte  
355 Arbeitsbedingungen von Hilfskräften – unter anderem durch längere  
356 Vertragslaufzeiten und einen höheren Stundenlohn – ein, um wissenschaftlichen  
357 Nachwuchs zu fördern und nebenberufliche Beschäftigung an Universitäten für mehr  
358 Personen attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen, dass sich Hochschulen Kodizes  
359 für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in  
360 der Wissenschaft“ – geben, die regelmäßig überprüft werden.

361 Vielfalt und Verantwortung in der Forschung und Digitalisierung:

362 Forschung dient allen Menschen, der Gesellschaft als Gesamtheit. Wir wollen die  
363 Diversität der Forschung stärken und auch die Forschung in sogenannten  
364 Orchideenfächern sicherstellen. Zudem müssen mehr ergebnisoffene  
365 Forschungsvorhaben möglich sein. Die Erforschung zentraler Zukunftsfragen der  
366 Menschheit, zum Beispiel Klimaschutz oder die Bewahrung von Biodiversität,  
367 wollen wir besonders fördern. Tierversuche sollen nach dem 3R-Prinzip (Replace =  
368 Ersetzen, Reduce = Verringern, Refine = Verbessern) reduziert, ersetzt und  
369 langfristig abgeschafft werden. Wir setzen uns für die konsequente Offenlegung  
370 aller Ergebnisse aus erfolgreichen und gescheiterten Tierversuchen und -  
371 experimenten ein. Die mögliche militärische Nutzung von Forschungsergebnissen  
372 wird in der Wissenschaft breit diskutiert. Wir setzen uns für die Verankerung  
373 einer Zivilklausel in der Landesverfassung ein. Es darf keinerlei Zusammenarbeit  
374 der Hochschulen mit Rüstungsproduzent\*innen und dem militärischen Komplex geben  
375 in der Landesverfassung ein. Es darf keinerlei Zusammenarbeit der Hochschulen  
376 mit Rüstungsproduzent\*innen und dem militärischen Komplex geben. Wir wollen  
377 Anreize dafür schaffen, dass sich Forschung mit innovativen und  
378 gesellschaftlichen Kernfragen, wie der ökologischen Krise oder einer  
379 zukunftsfähigen Postwachstumsgesellschaft, auseinandersetzt. Um ihrer  
380 gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssen Forschungsergebnisse  
381 genauso wie die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln veröffentlicht werden.

382 Wir dringen auf ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht in Form  
383 von open-access-Publikationen und Citizen- Science, das Lehrenden, Lernenden,  
384 Forschenden und der Zivilgesellschaft den Zugang zu Forschung und Wissen  
385 erleichtert. Die Investitionen in die Infrastruktur für bspw. Drahtlosnetzwerke,  
386 Cloud-Speicher oder Hochleistungsrechner müssen sichergestellt werden können.  
387 Digitalisierung erleichtert die Verfügbarkeit sowie die Sichtbarkeit von Wissen  
388 und den Wissenstransfer in der Lehre, Forschung und mit der interessierten  
389 Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass hier  
390 weiter Ausbaubedarf besteht. Des Weiteren wollen wir die Regelstudienzeit  
391 pandemiebedingt um mindestens zwei Semester verlängern.

392 Standortentwicklung - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen:

393 Attraktive Hochschulstandorte ziehen Studierende an und halten diese in  
394 Thüringen, wenn sie unter anderem ein notwendiges Umfeld für Ausgründung und der  
395 Integration von Absolvent\*innen in den Thüringer Arbeitsmarkt schaffen. Dabei  
396 leisten die Kommunen mit Hochschulen eine Vorsorgeleistung für das Flächenland  
397 und sollten entsprechende Unterstützung erhalten, um diese freiwillige Leistung zu  
398 erfüllen. Herausforderungen, wie Akademisierung, Internationalisierung und  
399 Digitalisierung erfordern es in die Standorte zu investieren, um im  
400 bundesweiten Wettbewerb, um Studierende, mitzuhalten. Wir setzen uns dafür ein,  
401 dass die kommunalen Standortentwicklungsstrategien evaluiert werden und als  
402 Hochschulstandortentwicklungsprogramm festgeschrieben werden. Dabei sollen  
403 geeignete Maßnahmen, gemäß der Strukturentwicklungsplanung der Hochschulen, mit  
404 den Kommunen entwickelt und von diesen umgesetzt werden. Die Investitionen in  
405 die Infrastruktur für bspw. Drahtlosnetzwerke, Cloud-Speicher oder  
406 Hochleistungsrechner müssen sichergestellt werden können. Digitalisierung  
407 erleichtert die Verfügbarkeit sowie die Sichtbarkeit von Wissen und den  
408 Wissenstransfer in der Lehre, Forschung und mit der interessierten  
409 Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass hier  
410 weiter Ausbaubedarf besteht. Des Weiteren wollen wir die Regelstudienzeit  
411 pandemiebedingt um mindestens zwei Semester verlängern.

412 Standortentwicklung - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen:

413 Attraktive Hochschulstandorte ziehen Studierende an, und halten diese in  
414 Thüringen, wenn sie unter anderem ein notwendiges Umfeld für Ausgründung und der  
415 Integration von Absolvent\*innen in den Thüringer Arbeitsmarkt schaffen. Dabei  
416 leisten die Kommunen mit Hochschulen eine Vorsorgeleistung für das Flächenland  
417 und sollten entsprechende Unterstützung erhalten, um diese freiwillige Leistung zu  
418 erfüllen. Herausforderungen, wie Akademisierung, Internationalisierung und  
419 Digitalisierung erfordern es in die Standorte zu investieren, um im  
420 bundesweiten Wettbewerb, um Studierende, mitzuhalten. Wir setzen uns dafür ein,  
421 dass die kommunalen Standortentwicklungsstrategien evaluiert werden und als  
422 Hochschulstandortentwicklungsprogramm festgeschrieben werden. Dabei sollen  
423 geeignete

424 Maßnahmen, gemäß der Strukturentwicklungsplanung der Hochschulen, mit den  
425 Kommunen entwickelt und von diesen umgesetzt werden.

## A14 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gut bezahlt und gut vereinbar: Arbeit)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Erwerbsarbeit begleitet uns die meiste Zeit unseres Lebens, ist manchmal  
2 Berufung oder einfach Beruf. Sie weckt unsere Kreativität, gibt uns Freude und  
3 Anerkennung. Aber klar ist: In Thüringen bedeutet sie für viele Menschen auch  
4 Stress, Unsicherheit und Leistungsdruck. Wir wünschen uns eine gute Arbeit, die  
5 finanziell absichert, Freude bereitet und uns erfüllt. Thüringen hat hier  
6 einiges an Verbesserungen erreicht. Sehr viele Menschen arbeiten, die  
7 Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Das Land hat erfolgreiche Unternehmen und  
8 den vierthöchsten Anteil aller Bundesländer an Beschäftigten in der  
9 produzierenden Industrie in der gesamten Bundesrepublik. Die Beschäftigungsquote  
10 von Frauen und Männern ist hoch, genauso wie die von Menschen über 55 Jahren.  
11 Das ist gut, doch nicht gut genug! Viele dieser Jobs sind geringfügig bezahlt,  
12 befristet, Teilzeit- oder Minijobs. Nach wie vor sind die Löhne im Osten,  
13 Thüringen eingeschlossen, niedriger als im Westen und nach wie vor werden Frauen  
14 in einigen Branchen geringer bezahlt als Männer. Gerade in den Branchen, wo  
15 Menschen für andere Menschen sorgen – besonders in den sozialen Berufen, in der  
16 Kranken- und Altenpflege – aber auch im Gebäudereinigungssektor, Fabrikarbeit,  
17 im Logistik- und im Sicherheitsgewerbe – sind die Löhne niedrig und die  
18 Arbeitsbedingungen schwierig. Häufig sind es Frauen, die diese Berufe ausüben.  
19 Zugleich gehören Überlastung und Stress zum Alltag. Oft ist es schwierig,  
20 Familie und Beruf miteinander zu vereinen. Um für alle Bevölkerungsgruppen eine  
21 faire Bezahlung zu gewährleisten, setzen wir uns ebenfalls dafür ein, Praktika  
22 in öffentlichen Stellen generell ab einer Mindestdauer von drei Wochen zu  
23 bezahlen und Unternehmen dazu anzuregen, es gleichzutun. Zugleich steigt das  
24 Durchschnittsalter der Erwerbstätigen, viele werden in den nächsten Jahren in  
25 den Ruhestand gehen. Der Fachkräftebedarf steigt rasant, große Engpässe zeigen  
26 sich zum Beispiel in der Metallindustrie, im Handwerk oder in den Sozial-,  
27 Gesundheits- und Pflegeberufen. Die Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften ist  
28 also eine Zukunftsaufgabe. Wir wollen diese Veränderungen mitgestalten. Gute  
29 Arbeit für alle ist unser Ziel. Das bedeutet entschlossene Bekämpfung von  
30 Leiharbeit, Werkverträgen, sachgrundloser Befristung und anderer prekärer  
31 Beschäftigung, das bedeutet auch den Ausbau und die Stärkung der betrieblichen  
32 und Unternehmensmitbestimmung sowie die Ausübung öffentlichen und politischen  
33 Drucks auf alle Verantwortlichen in den Chef\*innenetagen, welche die Gründung  
34 und die Arbeit von Betriebsräten behindern, sich Tarifverhandlungen verweigern  
35 oder die grundgesetzlich garantierte gewerkschaftliche Betätigung zu unterbinden  
36 versuchen.

#### 37 Fachkräftesicherung und Attraktivität von Arbeit

38 Fachkräftesicherung erfordert die Zusammenarbeit aller Akteure – in Politik,  
39 Wirtschaft und Handwerk, in Sozialverbänden und Gewerkschaften, in der  
40 Arbeitsagentur und den Industrie- und Handelskammern. Die Arbeit der von der  
41 rot-rot-grünen Landesregierung ins Leben gerufenen Thüringer Allianz für  
42 Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung werden wir deshalb weiter unterstützen.  
43 Für uns BÜNDNISGRÜNE beginnt Fachkräftesicherung bereits in der Schule. Deshalb  
44 schlagen wir ein Wahlfach zur beruflichen Orientierung in allen Schulformen vor.  
45 In diesem Praxisorientierten Wahlfach können sich die Schüler\*innen

46 beispielsweise zwischen den Bereichen Gesundheit/Soziales,  
47 Handwerk/Landwirtschaft oder Handel/Tourismus wählen. Am Beispiel des Handwerkes  
48 können so handwerkliche Fertigkeiten und Grundkenntnisse bereits viel früher  
49 vermittelt werden. Den Schüler\*innen vermittelt das schon frühzeitig  
50 Perspektiven. Zur Abdeckung der Unterrichtseinheiten können Experten der  
51 Handwerkskammern bzw. wechselnde regionale Handwerksbetriebe eingesetzt werden.  
52 Die bauliche Erweiterung der Schulgebäude durch entsprechende Räumlichkeiten und  
53 Werkstätten soll durch den Freistaat gefördert werden. Die angemessene Förderung  
54 von Ausbildungsberufen ist auch eine Chance für ländliche Räume, junge Menschen  
55 auch in Regionen ohne Hochschule binden zu können. Das duale Ausbildungssystem  
56 muss gegenüber der akademischen Laufbahn attraktiver gemacht werden. Wir wollen,  
57 dass Meisteranwärter genau wie Studierende die Möglichkeit einer kostenfreien  
58 Weiterausbildung haben.

59 Handlungsbedarf besteht ebenfalls in den Bereichen gute tarifgerechte Bezahlung  
60 und Aufwertung der Fürsorgeberufe, gute Bedingungen in der Aus- und  
61 Weiterbildung, attraktive Arbeitsbedingungen und bessere Vereinbarkeit von  
62 Familie und Beruf. Das Lohngefälle zu den alten Bundesländern muss beseitigt  
63 werden. Hier muss der Freistaat als betroffenes Bundesland mit niedrigerem  
64 Lohnniveau stärker einwirken. Gerade in den Sorgeberufen, in denen sich Menschen  
65 um andere Menschen kümmern, wird großartige Arbeit nur unzureichend vergütet.  
66 Die Aufwertung der Fürsorgeberufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, ist uns  
67 ein großes Anliegen. Nicht nur hier gilt: Arbeitgeber mit Tarifbindung bieten die  
68 attraktiveren Jobs. Aber nur etwa jeder fünfte Betrieb in Thüringen hat sich an  
69 einen Tarifvertrag gebunden. Deshalb werden wir die Tarifpartner dabei  
70 unterstützen und fordern vor allem von den Unternehmen, die Tarifbindung  
71 auszuweiten. Das geht nur mit starken Sozialpartnern und Gewerkschaften. Deren  
72 Engagement wollen wir fördern. Die öffentliche Hand muss in diesen Fragen als  
73 Vorbild agieren. Deshalb haben wir bei der Vergabe öffentlicher Aufträge  
74 Verbesserungen beim Mindestlohn und bei sozialen und ökologischen Kriterien  
75 angeregt. Unternehmen dürfen künftig nur dann öffentliche Aufträge erhalten,  
76 wenn sie mindestens an branchenüblichen Tarifverträgen orientierte Vergütungen  
77 zahlen, die Nachunternehmerhaftung bejahen, sich in der Berufsausbildung  
78 engagieren und ein den Prinzipien der Nachhaltigkeit gerecht werdendes  
79 unternehmerisches Konzept belegbar darzulegen bereit und in der Lage sind. Wir  
80 wollen diese Veränderungen zeitnah auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und –  
81 wenn notwendig – weiter voranbringen. Bei der Anerkennung und  
82 Kompetenzfeststellung von ausländischen Fachkräften brauchen wir ein  
83 transparentes und zügiges Verfahren. Um ausländische Fachkräfte und die  
84 Unternehmen zu unterstützen, messen wir arbeits- und sozialrechtlichen Standards  
85 einen hohen Wert zu. Um diesen eine langfristige Perspektive und Erfolgchancen  
86 zu geben, sind Zugänge zu Integrationsangeboten, Sprache und Qualifizierung und  
87 die interkulturelle Öffnung unserer Thüringer Gesellschaft unerlässlich.

88 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

89 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt viele Familien vor große  
90 Herausforderungen. Mal stimmen die Öffnungszeiten des Kindergartens nicht oder  
91 Eltern brauchen Unterstützung, um die Kinder zur Musikschule oder zum Sport zu  
92 bringen. Manchmal braucht es eine zusätzliche Hilfe bei den Hausaufgaben. All  
93 das will organisiert werden, neben der Arbeit, vielleicht sogar im  
94 Schichtdienst. Die Betreuung von Kindern und deren Freizeitgestaltung oder die  
95 Pflege von Angehörigen mit dem eigenen Beruf zu vereinbaren, geht oft einher mit

96 Zeitkonflikten und Schwierigkeiten mit dem Anspruch, den Bedürfnissen aller  
97 Familienmitglieder gerecht zu werden.

98 Familien leisten viel. füreinander und für die Gesellschaft. Wir wollen, dass  
99 ihnen dabei nicht die Puste ausgeht. Viele Unternehmen reagieren bereits mit  
100 flexiblen Arbeitszeitangeboten oder mit besseren Möglichkeiten für Homeoffice  
101 und Telearbeit. Es ist Aufgabe der Politik, dafür geeignete Rahmenbedingungen zu  
102 setzen, welche auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz beinhalten sowie dem  
103 Risiko der Selbstausbeutung der betreffenden Beschäftigten entgegenwirken.  
104 Hierzu sind die entsprechend beratenden und kontrollierenden Behörden und  
105 Institutionen personell und technisch anforderungsgemäß auszustatten.

106 Für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie kann die Corona-Pandemie als  
107 Augenöffner dienen. Menschen auf dem Land werden Home-Office Arbeitsplätze  
108 stärker nutzen. Die notwendigen Rahmenbedingungen wollen wir schaffen. Thüringen  
109 kann hier ein attraktiver Wohnort für junge Familien sein, wo KiTa-Plätze  
110 verfügbar sind, Wohnraum günstig ist dazu gehört besonders die leistungsfähige  
111 digitale Infrastruktur.

112 Frauen leisten im Durchschnitt immer noch fast doppelt so viel häusliche Arbeit  
113 wie Männer. Phasenweise reduzieren sie für die Familie die Arbeitszeit und  
114 arbeiten Teilzeit. Sie haben dadurch weniger Möglichkeiten, Rücklagen  
115 aufzubauen, und häufig geringere Rentenansprüche. Frauen sind daher besonders  
116 durch Altersarmut gefährdet. Dabei wollen viele später wieder länger arbeiten.  
117 Für die Fachkräftesicherung ruht hier ein großes Potenzial. Wir wollen mit allen  
118 Partner\*innen dazu beitragen, die Vollzeitquote von Frauen in den kommenden  
119 Jahren zu erhöhen und die dafür notwendigen Bedingungen in Thüringen zu  
120 schaffen. Außerdem müssen wir als Gesellschaft diskutieren, welche Arbeit uns  
121 wie viel wert ist. Die feministische Ökonomik birgt interessante Ansätze zur  
122 Anerkennung und Vergütung von Reproduktionsarbeit, Ehrenamt und Hausarbeit. Wir  
123 wollen diese Ansätze in BÜNDNISGRÜNE Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik mit  
124 einfließen lassen.

125 Teilhabe und betrieblicher Gesundheitsschutz

126 Wir haben schon viel erreicht: Das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ (LAT)  
127 und die „Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit“  
128 (ÖGB) ermöglicht inzwischen vielen Thüringer\*innen die Chance einer Teilhabe am  
129 Erwerbsleben. Aber noch immer sind viele Menschen in Thüringen zu lange  
130 arbeitsuchend. Angepasste Programme, zum Beispiel für junge Mütter, für ältere  
131 Menschen, für Jobwechsler – gemeinsam mit Wirtschaft und Arbeitsagentur  
132 entwickelt – sollen beim schnelleren (Wieder-)Einstieg helfen. Dies wollen wir  
133 weiterentwickeln und fördern. Die regionale Vermittlung steht dabei im  
134 Vordergrund. Für Langzeitarbeitslose und Arbeitsuchende mit multiplen Hemmnissen  
135 werden wir Coachingprogramme ausbauen und zugleich die Angebote und Initiativen  
136 des Bundes für Thüringen nutzen. Zusätzlich muss das Land bedarfsgerecht nach  
137 aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen mit Umschulungsmaßnahmen unterstützen.  
138 Aktuell entfallen in Zulieferbetrieben der Automobilindustrie Arbeitsplätze.  
139 Hier werden Potentiale frei, die in Mangelberufen wie der Pflege oder dem  
140 Handwerk eingesetzt werden können. Die Diskussion über Modelle zum  
141 Grundeinkommen werden wir konstruktiv und aufgeschlossen aktiv vorantreiben.

142 Arbeit darf nicht krank machen. Die Arbeitskraft der Menschen lange zu erhalten,  
143 ist nicht nur für die Arbeitnehmer\*innen wichtig, sondern liegt auch im

144 Interesse der Arbeitgeber\*innen. Maßnahmen zum betrieblichen Gesundheitsschutz  
145 und zur Gesundheitsförderung, gerade für ältere Arbeitnehmer\*innen, verdienen  
146 bessere Förderung. Dazu rufen wir ein Unterstützungsprogramm für die  
147 betriebliche Gesundheitsvorsorge ins Leben und schlagen die Gründung einer  
148 Beratungsagentur für betriebliches Gesundheitsmanagement vor. Wesentlicher  
149 Bestandteil des Gesundheitsschutzes ist der Schutz vor psychischer Belastung und  
150 Erkrankung. Präventionsmaßnahmen stehen an erster Stelle. Dazu gehört auch eine  
151 diskriminierungsfreie Arbeits- und Ausbildungswelt. Wir werden Fort- und  
152 Weiterbildungen von Gleichstellungsbeauftragten fördern und bei der  
153 Gleichstellungsbeauftragten des Landes eine unabhängige Stelle zur Vermeidung  
154 sexueller Belästigung am Arbeitsplatz einrichten. Da sich das Allgemeine  
155 Gleichbehandlungsgesetz nur auf die Erwerbstätigkeit und das Privatrecht  
156 beschränkt, wollen wir die Lücken im Bereich des öffentlichen Handelns, wie  
157 bspw. im staatlichen Bildungswesen oder bei den Sicherheitsbehörden durch die  
158 Schaffung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes schließen. So wollen wir den  
159 Schutz vor Diskriminierungen jeglicher Erscheinungsform, egal ob aufgrund  
160 rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der  
161 Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung,  
162 des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität oder  
163 des sozialen Status, verbessern und Chancengleichheit herstellen.

## A15 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Denken wir an unsere Zukunft, wünschen wir uns vor allem Gesundheit und  
2 Sicherheit. Gesund zu bleiben, selbstbestimmt, aktiv bis ins hohe Alter, einen  
3 Platz zu haben, nützlich zu sein. Nicht immer gehen diese Wünsche in Erfüllung.  
4 Dann ist es wichtig, zu wissen, dass wir nicht allein sind. Dass sich jemand  
5 kümmert und für uns gesorgt ist. Das ist der Zusammenhalt, aus dem unser  
6 soziales Netz gewebt ist. Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel. Wir  
7 wollen, dass sich alle Menschen auf diese Sicherheit verlassen können, heute und  
8 in Zukunft. Diese Sicherungssysteme müssen aber in den nächsten Jahren auch ein  
9 paar Herausforderungen bewältigen. Die Thüringer\*innen werden erfreulicherweise  
10 älter, damit steigt aber auch der Bedarf an Fürsorge und sozialer Sicherung. Und  
11 Thüringen verändert sich. Einige Städte wachsen, während andere Regionen  
12 Einwohner\*innen verlieren. Egal ob Erfurt oder Wiehe, ob Bad Salzungen oder  
13 Altenburg, Menschen sollen die erforderlichen Hilfen dort erhalten, wo sie  
14 leben. Sozialpolitik ist für uns BÜNDNISGRÜNE mehr als die Absicherung für den  
15 Notfall. Sie ist das Versprechen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten und  
16 dafür zu sorgen, dass es dabei gerecht zugeht. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

17 Sozialpolitik ist für uns ein Querschnittsthema, bei dem alle Lebensphasen der  
18 Menschen in den Blick genommen werden. Gute Sozialpolitik unterbreitet im Sinne  
19 der Sozialplanung für diese Lebensphasen vorausschauend Angebote, entwickelt  
20 gemeinsam mit den Bürger\*innen, mit den Kommunen und mit den Trägern  
21 gesellschaftlichen Lebens, den Sozialverbänden, Vereinen, Interessensgruppen und  
22 der Wirtschaft. Angebote zur Hilfe und Unterstützung müssen aus der  
23 Zivilgesellschaft heraus wachsen. Der Staat soll die Verantwortung für soziale  
24 Leistungen tragen aber nicht Träger der Aufgaben sein. Hier folgen wir ganz klar  
25 dem bereits im SGB VIII verankerten Subsidiaritätsprinzip, dass den Vorrang des  
26 „kleinen Systems“ vor das „größere System“ stellt. Damit wird Pluralität in der  
27 Aufgabenwahrnehmung überhaupt erst möglich und Demokratie erlebbar. Menschen  
28 werden angeregt, ihre Geschicke vor Ort selbst in die Hand zu nehmen. Dazu passt  
29 auch unser Verständnis von sozialraumorientierter Politik. Umso wichtiger ist es  
30 für uns, dass Sozialpolitik endlich sozialraumorientiert wird. Die Menschen vor  
31 Ort in den Quartieren wissen meist am besten, wie und wo zu helfen ist. Soziale  
32 Sicherungssysteme greifen meist erst, wenn ein Mensch am Boden liegt. Wir wollen  
33 den Menschen die Hand geben, damit sie gar nicht erst fallen. Aufsuchende Hilfen  
34 mit Fachkompetenz aus dem Quartier kann Menschen bei kleinen Problemen helfen,  
35 bevor diese zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Wenn die Oma von nebenan dem  
36 Sohn bei den Hausaufgaben hilft, anstatt allein vor dem Fernseher zu sitzen,  
37 steigen seine Bildungschancen und ihre Lebensqualität. Sozialraumorientierte  
38 Politik hilft den Menschen, wieder näher zusammenzurücken und gleichzeitig  
39 andere Hilfesysteme zu entlasten. Zur Unterstützung wollen wir einen  
40 Landessozialbericht als Planungsinstrument erstellen. Projekte zur Verbesserung  
41 der sozialen Sicherheit, die sich bewährt haben, sollen eine sichere finanzielle  
42 Basis und damit Planungssicherheit erhalten. Die Beschäftigten in diesen  
43 sozialen Bereichen wollen wir angemessen entlohnen und Supervision für sie zum  
44 Standard erheben.

45 Sozialer Zusammenhalt

46 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mit unserer Politik das soziale Zusammenleben stärken,  
47 indem wir Orte der Begegnung und des Austauschs, zum Beispiel Begegnungsstätten,  
48 Stadtteilbüros und Bürger\*innenzentren, fördern. Die Kommunen wissen am besten,  
49 was vor Ort gebraucht wird. Die kommunalen Projekte zur Gemeinwesenarbeit werden  
50 wir unterstützen. Gerade in den ländlichen Räumen bieten diese Anker für  
51 soziales und gemeinschaftliches Engagement sowie für das Miteinander von Jung  
52 und Alt. Sie sind Ausgangspunkte verschiedenster sozialer Angebote. Viele dieser  
53 Projekte und Angebote gedeihen durch ehrenamtliches Engagement und sind ohne die  
54 vielen Freiwilligen undenkbar. Das Ehrenamt werden wir weiter stärken. Dazu  
55 werden wir Unterstützungsprogramme schaffen und die behördlichen Strukturen des  
56 ehrenamtlichen Engagements vereinfachen. Beispielsweise könnten Menschen mit  
57 geringem Einkommen mit Fahrtkostenzuschüssen oder Aufwandsentschädigungen besser  
58 entlastet werden.

59 Gesundheitspolitik

60 Gesundheit ist ein hohes Gut, bei dem die Bedürfnisse der Menschen im  
61 Mittelpunkt stehen. Alle sollen sich darauf verlassen können, dass es im Notfall  
62 egal ist, ob sie auf dem Dorf oder in der Stadt leben, ob sie gesetzlich oder  
63 privat versichert sind, ob sie jung oder alt sind. Mit Fürsorge und Vorsorge  
64 Krankheiten zu vermeiden ist besser, als sie zu behandeln. Die rot-rot-grüne  
65 Landesregierung hatte es sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Strukturen für eine  
66 stabile und qualitativ hochwertige Versorgung in Thüringen zu stärken. Die  
67 Krankenhausförderung wurde entsprechend des Krankenhausplans fortgeführt und  
68 angepasst. Wir haben eine Facharztquote in Krankenhäusern eingeführt und sind  
69 erste Schritte hin zu einer sektorenübergreifenden Versorgung, also einer  
70 stärkeren Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung, gegangen. Wir  
71 brauchen in Thüringen auch aufgrund des demografischen Wandels einen  
72 Strukturwandel in der Krankenhausförderung. Diese muss unter Beachtung der  
73 flächendeckenden Krankenhausversorgung, der Regionalstruktur, des  
74 Versorgungsauftrags eine bedarfsgerechte Finanzierung der Thüringer  
75 Krankenhäuser gewährleisten. Um auch die Strukturen für eine gute Pflege für die  
76 Zukunft zu sichern, haben wir begonnen, den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren  
77 und fortzuschreiben. Diese eingeschlagenen Wege werden wir weitergehen.

78 Patient\*innen wollen im Notfall vor allem sicher sein, dass sie die bestmögliche  
79 Behandlung erhalten – und nicht erst die Frage klären müssen, ob sie mit ihrem  
80 Problem zum ambulanten Arzt oder besser ins Krankenhaus müssen. Wir wollen zudem  
81 diese harten Grenzen zwischen den Strukturen weiter auflösen, die für die  
82 Patient\*innen ohnehin nur schwer zu durchschauen sind. Deshalb wollen wir die  
83 neu eingeführten Portalpraxen weiterentwickeln und ausbauen. Ambulante und  
84 stationäre Versorgung müssen flächendeckend gesichert sein. Dafür werden wir den  
85 Auf- und Ausbau moderner Gesundheitsversorgungszentren, also vieler  
86 verschiedener medizinischer und therapeutischer Angebote unter einem Dach, vor  
87 allem auf dem Land, weiter fördern. Alternativen wie Medizinische  
88 Versorgungszentren, sektorenübergreifende Modelle oder genossenschaftlich  
89 organisierte Arztpraxen gibt es bisher in Thüringen kaum. Diese Modelle sind  
90 aber bei der Entwicklung übergreifender Strukturen im Hinblick auf die  
91 Bevölkerungsentwicklung in allen Thüringer Regionen von immenser Bedeutung und  
92 wir müssen dafür weitere und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Die konkrete  
93 Planung des Ärztebedarfs soll sich zukünftig stärker am konkreten Bedarf vor Ort

94 orientieren, Kommunen wollen wir dabei bessere Mitsprachemöglichkeiten  
95 einräumen. Die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung ist  
96 für Thüringen ein wichtiger Baustein, den wir weiter unterstützen werden. Auch  
97 bei der Krankenhausplanung wollen wir stärker die unterschiedlichen  
98 Gegebenheiten und die demografische Entwicklung in verschiedenen Regionen des  
99 Landes berücksichtigen. Wir werden gezielt Forschungsprojekte zur Verbesserung  
100 der Krankenhaushygiene und gegen multiresistente Keime auf den Weg bringen. Wir  
101 machen uns für den Forschungsstandort Thüringen stark und wollen eine  
102 qualitätsgesicherte Forschung fördern, die eine den individuellen Bedürfnissen  
103 angepasste Arzneimittelanwendung zum Ziel hat. Die Interessen der Patient\*innen  
104 und die wirtschaftliche Versorgung sollen im Mittelpunkt stehen. In Thüringen  
105 werden wir auch für die Reha-Kliniken eine strukturierte Bedarfsplanung  
106 einführen, um wohnortnahe und der demografischen Entwicklung angepasste Angebote  
107 zu erhalten bzw. zu entwickeln und so die Entwicklung wichtiger  
108 gesundheitspolitischer Versorgungsstrukturen nicht dem Zufall zu überlassen. Die  
109 Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, sowohl im ambulanten als  
110 auch im stationären Bereich, werden wir ausbauen.

111 Vorbeugen ist besser als Versorgen und Heilen. Deshalb werden wir  
112 Präventionsangebote und die Gesundheitsförderung, die unter anderem durch die  
113 Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. (AGETHUR) umgesetzt  
114 wird, stärken sowie bestehende Angebote bewerten und weiterentwickeln. Die  
115 AGETHUR selbst werden wir nach den aktuellen Bedarfen der Thüringer  
116 Gesundheitslandschaft umgestalten. Der Zugang zu Hygieneartikeln und  
117 Verhütungsmitteln ist für ein Leben in Würde und Gesundheit elementar und muss  
118 allen Menschen möglich sein. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer machen wir  
119 uns deshalb dafür stark, dass in allen Thüringer Kommunen Menschen mit geringem  
120 Einkommen der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Hygieneartikeln und  
121 Verhütungsmitteln ermöglicht wird. Außerdem wollen wir uns über eine  
122 Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass auf diese Produkte endlich der  
123 verminderte Mehrwertsteuersatz gilt.

124 Ein wichtiger Teil von Prävention ist gesunde Ernährung, von Anfang an. In  
125 Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, von der Kita-Versorgung über die  
126 Mensen des Studierendenwerks bis zu den Kantinen für die  
127 Senior\*innenverpflegung, soll gesundes Essen nach etablierten Qualitätsstandards  
128 angeboten werden. Produkte aus regionaler, ökologischer Erzeugung sind dabei ein  
129 elementarer Baustein. Für die Kleinen wollen wir ein dauerhaftes Förderprogramm  
130 für gute Lebensmittelversorgung an den Schulen etablieren. Die Komponenten des  
131 EU- Schulprogramms, Gemüse/Obst und Milch, werden wir in einer  
132 Ressortzuständigkeit zusammenführen und uns dafür stark machen, dass gezielt  
133 regionale, möglichst Bioprodukte gefördert werden. Wir werden ein  
134 Kompetenzzentrum Gemeinschaftsernährung ins Leben rufen, gemeinsam mit den  
135 Gesundheitspartner\*innen Informationskampagnen zur gesunden Ernährung anregen  
136 und ein Förderprogramm für öffentliche Trinkbrunnen und Küchen vor Ort für Kitas  
137 und Schulen auflegen. Wir sprechen uns zudem für ein Verbot von an Kinder und  
138 Jugendliche gerichteter Lockwerbung für ungesunde Lebensmittel aus.

139 werdende Mütter wünschen sich eine persönliche Begleitung durch die  
140 Schwangerschaft, bei der Geburt und am Wochenbett bei sich zu Hause. Die Arbeit  
141 von Hebammen und Entbindungspflegern ist dafür essenziell, wir werden sie weiter  
142 stärken. Wir wollen den „Runden Tisch Familie und Geburt“, der erstmalig in  
143 Thüringen eingerichtet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet wurde,

144 fortsetzen und die Landesgelder für die Förderung einer bedarfsgerechten  
145 Versorgung mit Hebammen verstetigen. Das schließt die gezielte und  
146 institutionelle Förderung von Geburtshäusern ein. Dafür werden wir eine  
147 spezielle Richtlinie entwickeln. In den Fokus werden wir außerdem die  
148 Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in den Kliniken nehmen.  
149 Diese müssen sich nachhaltig verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass in  
150 Thüringen das Thema „gewaltfreie Geburtshilfe“ und Wahlfreiheit des Geburtsortes  
151 einen höheren Stellenwert gewinnt. Wir setzen uns für einen regelmäßigen und  
152 öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsbericht ein. Weiterhin sorgen  
153 wir für die Umsetzung der beschlossenen Akademisierung des Hebammenberufes, um  
154 nicht nur dem fachlichen, sondern auch dem gesellschaftlichen Status,  
155 entsprechend der Verantwortung der Hebammen, gerecht zu werden. Der  
156 nachträgliche Titelerwerb (Bachelor) für die Bestandshebammen soll unterstützt  
157 werden, um keine Zwei-Klassen-Hebammen-Versorgung und -Entlohnung  
158 herbeizuführen.

159 Digitalisierung eröffnet in der Medizin große Chancen – angefangen bei der  
160 smarten Uhr, die Blutdruck und Herzschlag überwacht, über die schnelle  
161 Übertragung von Röntgenaufnahmen oder Sprechstunden via Videoanruf bis hin zu  
162 unterstützenden Robotern im Operationsaal. Vieles ist möglich, manches bereits  
163 Realität. Wir wollen diese Möglichkeiten nutzen, dabei aber den Mehrwert für die  
164 Patient\*innen genau im Blick haben. Denn nicht alles, was möglich ist, muss  
165 gemacht werden. Zusammen mit der Ärzt\*innenschaft, den ärztlichen Vereinigungen,  
166 Krankenhäusern und Krankenkassen wollen wir eine Landesstrategie Medizin 4.0  
167 entwickeln.

168 Wir müssen dafür sorgen, dass die Versorgung mit Medikamenten durch Apotheken  
169 auch in kleinen Orten oder auf dem Land ebenso gesichert ist wie die  
170 medizinische Versorgung. Das geht mit sektorenübergreifenden Konzepten und neuen  
171 Formen von ambulanter und stationärer Versorgung, die wir auf- und ausbauen  
172 werden. Besonders für strukturschwache Regionen muss eine Bedarfsplanung  
173 stattfinden, um Versorgungsalternativen für den gesundheitlichen und  
174 medizinischen Bedarf der Menschen zu entwickeln.

175 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt, den  
176 Jugendschutz stärkt und wirksame Maßnahmen bietet, die Schäden durch  
177 Drogenkonsum zu reduzieren. Aus unserer Sicht ist Drogenabhängigkeit meist nicht  
178 das Problem selbst, sondern ein Symptom tiefergehender Probleme des Individuums.  
179 Aus der Position heraus sind wir der Meinung, dass Verbote generell nicht  
180 zielführend sind, und setzen uns stattdessen für Suchtprävention und  
181 umfangreiche Hilfs- und Therapieangebote ein. Wir setzen auf Prävention und  
182 Hilfe. Dafür braucht es flächendeckende Möglichkeiten, die über Risiken des  
183 Konsums aufklären, den Kinder- und Jugendschutz zuverlässig stärken und  
184 Drogenkonsument\*innen nicht unter Generalverdacht stellen. Fürsorge und  
185 Prävention müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir stehen für einen  
186 umfassenden Jugend- und Verbraucher\*innenschutz und werden Kriminalisierung und  
187 Repression nicht zulassen. Die bestehenden Präventions-, Beratungs- und  
188 Hilfsprogramme in der Sucht- und Drogenprävention werden wir evaluieren und  
189 anpassen. Wir werden Modellprojekte für das sogenannte Drug-Checking ermöglichen  
190 und die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen-  
191 und Suchthilfe stärken. Gefährdungen wollen wir durch risikominimierende  
192 Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme und Substanzeanalysen, entgegenreten. Wir  
193 setzen uns insbesondere für die Legalisierung von Cannabis und einen

194 kontrollierten staatlichen Verkauf unter Beachtung des Kinder- und  
195 Jugendschutzgesetzes ein, um die Qualität sicherzustellen. Dahingehend wollen  
196 wir auch entsprechende Bildungsangebote zu den Risiken des Konsums ans Schulen  
197 schaffen, ähnlich zu denen für Alkohol und Tabak. Zudem soll intensiver auf die  
198 Gefahren von Tabak, Alkohol und Glücksspiel hingewiesen werden. Werbung für  
199 Suchtmittel lehnen wir ab. Zur besseren Therapiemöglichkeit unter anderem bei  
200 Abhängigkeit von Crystal Meth werden wir Forschungsprojekte initiieren.  
201 Gemeinsam mit den Kommunen werden wir einen Masterplan Sucht- und  
202 Drogenprävention in Thüringen entwickeln und besonders Gesetzeslücken schließen  
203 und Schnittstellen in der Therapie in Zusammenarbeit mit den Kommunen  
204 verbessern.

205 Die inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben  
206 und teilhaben, ist unser Leitbild. Jeder Mensch soll sagen können: Ich gehöre  
207 dazu! Der Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention,  
208 welcher unter breiter Mitwirkung der Betroffenen entwickelt wurde, ist eine gute  
209 Basis. An der Realisierung dieser Maßnahmen und der Umsetzung des  
210 Bundesteilhabegesetzes werden wir weiter arbeiten. Wir streiten für ein  
211 modernes, zukunftsweisendes Inklusionsgesetz. Barrierefreiheit muss ein Gebot  
212 für politisches und Verwaltungshandeln in allen Bereichen werden. Dafür wollen  
213 wir für einen besseren Zugang zu Gebärdensprache und anderen  
214 Kommunikationsformen sorgen und als Land möglichst barrierefreie Informationen  
215 im Netz bereitstellen. Gezielte Programme wie das „Budget für Arbeit zur  
216 Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei der Integration in den ersten  
217 Arbeitsmarkt“ sind ein erprobter Ansatz, um zukünftig auch weitere Unternehmen  
218 von einer inklusiven Personalpolitik zu überzeugen. Die Förderung der  
219 Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben unterstützen wir.  
220 Wir wollen gezielt Programme und Dienste für ältere Menschen mit Behinderungen  
221 entwickeln, um auf künftige demografische Veränderungen besser reagieren zu  
222 können. Für Eltern von Kindern mit Behinderungen wollen wir die Beratungs- und  
223 Unterstützungsangebote ausbauen.

224 Selbstbestimmt bis ins hohe Alter

225 Aktiv, gesund und selbstbestimmt bis ins hohe Alter – so stellen sich die  
226 meisten Menschen ihren Lebensabend vor. Und für viele stimmt das. Die Generation  
227 der heute 75-Jährigen ist fitter, gesünder und hat eine höhere Lebenserwartung  
228 als noch vor 20 Jahren. Alter ist vielfältiger und bunter geworden. Der Opa, der  
229 die Nachmittagsbetreuung mit seinen Patchwork-Enkel\*innen auf dem Spielplatz  
230 übernimmt, die ehemalige Verkäuferin, die nochmal einen Sprachkurs an der  
231 Volkshochschule belegt, das Ehepaar, das mit dem Wohnmobil in Europa unterwegs  
232 ist. Für viele von ihnen liegt im Ruhestand ein neuer Anfang. Wir BÜNDNISGRÜNE  
233 werden gutes Leben im Alter zu einem Leitprinzip für alle politischen  
234 Aufgabengebiete erheben. Der Landesseniorenrat ist dabei für uns ein wichtiger  
235 Ansprechpartner, den wir aktiv an der Entwicklung der Politik beteiligen wollen.

236 Die ehrenamtliche Arbeit der Seniorenbeiräte in den Kommunen unterstützen wir,  
237 weil diese einen wertvollen Beitrag für ein gutes Miteinander der Generationen  
238 und Kulturen in unserer Gesellschaft leisten. Wir brauchen viele  
239 Mitwirkungsmöglichkeiten, um unsere Demokratie zu stärken.

240 Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil von Selbstbestimmung im Alter, gerade  
241 wenn das Laufen schwierig wird oder es mit dem Autofahren nicht mehr so gut

242 klappt. Der Bus, der nur alle paar Stunden fährt und nicht für den E-Scooter  
243 ausgelegt ist, Barrieren für Rollator und Rollstuhl, hohe Bordsteine, zu hohe  
244 Fahrpreise – all das kann Mobilität schnell einschränken. Wir wollen Barrieren  
245 im öffentlichen Raum konsequent abbauen und mit den Kommunen zusammenarbeiten,  
246 um unsere Städte und Gemeinden fit fürs Alter zu machen. Im öffentlichen  
247 Nahverkehr müssen die guten Angebote des Verkehrsverbunds Mittelthüringen (VMT)  
248 für diese Generation bekannter gemacht werden. Der Ticketkauf muss unkompliziert  
249 möglich sein und das öffentliche Nahverkehrsangebot thüringenweit verbessert  
250 werden.

251 Aber Barrieren gibt es nicht nur auf der Straße. Bei eingeschränkter Mobilität  
252 ist auch die eigene Wohnung sehr schnell voller Barrieren. Der Bedarf an  
253 altersgerechten Wohnungen ist riesig. Altersgerechtes, barrierefreies Wohnen  
254 soll deshalb stärker ins Zentrum des öffentlich geförderten Wohnungsbaus rücken,  
255 altersgerechtes Umbauen wollen wir stärker unterstützen. Mit zunehmendem Alter  
256 leben Menschen häufiger allein und sozialer Kontakt und Austausch stellen sich  
257 nicht mehr von alleine her. Wir wollen Angebote vorantreiben, die  
258 nachbarschaftliches Miteinander statt fortschreitender sozialer Isolation  
259 fördern. Sozialräumliches Quartiersmanagement wollen wir auch im ländlichen Raum  
260 etablieren und dafür das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der  
261 Generationen“ weiterentwickeln.

262 Nicht alle Menschen können ihren Lebensabend bis zum Schluss aktiv und  
263 selbständig gestalten, sie sind schließlich doch auf Pflege angewiesen. Um die  
264 Strukturen für eine gute Pflege für die Zukunft zu sichern, haben wir begonnen,  
265 den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren und fortzuschreiben, den wir auch für  
266 eine bessere Personalgewinnung stärken wollen. Aber den größten Anteil der  
267 Pflege- und Sorgearbeit leisten Angehörige. Sie brauchen mehr Unterstützung und  
268 Entlastung. Flächendeckende, unbürokratische Beratungsangebote und  
269 Pflegestützpunkte im Land wollen wir ausbauen und fördern. In der stationären  
270 Pflege versorgen zu wenige Pflegepersonen zu viele Pflegebedürftige. Dabei  
271 bedeutet professionelle Pflege nicht nur Versorgung, sondern auch persönliche  
272 Zuwendung, sozialen Kontakt, persönliche Worte. Wir werden die vom Bund  
273 verabschiedeten Gesetze zur Verbesserung der Pflege konsequent umsetzen. Wir  
274 setzen uns zudem für die Einführung eines verbindlichen Personalschlüssels in  
275 der Alten- und Krankenpflege ein und wollen endlich einen Branchentarifvertrag  
276 für die Pflege auf den Weg bringen. Für eine bessere Personalgewinnung stärken  
277 wir den Pflegepakt Thüringen und nutzen dieses Gremium besser als bisher.

278 Die Einführung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes wollen wir auf Landesebene  
279 kompetent begleiten. Auch in Thüringen sprechen sich viele Pflegefachkräfte für  
280 die Gründung einer Pflegekammer aus. Diese Einrichtung lebt vom Engagement und  
281 von der Akzeptanz ihrer Mitglieder. Deshalb sollen auch die Pflegefachkräfte in  
282 Thüringen demokratisch entscheiden, ob diese Kammer eingerichtet und wie sie  
283 genau ausgestaltet werden soll. Wir werden diese Entscheidung der Pflegekräfte  
284 respektieren und bei Bedarf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung  
285 einer Pflegekammer schaffen.

286 Schon heute übersteigen die Kosten für Pflege und Unterbringung in einem  
287 Pflegeheim die Leistungen der Pflegekasse um ein Vielfaches. Für darüber  
288 hinausgehende Kosten müssen die Pflegebedürftigen oder deren Angehörige selbst  
289 aufkommen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann die Einführung eines Thüringer  
290 Pflegewohngeldes sein. Pflegewohngeld ist ein bewohnerorientierter Zuschuss zur

291 Finanzierung von betriebsnotwendigen Aufwendungen in den Pflegeeinrichtungen und  
292 die Zahlung eines solchen Zuschusses als freiwillige Leistung stünde Thüringen  
293 gut zu Gesicht.

## A16 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Was unser Leben reicher macht: Kultur, Medien und Sport)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

#### 1 Kulturpolitik

2 Goethe, Bach und Bauhaus, Anna Amalia und Clueso – unser Land ist für seine  
3 reiche und lange kulturelle Tradition und Gegenwart bekannt. Unser Kulturbegriff  
4 gründet sich auf dem Respekt vor dem Selbstwert aller Menschen und auf der  
5 Bewunderung für die kulturelle Vielfalt dieser Welt – und unterscheidet nicht  
6 zwischen Sub- und Hochkultur. Wir erkennen den großen Wert der Kulturschaffenden  
7 für eine lebendige und friedvolle Gesellschaft. Wir setzen uns für ihre soziale  
8 und politische Sicherheit ein. Kunst und Kultur bringen Menschen zusammen,  
9 stärken den demokratischen Diskurs, stiften Identität und können die Angst vor  
10 der Globalisierung mindern. Sie sind keine Dekoration, sondern gehören ins  
11 Zentrum der Gesellschaft. Kunst und Kultur bilden den Resonanzraum für unser  
12 politisches und gesellschaftliches Denken und Handeln. Die Freiheit der Kunst  
13 ist für uns nicht verhandelbar. Für all das bedarf es verlässlicher und  
14 auskömmlicher finanzieller Unterstützung seitens des Landes für die ganze Breite  
15 der Thüringer Kulturlandschaft.

16 Wir wollen die Kultur in den Kommunen zukunftsfest machen.

17 Bibliotheken, Theater und Orchester, Musikschulen, Jugendkunstschulen, sakrale  
18 Gebäude, Schlösser und Burgen, Museen und Galerien - das sind nicht nur Gebäude.  
19 Es sind wichtige Orte und Räume, um Bildung zu fördern, Identität zu stärken,  
20 Gesellschaft zusammenzuhalten und die Regionen lebenswert zu erhalten.

21 Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistungen nicht  
22 vor gravierenden Kürzungen geschützt. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen ein Thüringer  
23 Kulturfördergesetz, um Kulturangebote nicht immer wieder grundlegend zur  
24 Diskussion zu stellen. Dies benötigt eine intensive Debatte zwischen den  
25 Kulturschaffenden, die wir führen wollen und werden.

26 Wir wollen die Breitenkultur, Soziokultur, Freie Szene und die kulturelle  
27 Bildung stärken. Dabei dürfen die strukturell geförderten großen  
28 Kulturinstitutionen nicht gegen die projektbezogene Kulturszene ausgespielt  
29 werden – beide müssen ausgewogen gefördert werden. Selbst bei  
30 länderübergreifenden Bundeszuschüssen wie etwa für die Sanierung der Thüringer  
31 Schlösser darf die notwendige Kofinanzierung aus Landesmitteln nicht zulasten  
32 des übrigen Kulturretats gehen. Die Freie Szene steht oft für besondere  
33 Experimentierfreude und künstlerische Innovation. Ihre Arbeitspraxis führt meist  
34 zu einem anderen Blickwinkel auf die Kunst und ist somit von unschätzbarem Wert.  
35 Uns geht es um einen angemessenen Leistungsausgleich, der Anreize zur  
36 Kooperation schafft. Dank der neu gestalteten Thüringer Kulturstiftung wird die  
37 kulturelle Projektförderung für die Freie Szene und die Soziokultur  
38 transparenter vergeben. Kulturförderung muss für uns BÜNDNISGRÜNE fair,  
39 nachhaltig, dezentral, gendergerecht, partizipativ und barrierefrei sein und  
40 eine Gesellschaft der Vielen im Blick haben. Entscheidungsstrukturen – sei es in  
41 der Landesverwaltung, in Stiftungen oder Jurys – wollen wir gendergerecht  
42 besetzen. Kulturvereine sollen in Zukunft bei der Beantragung von Landes- und

43 Bundesfördermitteln kompetenter beraten und unterstützt werden.  
44 Förderausschreibungen sollten niedrigschwellig und möglichst zweisprachig  
45 zugänglich sein. Das Projektmanagerprogramm wollen wir in seiner Wirksamkeit  
46 evaluieren und bei Bedarf aufstocken und den Förderzeitraum auf bis zu drei  
47 Jahre verlängern. Bei der Mittelvergabe durch das Land soll stärker honoriert  
48 werden, wenn Projekte neben öffentlicher Förderung auch Mittel aus der  
49 Wirtschaft einwerben, denn Unternehmen können und sollen trotz ihrer  
50 privatwirtschaftlichen Ausrichtung zu einem vielfältigen und anspruchsvollen  
51 Kulturleben beitragen.

52 Gute, vielfältige Kulturangebote auch im ländlichen Raum: Dass das geht, haben  
53 die Erarbeitung und Umsetzung von Kulturentwicklungskonzeptionen für die  
54 Regionen Hildburghausen-Sonneberg und Nordhausen-Kyffhäuserkreis gezeigt. Wir  
55 unterstützen solche Konzeptionen für alle interessierten Regionen in Thüringen.  
56 Soziokulturelle Zentren in den ländlichen Regionen bieten ein Dach für  
57 generationsübergreifende Kultur- und Bildungsangebote. Wir wollen diese Zentren  
58 gezielt fördern und die Sichtbarkeit ihrer Angebote zum Beispiel mit Hilfe von  
59 Kampagnenunterstützung erhöhen. Der Kulturaustausch zwischen Stadt und Land muss  
60 ebenso gefördert werden wie der internationale Austausch. Wir denken Kunst nicht  
61 allein in regionalen Kategorien. Der Anschluss an internationale Diskurse sowie  
62 Impulse internationaler Künstler\*innen sind auch für die Thüringer Szene eine  
63 Bereicherung. Der Gegensatz zwischen der Städtekette und den umliegenden  
64 Regionen manifestiert sich in Thüringen auch kulturell. Kulturförderung hat  
65 dafür zu sorgen, dass in allen Regionen Thüringens der Zugang zu Kulturangeboten  
66 sowie künstlerischer Betätigung erhalten bleibt.

67 Das Bundesprogramm der Kulturagenten, bei dem Künstler\*innen projektbezogen mit  
68 Schüler\*innen arbeiten, ist ein Erfolg. Wir planen, es weiter zu verstetigen,  
69 endlich zu entfristen und so vielen Schulen in Thüringen wie möglich zugänglich  
70 zu machen. Die Zusammenarbeit von Schulen mit Jugendkunst- und Musikschulen  
71 sowie mit ortsansässigen Kultureinrichtungen wie Theatern, Orchestern und Museen  
72 soll durch die Kulturagenten ausgebaut, gefördert und besser vernetzt werden.

73 Die Vielfalt der Kultur- und Bildungseinrichtungen landauf, landab sind ein  
74 Reichtum, den es unbedingt zu bewahren gilt. Wir BÜNDNISGRÜNE machen uns dafür  
75 stark, dass Kinder und Jugendliche die Thüringer Museen kostenfrei besuchen  
76 können und die Museumskonzepte stärker als bisher auch junge Besucher\*innen in  
77 den Blick nehmen. Lokal erfolgreiche Ausstellungskonzepte, die neben der  
78 Tradition vor allem auch die kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft  
79 in Gegenwart und Zukunft abbilden, wollen wir von Landesseite weiter fördern.  
80 Das Volontariatsprogramm der Museen hat sich bewährt und muss fortgesetzt  
81 werden.

82 Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus sowie die stets neue  
83 Vergewisserung über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gehören für alle Zeiten  
84 zur gesellschaftlichen Kernaufgabe der deutschen Kulturpolitik. Wir wollen  
85 darüber hinaus aber auch den Blick für die europäische, insbesondere die  
86 deutsche Kolonialgeschichte schärfen. Hierzu zählt für uns GRÜNE auch die  
87 Förderung von künstlerischen und nichtkünstlerischen Projekten zur  
88 Zeitgeschichte. Auch Thüringen hat zum Beispiel mit der NS-Rasseforschung an der  
89 Universität Jena oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei  
90 Eisenach ein schweres historisches Erbe. Dies muss wissenschaftlich und in der  
91 künstlerischen Praxis aufgearbeitet werden. In den nächsten Jahren muss im

92 Rahmen der Provenienzforschung zudem ein Schwerpunkt von Kulturpolitik sein,  
93 dass die ehemaligen Kolonialstaaten das Unrecht der kolonialen Ausbeutung, das  
94 sich zum Beispiel auch im Raub von Kulturgütern dokumentiert, anerkennen und  
95 darüber eine selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten  
96 führen, die ihrer Schätze beraubt wurden. Zu einer Aufarbeitung der  
97 Kolonialgeschichte gehört die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und  
98 Nama. Wir werden die Bundesregierung auffordern, hier ihrer Verantwortung  
99 nachzukommen. Gräuel in der Geschichte können nicht totgeschwiegen werden.  
100 Straßennamen und öffentliche Orte, deren Namen den deutschen Kolonialismus  
101 verharmlosen oder Menschen würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in  
102 Verbindung stehen, sollen partizipativ umbenannt werden. Hierfür soll die  
103 Landesregierung mit Expertise zur Seite stehen und einen Fonds einrichten, der  
104 die Kommunen bei Umbenennungen unterstützt.

105 Wir fordern eine sinnvolle Neuordnung der Stiftungsstrukturen für die Thüringer  
106 Schlösser und Gärten im Zuge der Neugründung einer mitteldeutschen  
107 Schlösserstiftung, um kostenintensive Doppelstrukturen zu vermeiden. Dabei  
108 erwarten wir einen transparenten und partizipativen Entscheidungsprozess.

109 Die gemeinsam mit den Bibliotheken erarbeitete Entwicklungsplanung ist die  
110 Grundlage für ein breites Bibliotheksangebot im ganzen Land, die auch nach 2020  
111 fortgeschrieben werden muss. Wir wollen den Kommunen über ein Zwei-Säulen-  
112 Finanzierungsmodell mit festen Zuschüssen einerseits und der Förderung  
113 innovativer Ansätze andererseits mehr Spielraum bei der Förderung der  
114 Bibliothekslandschaft geben. Zudem sollen die Anschaffung von und der Zugang zu  
115 digitalen Angeboten wie zum Beispiel über die Thüringer Onlinebibliothek  
116 ThüBIBnet weiter verbessert werden.

117 Die überwiegend kommunal getragenen Musikschulen leisten einen immens wichtigen  
118 Beitrag für die musikalische Bildung von Kindern und Erwachsenen. Doch immer  
119 noch sind nur ein Drittel der Beschäftigten an Musikschulen fest angestellt, das  
120 Gros der hochqualifizierten Lehrkräfte arbeitet ungenügend abgesichert und viel  
121 zu schlecht bezahlt auf Honorarbasis. Wir sehen sowohl das Land als auch die  
122 Kommunen und Landkreise in der Verantwortung, den Anteil der festangestellten  
123 Musiker\*innen zu erhöhen, um diese wichtige Arbeit mit Kindern pädagogisch  
124 langfristig abzusichern. Die von Landesseite geplante institutionelle Förderung  
125 durch das Land ab 2020 sollte an diese Bedingung geknüpft werden. Die bisher  
126 dreizehn Jugendkunstschulen in Thüringen sind Orte des Experimentierens und  
127 Ausprobierens - Orte der künstlerisch-kulturellen Teilhabe, die Orientierung  
128 geben, die neue (Bildungs-)Welten eröffnen und die Persönlichkeit des Einzelnen  
129 stärken. Wir wollen all diese kulturellen Bildungsinstitutionen finanziell  
130 verlässlich ausstatten, sodass sie ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen  
131 können.

132 Im Bereich der künstlerisch-kreativen Hochschulbildung fehlen in Thüringen die  
133 darstellenden Künste. Wir möchten den Anstoß zur Gründung einer International  
134 Academy of Performing Arts anregen, die eng mit den Thüringer Theatern  
135 zusammenarbeitet. Diese soll durch ihre soziale und kreative Struktur attraktiv  
136 für Talente aus der ganzen Welt sein und sich flexibel und offen gegenüber den  
137 Erfordernissen der globalisierten Welt, ihren künstlerischen Entwicklungen und  
138 sozialen Verhältnissen zeigen.

139 Mit der Theaterperspektive 2025 hat die rot-rot-grüne Landesregierung einen  
140 wichtigen Schritt hin zu einer langfristigen Absicherung der gewachsenen  
141 Theater- und Orchesterlandschaft Thüringens gemacht. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern  
142 daran anknüpfend, dass diese Verträge mit den Kommunen verstetigt werden. Wir  
143 wollen einschränkende Haustarife unterhalb der allgemeinverbindlichen Theater-  
144 Tarifverträge durch eine Erhöhung der Mittel nach und nach überflüssig machen,  
145 um kreative Köpfe in Thüringen zu halten. Darüber hinaus wollen wir eine Debatte  
146 über die Sozial- und Familienverträglichkeit von Beschäftigungsverhältnissen,  
147 Hierarchien und Gleichberechtigung an Theatern führen.

148 Für vom Land geförderte Projekte und Institutionen müssen bei  
149 Ausstellungsprojekten Mindesthonorare verbindlich gelten. Wie in anderen  
150 Bereichen auch, mindern ökonomischer Druck und Unsicherheit die Produktivität  
151 von Künstler\*innen. Anstelle von kurzfristigen Projektförderungen, schlecht  
152 bezahlten Stipendien und Residenzen müssen für Bildende Künstler\*innen  
153 Fördermodelle entwickelt werden, die mehr Künstler\*innen eine langfristige  
154 Existenz ohne materielle Not ermöglichen. Thüringens wichtigste Produzentenmesse  
155 für zeitgenössische Kunst „artthuer“, die alle zwei Jahre vom Verband Bildender  
156 Künstler veranstaltet wird, wollen wir erhalten, inhaltlich weiterentwickeln und  
157 auch im Zwischenjahr personell unterstützen. Die Förderrichtlinie „Kunst am Bau“  
158 wollen wir wieder stärker in Thüringen verankern und bei landeseigenen  
159 Bauvorhaben offene Wettbewerbe dafür verbindlich machen. Mitunter helfen  
160 Künstler\*innen durch kreative Angebote, alten Industriebrachen mit coolen Clubs,  
161 alternativen Galerien, soziokulturellen Freiräumen oder preiswerten  
162 Atelierhäusern neues Leben einzuhauchen und so zur Wiederbelebung verlassener  
163 urbaner Räume beizutragen. Solche Ideen soll das Land mit geeigneten  
164 Förderprogrammen unterstützen und ausweiten.

165 Für unabhängige Medien und den Erhalt der Meinungsvielfalt

166 Demokratie ohne Pressefreiheit und unabhängige Medien ist undenkbar. Den  
167 fortschreitenden Konzentrationsprozess auf dem Thüringer Zeitungsmarkt sehen wir  
168 darum mit Sorge. Die offene Gesellschaft braucht gerade im Lokalen und  
169 Regionalen eine informierte Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund stehen wir  
170 klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch zum Rundfunkbeitrag. Seriöse  
171 Informationen und kulturellanspruchsvolle Inhalte werden in einer zunehmend  
172 fragmentierten Medienwelt mehr denn je gebraucht. Wir sehen aber auch die  
173 Verantwortung, die damit für die Programm-Macher\*innen verbunden ist. Wir  
174 unterstützen darum den öffentlich-rechtlichen Rundfunk darin, noch klarer als  
175 bisher Prioritäten zu setzen: gegen Quotendenken, für Qualität, Kreativität und  
176 Zuverlässigkeit. Und nicht zuletzt ist die Pressefreiheit auch in Thüringen  
177 durch populistische Stimmungsmache unter Druck. Wir sind solidarisch mit allen  
178 kritischen Journalist\*innen, die mit Hassbotschaften, Ressentiments und  
179 Verschwörungstheorien konfrontiert sind.

180 Für uns BÜNDNISGRÜNE nehmen Bürger\*innenmedien in Thüringen – ob Campusradio,  
181 offener Kanal oder Freifunkinitiative - eine herausragende Stellung ein. Hier  
182 können sich Menschen künstlerisch oder journalistisch einbringen, sich selbst  
183 als Urheber\*in von kulturellen Werken erfahren und ihre eigenen Themen  
184 unkompliziert in die Öffentlichkeit bringen. Im Bereich der Medienbildung sind  
185 Bürger\*innenmedien ein Hotspot für vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten breiter  
186 Bevölkerungsschichten und generieren dadurch eine hohe gesellschaftliche  
187 Akzeptanz. Was das Bürger\*innentheater für den darstellenden Bereich ist, sind

188 Bürger\*innenmedien für den gesamten Medien-Bildungsbereich - eine im weitesten  
189 Sinne soziokulturelle Schnittstelle, deren Erhalt und Ausbau durch die Politik  
190 professionell abgesichert werden muss. Aufgrund ihrer Struktur -  
191 nichtkommerziell ausgerichtet, meist von Vereinen getragen und oft mit rein  
192 lokalen Verbreitungsgebieten - sind Bürger\*innenmedien mit besonderen  
193 Herausforderungen und gerade mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung in den  
194 kommenden Jahren mit hohen Kosten konfrontiert. Wir machen uns dafür stark, dass  
195 dieser Übergang durch professionelle Begleitung und finanzielle Unterstützung  
196 gelingt. Bürger\*innenmedien als aktive soziokulturelle Beteiligungsorte sollen  
197 sowohl im städtischen als auch ländlichen Thüringer Kontext weiterhin entstehen  
198 und gezielte finanzielle Unterstützung des Landes erfahren.

199 Für ein sport- und bewegungsfreundliches Thüringen

200 Knapp 3.500 Sportvereine in Thüringen bieten vieles, was Herz, Hirn und Seele  
201 gut tut. Über 367.000 Menschen sind in diesen Vereinen organisiert. Jede\*r  
202 zweite Thüringer\*in treibt regelmäßig Sport, ob im Kindergarten, in der Schule,  
203 im Verein oder ganz individuell. Von Aikido und Lacrosse bis Fußball und Wandern  
204 ist alles dabei. Sport hält gesund und stärkt das Miteinander, befördert  
205 Zusammenhalt und Integration. Besonders unter dem gesundheitlichen Aspekt und  
206 angesichts zahlreicher übergewichtiger Menschen jeden Alters in Thüringen  
207 braucht es jegliche Unterstützung und Förderung von sportlichen Angeboten. Alle  
208 Menschen sollen nach ihren Wünschen Sport machen können, ob allein oder im  
209 Verein, im Fitnessstudio, in den Bergen, im Schwimmbad oder im Park. Dazu  
210 braucht es intakte Sportstätten, gute Infrastruktur und vor allem die Arbeit von  
211 vielen Freiwilligen. Wir wollen die Arbeit der Vereine als wichtige Pfeiler der  
212 Zivilgesellschaft weiter finanziell absichern und die Arbeit der Ehrenamtlichen  
213 erleichtern. Sie haben unsere große Wertschätzung. Doping im Sport werden wir  
214 aktiv entgegentreten. Dafür werden wir mit den Akteur\*innen des organisierten  
215 Sports, ehrenamtlich Tätigen und Antidopingexpert\*innen eine Beratungs- und  
216 Aufklärungsstruktur erarbeiten.

217 Die Sportstätten in den Händen von Vereinen und Kommunen sind das Rückgrat des  
218 Sports, die, sofern sie der Allgemeinheit nutzen, zu erhalten sind. Kommunen und  
219 Vereine werden wir dabei unterstützen, Gelegenheiten für den Sport wohnortnah  
220 weiter zu fördern, damit die Menschen Fitness und Bewegung in ihren Alltag  
221 integrieren können. Sanierungen sowie Um- und Neubauten von Sportstätten sind  
222 Investitionen in die Zukunft. Ökologische, landschaftsangepasste sowie  
223 naturverträgliche Lösungen sollten dabei auch deshalb zum Tragen kommen. Mit dem  
224 novellierten Thüringer Sportförderungsgesetz haben wir die richtigen Weichen  
225 gestellt. Wir setzen auf ein höheres Tempo bei der energetischen Sanierung  
226 bestehender Anlagen und unterstützen die Strom- und Wärmeversorgung aus  
227 erneuerbaren Energien. Bei Sport(groß)veranstaltungen setzen wir auf die  
228 Vorbildwirkung des Sports und unterstützen Umweltkonzepte für eine klimaneutrale  
229 Versorgung, eine nachhaltige Mobilität und wirksame Konzepte zur Müllvermeidung.  
230 Die Planung solcher Veranstaltung kann nur mit Beteiligung der Menschen vor Ort  
231 geschehen.

232 Bei der Modernisierung von Spitzensportstätten, insbesondere in Oberhof, sind  
233 ökologische Kriterien und nachhaltige ganzjährige Nutzungskonzepte für uns  
234 BÜNDNISGRÜNE ein absolutes Muss. Eingriffe in den Landschafts- und Naturhaushalt  
235 sind zu vermeiden. Die globale Erwärmung macht vor den Mittelgebirgslagen in  
236 Thüringen keinen Halt. Daher ist auch der Sportstandort Oberhof nur mit einem

237 Ganzjahreskonzept zukunftsfähig. Investitionen, die der alleinigen Ausrichtung  
238 auf Wintersport dienen, sind weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltig und  
239 daher mit uns BÜNDNISGRÜNEN nicht zu machen.

240 Besonders beim Behindertensport und der Integration von Geflüchteten kommt dem  
241 Sport eine herausragende Bedeutung zu. Für eine auskömmliche sowie  
242 bedarfsgerechte Finanzierung erhalten die Anbieter\*innen unsere volle  
243 Unterstützung.

244 Wenn Fair Play ernst gemeint und gelebt wird, finden Rechtsextremismus,  
245 Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung und Gewalt keinen Platz im  
246 Sport. Das muss sich auch in einer demokratischen Fankultur zeigen, die für uns  
247 Teil und Ausdrucksform einer lebendigen Zivilgesellschaft ist. Damit das so  
248 bleibt, wollen wir selbstorganisierte Fanprojekte stärken.

249 Im Sport begegnen sich unterschiedliche Menschen, die Verantwortung in der  
250 Zivilgesellschaft tragen. Wir wollen dafür Weiterbildungs- und Beratungsangebote  
251 stärken. Im Mittelpunkt stehen dabei Dialog, Beratung und Vernetzung.

252 Angesichts der vielen Menschen, die sich für den Sport engagieren, wollen wir  
253 einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport ohne Korruption,  
254 Spielmanipulation und sexualisierte Gewalt. Das kann nur durch die  
255 Vorbildwirkung des organisierten Sports und seiner Verbände erfolgen, die eine  
256 Beschäftigung von in diesen Bereichen belasteten Trainer\*innen und  
257 Funktionär\*innen unterbindet.

## A17 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt – PRÄAMBEL

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Unser Land ist in den letzten Jahren offener und vielfältiger geworden. Es hat  
2 sich verändert und diese Veränderung hat gutgetan. Am Arbeitsplatz, im  
3 Einkaufszentrum oder Verein begegnen sich Menschen mit unterschiedlichen  
4 Wünschen und Vorstellungen vom Leben, mit unterschiedlicher Erfahrung, Herkunft,  
5 Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung und Identität.  
6 Sie alle leben und arbeiten hier und nennen Thüringen ihr Zuhause. Diese  
7 Unterschiedlichkeit macht unser Land stark und lebenswert. Das Zusammenleben  
8 funktioniert aber nur mit Rechten und Pflichten, die für alle gleichermaßen  
9 gelten und die von allen geachtet werden: Das sind die Werte und Regeln unseres  
10 Grundgesetzes. Menschenfeindliche Ideologien, seien es Rassismus, Sexismus,  
11 Islamismus, Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit oder Feindlichkeit gegen  
12 Lesben, Schwule oder inter- und trans-Menschen, gefährden den gesellschaftlichen  
13 Frieden. Dem stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns entschlossen entgegen. Wir stehen für  
14 eine friedliche Gesellschaft, in der Meinungsvielfalt gelebt und geschützt wird.

15 Auf dem Weg dorthin bleibt noch viel zu tun. Frauen werden noch immer schlechter  
16 bezahlt, haben weniger Chancen beim beruflichen Aufstieg und erleben im Alltag  
17 viel zu oft sexuelle Nötigung und Gewalt. Schwule Paare erfahren auf der Straße  
18 Ablehnung und Ausgrenzung, wenn sie ihre Liebe zeigen. Menschen finden schwerer  
19 eine Wohnung, wenn ihr Name nicht als Deutsch wahrgenommen wird. Häufig ist  
20 diskriminierendes Verhalten Unkenntnis oder Ängsten geschuldet, oft ist es aber  
21 auch Folge bewusster Ausgrenzung und ein Verstoß gegen die Würde der Menschen.  
22 Wir wollen daher den Schutz vor Diskriminierung in unserem Land weiter stärken  
23 und Vorurteile und Benachteiligungen abbauen. Unser Ziel ist eine inklusive,  
24 vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte und Chancen haben.  
25 Um das zu erreichen, wollen wir unter anderem eine Antirassismusklausel in der  
26 Thüringer Verfassung verankern.

27 Rechtspopulist\*innen und Rechtsextremist\*innen sind Feinde des Rechtsstaates und  
28 einer offenen, vielfältigen Gesellschaft. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen konsequent an  
29 der Seite derer, die sich Neonazis, Rechtsextremist\*innen und anderen Feinden  
30 der Demokratie entgegenstellen. Weil es unser Land ist, unsere Freiheit, unsere  
31 Demokratie, die wir verteidigen. Weil wir hier leben und unsere Zukunft  
32 gestalten wollen.

## A18 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle: Frauen- und Queer-Politik)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

#### 1 Frauen und Gleichstellungspolitik

2 Es ist eigentlich ganz einfach: Die Hälfte der Macht den Frauen. Das ist seit  
3 jeher unser Anspruch. Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen mit  
4 und ohne Einwanderungsgeschichte

5 auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Sprache schafft  
6 nicht nur Bewusstsein, sondern ist auch Ausdruck von Machtverhältnissen. Wir  
7 stehen daher auch bei Geschäftsordnungen und Gesetzestexten für die Verwendung  
8 einer geschlechtergerechten Sprache, die tatsächlich alle anspricht und nicht  
9 nur mitmeint. Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Macht und Teilhabe  
10 haben wir ein Paritätsgesetz zur gleichen Repräsentation von Frauen im Landtag  
11 beschlossen, welches inzwischen leider vom Verfassungsgericht für nichtig  
12 erklärt wurde. Chancen, Macht, Geld und Zeit sollen endlich gerecht zwischen  
13 allen Geschlechtern geteilt werden. Frauen haben sich rechtliche Gleichheit über  
14 Jahrhunderte erkämpft, sind inzwischen schon viel selbstverständlicher auf  
15 vielen Ebenen vertreten und haben sich zahlreicher alter Rollenklischees  
16 entledigt. Doch das Ziel echter Gleichstellung ist leider noch lange nicht  
17 erreicht. Veränderungen dauern zu lange. So sind Frauen heute immer noch  
18 wirtschaftlich und politisch benachteiligt, schlechter sozial abgesichert, mit  
19 weniger Chancen, größeren Widerständen und falschen Stereotypen konfrontiert.  
20 Wir arbeiten daran, diese vielfältigen Benachteiligungen und strukturellen  
21 Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen und umfassende Chancengleichheit zu  
22 verwirklichen.

23 Viele Frauen in Thüringen sind voll berufstätig. Viele arbeiten in Minijobs,  
24 Teilzeit oder in prekärer Beschäftigung und werden schlechter entlohnt als  
25 Männer. Wir BÜNDNISGRÜNE nehmen das nicht hin und streiten auf allen Ebenen für  
26 die gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit für alle Geschlechter. Die im  
27 Durchschnitt geringeren Einkommen von Frauen liegen auch in ihren geringeren  
28 Aufstiegschancen und der geringeren Anerkennung und Wertschätzung vieler Berufe  
29 begründet, die maßgeblich von Frauen ausgeübt werden. Zudem sind Frauen noch  
30 immer viel seltener in höheren beruflichen Positionen vertreten. Der öffentliche  
31 Dienst geht an manchen Stellen mit gutem Beispiel voran und fördert die  
32 Chancengerechtigkeit aktiv, durch geschlechtergerechte Besetzung der Stellen in  
33 der öffentlichen Verwaltung und in den öffentlich-rechtlichen Landesgremien und  
34 Aufsichtsräten. Doch auch dort wird deutlich, dass in Führungspositionen kaum  
35 Frauen vertreten sind - das wollen wir ändern. Unser Ziel bleibt es, im  
36 öffentlichen Dienst einschließlich aller landesfinanzierten Einrichtungen, wie  
37 auch der Hochschulen, die Chancengleichheit auf allen Ebenen konsequent zu  
38 fördern. Wir werden einen Thüringen-spezifischen Lohnatlas erarbeiten, um  
39 Unterschiede in der Bezahlung der Geschlechter leichter aufdecken zu können.  
40 Zudem wollen wir die Entgeltgleichheit als ein Vergabekriterium in das Thüringer  
41 Vergabegesetz mit aufnehmen. Bei der Nachwuchsförderung und der Weiterbildung  
42 sollen überproportional Frauen auf die Übernahme von Führungspositionen  
43 vorbereitet werden. Im öffentlichen Dienst werden wir uns dafür einsetzen, dass

44 Ausschreibungen so gestaltet werden, dass sich alle Geschlechter angesprochen  
45 fühlen. Um die aktuelle Situation zu evaluieren, soll untersucht werden, wer  
46 sich auf welche Ausschreibungen bewirbt Wir wollen Gründerinneninitiativen  
47 stärken und die Gründungsberatung speziell für Frauen ausbauen und bekannter  
48 machen.

49 Der Jobverlust im Kontext von Corona betrifft zu erheblichen Teilen den  
50 Dienstleistungsbereich, in dem viele Frauen arbeiten. Deshalb wollen wir durch  
51 ein Landesförderprogramm Perspektiven und Möglichkeiten für betroffene Frauen  
52 bieten. Es sollen Angebote zum Wiedereinstieg und zur Umschulung geschaffen  
53 werden, die sich besonders an Frauen orientieren und richten.

54 Frauen übernehmen nach wie vor den größeren Teil der familiären Fürsorgearbeit.  
55 Während der Pandemie ist die Ungleichverteilung der Arbeit wieder besonders  
56 deutlich geworden. Flexiblere Arbeitszeiten und Homeoffice sowie ein Recht auf  
57 Homeoffice sind wichtige Schritte, um eine gute Vereinbarkeit von Beruf und  
58 Familie zu gewährleisten. Wird das Kind krank oder werden die Eltern  
59 pflegebedürftig, muss oftmals kurzfristig das Leben von Eltern neu justiert  
60 werden. Das darf nicht zur strukturellen Überforderung der Familien führen. Auch  
61 deshalb soll der Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeit leichter möglich sein.  
62 Wir wollen dafür gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative auf Landesebene  
63 begründen.

64 Existenzängste dürfen mit einer Schwangerschaft nicht verbunden sein. Daher  
65 fordern wir, selbständige genauso wie angestellte Mütter, vor und nach der  
66 Geburt unter einen besonderen Schutz zu stellen und diesen im Mutterschutzgesetz  
67 zu verankern. Jeder werdenden Mutter muss ein Schutz von 6 Wochen vor und 8  
68 Wochen nach der Entbindung zustehen sowie das damit einhergehende  
69 Mutterschaftsgeld in Anlehnung an das bereits Bestehende. Nur so ist zu  
70 verhindern, dass selbständige Schwangere in den Ruin getrieben werden. Dafür  
71 werden wir uns als BÜNDNISGRÜNE Thüringen durch eine Bundesratsinitiative  
72 einsetzen.

73 Wir sind mit dem Paritätsgesetz für Thüringen einen längst fälligen Schritt zur  
74 Gleichstellung von Frauen in der Politik gegangen und haben damit Neuland  
75 betreten. Die Sondervoten des Verfassungsgericht bestärken unsere Auffassung,  
76 dass ein Paritätsgesetz notwendig und auch rechtssicher umsetzbar ist. Deshalb  
77 werden wir weiter an einer verfassungsgemäßen, vollumfänglichen paritätischen  
78 Ausgestaltung des Wahlrechts arbeiten, welches auch die Direktwahlkreise nicht  
79 außer Acht lässt. Auch beim Gender-Budgeting bleiben wir dran: Bei allen  
80 politischen Maßnahmen der Landesregierung und beim Landeshaushalt wollen wir bei  
81 künftigen Haushalten eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Gleichstellung der  
82 Geschlechter vornehmen. Für eine funktionierende Gleichstellungspolitik braucht  
83 es flächendeckend in den Kommunen Ansprechpartner\*innen, die sich vor Ort  
84 proaktiv mit der Thematik auseinandersetzen und Projekte voranbringen. Wir  
85 unterstützen die Kommunen daher finanziell und organisatorisch bei der  
86 Einrichtung, dem Erhalt und der Stärkung der Stellen von  
87 Gleichstellungsbeauftragten.

88 Im Jahr 2018 registrierte die Thüringer Polizei 2.940 Fälle häuslicher Gewalt.  
89 Den größten Anteil der Betroffenen bilden mit 2.323 Fällen dabei Frauen. Gewalt  
90 gegen Frauen und Mädchen, Bedrohung, sexuelle Übergriffe und Nötigung sind immer  
91 noch ein großes Problem, sie müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir

92 wollen Schutz und Hilfe stärken und für ausreichend Plätze in Frauenhäusern und  
93 genügend Personal in den Schutzwohnungen sorgen. Frauenhäuser müssen dabei  
94 flächendeckend schnell erreichbar sein. Das Personal in den Interventionsstellen  
95 sollte mindestens verdoppelt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen die Forderung  
96 nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden und unbürokratischen  
97 Frauenhausfinanzierung und werden die finanzielle Unterstützung durch das Land  
98 verstetigen. Dabei ist klar, dass Schutzwohnungen für Menschen aller  
99 Geschlechter, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, offenstehen müssen und  
100 insbesondere auch die Bedarfe von Kindern in den Blick genommen werden müssen.  
101 Die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt  
102 gegen Frauen und von häuslicher Gewalt muss – zentral koordiniert durch den/die  
103 Beauftragte/n im Sozialministerium diese Stelle muss auch gestärkt werden-- auch  
104 in Thüringen umgesetzt werden. In den ersten 100 Tagen nach Regierungsbildung  
105 werden wir hier einen Umsetzungsplan vorlegen. Auch in Thüringen muss es –  
106 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention – ein Frauenhaus mit  
107 behindertengerechtem Zugang geben. Zugleich wollen wir auch Projekte fördern,  
108 die von häuslicher Gewalt betroffene Männer und Jungen in Thüringen  
109 unterstützen. Doch wir stehen nicht nur für einen konsequenteren Schutz von  
110 Personen aller Geschlechter vor häuslicher Gewalt und eine bessere Betreuung der  
111 Betroffenen. Wir wollen präventive Ansätze gezielt fördern und Täter\*innenarbeit  
112 stärken. Daher unterstützen wir Initiativen und Organisationen, die Programme  
113 zur Gewaltprävention anbieten. Betroffene von häuslicher Gewalt sollen nicht  
114 auch noch zusätzliche finanzielle Lasten tragen müssen. Deshalb wollen wir einen  
115 staatlichen Interventionsfonds einrichten, über den die Kosten für Gewaltschutz,  
116 Prozesskosten und dergleichen unbürokratisch vorfinanziert werden und später von  
117 den Täter\*innen zurückgefordert werden.

118 Zudem braucht Thüringen anerkannte Fachberatungsstellen für Frauen und Mädchen,  
119 die sexuelle Gewalt erlebt haben. Das Personal, das mit der Problematik der auch  
120 hierzu zählenden Genitalverstümmelung umgeht, braucht spezifische  
121 Sensibilisierung und Schulung. Weibliches Personal mit eigener  
122 Einwanderungsgeschichte sollte hier bevorzugt eingesetzt werden.

123 Geflüchtete Frauen und Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund benötigen  
124 gezielte mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote, auch und gerade,  
125 wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen sind. In den  
126 Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete muss es besondere Schutzorte für diese  
127 Menschen geben.

128 Wir machen uns stark für die Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren,  
129 die auch im ländlichen Raum gut erreichbar sein müssen. Betroffene von sexueller  
130 Gewalt, Nötigung und Ausbeutung brauchen jede Form von Unterstützung, es bedarf  
131 regelmäßiger Sensibilisierung und Fortbildung für die Polizei, in der Justiz und  
132 bei medizinischem Personal. Die anonyme und vertrauliche Spurensicherung nach  
133 sexuellen Übergriffen muss – gegebenenfalls mit einem über die Rechtsmedizin  
134 abgesicherten Notruftelefon – in ganz Thüringen gewährleistet sein. Insbesondere  
135 Mädchen und Frauen sollen mit einer öffentlichen, mehrsprachigen Kampagne dazu  
136 ermutigt werden, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. In den  
137 Staatsanwaltschaften wollen wir Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche  
138 Lebensweisen etablieren, an die sich Betroffene queerfeindlicher  
139 Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse  
140 über das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt in Thüringen zu erlangen, wollen wir  
141 eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben. Eine Form der Gewalt, die besonders

142 Frauen, nicht binäre, inter\* und trans\* Personen ist Gewalt im digitalen Raum.  
143 Um dies besser bekämpfen zu können, braucht es eine Stärkung der fachlichen und  
144 personellen Kompetenzen der Polizei in dem Bereich.

145 Selbstbestimmt über den eigenen Körper zu entscheiden, ist gerade für junge  
146 Menschen nicht immer leicht. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht über  
147 den eigenen Körper für alle ein, insbesondere für Frauen, inter- und trans-  
148 Personen. Betroffene Personen von ungewollter Schwangerschaft brauchen  
149 wohnortnahe Unterstützung und Hilfe. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten  
150 Familienplanung stärken und Menschen mit geringem Einkommen unkomplizierten und  
151 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen. Frauen mit Behinderungen  
152 haben das Recht, ihre Bedürfnisse und Wünsche in der Gesellschaft aktiv zu  
153 vertreten. Es ist unsere gesellschaftliche sowie staatliche Pflicht zu handeln,  
154 wenn Frauen mit Behinderungen sexuell oder anderweitig belästigt bzw.  
155 missbraucht werden, sie vor sexuellem Missbrauch zu schützen und dies  
156 strafrechtlich zu verfolgen. Schönheitsideale und Körpernormen, wie sie in der  
157 Werbung vermittelt werden, haben oft wenig mit der Realität zu tun, aber  
158 erhebliche Auswirkung auf unsere Selbstwahrnehmung. Kinder und Jugendliche  
159 sollen möglichst frei von solchen normierenden Vorgaben leben und aufwachsen  
160 können. Wir wollen daher den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Um  
161 körpernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende sexistische  
162 Werbung in Thüringen zu verhindern, sollen verbindliche Regeln entsprechend den  
163 Regeln des Deutschen Werberates für kommerzielle Kommunikation getroffen werden.  
164 Über sexistische und herabwürdigende Darstellungen von Frauen wird auch das  
165 gesellschaftliche Bild von Frauen und Mädchen beeinflusst. Zum respektvollen und  
166 gewaltfreien Miteinander gehört daher auch der Verzicht auf sexistische oder in  
167 anderer Form diskriminierende und herabwürdigende Werbung. Wir wollen daher  
168 zudem Kommunen dabei unterstützen, solche Werbungen im Stadtbild nicht mehr  
169 zuzulassen.

170 Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen  
171 beginnt sehr früh. Geschlechtergerechtes Lernen in Kindergärten und Schulen muss  
172 selbstverständlich werden. Schulische Lernmaterialien wollen wir auf (hetero-  
173 )sexistische Klischees überprüfen und überarbeiten. Dabei soll darauf geachtet  
174 werden, dass die Lehrmaterialien Vielfalt widerspiegeln und auch Frauen, inter-  
175 und trans-Personen dargestellt werden sowie weibliche Personen zu einem  
176 relevanten Teil repräsentiert sind. Die Lehrpläne müssen an aktuelle  
177 Entwicklungen angepasst werden. Schulische Aufklärungsprojekte zu sexueller und  
178 geschlechtlicher Vielfalt gilt es flächendeckend zu etablieren. Zudem setzen wir  
179 auf eine geschlechtersensible Pädagogik und qualifizierte Aus-, Fort- und  
180 Weiterbildung für alle Lehrkräfte.

181 Sexuelle Ausbeutung werden wir auch weiterhin konsequent bekämpfen. Um die  
182 Situation von in der Prostitution tätigen Personen zu verbessern, haben wir  
183 Mittel für freiwillige, kostenlose und mehrsprachige Beratungsangebote zu Themen  
184 wie Gesundheit, Schulden und Ausstieg aus dem Gewerbe bereitgestellt. Den Umgang  
185 mit den eingestellten Geldern werden wir beim zuständigen Gesundheitsministerium  
186 kritisch begleiten. Wir wollen einen „Runden Tisch Prostitution“ zur Erarbeitung  
187 eines Handlungskonzeptes einrichten, auf dessen Grundlage ein  
188 Prostituiertenschutzgesetz umgesetzt werden soll.

189 Für mehr Chancengerechtigkeit wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung des  
190 Landesfrauenrates und der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften.

191 Akzeptanz und Vielfalt

192 Unser Land ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Egal welche  
193 geschlechtliche Identität, egal welche sexuelle Orientierung – alle Menschen  
194 sollen frei und selbstbestimmt leben und lieben können. Unser Leitbild ist das  
195 Grundgesetz: Menschenwürde und Achtung der persönlichen Freiheit aller Menschen  
196 sind unser Maßstab. Insbesondere die Schaffung und Durchsetzung dieser Rechte  
197 für LSBTIQ\* (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten, Intergeschlechtlichen  
198 und allen queeren Menschen) ist uns hierbei wichtig.

199 Mit der Verabschiedung des „Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ sind wir  
200 in Thüringen einen großen Schritt gegangen, um Akzeptanz, Vielfalt und  
201 Gleichberechtigung Wirklichkeit werden zu lassen und bestehende  
202 Diskriminierungen abzubauen. Die Initiativen, Verbände und Projekte der queeren  
203 Community werden mit dem Programm besser gefördert und in ihrer Arbeit durch  
204 eine Koordinierungsstelle unterstützt. Wir wollen das Programm in den kommenden  
205 Jahren finanziell deutlich besser ausstatten und im Zuge dessen auch  
206 institutionelle Förderung ermöglichen. Das heißt, dass wir mit dem  
207 Landesprogramm queere Beratungs- und Begegnungsstellen in ganz Thüringen fördern  
208 und aufbauen wollen. Zusätzlich sollen Ansprechpartner\*innen in der  
209 Landesverwaltung, v.a. den Ministerien geschaffen werden, die für die Umsetzung  
210 des Landesprogrammes sowie queere Themen zuständig sind. Nicht zuletzt muss aber  
211 auch die bisherige Umsetzung der Maßnahmen des Landesprogramms überprüft und das  
212 Programm in Zukunft mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation  
213 ausgestattet werden. Neu ins Programm aufgenommen werden soll die Unterstützung  
214 der Thüringer Christopher Street Days und ähnlicher Initiativen. Diese leisten  
215 in ehrenamtlicher Arbeit einen wertvollen Beitrag für die Sichtbarkeit und  
216 Akzeptanz queerer Menschen in Thüringen. Die Förderung der bestehenden  
217 Initiativen sowie von Neugründungen muss deswegen Inhalt des Landesprogramms  
218 werden.

219 Das Thüringer Gleichstellungsgesetz soll dahingehend überarbeitet werden, dass  
220 die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten nicht mehr nur Frauen und Männer,  
221 sondern auch LSBTIQ\*-Personen umfassen. Im Anschluss sollen vielfaltssensible  
222 Fort- und Weiterbildung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie der  
223 öffentlichen Verwaltung stattfinden. Diese Aufgabe soll im Landesprogramm für  
224 Akzeptanz und Vielfalt verankert werden.

225 Zu einem Thüringen, in dem niemand mehr Diskriminierung erfahren muss, ist es  
226 trotzdem noch ein Weg! Wir wollen deshalb, dass bestehende Projekte im Bereich  
227 der Antidiskriminierungsarbeit gestärkt werden und die  
228 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ausgebaut und weiterentwickelt wird: Als  
229 Anlaufstelle für alle Menschen in Thüringen kann diese wichtige Arbeit für ein  
230 offenes und diskriminierungsfreies Thüringen leisten. Damit soll die Stelle ihre  
231 Aufgaben als Prüf- und Beschwerdestelle und als Koordinierungsstelle für  
232 Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen besser erfüllen können.

233 Darüber hinaus halten wir eine Aufgaben-Erweiterung der LADS für notwendig: Es  
234 ist wichtig, eine Datengrundlage zu Diskriminierungsfällen in Thüringen zu  
235 bekommen. Hier sollte die LADS nicht nur Vorfälle erfassen und auswerten,  
236 sondern auch Studien umsetzen, die Diskriminierung speziell in Thüringen  
237 untersuchen. Auch möchten wir, dass diskriminierende – zum Beispiel (hetero-  
238 )sexistische - Werbung an dieser Stelle zentral gemeldet werden kann, um das

239 Ausmaß dieses Problems erfassen und darauf reagieren zu können. Wir setzen uns  
240 dafür ein, dass die LADS Mittel für öffentlichkeitswirksame Kampagnen, zum  
241 Beispiel gegen (Hetero-)Sexismus, Rassismus oder für LSBTIQ\*-Rechte, erhält, um  
242 viele Thüringer\*innen mit diesen Themen erreichen zu können. Ebenso wichtig sind  
243 uns auf Projekte und öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die für die Sichtbarkeit  
244 der queeren Community und zur Aufklärung dienen. Es ist uns wichtig, nachhaltig  
245 Vorurteile abzubauen, Akzeptanz zu schaffen und queere Menschen zu empoweren.

246 Damit die Landesantidiskriminierungsstelle all diese wichtigen Aufgaben auch  
247 wirklich erfüllen kann, werden wir uns für eine wesentlich umfangreichere  
248 Ausstattung der Stelle einsetzen.

249 Daneben finden wir es aber unerlässlich, eine zivilgesellschaftliche  
250 Antidiskriminierungsberatung aufzubauen und zu etablieren. Nur eine solche  
251 Stelle kann ein niedrigschwelliges Angebot für Menschen in Thüringen darstellen,  
252 die Opfer gruppenbezogener Diskriminierung wurden. Ziel soll es sein, ein  
253 qualifiziertes Unterstützungsangebot für Betroffene zu bieten, Diskriminierung  
254 in Institutionen und Strukturen abzubauen und als Fachstelle die Regelstrukturen  
255 zu sensibilisieren sowie einen zentralen Knoten in Vereinsnetzwerken  
256 darzustellen.

257 Das Bewusstsein für Vielfalt, aber auch Ausgrenzung und Diskriminierung beginnt  
258 früh: „Schwule Sau“ ist auf unseren Schulhöfen leider noch immer eine häufige  
259 Beschimpfung. Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, von sexuellen  
260 Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll stärker in der Schule  
261 thematisiert werden. Wir unterstützen deshalb die Arbeit von  
262 Schulaufklärungsprojekten, insbesondere auch finanziell entsprechend dem  
263 Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt. Der Besuch solcher  
264 Aufklärungsprojekte an Schulen sollten Teil der Schulkultur werden und in die  
265 Lehrpläne aufgenommen werden.

266 Die Erziehung und Vermittlung von Akzeptanz beginnt in Familie, Kita und Schule.  
267 Aus diesem Grund sollen die Eltern, Lehrer\*innen, Erzieher\*innen und  
268 Pädagog\*innen für einen angemessenen und diskriminierungsfreien Umgang mit  
269 unseren Kindern sensibilisiert werden. Dafür sollen LSBTIQ\*-Themen in die  
270 Ausbildung von Lehrer\*innen, Pädagog\*innen und Erzieher\*innen aufgenommen und in  
271 regelmäßigen Fortbildungen für diese angeboten werden. Vielfältige (queere)  
272 Lebensentwürfe und -konzepte sollen in Unterrichtsmaterialien und -fächern  
273 aufgezeigt und von Lehrer\*innen thematisiert und eingebunden werden. Unsere  
274 Thüringer Vertretung auf der Kultusminister\*innenkonferenz soll eine Initiative  
275 anstoßen, um bundeseinheitliche Standards und Richtlinien für Schulbuchvorlagen  
276 zu erarbeiten.

277 Gerade unter Jugendlichen, die sich ihrer geschlechtlichen Identität oder  
278 sexuellen Orientierung nicht sicher sind, gibt es ein erschreckend hohes Risiko  
279 selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen und leider auch eine  
280 überdurchschnittliche Suizidrate. Dabei ist Hilfe oft nicht weit. Wir wollen  
281 auch deshalb die queere Jugend- und Schulsozialarbeit stärken sowie die  
282 Krisenprävention ausbauen. Insbesondere queere (Jugend-)Zentren spielen hier  
283 eine wichtige Rolle und müssen deswegen in Thüringen aufgebaut und etabliert  
284 werden. Auch ein mobiles Zentrum soll konzipiert werden. Queere Angebote sollen  
285 in den Jugendförderplänen verankert werden, um Jugendliche auch in den  
286 ländlichen Gebieten zu erreichen.

287 Zudem setzen wir uns für die Einrichtung geschlechtsneutraler Sanitärbereiche  
288 ein. Das Land hat eine verpflichtende Mindestanzahl bei öffentlichen Gebäuden,  
289 insbesondere Hochschulen, festzulegen, bei Neubauten haben diese im  
290 dreigliedrigen Modell zu erfolgen. Dies bedeutet, dass es stets eine Frauen-,  
291 eine Männer- und eine genderneutrale Toilette geben muss, wobei letztere bei  
292 Möglichkeit nicht in den barrierefreien Sanitärräumen untergebracht sein soll, um  
293 Menschen mit Behinderungen einen weiterhin uneingeschränkten Zugang zu  
294 gewährleisten. Zudem hilft das Land bei der Finanzierung mit.

295 Menschen mit normabweichender sexueller Orientierung und/oder geschlechtlicher  
296 Identität berichten immer wieder von Diskriminierung oder werden Betroffene von  
297 Hass und Gewalt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, da viele Betroffene aus Scham  
298 und Angst vor weiterer Diskriminierung keine Anzeige erstatten und Verbrechen  
299 gegen LSBTIQ\*-Personen nicht gesondert in den Statistiken aufgeführt werden. Wir  
300 wollen deshalb Polizei und Justiz stärker für diese Themen sensibilisieren und  
301 unterstützen Ansprechpartner\*innen für queere Lebensweisen bei der Thüringer  
302 Polizei. Außerdem soll geprüft werden, sicherzustellen, dass Polizist\*innen, die  
303 zu queeren Themen geschult wurden, in den Dienststellen ansprechbar sind.  
304 Dadurch möchten wir gewährleisten, dass queere Menschen, die Opfer eines  
305 Hassverbrechens oder sexueller Belästigung wurden, eine ausgebildete  
306 Ansprechperson vorfinden können. Zudem befürworten wir die gesonderte Ausweisung  
307 von Hassverbrechen als Ausdruck von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in  
308 den Kriminalitätsstatistiken.

309 Wir unterstützen die Forderungen der Holbein-Stiftung. Als Bündnisgrüne setzen  
310 wir uns ein für die Wiederherstellung des Grabmals von Dr. Hans Holbein, die  
311 Restitution des Stiftungsvermögens sowie die Neugründung der Holbein-Stiftung  
312 zum Beispiel als Landesstiftung und die Einrichtung eines Forschungszentrums zu  
313 Geschichte und Gegenwart von sexuellen Identitäten und Orientierungen.

314 Die Forderungen für Akzeptanz und Vielfalt orientieren sich an einigen Stellen  
315 an den Forderungen des CSD Thüringen 2020. Dies soll auch in Zukunft unser  
316 Maßstab sein: Wir möchten den Thüringer Christopher Street Days und ähnlichen  
317 Organisationen Gehör verschaffen und jährlich prüfen, welche deren Forderungen  
318 wir aufnehmen, um sie beispielsweise in Haushaltsverhandlungen einfließen zu  
319 lassen. Zudem möchten wir uns auch im Bundesrat für die Belange queerer Menschen  
320 und den Forderungen der queeren Organisationen in Thüringen einsetzen, um auch  
321 Grundsätzliche Themen wie Blutspende, vielfältige Familienmodelle,  
322 Selbstbestimmung und vieles mehr in Angriff zu nehmen.

**A19** Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Ein Land, das allen gerecht wird: Demokratie)

Antragsteller\*in: LaVo

## Antragstext

1 30 Jahre ist es her, dass sich die Menschen im heutigen Thüringen Freiheit und  
2 Demokratie erkämpft haben. Wir wissen, dass sie keineswegs selbstverständlich  
3 sind, dass Freiheit immer wieder verteidigt, Demokratie jeden Tag neu gelebt  
4 werden muss. Und zwar von Bürger\*innen, die sich einmischen und für ihre Werte  
5 und Ideen streiten. Von Menschen, die ihre Vorstellungen einbringen und nicht  
6 allein am Wahltag über Politik abstimmen. Viele von ihnen scheitern oft an  
7 bürokratischen Hürden und Vorgaben. Sich direkt, themenorientiert und ganz  
8 konkret in politische Diskussionen und in Entscheidungen einzumischen, muss  
9 einfacher werden. Hürden, die dieser Beteiligung entgegenstehen, wollen wir  
10 weiter abbauen und das zivilgesellschaftliche Engagement stärken. Dabei mangelt  
11 es oft noch an öffentlicher Erörterung und gründlicher Beratung der öffentlichen  
12 Angelegenheiten mit allen Betroffenen. Wir wollen in dialogorientierten  
13 Verfahren Bürger\*innen sowie Akteur\*innen aus Politik und Verwaltung frühzeitig  
14 in Entscheidungsprozessen zusammenbringen. Denn eine qualitätsvolle  
15 Öffentlichkeitsbeteiligung hilft, Konflikte zwischen den Bürger\*innen, den  
16 Volksvertreter\*innen und der Verwaltung zu vermindern.

### 17 Beteiligung

18 Wir BÜNDNISGRÜNE werden Qualität und Professionalität von  
19 Bürger\*innenbeteiligungen durch die Vorgabe verbindlicher Rahmenbedingungen  
20 sichern. Dazu gehört auch der Aufbau entsprechender Kompetenzen in Ministerien  
21 und Behörden.

22 Wir wollen, dass zukünftig wichtige Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren  
23 durch umfassende, institutionalisierte und obligatorische Konsultationen mit der  
24 Bürger\*innenschaft in geeigneten Dialogverfahren ergänzt werden.

25 Bürger\*innenräte, wie das erfolgreiche BürgerForum „Gemeinsame Wege zur  
26 Bewältigung von COVID-19 und künftiger Pandemien“ sollen das Engagement der  
27 Menschen in der Gemeinschaft sowie das gegenseitige Vertrauen zwischen Politik,  
28 Verwaltung und Zivilgesellschaft stärken.

29 Wir wollen klären, ob ein ständiger Bürger\*innenrat auf Landesebene, dessen  
30 Mitglieder durch Los bestimmt werden, als "Bürger\*innenkammer" etabliert werden  
31 kann. Er soll Themen beraten, die Bürger\*innen, Abgeordnete oder die Regierung  
32 vorschlagen. Das Landesparlament wäre dann verpflichtet, auf die Ergebnisse zu  
33 reagieren. Wir BÜNDNISGRÜNE werden die repräsentative Demokratie mit  
34 direktdemokratischen und dialogischen Beteiligungsformen besser verzahnen und  
35 über die konkrete Ausgestaltung eine breite gesellschaftliche Debatte führen. Auf  
36 kommunaler Ebene haben wir mit dem Thüringer Gesetz über das Verfahren bei  
37 Einwohnerantrag, Bürger\*innenbegehren und Bürger\*innenentscheid bereits viel  
38 erreicht. Diese Instrumente werden wir auch auf Landesebene stärken. Das Verbot  
39 von Volksbegehren zum Landeshaushalt, wie es in der Thüringer Verfassung  
40 festgeschrieben ist, kann zur Verhinderung von fast allen Initiativen aus der  
41 Bevölkerung herangezogen werden, da so gut wie jedes Gesetz haushaltswirksam  
42 ist. Wir werden deshalb dieses sogenannte Finanztabu deutlich entschärfen,

43 sodass Volksbegehren einfacher möglich werden. Außerdem wollen wir die Quoren  
44 für direktdemokratische Beteiligungsformate senken, um diese einfacher zu  
45 ermöglichen. Die „Fridays For Future“-Demos und die Proteste gegen die  
46 europäische Urheberrechtsreform zeigen uns, dass junge Menschen ein starkes  
47 politisches Bewusstsein haben und einfordern, von der Politik gehört zu werden.  
48 Deshalb setzen wir uns für ein Wahlrecht ab 14 Jahren auch auf Landesebene ein.

49 Das Versammlungsrecht ist für uns ein hohes Gut. Deshalb erteilen wir  
50 BÜNDNISGRÜNE jeder Initiative für ein Versammlungsverhinderungsgesetz eine klare  
51 Absage sondern werden eine solche Initiative nur mittragen, wenn die  
52 Zielstellung ein liberales Versammlungsfreiheitsgesetz ist. In einem solchen  
53 Gesetz wollen wir mindestens friedliche Blockaden regeln, Vermummungen zu  
54 Ordnungswidrigkeiten abstufen und die Behörden zur stärkeren Kooperation  
55 verpflichten. Dies betrifft sowohl die Kommunikation der Behörden mit den  
56 Versammlungsanmelder\*innen und -teilnehmer\*innen, als auch die Kommunikation  
57 zwischen der Polizei und den Versammlungsbehörden. Den Einsatz von körperlichem  
58 Zwang, Waffen, Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt nach Auflösung, Verbot oder  
59 im Umfeld einer Versammlung wollen wir klar regeln. Insbesondere den Einsatz von  
60 chemischen Reizstoffen werden wir stark einschränken. Die Kommunen stehen häufig  
61 insbesondere bei Rechts-Rock-Veranstaltungen, die als politische Versammlungen  
62 angemeldet werden, vor vielen Fragen. Um die Kommunen sowie die  
63 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen bei diesen Fragen zu unterstützen, wurde  
64 beim Thüringer Innenministerium die Taskforce Versammlungslagen eingerichtet,  
65 die diese juristisch berät. Diese soll insbesondere personell gestärkt werden  
66 und vertiefend unterstützend wirken, bei jeder Versammlung soll mindestens ein\*e  
67 Kommunikationsbeamte\*r anwesend sein. Die Anzahl ist der erwarteten  
68 Gefährdungsstufe anzupassen. Entsprechende Aus- und Fortbildungen werden den  
69 Beamten/innen bereitgestellt.

70 Auf der kommunalen Ebene haben wir zwar bisher viel erreicht, dennoch gibt es  
71 auch hier noch Handlungsbedarf. So werden wir die Thüringer Kommunalordnung  
72 transparenter und bürger\*innenfreundlicher gestalten. In der aktuellen  
73 Legislaturperiode haben wir dazu bereits einen ersten Gesetzentwurf eingereicht,  
74 leider fehlten uns aber die Mehrheiten, um diese Änderungen umzusetzen. Wir  
75 werden uns weiter an diesem Entwurf orientieren und ihn erweitern. Dies bedeutet  
76 unter anderem die Einführung sowie konzeptioneller und finanzieller  
77 Unterstützung zu Beginn von Kinder- und Jugend- oder Schüler\*innen-Parlamenten,  
78 die Öffentlichkeit von Ausschüssen, die Ermöglichung von rechtssicheren  
79 Gremiensitzungen per Videokonferenz in Katastrophen- und Pandemiesituationen und  
80 stärkere Rechte der kommunalen Parlamente bei der Kontrolle kommunaler  
81 Unternehmen und Beteiligungen. Außerdem werden wir die Möglichkeit von  
82 Scheinkandidaturen unterbinden. Bisher ist es möglich, dass (Ober-  
83 )Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen für kommunale Parlamente kandidieren,  
84 obwohl sie das Mandat absehbar nicht annehmen werden. Dies verzerrt  
85 Wahlergebnisse und ist eine Form der Täuschung der Wähler\*innen.

86 Wir werden die politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Thüringer\*innen ohne  
87 deutschen Pass stärken und setzen uns hierbei auch für den Ausbau des Wahlrechts  
88 und der Beiräte ein. Bei Europa- und Kommunalwahlen haben hier lebende EU-  
89 Ausländer\*innen bereits das Wahlrecht, wir wollen das auch auf Landesebene  
90 ermöglichen. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie die politische Partizipation  
91 von formalrechtlichen Ausländer\*innen in Thüringen erweitert werden kann.

92 Die Praxis hat gezeigt, dass die Förderung freiwilliger Gemeindegemeinschaften  
93 ein erfolgreicher Ansatz für die Modernisierung der Gebietsstrukturen in  
94 Thüringen ist. Diese Möglichkeit soll weiterhin bestehen bleiben. Wir sind  
95 überzeugt, dass die Gebietsreform – freiwillig und mit starker  
96 Bürger\*innenbeteiligung – fortgesetzt werden muss. Eine Verwaltungs- und  
97 Gebietsreform wird nur Erfolg haben, wenn die Bürger\*innen intensiv in diese  
98 Prozesse einbezogen werden. Wir sind überzeugt, dass regionale  
99 Bürger\*innengutachten, Transparenz in den Zielen und ein gut kommuniziertes  
100 Vorgehen den Schlüssel zu zukunftsfähigen Strukturen darstellen. Dabei muss der  
101 alleinige Fokus nicht auf Fusionen liegen, vielmehr wollen wir auch die  
102 interkommunale Zusammenarbeit, vor allem auch auf Kreisebene, gezielt fördern.  
103 Für eine bürger\*innennahe Verwaltung ist es unerheblich, wo sich der  
104 Verwaltungssitz befindet, solange die Verwaltung einfach und unkompliziert vor  
105 Ort ansprechbar ist. Deshalb fördern wir die flächendeckende Einrichtung von  
106 Bürger\*innenservicebüros und -terminals. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass  
107 das Angebot von Verwaltungsleistungen im Internet zügig stark ausgebaut wird.  
108 Dazu wollen wir Kooperationen mit anderen Bundesländern bei der Bereitstellung  
109 von Software prüfen und die Kommunen bei der Einführung unterstützen. Bei der  
110 Ansiedelung neuer Landesbehörden oder -einrichtungen verfolgen wir die Strategie  
111 einer gleichmäßigen Verteilung über das gesamte Land.

## 112 Finanzen

113 Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen eine nachhaltige Finanzpolitik – wirtschaftlich  
114 sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial ausgewogen. Eine immer größere  
115 Schuldenaufnahme entspricht diesen Prinzipien ebenso wenig wie das Kaputtsparen  
116 von Bildung, Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Denn beides geht zulasten  
117 unserer Kinder und Enkel. Wir haben es in dieser Legislatur geschafft, mehr als  
118 eine Milliarde Euro an Altschulden abzubauen und keine neuen Schulden  
119 aufzunehmen. Mit uns wurde die Schuldentilgung sogar gesetzlich in Thüringen  
120 verankert. Erstmals läuft die Schuldenuhr rückwärts.

121 Gleichzeitig haben wir BÜNDNISGRÜNE stark in Klimaschutz und Umwelt, Bildung,  
122 Kinder, Integration und Infrastruktur investiert und werden diese Schwerpunkte  
123 auch weiterhin setzen. Nur wer in den Erhalt der Umwelt investiert, wer sich um  
124 gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt, handelt  
125 nachhaltig und generationengerecht. Wir planen eine ehrliche Bestandsaufnahme  
126 über den Sanierungsbedarf der Infrastruktur im Freistaat. Unser Schwerpunkt  
127 liegt jetzt und künftig auf Baumaßnahmen und Zuschüssen, die eine „doppelte  
128 Rendite“ erwirtschaften. Wir fördern Zukunftsinvestitionen, die mittel- oder  
129 langfristig Einsparungen für das Land bedeuten, zum Beispiel durch die  
130 energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden. Das ist ein Beitrag zur  
131 strukturellen Entlastung des Haushalts und schafft so langfristig auch wieder  
132 finanzielle Spielräume. Dagegen setzen wir uns weiter für den Abbau von  
133 klimaschädlichen Subventionen auf Landes-, Bundes- und auf EU-Ebene ein.

134 Mit einem modernen sozial-ökologischen kommunalen Finanzausgleich, der besonders  
135 die Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt, stärken wir die  
136 Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden. Wir werden gemeinsam mit den  
137 Kommunen darüber beraten, wie hochverschuldete Städte und Gemeinden auf dem Weg  
138 der Haushaltskonsolidierungen weiter finanziell unterstützt und mittelfristig  
139 entschuldet werden und die Auswirkungen der Corona-Pandemie bewältigt werden  
140 können.

141 Für nachhaltige Investitionen auch in Zeiten knapper Kassen braucht es breite  
142 Zustimmung. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Bürger\*innen stärker als bisher an der  
143 Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden und der dafür erforderlichen  
144 Ausgabenplanung beteiligen, unter anderem indem wir ihnen mehr Mitspracherechte  
145 bei der Haushaltsplanung einräumen. Deshalb setzen wir uns für eine Ausweitung  
146 der Bürger\*innenhaushalte in Thüringer Kommunen ein. Auch auf der Landesebene  
147 ist eine stärkere Beteiligung der Bürger\*innen in Haushaltsfragen wünschenswert.  
148 Wir wollen daher das Finanztabu bei Volksentscheiden abschaffen.

#### 149 Aufarbeitung

150 Die politisch-historische Bildung ist angesichts unserer deutschen Vergangenheit  
151 im 20. Jahrhundert und einer verstärkt aufkeimenden Zustimmung zu national-  
152 autoritären Strukturen wichtiger denn je. Erschrecken muss auch, wie wenig  
153 Wissen um unsere Vergangenheit gerade in der jüngeren Generation tatsächlich  
154 vorhanden ist. Wir wollen daher die Bildungs- und Erinnerungsarbeit in unseren  
155 Schulen und öffentlichen Institutionen konsequent fördern.

156 In der aktuellen Legislatur ist es uns BÜNDNISGRÜNEN gelungen, die Gedenkstätten  
157 der Stiftung Buchenwald und Mittelbau-Dora mit ihren Außenstellen zu stärken und  
158 ihre Finanzierung abzusichern. Das wollen und werden wir fortsetzen. Gleiches  
159 gilt für Einrichtungen wie die Gedenkstätte Topf und Söhne, aber auch das  
160 Deserteursdenkmal am Fuße des Petersberges in Erfurt und die ehemalige Haftzelle  
161 im Abgeordnetenhaus des Thüringer Landtags, in dem einmal das sogenannte  
162 Judenreferat seinen Sitz hatte und von wo aus die Deportationen der Thüringer  
163 Jüd\*innen organisiert wurden. Wir unterstützen konsequent zivilgesellschaftliche  
164 Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung des  
165 Nationalsozialismus auseinandersetzen. Die Verfolgung von Sinti und Roma im  
166 Nationalsozialismus ist gesamtgesellschaftlich wenig aufgearbeitet. Als  
167 BÜNDNISGRÜNE werden wir uns weiterhin für eine Aufarbeitung und Sichtbarmachung  
168 in Thüringen einsetzen. Der Antiziganismus ist auch in der Thüringer  
169 Gesellschaft weit verbreitet. Deswegen gilt es die Zusammenarbeit mit dem  
170 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sowie mit Opferhilfeeinrichtungen zu  
171 intensivieren und für betroffene Sinti und Sintize sowie Rom\*nja ein  
172 angemessenes Beratungsangebot zu schaffen. Den 8. Mai als Tag der Befreiung  
173 haben wir bewusst zum Gedenktag in Thüringen gemacht.

174 Knapp 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Aufarbeitung dieses Teils  
175 der deutschen Geschichte und des SED-Unrechts noch immer nicht abgeschlossen.  
176 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Menschen helfen und unterstützen, denen in der DDR  
177 Unrecht widerfahren ist und die noch heute unter den Folgen leiden. Wir sind  
178 davon überzeugt, dass die Aufarbeitung des hier begangenen und erlittenen  
179 Unrechts und die Erinnerung daran das Fundament legen für unsere demokratische  
180 Kultur heute und in Zukunft.

181 Thüringens Aufarbeitungslandschaft ist dezentral und heterogen. Diese  
182 vielschichtigen Wege bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-  
183 Diktatur und ihren Folgen müssen in Wissenschaft, Kultur und insbesondere der  
184 Schul- und Erwachsenenbildung weiter verankert werden. Das Land Thüringen sollte  
185 auf den sich abzeichnenden Umbau der Behörde des Bundesbeauftragten für die  
186 Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes adäquat reagieren und dort Strukturen  
187 schaffen, wo sich der Bundesbeauftragte zurückzieht. An diesen Orten müssen die  
188 Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und die Demokratiebildung an

189 außerschulischen Lernorten gewährleistet bleiben. Für die rechtliche Beratung im  
190 Sinne der Rehabilitierungen und für psychosoziale Betreuung von Betroffenen des  
191 SED-Unrechts ist es dabei unabdingbar, ein nachhaltiges, verlässliches, klar  
192 strukturiertes und dadurch deutlich wahrnehmbares Angebot zu schaffen. Dabei  
193 sollte die bereits vorhandene Struktur des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung  
194 der SED-Diktatur genutzt und ausgebaut werden.

195 Wir sprechen uns dafür aus, die existierenden drei Außenstellen des  
196 Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Thüringen als Orte, an denen  
197 Akteneinsicht beantragt und genommen werden kann, weiter zu erhalten. Das sind  
198 wir auch denen schuldig, die diese 1989 besetzt haben und dadurch die Akten vor  
199 der Vernichtung bewahren konnten. Diese authentischen Erinnerungsorte an  
200 Demokratie- und Diktaturerfahrungen in Erfurt, Gera und Suhl sowie die  
201 Grenzlandmuseen wollen wir erhalten. Die Zusammenarbeit mit den lokalen  
202 Zeitzeug\*innen-Initiativen werden wir stärken. Die wissenschaftliche  
203 Aufarbeitung der Verfolgung von Christ\*innen in der DDR werden wir  
204 sicherstellen. Auf Bundesebene machen wir uns weiter dafür stark, auch bisher  
205 nicht bedachte Opfergruppen, wie verfolgte Schüler\*innen, bei der Rehabilitation  
206 mit aufzunehmen, anderen wie den ehemaligen Heimkindern wollen wir die  
207 Anerkennung als Opfer der SED-Diktatur erleichtern. Die Entfristung der  
208 Rehabilitierungsgesetze ist ein erster wichtiger Schritt. Fakt ist aber, dass  
209 noch immer viele Betroffene keinerlei Entschädigung oder Unterstützung bekommen  
210 und aufgrund ihrer Geschichte, Enteignungen oder gebrochenen Biografien erneut  
211 von Armut bedroht sind. Dazu gehören auch viele Frauen, die in sogenannten  
212 venerologischen Stationen eingesperrt und fürchterlichsten Misshandlungen  
213 ausgesetzt waren. Das nehmen wir nicht hin und machen uns auf allen Ebenen für  
214 spürbare Verbesserungen und umfassende Aufarbeitung stark.

215 Um insbesondere die soziale Lage der SED-Opfer heute genauer zu analysieren,  
216 unterstützen wir das Vorhaben des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung  
217 der SED-Diktatur, eine erneute Studie zur sozialen Lage der Betroffenen auf den  
218 Weg zu bringen, da letzte Daten bereits mehr als zehn Jahre alt sind. Zur  
219 Verbesserung der sozialen Lage der SED-Opfer machen wir uns dafür stark, dass  
220 Entschädigungsleistungen für erlittenes SED-Unrecht von Bedürftigkeitsprüfungen  
221 und Partner\*inneneinkommen entkoppelt werden. Wir werden prüfen, welche Mittel  
222 zur Kompensation der durch Bedürftigkeitsprüfungen und Einbeziehung von  
223 Partner\*inneneinkommen reduzierten Entschädigungsleistungen eingesetzt werden  
224 können.

## A20 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (In Freiheit und Sicherheit leben: Innenpolitik und Justiz)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

#### 1 Polizei

2 Die Thüringer Polizist\*innen erfüllen eine wichtige und verantwortungsvolle  
3 Aufgabe. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen sie dabei unterstützen, professionelle und  
4 bürger\*innennahe Arbeit zu leisten. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren  
5 kontinuierlich die Einstellungszahlen bei der Polizei erhöht und damit den  
6 Personalabbau der CDU-geführten Vorgängerregierung beendet. Die erhöhten  
7 Einstellungszahlen stellen allerdings auch das Bildungszentrum der Polizei in  
8 Meiningen vor enorme Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das  
9 Bildungszentrum der Polizei wesentlich weiterzuentwickeln hin zu einer  
10 Polizeihochschule und zu stärken. Unter anderem streben wir eine eigene  
11 Rechtsfähigkeit für das Bildungszentrum und eine Angliederung in wesentlichen  
12 Teilen an das Wissenschaftsministerium an. Wir wollen die Forschung auch  
13 personell stärken, Professuren einrichten und somit qualifiziertes Personal  
14 halten. Neben der Einstellung von Lehrpersonal wie Dozent\*innen und  
15 Ausbilder\*innen muss nun insbesondere das Aus- und Fortbildungsangebot ausgebaut  
16 werden. Wir werden daher weiterhin für eine Verbesserung der baulichen Situation  
17 sorgen und sicherstellen, dass eine gute und fundierte Ausbildung gewährleistet  
18 ist. Eine bürger\*innennahe Polizei ist so vielfältig wie die Bürger\*innen im  
19 Land. Wir wollen den Polizeidienst offener für Frauen, queere Personen und  
20 Menschen mit Migrationshintergrund gestalten und hierfür eine umfassende  
21 Strategie entwickeln.

22 Zudem wurde die persönliche Schutzausrüstung der Polizist\*innen entscheidend  
23 verbessert. Diesen Weg werden wir weitergehen und die technische Ausstattung der  
24 Polizei, insbesondere mit modernen Kommunikationsgeräten, verbessern.  
25 Insbesondere die flächendeckende Ausstattung mit mobilen Endgeräten soll hier  
26 eine hohe Priorität haben, damit unter anderem die Auftragsvergabe schnell und  
27 rechtssicher erfolgen kann. Wir lehnen die flächendeckende Einführung von Tasern  
28 strikt ab. Wir sind offen, was den Einsatz neuer Technik betrifft, er muss aber  
29 immer verhältnismäßig und bürgerrechtsfreundlich erfolgen. Zu einer modernen und  
30 bürger\*innennahen Polizei gehört für uns auch eine Onlinewache. Dadurch können  
31 Bürger\*innen Strafanzeigen auch online erstatten und müssen nicht den Weg zur  
32 Polizeidienststelle gehen. Die Digitalisierung muss auch bei der Polizei endlich  
33 vollständig Einzug halten. Es müssen zeitgemäße Antworten auf Cyber-Kriminalität  
34 und Hass-Posts gefunden werden. Hierzu ist eine Schulung des bestehenden  
35 Personals und die Vernetzung mit anderen Behörden dringend erforderlich.

36 Das Vertrauen der Bürger\*innen in die Arbeit der Polizei steigt, wenn sie  
37 transparent arbeitet. Polizeikräfte sind nicht immer davor gefeit, im Dienst  
38 Fehler zu begehen oder unverhältnismäßig zu handeln. Deshalb und um  
39 Polizist\*innen vor falschen Anschuldigungen zu schützen, haben wir die  
40 Kennzeichnungspflicht eingeführt. Diese wollen wir nun auch gesetzlich  
41 verankern. Wir wollen die Erfahrungen auswerten und werden diese Erkenntnisse in  
42 eine Bundesratsinitiative für eine bundesweite Kennzeichnungspflicht einfließen  
43 lassen, denn wenn Polizist\*innen aus anderen Bundesländern in Thüringen

44 eingesetzt werden, tragen sie aufgrund der dortigen Regelungen oft keine  
45 Kennzeichnung. Mit der Einführung der Polizeivertrauensstelle als  
46 niedrigschwellige Ansprechstelle für Bürger\*innen wurde ein weiterer Baustein  
47 für eine transparentere Polizei gesetzt. Mit dem Haushalt 2021 haben wir sie  
48 weiter personell gestärkt. Wir wollen die Stelle zu einer institutionell-  
49 hierarchisch unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle auch für Polizeibeamt\*innen  
50 weiterentwickeln und ihre Befugnisse erweitern. Konkret heißt das, dass diese  
51 Stelle nicht nur das Beschwerdemanagement übernehmen und hier auf Mediation  
52 setzen soll, sondern im Zweifel auch Ermittlungen gegen Polizist\*innen  
53 durchführen kann. Um eine stärkere Weisungsunabhängigkeit zu gewährleisten,  
54 wollen wir die Stelle am Landtag statt wie bisher im Innenministerium ansiedeln.  
55 Für den Kontakt mit Beschwerdeführenden sollen Beschäftigte zuständig sein, die  
56 keine (ehemaligen) Polizist\*innen sind. Nicht zuletzt setzen wir uns auch dafür  
57 ein, dass die Stelle weiterhin umfassend Rechenschaft über ihre Tätigkeit  
58 ablegt, um selbst dem Anspruch der Transparenz gerecht zu werden. Für die  
59 strafrechtliche Verfolgung von Anzeigen gegen Polizeibeamt\*innen werden wir ein  
60 spezialisiertes Dezernat bei einer Staatsanwaltschaft einrichten, welches für  
61 die Ermittlungen gegen Polizist\*innen zuständig ist. Dabei muss sichergestellt  
62 sein, dass die enge Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei in  
63 strafrechtlichen Angelegenheiten die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der  
64 Staatsanwaltschaft bei der Strafverfolgung nicht gefährdet. Mit all diesen  
65 Maßnahmen wollen wir uns dem Weg anderer europäischer Länder anschließen und  
66 auch in Thüringen Polizeigewalt und anderen Arten des Machtmissbrauchs durch  
67 Polizist\*innen konsequent begegnen.

68 Die Polizei muss angemessen auf neue Bedrohungen reagieren können und dafür  
69 bestmöglich ausgestattet sein. Neue Vorschläge in der Innen- und  
70 Sicherheitspolitik werden wir als Bürger\*innenrechtspartei immer an drei  
71 Kriterien prüfen: Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Dies  
72 betrifft sowohl die Ausrüstung der Polizei, als auch die gesetzlichen Grundlagen  
73 für die Polizeiarbeit.

74 Sicherheit ist ein hohes Gut, sie darf aber nicht gegen Freiheit eingetauscht  
75 werden. Wir BÜNDNISGRÜNE beobachten mit Sorge die Verschärfung von  
76 Polizeigesetzen und zunehmende Militarisierung in einigen Bundesländern. Für uns  
77 ist das der falsche Weg. Wir verfolgen stattdessen weiter die Novellierung des  
78 bestehenden Polizeiaufgabengesetzes mit dem Ziel, ein liberales und  
79 bürger\*innenrechtsfreundliches Gesetz zu schaffen. Mit der Novellierung wollen  
80 wir Standards für das Durchführen polizeilicher Kontrollen festlegen und damit  
81 das Racial Profiling gesetzlich verbieten. In diesem Zusammenhang wollen wir  
82 auch die gesetzlichen Grundlagen für die Festlegung sogenannter Gefährlicher  
83 Orte genauer fassen und anlasslose Personenkontrollen weitestgehend unterbinden.  
84 Für Kontrollen durch die Polizei wollen wir ein Quittungssystem einführen, damit  
85 Betroffene von regelmäßigen Kontrollen dies auch nachweisen können.

86 In vielen Bereichen wird die Polizei de facto für Aufgaben gerufen, denen  
87 speziell geschulte Berufsgruppen besser und effektiver nachkommen könnten – sei  
88 es der Umgang mit Opfern häuslicher oder sexualisierter Gewalt, mit Fußballfans  
89 oder Obdachlosen, Geflüchteten oder Suchtkranken. Wenn Menschen aufgrund akuter  
90 Not, vermeintlicher Ausweglosigkeit oder einer psychischen Erkrankung sich und  
91 anderen Schaden zufügen, dann hilft es ihnen und der Gesellschaft nichts, ihnen  
92 dafür mit Gewalt zu begegnen und durch einen Polizeieinsatz die Situation  
93 möglicherweise noch mehr zu eskalieren. Zuallererst braucht es frühzeitige

94 Hilfen und Präventionsmaßnahmen, damit gar nicht erst soweit kommen kann: Wer  
95 genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu stehlen; wer bei Bedarf  
96 psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur Gefahr und wer Asylstatus  
97 genießt, muss nicht abgeschoben werden. Das Strafrecht allein kann nur Symptome  
98 bekämpfen, die gesellschaftlichen Probleme dahinter jedoch nicht lösen.

99 Und auch im akuten Notfall sind Polizist\*innen meist nicht mit den Kompetenzen  
100 ausgestattet, die es eigentlich bräuchte: Sanitäter\*innen, Streetworker\*innen  
101 und psychologische Krisenhilfe können dabei helfen, potentiell bedrohliche  
102 Situationen konfliktarm zu lösen. Durch massiven Ausbau von finanziellen und  
103 personellen Ressourcen dieser zivilen Träger schützen wir nicht nur die  
104 Betroffenen, sondern entlasten auch die Polizei. Wenn nur die Polizei genügend  
105 personelle Kapazitäten hat und nur unter der 110 rund um die Uhr jemand  
106 verfügbar ist, dann wird auch immer nur die Polizei gerufen. Das belastet  
107 Polizist\*innen mit Situationen und Einsätzen, für die sie nicht ausgebildet und  
108 ausgerüstet sind – und nimmt Betroffenen die Möglichkeit, von geschultem  
109 Fachpersonal betreut zu werden, bevor die Situation überhaupt eskaliert. Dafür  
110 müssen wir Strukturen stärken bei denen, die wirklich in Krisenintervention  
111 geschult sind – und gleichzeitig die Polizei besser darin schulen, zu  
112 deeskalieren und mit Menschen in Ausnahmesituationen umzugehen. Prävention geht  
113 vor Intervention.

114 Zur besseren Bekämpfung von vorurteilsmotivierten Straftaten schlagen wir vor,  
115 die Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zu überarbeiten und  
116 sie mit den bei der Justiz liegenden Daten zu einer Verfahrensverlaufsstatistik  
117 zu verknüpfen. Dadurch können diskriminierende und rassistische Tatmotivationen  
118 über die unterschiedlichen Phasen des strafrechtlichen Verfahrensverlaufs  
119 nachvollzogen und fundierte Erkenntnisse zur Hasskriminalität gewonnen werden.  
120 Ein weiterer Schwerpunkt wird auf dem Schutz der Berufsheimlichkeitssträger\*innen  
121 liegen. So auch die Videoüberwachung. Diese wollen wir nur gezielt und  
122 anlassbezogen einsetzen, automatisierte Auswertungstechnik lehnen wir dabei ab,  
123 ihr Einsatz muss kontinuierlich evaluiert werden. Wir lehnen eine Aufweichung  
124 bestehender Sicherheitsstandards im IT-Bereich ebenso ab wie den Versuch von  
125 Sicherheitsbehörden, Zugang zu End-zu-End-Verschlüsselungen und smart-home-  
126 Diensten zu erhalten.

127 Bei der Aufklärung der Verbrechen des NSU sowie der Fehler der Behörden bei der  
128 Aufklärung ist ein erschreckendes Versagen und befremdliches Aufgabenverständnis  
129 des Verfassungsschutzes zutage getreten. Daher haben wir die hochumstrittene V-  
130 Mann-Praxis stark eingeschränkt. Die Abschaffung des Verfassungsschutzes werden  
131 wir in der nächsten Wahlperiode überprüfen. Hierfür werden wir einen  
132 wissenschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Diskurs vorantreiben. Wir wollen  
133 die Arbeit des Verfassungsschutzes daher, vor allem unter Berücksichtigung der  
134 Erkenntnisse aus den Untersuchungsausschüssen, weiter kritisch begleiten, uns  
135 für die Fortsetzung der angestoßenen Reformen einsetzen und dabei insbesondere  
136 die wissenschaftliche Analysefähigkeit weiter stärken. Die Arbeit des NSU-  
137 Untersuchungsausschusses in Thüringen hat zwei Wahlperioden gedauert. Aber noch  
138 immer sind einige Fragen nicht klar beantwortet, unter anderem die Fragen, wieso  
139 ausgerechnet diese Opfer getötet wurden, wer zum NSU-Unterstützer\*innennetzwerk  
140 gehört hat und inwieweit Verflechtungen mit der organisierten Kriminalität  
141 existierten. Wir setzen uns deshalb für eine Fortführung der Aufklärung ein,  
142 beispielsweise durch einen weiteren Untersuchungsausschuss in der neuen  
143 Legislatur. Als besonderes Zeichen der Verantwortung haben wir die Opfer-

144 Familien des NSU-Terrors in dieser Legislatur mit 1,5 Millionen Euro  
145 entschädigt. Weiterhin werden wir prüfen, ob eine bundesweite Enquete-Kommission  
146 zum NSU eingerichtet werden kann, um die Erkenntnisse aus den unterschiedlichen  
147 Bundesländern und dem Bund zusammenzuführen und offene Fragen zu beantworten.

148 Während sich die Geheimdienste bundesweit immer mehr vernetzen und Informationen  
149 austauschen, ist dies für Mitglieder der parlamentarischen Kontrollgremien unter  
150 anderem aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften nicht möglich. Eine effektive  
151 parlamentarische und damit demokratische Kontrolle ist daher derzeit nur sehr  
152 begrenzt umsetzbar. Bei gemeinsamen und verbundenen Tätigkeiten mehrerer  
153 Sicherheitsbehörden beschränkt sich die jeweilige parlamentarische Kontrolle nur  
154 auf die Teilarbeit der dem jeweiligen Land oder dem Bund zugeordneten Behörde.  
155 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Geheimhaltungsvorschriften und die  
156 zugehörigen Gesetze so verändert werden, dass ein regelmäßiger Austausch der  
157 Kontrollgremien untereinander möglich wird. Erst dadurch kann eine effektive  
158 Kontrolle der Geheimdienste gewährleistet werden. Dazu werden wir eine  
159 Bundesratsinitiative anstoßen und wenn diese erfolgreich ist, die nötigen  
160 Änderungen im Thüringer Verfassungsschutzgesetz vornehmen.

161 Zur effektiven Kontrolle der Geheimdienste gehört auch, dass alle im Landtag  
162 vertretenen Fraktionen im Parlamentarischen Kontrollgremium vertreten sind. Es  
163 kann nicht sein, dass von sechs im Landtag vertretenen Parteien nur drei einen  
164 Anspruch auf einen Sitz im Kontrollgremium haben. Der Vertretungsanspruch findet  
165 seine Grenzen aber bei Fraktionen, die verfassungsfeindliche Positionen  
166 vertreten und deshalb im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen. Wir werden in der  
167 nächsten Legislatur den Diskussionsprozess zu einer derartigen Gesetzesänderung  
168 starten. Dabei muss sichergestellt werden, dass (parlamentarische)  
169 Minderheitenrechte gewahrt bleiben und das Kontrollgremium dennoch arbeitsfähig  
170 ist. In der vergangenen Legislaturperiode ist dies leider nicht gelungen.

171 Auch durch die Polizei werden Vertrauenspersonen ähnlich wie beim  
172 Verfassungsschutz eingesetzt. Diese Polizeipraxis untersteht keiner  
173 parlamentarischen Kontrolle. Der Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin und  
174 der Einsatz von Vertrauenspersonen der Polizei im Umfeld des Täters haben  
175 gezeigt, dass auch in diesem Bereich der Sicherheitsarchitektur eine  
176 parlamentarische Kontrolle notwendig ist.

177 Aufstehen gegen Rechts

178 Die Ausprägungen des Rechtsextremismus in Thüringen sind vielfältig und  
179 facettenreich. Neben den Rechts-Rock-Konzerten, die Tausende Neonazis nach  
180 Thüringen ziehen, treffen sie sich bei Liederabende, in Sportgruppen,  
181 Ladengeschäften, unter Reichsbürger\*innen oder Gruppen von  
182 Rechtseoteriker\*innen.

183 Völkische Bewegungen tauchen vielerorts in unserem Freistaat auf und versuchen  
184 gezielt die strukturellen Schwächen mancher Regionen zu nutzen um mögliche  
185 "Siedlungen" auszubauen. Die Ländliche Regionen stehen allgemein im Fokus  
186 rechter Strukturen, es ist unsere Pflicht kein Ort mit dieser Problematik allein  
187 zu lassen. Denn die Zivilgesellschaft kann viel, aber nicht die Angriffe auf das  
188 Zusammenleben aller abwehren. Die Gefahr von Rechts für unsere Demokratie ist  
189 stets da, in Beleidigungen, Körperverletzungen und Morden, in Bestrebungen, ihre  
190 menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten. Deswegen bleiben wir als  
191 BÜNDNISGRÜNE weiterhin wachsam, beobachten die Entwicklungen in der extrem

192 rechten Szene aufmerksam und lehnen rassistisches und menschenfeindliches  
193 Gedankengut jeglicher Form ab.

194 Die Veranstaltung großer Rechts-Rock-Konzerte in Thüringen führt wegen ihrer  
195 Verherrlichung rechter und nationalsozialistischer Ideologie immer wieder zu  
196 unrühmlicher Aufmerksamkeit in den bundesweiten Medien. Genauso erfährt aber der  
197 großartige zivilgesellschaftliche Protest gegen diese Veranstaltung viel  
198 Anerkennung. Wir stehen fest an der Seite der vielen Protestierenden,  
199 Initiativen, Bündnisse oder Gemeinden und werden dieses zivilgesellschaftliche  
200 Engagement weiter stärken. Denn das ist eine wichtige Form der  
201 Auseinandersetzung gegen Hass und Hetze. In den vergangenen Jahren, ist das  
202 Auftreten und Agieren rechter Strukturen vielerorts erstarkt. Der Schutz der  
203 freie Meinungsäußerung ist für uns ein hohes Gut. Jedoch muss ein Unterschied  
204 gemacht werden, wenn im Ziel rechter Parolen das Abschaffen des Staats ist, der  
205 diese Freiheit bietet. Der Fokus muss hingegen auf dem Schutz und der  
206 Entkriminalisierung von Initiativen und der Bevölkerung liegen, die sich gegen  
207 die Gefahren von Rechts stellen. Die Einführung eines Versammlungsrechts zur  
208 Verhinderung von Rechts-Rock-Konzerten lehnen wir jedoch ab. Statt eines solchen  
209 Versammlungsverhinderungsgesetzes werden wir ein liberales  
210 Versammlungsfreiheitsgesetz für Thüringen erarbeiten und verabschieden, wie  
211 bereits oben erwähnt.

212 In den letzten Jahren werden Kampfsportveranstaltungen wie Boxen, K-1 oder Mixed  
213 Martial Arts (MMA) immer mehr ein integrativer Teil von Rechts-Rock-  
214 Veranstaltungen. Kampfsport muss in der Fortsetzung der Wehrsportübungen gesehen  
215 werden und zieht extreme Rechte an, weil dieser dem Straßenkampf am nächsten  
216 ist. Eine öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema ist noch wenig vorhanden,  
217 besonders dann, wenn extreme Rechte Kampfsportkurse für Minderjährige anbieten.  
218 Deswegen braucht es Sensibilisierungsangebote für Sport- und Kampfsportvereine  
219 sowie für Veranstaltungsorganisator\*innen. Kampfsportveranstaltungen dürfen  
220 keine Orte werden, wo Sportler\*innen zu szenetypischer Musik einlaufen und  
221 rechtsextreme Symbole als Tattoos oder auf Kleidung gezeigt werden können.

222 Deswegen bleibt Prävention durch Aufklärung eine der wichtigsten Maßnahmen gegen  
223 rechte Ideologien. Diese haben sich in ihren Erscheinungsformen sichtbar  
224 vervielfältigt. Die finanzielle Stärkung der Forschungs- und Beratungsstrukturen  
225 gegen Rechtsextremismus in Thüringen ist uns BÜNDNISGRÜNEN ein wichtiges  
226 Anliegen.

227 Staatliche Sicherheitsbehörden sind gegen extreme Rechte nicht immun. Das haben  
228 die Enthüllungen in den letzten Jahren über rechte Netzwerke und Chatgruppen in  
229 den Streitkräften und in der Polizei gezeigt. Die Debatte hat durch die Black-  
230 Lives-Matter-Proteste in den USA auch in Deutschland noch weiter an Fahrt  
231 aufgenommen. Eine wissenschaftliche Grundlage über extreme Rechte und  
232 rassistische Einstellungen in den Sicherheitsbehörden gibt es nicht. Eine  
233 belastbare Datengrundlage ist daher durch eine unabhängige Forschungsstelle zu  
234 schaffen.

235 Feuerwehr

236 Die Feuerwehren sind nicht nur Rückgrat der Brandbekämpfung und des  
237 Katastrophenschutzes, die Freiwilligen Feuerwehren leisten darüber hinaus einen  
238 unschätzbaren Beitrag zum Gemeinwohl in den Städten und Dörfern. Wir werden  
239 denen, die uns helfen, den Rücken stärken und ihnen helfen, ihren Nachwuchs zu

240 sichern. Dies funktioniert einerseits durch eine verbesserte Jugendarbeit, wir  
241 wollen aber auch den ehrenamtlichen Einsatz in der Feuerwehr unter anderem für  
242 Frauen und Migrant\*innen interessanter machen, da diese dort bisher  
243 unterrepräsentiert sind.

244 Doch eine verstärkte Jugendarbeit wird nicht ausreichen, um die Feuerwehren für  
245 den demografischen Wandel zu rüsten. Wir wollen gemeinsam mit den Feuerwehren  
246 neue Wege suchen, um diesem Wandel zu begegnen. Dabei wollen wir zum Beispiel  
247 diskutieren, ob hauptamtliche Strukturen gestärkt werden, Altersgrenzen  
248 überprüft bzw. flexibler gestaltet werden oder der Quer- bzw. Späteinstieg  
249 erleichtert werden sollten.

250 Für ihre Einsätze sind die Feuerwehren auf eine moderne Ausstattung angewiesen.  
251 Die Erneuerung ihres Fuhrparks kommt bereits gut voran. Jedoch stehen gerade  
252 kleinere Feuerwehren oft vor dem Problem, dass sie moderne Fahrzeuge nicht in  
253 den vorhandenen Stellplätzen unterbringen oder ausreichend Schutzkleidung  
254 anschaffen können. Wir wollen die Kommunen hier gezielt unterstützen, damit sie  
255 ihre Gebäude an die neuen Herausforderungen anpassen können. Doch auch die  
256 Anschaffung der Fahrzeuge selbst muss für die Kommunen günstiger und einfacher  
257 werden - zum Beispiel über gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, gefördert durch das  
258 Land. Die Landesfeuerweherschule leidet seit Jahren an einer ungenügenden  
259 Personalausstattung, viele Lehrgänge fallen aus. Wir haben deshalb bereits neue  
260 Stellen an der Schule geschaffen, leider ist die Suche nach Bewerber\*innen aber  
261 schwer. Um den Dienst hier attraktiver zu gestalten, wollen wir die  
262 Arbeitsbedingungen verbessern und mit anderen Bundesländern kooperieren. Auch  
263 die bauliche Situation an der Landesfeuerweherschule muss weiter konsequent  
264 verbessert werden.

265 In immer mehr Kommunen ist die Feuerwehr zugleich Partnerin der örtlichen  
266 Wasserwehr. Da, wo es Wasserwehren gibt, sind die Kommunen besser gegen  
267 Hochwasser gewappnet. Wir werden den Kommunen mit dem Wassergesetz weiterhelfen,  
268 solche Wasserwehren zur Sicherheit der Menschen zu etablieren.

269 Justiz

270 Das Vertrauen der Bürger\*innen in eine funktionierende unabhängige Justiz ist  
271 das Fundament für einen lebensfähigen Rechtsstaat. Nach Jahren des  
272 Personalabbaus haben wir deshalb in der aktuellen Legislatur die  
273 Leistungsfähigkeit von Justiz und Justizvollzug durch mehr Personal, die  
274 Erhöhung der Auszubildendenplätze und bessere Ausstattung gestärkt. Es gibt  
275 bereits jetzt mehr als 130 neue Richter\*innen und Staatsanwält\*innen in  
276 Thüringen, die dazu beitragen, dass Verfahren schnell und rechtsstaatlich  
277 durchgeführt werden und der demografischen Wandel eingeleitet wurde. Den „Pakt  
278 für den Rechtsstaat“ werden wir umsetzen. Neben den klassischen Mitteln der  
279 Streitbeilegung wollen wir außergerichtliche Möglichkeiten, wie Schlichtung und  
280 Mediation, ausbauen und stärken. Richter\*innen sollen dazu ermutigt werden, sich  
281 auf diesen Gebieten weiterzubilden und dort tätig zu werden.

282 Trotzdem wird der Bedarf an qualifiziertem Personal in der Justiz in den  
283 kommenden Jahren weiter steigen. Deshalb gilt es schon heute, den Nachwuchs von  
284 morgen auszubilden. Um zukünftig selbst noch ausreichend qualifizierte  
285 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen für die Thüringer Justiz ausbilden zu  
286 können, müssen wir das Studium und das Referendariat modernisieren. Schriftliche  
287 Prüfungen sollten im 21. Jahrhundert selbstverständlich digital geschrieben

288 werden können, wie es Sachsen-Anhalt mit dem Examen 2.0 bereits vormacht.  
289 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Verbeamtung von  
290 Referendar\*innen auf Widerruf wieder eingeführt wird und die  
291 Nebenbeschäftigungsmöglichkeiten attraktiver werden. Für die Ausbildung von  
292 ausreichend Justizmitarbeiter\*innen und Beschäftigten im Justizvollzug werden  
293 wir in den kommenden Jahren mit bis zu 30 Plätzen pro Jahr um geeignete  
294 Kandidat\*innen werben. Die Mittel für Justiz im Landeshaushalt werden wir  
295 deshalb weiter erhöhen. Sie dienen der angemessenen Entlohnung, der Schaffung  
296 neuer Stellen, der besseren Ausstattung sowie der notwendigen Sanierung von  
297 Gerichtsgebäuden und Justizvollzugsanstalten. Den Staatsvertrag mit Sachsen zum  
298 Bau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt wollen wir nachverhandeln mit dem  
299 Ziel eines eigenen Neubaus in Ostthüringen. Die Thüringer Justiz wollen wir fit  
300 für die digitale Zukunft machen. Die flächendeckende Einführung der  
301 elektronischen Akte werden wir weiter forcieren und die Gerichtsgebäude mit  
302 öffentlich zugänglichem WLAN ausstatten.

303 Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine moderne, effiziente, bürger\*innennahe Justiz,  
304 die durch ein System vorsorgender Rechtspflege und gezielter Prävention ergänzt  
305 wird. Die Prävention von Kriminalität lohnt sich, durch sie werden Verbrechen  
306 gar nicht erst begangen. Das schließt die Gewalt- und Suchtprävention für  
307 Jugendliche und junge Erwachsene mit ein. Für Bagatelldelikte wie zum Beispiel  
308 Containern oder das Erschleichen von Leistungen im ÖPNV/SPNV wollen wir Haft-  
309 oder Ersatzfreiheitsstrafen mit anderen, auch außergerichtlichen Konsequenzen  
310 vermeiden. Wir unterstützen die Initiative für ein Cannabis-Kontrollgesetz, um  
311 einen kontrollierten, legalen Markt für Cannabis zu schaffen. Erwachsene  
312 Konsument\*innen werden auf diese Weise entkriminalisiert und der illegale  
313 Verkauf an Kinder und Jugendliche eingedämmt. Diese Maßnahmen sind nicht nur  
314 gesellschaftlich geboten, sie entlasten auch den Strafvollzug und die Polizei.  
315 Für diese Initiativen werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

316 Selbst unter den menschenmöglich besten Umständen unterlaufen Menschen manchmal  
317 Fehler, leider auch in der Justiz. Wir werden einen  
318 Justizopferentschädigungsfonds einrichten, damit wenigstens die materiellen  
319 Folgen von Fehlurteilen ausgeglichen werden können.

320 Die Resozialisierung straffällig gewordener Personen, die Begleitung ihrer  
321 Rückkehr in die Gesellschaft, ist eine der zentralen Aufgaben des Strafvollzugs.  
322 Eine gute Resozialisierung beginnt mit dem ersten Tag der Haft, nicht erst mit  
323 der Haftentlassung. Sie senkt das Rückfallrisiko und dient damit dem Schutz  
324 Betroffener. Wir wollen deshalb Therapie-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote  
325 noch besser in den Strafvollzug integrieren. Die Resozialisierung hat in der  
326 Gegenwart auch eine digitale Komponente. Haft darf nicht automatisch ein  
327 Offline-Leben bedeuten. Außerdem wollen wir auch eine unabhängige muslimische  
328 Gefängnisseelsorge sicherstellen.

329 Nach einer Haft sind Ausbildung, Job, Wohnung und hilfreiche Sozialkontakte die  
330 entscheidenden Kriterien für einen gelingenden Übergang in ein Leben ohne  
331 Kriminalität. Deshalb wollen wir die Betreuungsangebote nach der Haftentlassung  
332 deutlich verbessern. Besonders wichtig sind uns funktionierende Netzwerke, die  
333 eine durchgängige Betreuung und die Zusammenarbeit aller betroffenen Behörden in  
334 und nach dem Strafvollzug sicherstellen. Das „Professionelle  
335 Übergangsmanagement“ ist in diesem Bereich sehr erfolgreich. Wir wollen es  
336 weiterentwickeln, landesweit ausbauen und verstetigen. Hierfür werden wir ein

- 337 Landesresozialisierungsgesetz erarbeiten, um die vielen Akteur\*innen in diesem
- 338 Bereich wesentlich besser auszustatten, zu unterstützen und zu vernetzen.

## A21 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Das menschliche Thüringen gestalten: Migration und Zusammenleben)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

#### 1 Allgemeines

2 Offenheit und Vielfalt sind für uns BÜNDNISGRÜNE eine Bereicherung unseres  
3 Landes. Geflüchtete aufzunehmen ist unsere menschliche Verpflichtung, für  
4 Zuwanderung offen zu sein ist verantwortungsbewusst. Menschen, die sich bei uns  
5 einbringen, hier arbeiten und sich ein Leben aufbauen wollen, machen Thüringen  
6 vielfältiger und mit ihnen können wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Unser  
7 Grundgesetz ist das Fundament für ein gutes, friedliches Zusammenleben aller  
8 Menschen in unserem Land. Gegenseitige Anerkennung, Respekt, Gleichberechtigung  
9 und Chancengleichheit sind wichtige Eckpfeiler. Das menschliche Thüringen  
10 braucht alle hier lebenden Menschen, denn Integration ist keine Einbahnstraße.

11 Schauen wir nicht weg: Flucht und Verfolgung sind leider an vielen Orten auf der  
12 Welt schreckliche Realität. Etwa 80 Millionen Menschen waren Ende 2019 weltweit  
13 auf der Flucht. Die wenigsten davon erreichen überhaupt Europa. Auf diejenigen  
14 die es hierher schaffen, warten viel zu oft überforderte Staaten in Süd- und  
15 Osteuropa und in dessen Folge überfüllte, katastrophale Lager wie auf den  
16 griechischen Inseln, die kaum zu ertragen sind.

17 Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist daher genauso wichtig wie der Schutz jener  
18 Menschen, die zu uns kommen. Wir stehen für umfassende gesellschaftliche  
19 Teilhabe und einen menschenwürdigen Umgang mit allen Geflüchteten, egal ob sie  
20 nur für einen begrenzten Zeitraum oder dauerhaft bei uns leben. Und das ist mehr  
21 als eine warme Mahlzeit und ein Dach über dem Kopf. Dazu gehört auch das Recht  
22 auf Bildung für alle von Anfang an. Sprache ist schließlich der Schlüssel zur  
23 Teilhabe und gelingenden Integration.

24 Die faire und rechtsstaatliche Prüfung des Anspruchs auf Schutz und Asyl ist  
25 elementar, weitere Verschärfungen des Asylrechts sind es nicht. Wir lehnen das  
26 Konstrukt sicherer Herkunftsstaaten aus grundsätzlichen Erwägungen ab.  
27 Abschiebungen in Krisenregionen müssen verboten werden. Das individuelle  
28 Grundrecht auf Asyl darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Bereits erfolgte  
29 Asylrechtsverschärfungen erhöhen die Unsicherheit und den Beratungsbedarf. Daher  
30 werden wir die individuelle und behördenunabhängige Asylverfahrensberatung im  
31 ganzen Land gewährleisten.

32 Ergänzend wollen wir unabhängige und ehrenamtliche Unterstützungsnetzwerke  
33 fördern und für besonders schutzbedürftige Geflüchtete (Opfer von  
34 Menschenhandel, LSBTTIQ\*, Traumatisierte, Behinderung, allein reisende Frauen,  
35 umF/ Kinder etc.) spezialisierte Beratungs- und Unterstützungsangebote  
36 etablieren.

37 Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene wollen wir  
38 weiterhin abschaffen.

#### 39 Integrationskonzept

40 Die Integration und gesellschaftliche Teilhabe der zu uns Eingewanderten und  
41 Geflüchteten ist uns ein besonderes Anliegen. Dafür haben wir alle Bereiche von  
42 der Ankunft bis zur Integration federführend in einem Ministerium gebündelt, das  
43 die Zuständigkeit für Migration nicht nur im Namen trägt. Wir nutzen die wenigen  
44 bundesrechtlichen Spielräume für eine menschenrechtsorientierte  
45 Flüchtlingspolitik. Zusammen mit vielen Menschen überall in Thüringen haben wir  
46 ein Integrationskonzept entwickelt und umgesetzt, in dessen Ziele und Maßnahmen  
47 wir weiter investieren werden: Verbesserung des Spracherwerbs als Schlüssel zur  
48 Integration, Nachholen von schulischer Bildung und Arbeitsmarktintegration von  
49 erwachsenen Migrant\*innen, Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und  
50 Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge und vieles mehr.

51 Mit einem neuen alle Integrations- und Migrationsaufgaben umfassenden Amtes für  
52 Migration wollen wir diesen Weg weitergehen, Verwaltungsstrukturen effizient  
53 bündeln und dabei Doppelzuständigkeiten abbauen.

54 Die medizinische Versorgung von Geflüchteten wurde durch die Einführung der  
55 elektronischen Gesundheitskarte und einen erweiterten Leistungskatalog in den  
56 vergangenen Jahren deutlich verbessert. Die psychosoziale und therapeutische  
57 Versorgung werden wir weiter stärken und die medizinische Versorgung von  
58 Menschen ohne Papiere durch den anonymen Krankenschein weiter sicherstellen. Die  
59 Sars-Cov2-Pandemie hat zudem verdeutlicht, welche Risiken die  
60 Gemeinschaftsunterbringung mit sich bringt. Insbesondere Covid-19-Risikogruppen  
61 sollten daher unbedingt dezentral untergebracht sein.

62 Das Recht auf Bildung gilt auch für Zugewanderte. Damit Bildungsangebote in  
63 Anspruch genommen werden können, braucht es Bildungsberatung und Sprachförderung  
64 von Anfang an. Neben dem wichtigen Erwerb der deutschen Sprache trägt zum  
65 gelingenden Spracherwerb auch das Beherrschen der jeweiligen Herkunftssprache  
66 bei, das wir fördern wollen.

67 Mit den Landesprogrammen Start Deutsch\* und Start Bildung\* haben wir  
68 Förderlücken geschlossen und die Sozialbetreuung in den Unterkünften  
69 schrittweise verbessert. Die Vorbereitungsklassen an den Berufsschulen müssen  
70 allerdings besser mit Personal ausgestattet werden. Dazu gehört auch die  
71 Unterstützung mit Angeboten der Schulsozialarbeit für Geflüchtete.

72 Die Integrationsarbeit war und ist undenkbar ohne die Hilfe unzähliger Menschen,  
73 die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich engagieren. Ihnen gebührt unser Dank!  
74 Sie zu unterstützen bleibt wichtig. Daher verstetigen wir die professionelle  
75 Ehrenamtskoordinierung im Büro der Thüringer Beauftragten für Integration,  
76 Migration und Flüchtlinge und setzen uns weiter für die verlässlichen Förderung  
77 der Integrationsarbeit ein, die wir bereits in den vergangenen Jahren deutlich  
78 ausbauen konnten

79 Die erreichten Erfolge in der Integrationspolitik wollen wir fortsetzen, es  
80 bleibt noch eine Menge zu tun. Basis dafür ist die dauerhafte Umsetzung und  
81 solide Finanzierung des Thüringer Integrationskonzepts unter Mitwirkung einer  
82 gestärkten Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge. Mit einem  
83 echten Integrations- und Teilhabegesetz wollen wir die Integrationsförderung  
84 bündeln und die Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge  
85 gesetzlich verankern.

86 Die unabhängige Netzwerk-, Qualifizierungs- und Beratungsarbeit des Thüringer  
87 Flüchtlingsrates e.V. werden wir weiter fördern, ebenso wie wir unser Augenmerk  
88 auf stabile möglichst mehrjährige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen

89 Angesichts von Kriegen, Folgen des Klimakrise, Umweltzerstörung und Armut ist  
90 die Bekämpfung von Fluchtursachen eine immense Herausforderung für  
91 internationale Politik – eine Verantwortung, vor der wir uns nicht wegducken  
92 dürfen. Wir tragen durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften eine  
93 Mitverantwortung für die durch die fortschreitende globale Erwärmung ausgelösten  
94 Dürren und die Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Menschen  
95 als Folgen einer falschen globalen Agrarpolitik. Fluchtursachen zu bekämpfen  
96 heißt internationale Konflikte diplomatisch zu lösen, fairen Welthandel und  
97 nachhaltige Entwicklung zu gestalten und die Klimakrise zu bekämpfen.

98 Geflüchtete Menschen werden auch in Zukunft Schutz bei uns suchen. Abschottung  
99 ist keine Lösung. Stattdessen gilt es, eine europäische Flucht und Asylpolitik  
100 zu vereinbaren, die sichere und legale Fluchtwege eröffnet, Familiennachzug  
101 ermöglicht und eine solidarische Aufnahme und Verteilung in den europäischen  
102 Mitgliedsstaaten ermöglicht. Deshalb hat auf unseren Antrag hin der Thüringer  
103 Landtag den Freistaat zum "Sicheren Hafen" erklärt. Aus diesem Grund  
104 unterstützen wir BÜNDNISGRÜNE auch die Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Das  
105 Engagement ehrenamtlicher Retter\*innen darf nicht kriminalisiert oder unnötig  
106 erschwert werden. Kommunen, die bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende  
107 aufzunehmen, wollen wir dabei auch finanziell unterstützen. Auch wenn der Bund  
108 sich zunehmend quer stellt - wir werden weiterhin für Landesaufnahme- und  
109 Relocationprogramme werben und streiten, die besonders schutzbedürftige  
110 Geflüchtete aus den katastrophalen Bedingungen an der europäischen Außengrenze  
111 oder anderen Drittstaaten herausholen. Jahrelange Trennung der Geflüchteten von  
112 ihren Familien kann zu enormen Belastungen und Ängsten führen. Alle Menschen  
113 sollten unabhängig von ihrer Herkunft das Recht auf ein Zusammenleben mit ihrer  
114 Familie haben, auch in unserem Land. Europa darf nicht zur Festung, seine  
115 Außengrenze nicht zur Todeslinie werden.

116 Zu uns geflüchtete Menschen sollen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive  
117 möglichst schnell ein selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen  
118 Leben teilhaben können. Das beginnt bei dezentralem Wohnraum nach der Ankunft,  
119 der zügig zur Verfügung gestellt werden soll.

120 Insbesondere werden wir die Verfahren und Strukturen der Erstaufnahme weiter  
121 verbessern und modernisieren, die Beratungs- und Schutzbedarfe der Geflüchteten  
122 beachten, die bedarfsgerechte individuelle Gesundheitsversorgung sicherstellen  
123 und die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme so kurz wie möglich gestalten.  
124 Anker- oder Abschiebezentren wird es mit uns nicht geben. Das Recht der Menschen  
125 auf Privatsphäre gilt selbstverständlich auch in der Erstaufnahmeeinrichtung.

126 Das Flüchtlingsaufnahmegesetz werden wir so verändern, dass die dezentrale  
127 Unterbringung in Wohnungen konsequent gefördert sowie die eigenständige  
128 Wohnsitznahme durch private Anmietungen ermöglicht wird. In Ballungszentren soll  
129 der soziale Wohnungsbau auch für Geflüchtete ausgebaut werden. Zudem braucht es  
130 mehr barrierefreie Unterkünfte in den Kommunen.

131 Die Standards in den Unterkünften werden wir weiter verbessern. Unter den  
132 Geflüchteten befinden sich schließlich viele schutzbedürftige Menschen, vor  
133 allem Kinder und Jugendliche, traumatisierte Geflüchtete oder allein reisende

134 Frauen. Bereits in der Erstaufnahme soll daher eine bedarfsgerechte Begleitung  
135 und Unterstützung erfolgen und in den Unterkünften konsequent Gewaltschutz und  
136 Privatsphäre gewährleistet werden.

137 Alle Geflüchtete, die einen Ausbildungsplatz haben, sollen einen sicheren  
138 Aufenthaltsstatus bekommen und sich nach Abschluss eine dauerhafte Beschäftigung  
139 suchen können. Die "3+2-Regelung", die derzeit einen fünfjährigen  
140 Abschiebeschutz für Geflüchtete aus nicht-sicheren Herkunftsländern ermöglicht,  
141 verschafft Ausbildungsbetrieben in Handwerk und Wirtschaft mehr  
142 Planungssicherheit. Diese Regelung soll weiter ausgebaut werden und unabhängig  
143 von den Herkunftsländern gelten. Menschen, die erfolgreich eine Ausbildung  
144 absolviert haben, sollen ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. Arbeits- und  
145 Ausbildungsverbote halten wir allerdings für grundfalsch. Unser Ziel ist, dass  
146 diese Verbote vollständig aufgehoben werden. Wir werden verstärkt auf die  
147 Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen achten und den Zugang zu  
148 Beratungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitnehmer\*innen erweitern. Zur  
149 Integration in den Arbeitsmarkt sollen die Verfahren zur Anerkennung von  
150 ausländischen Qualifikationen verbessert und Weiterbildungsmöglichkeiten  
151 erleichtert werden.

152 Einwanderungsgesetz

153 Dass Deutschland während der Pandemie am Laufen blieb, ist insbesondere auch  
154 Menschen mit Migrationshintergrund zu verdanken. Viele Zugewanderte arbeiten in  
155 systemrelevanten Berufen, in der Landwirtschaft, der Lebensmittelbranche oder in  
156 Krankenhäusern, Arztpraxen und Laboren. Wir brauchen Fachkräfte, deren Ideen und  
157 Motivation. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Zugewanderte einfacher einen  
158 Arbeitsplatz bei uns suchen können.

159 Deshalb fordern wir seit Jahren ein modernes Einwanderungsgesetz. Mit der  
160 Einführung einer Talentkarte auf der Grundlage eines Kriterien basierten  
161 Punktesystems kann flexibel auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes reagiert werden.  
162 Gleichzeitig bietet sie Einwanderungswilligen ein transparentes und faires  
163 Verfahren. Eine Einwanderungskommission in diesem System soll jährlich den  
164 Arbeitskräftebedarf neu abschätzen und steuern, Mangelberufe frühzeitig erkennen  
165 und gleichzeitig auch die Problematik des sogenannten Braindrain aus den  
166 Herkunftsstaaten berücksichtigen. Auch der Spurwechsel zwischen Asyl- und  
167 Einwanderungsrecht muss klar geregelt werden, damit Asylbewerber\*innen bei  
168 entsprechender Qualifikation leichter eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die  
169 Aufnahme von Arbeitskräften darf sich nämlich nicht nur nach wirtschaftlichen  
170 oder arbeitsmarktpolitischen Interessen richten.

171 Am Ende gelungener Integration kann die deutsche Staatsbürger\*innenschaft  
172 stehen. Wir halten daran fest, dass auch doppelte Staatsbürger\*innenschaften  
173 möglich sind. Wer durch Geburt zwei Staatsangehörigkeiten hat, soll nicht  
174 künstlich gezwungen werden, eine von beiden aufzugeben. Wir wollen die  
175 politische Beteiligung hier lebender Ausländer\*innen steigern und dazu neue Wege  
176 beschreiten. Die Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds ist wesentlicher Teil  
177 der Teilhabe. Wir werden deshalb auch Nicht-EU-Bürger\*innen das aktive und  
178 passive kommunale Wahlrecht ermöglichen. Und wir unterstützen die Einrichtung  
179 weiterer kommunaler Integrationsbeiräte und ihre Einbindung in politische  
180 Entscheidungsprozesse.

181 Zusammenleben

182 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen bei der Personalgewinnung für den öffentlichen Dienst  
183 diversity-orientierte Ansätze nutzen und so die Repräsentativität in der  
184 Beschäftigtenstruktur hinsichtlich unterschiedlicher Vielfaltsdimensionen wie  
185 beispielsweise bei Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der  
186 öffentlichen Verwaltung und in sozialen Einrichtungen verbessern. Dafür braucht  
187 es mehr Antirassismus- und Diversitätstrainings sowie Angebote von Schulungen  
188 für kultursensibles Verhalten in Behörden, Kitas, Schulen und Krankenhäusern,  
189 also an Orten, an denen Menschen häufig mit Zugewanderten und Geflüchteten  
190 arbeiten. Genauso ist für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft die  
191 Integrations- und Kulturarbeit der Migrant\*innenorganisationen unverzichtbar.  
192 Wir werden sie weiter fördern und dafür auch die professionelle  
193 Ehrenamtskoordination verstetigen. Auch das Netz der Migrations-  
194 Beratungsstellen (Migranetz) soll flächendeckend ausgebaut werden. In einem  
195 partizipativen Prozess wollen wir zusammen mit zivilgesellschaftlichen  
196 Institutionen einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung  
197 erarbeiten.

198 Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung betreffen leider auch viele  
199 Geflüchtete. Daher haben wir ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt  
200 geschaffen, das wir weiterentwickeln wollen. Es sind jedoch nicht nur  
201 Geflüchtete, sondern viele Menschen insgesamt betroffen. Aus diesem Grund und  
202 zur Stärkung der Rechte von Betroffenen setzen wir uns grundlegend für die  
203 Aufnahme einer Klausel gegen Antisemitismus und Rassismus sowie gegen Homo- und  
204 Transphobie in die Landesverfassung ein. Förderprogramme für prodemokratische,  
205 antifaschistische und antirassistische Bildungsarbeit wollen wir stärken und  
206 auch die Antidiskriminierungsarbeit gesetzlich besser verankern. Ein  
207 flächendeckendes Beratungsnetz für von Diskriminierung Betroffene halten wir für  
208 unabdingbar, genauso wie wir uns konsequent gegen institutionelle  
209 Diskriminierung und Racial Profiling wenden.

## A22 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Vorwärts in die Zukunft: Digitalisierung)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Die Covid19-Krise hat uns erneut gezeigt, dass Digitalisierung in Deutschland  
2 vielerorts noch Neuland ist. Dabei sind wir mitten drin im digitalen Wandel:  
3 Videotelefonie, Navigation im Auto oder der Einkauf im Netz sind spätestens  
4 jetzt aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Internet of Things, Industrie  
5 4.0 oder Künstliche Intelligenz sind die Bereiche, in denen heute Innovationen  
6 stattfinden, die morgen unser Leben verändern werden. In allen Bereichen, in  
7 denen Digitalisierung voranschreitet, eröffnet sie neue Möglichkeiten und neue  
8 Horizonte, zeigen uns aber auch die Notwendigkeit von digitaler Bildung.

9 Wir sind uns bewusst, dass rasanter Wandel auch Verunsicherung hervorruft. Viele  
10 Menschen sorgen sich auch um ihre Rechte und die Sicherheit ihrer Daten, sie  
11 befürchten Onlinebetrug oder beobachten mit Sorge die Zunahme von Hass und Hetze  
12 im Netz. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen den digitalen Wandel politisch gestalten,  
13 Innovation fördern und Antworten auf die Sorgen der Bürger\*innen geben.  
14 Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Nachhaltigkeit – das sind die Werte,  
15 die uns auch im Netz leiten, wobei der Mensch stets im Mittelpunkt steht. Wir  
16 sind uns bewusst, dass rasanter Wandel auch Verunsicherung hervorruft. Deshalb  
17 wollen wir mit unserer Politik Sorge tragen, dass die Nutzer\*innen die volle  
18 Kontrolle über ihre Daten haben. Dass sie ihre Geräte beherrschen und nicht von  
19 ihren digitalen Helfern beherrscht werden. Wir wollen dieses Prinzip  
20 einheitlicher Standards auch für große Kommunikationsplattformen und Soziale  
21 Netzwerke etablieren, damit Nutzer\*innen ihre Daten auch bei einem  
22 Anbieterwechsel mitnehmen können. Auch auf Bundes- und EU-Ebene treten wir für  
23 Netzneutralität, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und für höchste Standards beim  
24 Datenschutz und bei der IT-Sicherheit ein. Wenn der Freistaat Thüringen  
25 Softwareentwicklung beauftragt, soll diese den „Ethischen Leitlinien der  
26 Gesellschaft für Informatik e.V.“ folgen. Das Land Thüringen braucht eigene  
27 Softwareentwickler\*innen, um das öffentliche Gut einer landesweiten IT-  
28 Infrastruktur warten und erweitern zu können.

#### 29 Digitale Infrastruktur

30 Ein gute digitale Infrastruktur ist das Fundament für die digitale Gesellschaft.  
31 Ein gut ausgebautes Glasfaser- und Mobilfunknetz, nachvollziehbarer und  
32 transparenter Zugriff auf Dienste der öffentlichen Verwaltung und IT-Sicherheit  
33 sind dabei für uns von zentraler Bedeutung. Wir streben digitale Souveränität  
34 an.

35 Der Zugang zum Internet ist ein elementarer Grundbaustein der Teilhabe im  
36 digitalen Raum. Dafür ist der Breitbandausbau die Grundvoraussetzung und muss  
37 deshalb quantitativ und qualitativ wesentlich stärker betrieben werden.  
38 Ausreichende Up- und Download-Bandbreite muss gewährleistet werden. Es muss  
39 selbstverständlich werden, dass bei Ein- und Umzügen die Internet-Konnektivität  
40 ähnlich schnell hergestellt werden kann wie Anschlüsse für Strom und Wasser.  
41 Noch schleicht der Breitbandausbau in Thüringen der technischen Entwicklung  
42 hinterher. Deshalb wollen wir die flächendeckende Versorgung mittels Glasfaser  
43 schleunigst vorantreiben, indem Kapazitäten für die Verlegung erhöht werden.  
44 Dabei wollen wir Ausbaukonzepte wie etwa Verlegung in niedriger Tiefe oder das

45 Nutzen von Leerrohren evaluieren. Kommunen und Landkreise erhalten Unterstützung  
46 bei Planung und Investition, zudem schaffen wir eine effektive  
47 Landeskoordinierung zur Nutzung von Synergieeffekten bei Infrastrukturmaßnahmen.  
48 Wir wollen außerdem, dass Funklöcher im Mobilfunknetz in Thüringen endlich der  
49 Vergangenheit angehören! Das Mobilfunknetz muss schleunigst weiter ausgebaut  
50 werden, prioritär entlang aller Thüringer Bahnstrecken.

51 Informationen sind nur dann tatsächlich frei, wenn sie sich jederzeit lesen,  
52 verarbeiten oder in andere Formate umwandeln lassen. Oftmals ist das nicht der  
53 Fall und Anbieter beschränken die Nutzungsmöglichkeiten von Geräten, Apps und Daten.  
54 Wir wollen den Nutzer\*innen die Hoheit über Ihre Daten, Hard- und Software  
55 zurück geben. Deshalb setzen wir bevorzugt auf Open-Source-Lösungen, bei denen  
56 die Funktionsweisen offen nachvollziehbar sind. Der 2020 erstmals vergebene  
57 Thüringer Open-Source-Preis steht beispielhaft für die Open-Source- Strategie  
58 des Landes, die wir weiter ausbauen werden. Mit einem Förderschwerpunkt auf  
59 quelloffener Software kann sich Thüringen zu einem attraktiven IT-Standort mit  
60 überregionaler Ausstrahlung weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir, dass  
61 bei öffentlichen IT-Beschaffungen - zum Beispiel an Bildungseinrichtungen oder  
62 in der Verwaltung - quelloffene Software mit offenen Lizenzen bevorzugt wird.

63 Wenn Künstliche Intelligenz (KI) oder Algorithmen eingesetzt werden, um  
64 automatisiert Entscheidungen über Personen zu treffen, dann fordern wir, dass  
65 solche Systeme auch ethische Kriterien einhalten müssen, um möglichst  
66 vorurteilsfrei, verantwortlich und nachvollziehbar zu arbeiten. Während KI aus  
67 dem Silicon Valley häufig mit personenbezogenen Daten arbeitet, sehen wir für  
68 Thüringer Unternehmen enormes Potenzial, KI-Systeme zu entwickeln, die mit  
69 Unternehmensdaten arbeiten, um beispielsweise Prozesse effizienter und  
70 ressourcenschonender werden zu lassen.

#### 71 Verwaltungshandeln und Datenschutz

72 Digitalisierung ermöglicht mehr Transparenz in Politik und Verwaltung. Die  
73 Landesregierung hat unter unserer Mitwirkung das Thüringer E-Government-Gesetz  
74 auf den Weg gebracht, mit dem bürokratische Hürden für Bürger\*innen abgebaut und  
75 mehr Behördengänge auch über das Internet möglich werden. Wir sind den Weg  
76 weitergegangen und haben das Informationsfreiheitsgesetz zu einem  
77 Transparenzgesetz (ehemals Informationsfreiheitsgesetz) weiterentwickelt.  
78 Behördliche Dokumente sollen unter Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte  
79 prinzipiell öffentlich in einem barrierefreien Format zugänglich sein. Freier  
80 Zugang zu Informationen ist nicht nur Voraussetzung für politische und  
81 gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch für effiziente öffentliche Verwaltung  
82 und kann enorme Impulse setzen. Wir sind überzeugt, dass alle Informationen, die  
83 mit öffentlichen Geldern durch staatliche Stellen, Forschungseinrichtungen oder  
84 private Unternehmen gewonnen wurden, der Allgemeinheit grundsätzlich frei und  
85 kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Auf Landesebene werden wir eine  
86 einheitliche Open-Data- und Open-API-Strategie etablieren, die beispielsweise  
87 auch die Daten des öffentlichen Nahverkehrs umfasst. Diese sind auch  
88 Voraussetzungen für eine Datenökonomie. Wir wollen gesellschaftliche und  
89 politische Teilhabe und demokratische Mitbestimmung über das Internet weiter  
90 stärken und fördern Modellprojekte, die in diesen Bereichen neue Ansätze  
91 erproben.

92 Wie im öffentlichen Leben wollen wir auch im Internet die Gewissheit haben, uns  
93 frei und sicher bewegen zu können. Datenschutz ist deshalb wesentliche  
94 Voraussetzung für die Nutzung des Netzes, für Wirtschaft und Handel genauso wie  
95 für gesellschaftliche Partizipation und sozialen Austausch. Wir unterstützen  
96 alle regulatorischen Bemühungen für mehr Datenschutz auf Bundes- und Europaebene  
97 und wollen Thüringer Unternehmen mit Musterdokumenten und Klarstellungen bei der  
98 Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung helfen. Um die Hoheit über die eigenen  
99 Daten zu behalten, dürfen nicht alle IT-Dienste in eine Cloud ausgelagert  
100 werden, insbesondere, wenn Daten von Behörden erhoben werden und sich der Cloud-  
101 Anbieter nicht an die strengen lokalen rechtlichen Regelungen gebunden sieht.  
102 Wir wollen thüringische Unternehmen dabei unterstützen, eigene und lokale  
103 Softwarelösungen zu nutzen. Staatliche Stellen müssen in regelmäßigen Abständen  
104 evaluieren, welche Daten sie von den Bürger\*innen erheben und ob diese für ihre  
105 Arbeit notwendig sind. Nicht benötigte Daten sind zu löschen, das Prinzip der  
106 Datensparsamkeit soll stets Beachtung finden. Die technisch längst  
107 durchführbare, durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll für die  
108 Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Behörden (auch untereinander) zum  
109 Standard werden. In diesem Zusammenhang sollen qualifizierte elektronische  
110 Signaturen, wo immer möglich, handschriftliche Unterschriften ersetzen. Dies  
111 spart Papier und schont die Umwelt.

112 Smartphones speichern heute höchst private Daten: Bewegungsprotokolle, Fotos,  
113 Gesprächsverläufe, Tagebücher, besuchte Webseiten. Deshalb stehen Geräte wie  
114 Smartphones im Kernbereich der privaten Lebensgestaltung und sollen vor dem  
115 Zugriff des Staates besonders geschützt werden. Die Privatsphäre und das  
116 verfassungsrechtliche IT-Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und  
117 Integrität informationstechnischer Systeme muss stets gewahrt bleiben.

118 Früh übt sich... Digitale Bildung und Innovationsräume

119 Die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, setzt einen selbstbestimmten,  
120 informierten und kritischen Umgang damit voraus. Sich nicht von der  
121 Informationsflut im Beruf und im Privatleben hetzen zu lassen, Fake News zu  
122 erkennen, Geräte und Anwendungen sicher zu nutzen – diese Fähigkeiten werden  
123 immer mehr zu Schlüsselqualifikationen in unserem Alltag. Wir wollen die  
124 generationsübergreifende Medienbildung vom Kindergarten bis zur  
125 Erwachsenenbildung weiter fördern. Wir wollen die Ausbildung für Lehrkräfte in  
126 Thüringen um eine medienpädagogische Grundkomponente ergänzen und für  
127 Pädagog\*innen im aktiven Dienst geeignete Fortbildungskonzepte entwickeln. Vor  
128 allem aber müssen unsere Schulen zu einem Hort der Digitalisierung werden. Wir  
129 setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Medienzentren in Thüringen zu  
130 digitalen Schnittstellen für Schulen weiterentwickelt werden, welche unter  
131 anderem die IT-Administration und die Bereitstellung von Diensten. Wir  
132 BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Vermittlung von Technikkompetenz an  
133 Schulen stärker ausgebaut wird. Das Fach Informatik soll verpflichtend  
134 unterrichtet werden. Thüringen darf hier nicht länger das Schlusslicht unter den  
135 Bundesländern bleiben.

136 Die digitale Welt lebt von Innovationsräumen, von Menschen, die Ideen  
137 entwickeln, Neues erproben, dabei auch mal Fehler machen. Nicht selten entstehen  
138 hier Start-Ups und Unternehmen von morgen. Wir wollen diese Innovationsräume,  
139 seien es Hackerspaces, Makerfairs oder Co-Working-Orte, stärker begleiten und  
140 fördern. Offene WLANs, die Freifunkbewegung und andere Mesh-Netzwerke

141 unterstützen wir BÜNDNISGRÜNE auch weiterhin und setzen uns beispielsweise dafür  
142 ein, dass Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden und ihnen der Zugang  
143 zu öffentlichen Gebäuden, Institutionen und Behörden ermöglicht wird.

## A23 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Unsere Zuhause: ein weltoffenes Europa)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Die Europäische Union ist eine historisch einzigartige Errungenschaft, ein  
2 Friedensprojekt, das Stück für Stück von Europäer\*innen erkämpft wurde: Aus  
3 verfeindeten Nationen wurden Partner\*innen. Im geeinten und solidarischen Europa  
4 liegt Thüringens Zukunft. Immer deutlicher wird auch, dass wir Europäer\*innen  
5 für unsere demokratischen und menschenrechtlichen Werte sowie berechnete  
6 Interessen, etwa im Kampf gegen den Klimawandel, nur gemeinsam international  
7 erfolgreich eintreten können. Thüringen soll deshalb in den kommenden Jahren für  
8 ein stärkeres, demokratischeres und sozialeres Europa streiten. Die  
9 Herausforderungen unserer Zeit wollen wir so gemeinsam lösen.

10 Im Sinne der europäischen Idee wollen wir die bestehenden europäischen  
11 Regionalpartnerschaften Thüringens nutzen und eine weitere mit einer Region in  
12 Europas Süden entwickeln. Wir wollen durch diese Partnerschaften mit und von  
13 unseren Nachbarn lernen: wie wir gemeinsam den Europäischen Green Deal  
14 voranbringen, wie wir Digitalisierung im Interesse der Bürger\*innen gestalten,  
15 wie wir Solidarität üben und uns gemeinsam gegen Nationalismus wehren. Das  
16 wollen wir in Thüringen jährlich in der Europawoche im Mai landesweit zum Thema  
17 machen. Der Landtag soll künftig auch in jährlichen Europadebatten die  
18 europapolitische Arbeit bilanzieren und jeweils neue Vorhaben beraten. Die  
19 Zukunft der EU ist zwar durchaus bedroht – durch Populismus, Nationalismus,  
20 Egoismus, doch wir BÜNDNISGRÜNE sind und bleiben überzeugte Europäer\*innen. Wir  
21 setzen auf eine Politik, die europäische Solidarität zum Kompass hat – denn die  
22 nutzt den Menschen in allen Mitgliedstaaten und ganz gewiss uns hier in  
23 Thüringen.

#### 24 Demokratie in Europa

25 Wir wollen Thüringens Gewicht in die Waagschale werfen, um die Europäische Union  
26 transparenter, demokratischer und bürger\*innennäher zu machen. Das gilt für die  
27 Mitwirkung des Landtags an europäischer Gesetzgebung. Es gilt für Thüringens  
28 Abgeordnete im Europäischen Parlament, das ein eigenes vollwertiges  
29 Initiativrecht für europäische Gesetzgebungen erhalten soll. Es gilt für  
30 regelmäßige Präsenz von Landesregierung und Landtag in Brüssel und unser  
31 Mitwirken im Ausschuss der Regionen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die  
32 Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Instrument der direkten  
33 Bürger\*innenbeteiligung gestärkt und entbürokratisiert wird. Unionsbürger\*innen  
34 sollen an ihrem ständigen Wohnsitz das allgemeine Wahlrecht ausüben können. Wir  
35 wollen die Europakompetenz der Verwaltung in Thüringen stärken und die EU-  
36 Beratungsstellen ausbauen.

#### 37 Europäische Fördermittel für Thüringen

38 Förderung durch die Europäischen Strukturfonds dient der Angleichung der  
39 Lebensverhältnisse in Europa. Davon hat Thüringen in den vergangenen Dekaden  
40 erheblich profitiert. Bei der Weiterentwicklung der EU-Förderpolitik soll sich  
41 Thüringen für das Leitbild nachhaltiger Entwicklung und für ambitionierte  
42 Klimaschutzziele der Europäischen Union einsetzen. Die Förderung regionaler  
43 Wirtschaftskreisläufe, der Schutz der Umwelt, eine sich an den Menschen

44 orientierende digitale Innovation und der soziale Zusammenhalt gehören in das  
45 Zentrum der Förderpolitik. Insgesamt muss der Verwaltungsaufwand der EU-  
46 Förderprogramme, besonders für Kleinprojekte, erheblich reduziert werden. Wir  
47 wollen mit vom Land finanzierten Europalotsen in jeder der vier Thüringer  
48 Regionen als zentralen Anlaufstellen für Anliegen aus der Bürgerschaft und aus  
49 der Wirtschaft in Thüringen dazu beitragen, dass Europa näher rückt.

#### 50 Europa der Bürger\*innen

51 Das Herz der Europäischen Union schlägt nur dann kräftig, wenn sich Bürgerinnen  
52 und Bürger aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen können. Deshalb wollen wir  
53 uns in Thüringen engagiert an den europaweiten Diskussionen der Konferenz über  
54 die Zukunft Europas beteiligen. Wir wollen auch Städtepartnerschaften dafür  
55 nutzen. Es muss Anliegen des Landes sein, dass die ganze Gesellschaft  
56 einschließlich von Stadt und Land, von großen und kleinen Gemeinden daran  
57 teilhaben kann. Wir setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass das EU-  
58 Programm „Erasmus+“ für den Austausch von Studierenden ausgebaut und die  
59 Austauschangebote für Lehrlinge erweitert werden. Auf Landesebene wollen wir  
60 Informationsangebote zu den Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes für  
61 Studierende und Auszubildende verbessern und über die Chancen des Europäischen  
62 Freiwilligendienstes informieren. Wir unterstützen die annähernd 30  
63 Europaschulen in Thüringen, werben um weitere und wollen durch spezielle  
64 Angebote des Landes dazu beitragen, dass möglichst viele Schülerinnen und  
65 Schüler die europäische Dimension in ihrer Vielfalt kennenlernen können.

#### 66 Bürger\*innen der einen Welt

67 Als Bürger\*innen der Einen Welt wollen wir in Thüringen Globales Lernen,  
68 nachhaltigen Konsum und Fairen Handelfördern. Das fängt bei den Kleinsten in  
69 Kindergärten und Schulen an. Hier werden wichtige Grundsteine gelegt – für  
70 Weltverstehen, Gerechtigkeitsempfinden und den respektvollen Umgang mit Vielfalt  
71 und den endlichen Ressourcen in einer globalisierten Welt. Wir unterstützen  
72 „Fairtrade-Schulen“ und „Fairtrade-Kitas“ und wollen neue Initiativen ins Leben  
73 rufen, um Nachhaltigkeit für Kinder erlebbar zu machen. Eine-Welt-Arbeit,  
74 kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die Thematisierung von Flucht und  
75 Migration im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen die Entwicklungspolitik in  
76 Thüringen stärken.

77 Handelsabkommen und Investitionsabkommen müssen menschenrechtliche und  
78 ökologische Standards ebenso einhalten wie, die Rechte von Arbeitnehmer\*innen  
79 und den Schutz der Verbraucher\*innen. Sonderklagerechte für Konzerne. Lehnen wir  
80 ab. Handel muss sich daran messen lassen, was er zur weltweiten ökologisch-  
81 sozialen Transformation beiträgt. Wir lehnen aus diesen Gründen aktuell das  
82 Mercosur-Abkommen und das Investitionsabkommen mit China in der vorliegenden  
83 Form ab.

#### 84 Koloniale Vergangenheit

85 Die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus sowie die stets neue  
86 Vergewisserung über die daraus zu ziehenden Konsequenzen gehören für alle Zeiten  
87 zur gesellschaftlichen Kernaufgabe der deutschen Kulturpolitik. Wir wollen  
88 darüber hinaus aber auch den Blick für die europäische, insbesondere die  
89 deutsche Kolonialgeschichte schärfen. Diese prägt bis heute das  
90 Selbstverständnis unserer mehrheitlich weißen Gesellschaft und unseren Blick auf

91 die Welt. Wir wollen daher die weitreichenden Auswirkungen dieser Zeit ins  
92 Bewusstsein rücken. Die Kolonialgeschichte muss ein integraler Bestandteil des  
93 Lehrplans an Thüringer Schulen sein.

94 Darüber hinaus zählt zur Aufarbeitung für uns GRÜNE auch die Förderung von  
95 künstlerischen und nichtkünstlerischen Projekten zur Zeitgeschichte. Auch  
96 Thüringen hat zum Beispiel mit der NS-Rasseforschung an der Universität Jena  
97 oder der „Kolonial- und Völkerschau“ in Johannistal bei Eisenach ein schweres  
98 historisches Erbe. Dies muss wissenschaftlich und in der künstlerischen Praxis  
99 aufgearbeitet werden. In den nächsten Jahren muss im Rahmen der  
100 Provenienzforschung zudem ein Schwerpunkt von Kulturpolitik sein, dass die  
101 ehemaligen Kolonialstaaten das Unrecht der kolonialen Ausbeutung, das sich zum  
102 Beispiel auch im Raub von Kulturgütern dokumentiert, anerkennen und darüber eine  
103 selbstkritische Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit den Staaten führen, die  
104 ihrer Schätze beraubt wurden. Zu einer Aufarbeitung der Kolonialgeschichte  
105 gehört die Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama. Wir werden die  
106 Bundesregierung auffordern, hier ihrer Verantwortung nachzukommen. Gräuelt in der  
107 Geschichte können nicht totgeschwiegen werden. Straßennamen und öffentliche  
108 Orte, deren Namen den deutschen Kolonialismus verharmlosen oder Menschen  
109 würdigen, die mit Verbrechen im Kolonialismus in Verbindung stehen, sollen  
110 partizipativ umbenannt werden. Hierfür soll die Landesregierung mit Expertise  
111 zur Seite stehen und einen Fonds einrichten, der die Kommunen bei Umbenennungen  
112 unterstützt.